

## **U n t e r r i c h t u n g**

**durch die Landesregierung**

### **Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit**

Anliegend übersende ich Ihnen zur Unterrichtung des Landtags den Dritten Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

Prof. Dr. Hoff  
Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten  
und Chef der Staatskanzlei

#### Hinweis der Landtagsverwaltung:

Der Bericht wurde mit Schreiben des Ministers für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei vom 27. Januar 2023 an die Präsidentin des Landtags zugeleitet. Auf einen Abdruck des Berichts wurde auf Grund des Umfangs verzichtet. Er steht elektronisch im Abgeordneteninformationssystem und im Internet unter der Adresse [www.parldok.thueringen.de](http://www.parldok.thueringen.de) unter der oben genannten Drucksachennummer zur Verfügung. Die Fraktionen des Thüringer Landtags sowie die Landtagsbibliothek haben je ein Exemplar des Berichts in der Papierfassung erhalten.

# Dritter Bericht zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit an den Thüringer Landtag

mit Expertise

„Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen“  
des KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,  
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

Berichtszeitraum 2020 und 2021



Thüringer Landesprogramm  
für Demokratie,  
Toleranz und Weltoffenheit

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.):  
Dritter Bericht zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und  
Weltoffenheit an den Thüringer Landtag mit Expertise „Gefährdungen der demokratischen  
Kultur in Thüringen Rechtsextremismus und politische Entfremdung“  
Erfurt 2022

TEIL A

**Dritter Bericht** zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz  
und Weltoffenheit an den Thüringer Landtag

TEIL B

**Expertise** „Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen“ des KomRex – Zentrum  
für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport  
Werner-Seelenbinder-Straße 7  
99096 Erfurt

Dezember 2022

# **TEIL A**

## **Dritter Bericht zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit an den Thüringer Landtag**



<b>1.</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>2</b>
<b>2.</b>	<b>Programmstruktur.....</b>	<b>3</b>
2.1	Organisationsstruktur	3
2.2	Leitziele	4
2.3	Finanzieller Rahmen	6
2.4	Zusammenarbeit mit Bundesprogrammen	7
<b>3.</b>	<b>Bericht zur Umsetzung der Strukturen und Projekte.....</b>	<b>16</b>
3.1	Förderung und Unterstützung von lokalen Strategien, insbesondere lokaler Partnerschaften für Demokratie	16
3.2	Förderung der Mobilen Beratung	18
3.3	Förderung der Opferberatung	21
3.4	Förderung der Ausstiegsberatung	23
3.5	Förderung von Beratungsangeboten in den Bereichen Sport und Feuerwehr sowie sozialen Verbänden und Vereinen	26
3.6	Förderung von präventiven Angeboten an Schulen	29
3.7	Förderung von präventiven Angeboten der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung	33
3.8	Umsetzung von Qualifizierungsangeboten für spezifische Zielgruppen	35
3.9	Förderung begleitender Dokumentation und Forschung	37
3.10	Förderung weiterer Maßnahmen einschließlich zivilgesellschaftlicher Projekte und Aktivitäten	43
<b>4.</b>	<b>Bericht zur Umsetzung in den verschiedenen Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns .....</b>	<b>50</b>
4.1	Sensibilisierung, Bildung und Qualifizierung	50
4.2	Inklusive Sozialpolitik und Integration	71
4.3	Verwaltung, Polizei und Justiz zu angemessenem Handeln befähigen	77
4.4	Wissenschaftliche Begleitforschung	79
<b>5.</b>	<b>Verschiedene Maßnahmen der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit, wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation .....</b>	<b>83</b>
5.1.	Vernetzungsarbeit	83
5.2.	Weitere Maßnahmen der Wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation	84
5.3	Homepage, Facebook und Materialien	86
5.4	Demokratiepreis	87
<b>6.</b>	<b>Fazit.....</b>	<b>88</b>
<b>7.</b>	<b>Anhang.....</b>	<b>90</b>

# 1. Einleitung

Mit einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtags in der ersten Sitzung der 5. Legislaturperiode am 29. September 2009 wurde die Landesregierung aufgefordert, „Maßnahmen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in einem Landesprogramm zu bündeln.“ Diese Aufgabe wurde auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD von 2009 festgelegt und die Einrichtung eines „Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ vereinbart. In den Jahren 2011 bis 2014 nahm das Programm seine Arbeit auf und etablierte eine Förder- und Vernetzungsstruktur für die beschriebenen Maßnahmen und Projekte. In den Koalitionsverträgen bekannten sich die regierungstragenden Fraktionen seither zur Fortführung und Weiterentwicklung des Landesprogramms.

Bei der Überarbeitung des Landesprogramms im Jahr 2016 durch eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aller Ministerien der Thüringer Landesregierung und der Zivilgesellschaft (Religionsgemeinschaften, Sportbund, Feuerwehrverband, Gewerkschaften, kommunale Spitzenverbände, Bürgerbündnisse, etc.) wurde der inhaltliche Schwerpunkt auf eine Strategie gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gelegt. Dabei wird in den Blick genommen, dass diskriminierende, menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen ein gesamtgesellschaftliches Problem sind.

Die Handlungsfelder des Programms sind seither nach primärer, sekundärer und tertiärer Prävention sowie nach den verschiedenen Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns strukturiert. Damit ist das Programm einerseits klar definiert und gegliedert, andererseits betont es auch die Freiheit der Projektträgerinnen und -träger, vor dem Hintergrund des Leitbildes des Landesprogramms und der Beschreibung der Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen, in Eigenverantwortung spezifische Konzepte und Maßnahmen umzusetzen.

Mit der Neufassung des Programms wurde auch festgeschrieben, alle zwei Jahre zur Umsetzung des Programms, an den Thüringer Landtag zu berichten. Der Bericht beschreibt die Programmstruktur, den Umsetzungsstand der verschiedenen Maßnahmen und Projekte im Bereich der Zivilgesellschaft und auch in den Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns. Zudem stellt der Bericht die verschiedenen Maßnahmen der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie der begleitenden Evaluation dar.

Zentrale Herausforderung der Berichtsjahre war die COVID-19-Pandemie, welche zahlreiche Einschränkungen und umfassende Anpassungen in der Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen mit sich brachte und gleichsam von neuen gesellschaftlichen Herausforderungen geprägt war. In diesem dritten Bericht der Landesregierung an den Landtag zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ist daher erneut eine umfangreiche Analyse der Gefährdungen der demokratischen politischen Kultur in Thüringen integriert. Wie in den Vorjahren hat das Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratietriebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Friedrich-Schiller-Universität Jena die Erarbeitung des Gutachtens übernommen.

## 2. Programmstruktur

### 2.1 Organisationsstruktur

In Thüringen werden alle Maßnahmen, Strukturen und Projekte gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gebündelt. Die Koordination des Programms wird im Rahmen des Landes-Demokratiezentrams beim Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) wahrgenommen. Kernaufgaben dieser Koordinierungsstelle sind die Vernetzung aller im Themenfeld aktiven Akteurinnen und Akteure sowie die strategische Weiterentwicklung des Programms. Regelmäßige Netzwerktreffen stellen den Informationsfluss und den Erfahrungsaustausch unter Einbezug von Bundesprogrammen (beispielsweise „Demokratie leben!“, „Zusammenhalt durch Teilhabe“) sicher. Zudem obliegt dem Landes-Demokratiezentrum die Empfehlung zur Förderung von Strukturen und Projekten. Alle Ressorts informieren das Landes-Demokratiezentrum im TMBJS regelmäßig über ihre Aktivitäten im Bereich des Landesprogramms. Die Berichte für 2020 und 2021 sind im Kapitel 4 dargestellt.

Als beratende Gremien des Landes-Demokratiezentrams gewährleisten ein Interministerieller Arbeitskreis (IMAK) sowie der Programmbeirat einen engen Austausch mit politischen und zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern. Fachliche und ressortrelevante Entwicklungen innerhalb des Landesprogramms werden im IMAK diskutiert und grundsätzlich entschieden. Der Vorsitz des IMAK obliegt dem TMBJS. Die Landeskoordinierungsstelle im TMBJS<sup>1</sup> unterstützt diesen Arbeitskreis, indem alle erforderlichen Informationen gebündelt und zur Entscheidung vorbereitet werden. Im IMAK sind die Thüringer Staatskanzlei, alle Thüringer Ministerien sowie die Landeszentrale für politische Bildung vertreten. Er tagt mindestens zweimal jährlich und tauscht sich regelmäßig mit dem Programmbeirat aus. Er bezieht dessen Empfehlungen in seine Arbeit mit ein und berücksichtigt sie in seiner Entscheidungsfindung. In den Berichtsjahren 2020 und 2021 traf sich der IMAK insgesamt viermal. Pandemiebedingt konnten einzelne Sitzungen nicht in Präsenz durchgeführt werden. Ersatzweise konnten diese durch die Nutzung von Videokonferenzen durchgeführt werden.

Neben aktuellen Förderanträgen wurden nachfolgende Schwerpunktthemen im IMAK behandelt:

- 2. Bericht der Landesregierung an den Landtag zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit
- Beratung zur Sonderausschreibung zum Themenjahr: „Neun Jahrhunderte jüdisches Erbe und jüdisches Leben in Thüringen“
- Beratung zur Sonderausschreibung zur Förderung von Migrantinnenselbstorganisationen
- Bericht zu geplanten Richtlinienänderungen zur Steigerung der Trägervielfalt
- Bericht zu geplanten Richtlinienänderungen zum Erhalt der Partnerschaften in Eisenach und im Wartburgkreis

---

1 Die Begriffe „Landes-Demokratiezentrum“ und „Landeskoordinierungsstelle“ werden im Folgenden synonym verwendet.

Zur Beratung des IMAK und der Landeskoordinierungsstelle im TMBJS hinsichtlich der fachlichen Weiterentwicklung des Landesprogramms wurde ein Programmbeirat unter Vorsitz einer Vertreterin bzw. eines Vertreters der Thüringer Bürgerbündnisse gebildet.

Der Programmbeirat gibt u. a. eine Empfehlung über die Förderung von Strukturen, Projekten und Maßnahmen. Er soll dabei in geeigneter Weise wissenschaftliche Expertise in seine Arbeit einbeziehen und insbesondere die Erkenntnisse des jährlich erscheinenden Thüringen-Monitors für die Fortentwicklung des Landesprogramms reflektieren. In den Berichtsjahren 2020 und 2021 traf sich der Programmbeirat insgesamt viermal. Neben aktuellen Förderanträgen setzte er sich mit nachfolgenden Schwerpunktthemen auseinander:

- 2. Bericht der Landesregierung an den Landtag zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit
- Beratung zur Sonderausschreibung zum Themenjahr: „Neun Jahrhunderte jüdisches Erbe und jüdisches Leben in Thüringen“
- Beratung zur Sonderausschreibung zur Förderung von Migrantenselbstorganisationen
- Bericht zu geplanten Richtlinienänderungen zur Steigerung der Trägervielfalt
- Bericht zu geplanten Richtlinienänderungen zum Erhalt der Partnerschaften in Eisenach und im Wartburgkreis

Pandemiebedingt konnten einzelne Sitzungen nicht in Präsenz durchgeführt werden. Ersatzweise wurden diese durch die Nutzung von Videokonferenzen durchgeführt.

## 2.2 Leitziele

Die Leitbegriffe des Thüringer Landesprogramms sind Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Das Programm versteht sich als präventionsorientiertes Impuls-, Unterstützungs- und Förderprogramm zur Stärkung demokratischer, menschenrechtsorientierter und gewaltfreier Strukturen, Verfahren und Einstellungen.

Das Landesprogramm lädt alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen dazu ein, an der Entwicklung der demokratischen politischen Kultur in Thüringen mitzuarbeiten. Es dient als Orientierung für das Regierungshandeln und die Landespolitik. Es stellt Ressourcen für zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und Initiativen für eigenverantwortliche Maßnahmen zur Verfügung. Dabei sind die folgenden übergeordneten Leitziele maßgebend:

### **Menschenrechtsorientierte Einstellungen fördern und demokratische Kompetenzen stärken**

Durch geeignete Konzepte und Maßnahmen ermöglicht das Landesprogramm die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen. Es wird themenspezifisches und zielgruppenorientiertes Wissen über demokratiegefährdende und demokratiestärkende Aspekte vermittelt. Auf dessen Grundlage bietet das Landesprogramm Gelegenheiten und Räume für Diskurse, die durch demokratische Werte geprägt sind und sich an den Grund- und Menschenrechten orientieren. Es werden Lernprozesse und Kompetenzen im Sinne einer humanistischen Menschenbildung angestoßen, indem sie ein Denken in Zusammenhängen und in Alternativen fördern, durch Erinnerungsarbeit historische Bezüge in vielfältiger Perspektive herstellen, gesellschaftliche Vielfalt und Diversität als Chance und Bereicherung verdeutlichen, Inklusion und Interkulturalität unterstützen, die Fähigkeit zur Differenzierung und zur gesellschaftlichen Analyse vermitteln, Empathie, Konfliktfähigkeit und die Fähigkeit zur Selbstreflexion entwickeln, Mündigkeit und Autonomie aufbauen, soziales und

gewaltfreies Handeln fördern sowie zum gesellschaftlichen Engagement auf der Basis der Grund- und Menschenrechte und des demokratischen und sozialen Rechtsstaates motivieren.

### **Demokratische Erfahrungsräume ermöglichen und eine beteiligungsorientierte Alltagskultur entwickeln**

Demokratische Einstellungen und eine entsprechende Alltagspraxis werden durch Erfahrungen von Teilhabe und Beteiligung, von Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit gestärkt. Das Landesprogramm versteht sich in diesem Zusammenhang als ein Programm, das gesellschaftliche und demokratische Bildungs-, Entwicklungs- und Beteiligungsprozesse fördern und das politische Partizipationsniveau erhöhen will. Ziel ist es, demokratische Erfahrungsräume zu ermöglichen und eine beteiligungsorientierte Alltagskultur zu entwickeln.

### **Gesellschaftliche und soziale Inklusionsprozesse gestalten und Antidiskriminierungsarbeit stärken**

Im Rahmen des Landesprogramms werden Konzepte und Projekte umgesetzt, die gesellschaftliche und soziale Inklusionsprozesse fördern und gestalten sowie sich aktiv und kritisch mit sozialen, kulturellen, demokratischen und politischen Exklusionsprozessen auseinandersetzen.

### **Diversität unterstützen, Interkulturalität und Internationalität entwickeln**

Vielfalt, Diversität und Heterogenität sind Merkmale der heutigen pluralistischen Demokratien. Das Landesprogramm fördert diversitätsorientierte, interkulturelle und internationale Sozialisations- und Bildungsprozesse. Es unterstützt eine entsprechende Öffnung von Institutionen und eine Veränderung von Strukturen.

### **Zivilgesellschaftliches Engagement anregen und unterstützen**

Zivilgesellschaftliches Engagement bildet eine entscheidende Grundlage, sich aktiv mit antidemokratischen und gewaltorientierten Entwicklungen und Einstellungen sowie mit Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen. Um das Engagement für Demokratiestärkung und Umsetzung der Menschenrechte zu unterstützen, sollen staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln Hand und Hand gehen. In diesem Sinne fördert das Landesprogramm eine soziale Praxis, die sich vor allem gegen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, des Rechtsextremismus, des Rechtspopulismus und des Neonazismus richtet.

### **Lokale Aktivitäten unterstützen und im Sozialraum vernetzt wirken**

Die Kommune ist ein entscheidender politischer Ort, an dem Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gelebt wird. Durch lokal und sozialräumlich verankerte Konzepte unterstützt das Landesprogramm kommunale Akteurinnen und Akteure in der Umsetzung demokratischen, toleranten und weltoffenen Handelns. Diese werden in einem breiten Netzwerk verschiedener Träger vor Ort umgesetzt.

### **Beratungs- und Unterstützungssysteme bedarfsgerecht bereitstellen**

Das Landesprogramm entwickelt und fördert bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungssysteme, die die aktive Auseinandersetzung mit den Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen und damit zusammenhängendes gesellschaftliches Engagement unterstützt.

Diese Angebote stellen Personen, Initiativen und Institutionen themen- und zielgruppenspezifische Ressourcen und Kompetenzen im Bereich der primären, sekundären sowie tertiären Prävention zur Verfügung.

### Partnerschaft von Staat und Zivilgesellschaft ausgestalten

Die Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Potentialen und das aktive Eintreten für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit bedürfen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Politik, Staat und der demokratischen Zivilgesellschaft. Partnerschaft in diesem Zusammenhang bedeutet, das jeweilige Handeln aller Partnerinnen und Partner an den Zielen des Landesprogramms auszurichten, gemeinsame Strategien im kritisch-konstruktiven Diskurs zu entwickeln und die jeweiligen Expertisen und Kompetenzen im Rahmen einer integrierten Gesamtstrategie zu nutzen.

### Qualität durch Qualifizierungsangebote, Begleitforschung und Programmevaluation sichern

Neben der systematischen Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichen Fachkräften und engagierten Akteurinnen und Akteuren bilden begleitende Forschungsvorhaben integrale Bestandteile der fachlichen, strategischen und politischen Weiterentwicklung des Programms.

## 2.3 Finanzieller Rahmen

Für die Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurden im Haushalt 2020 rund 5.275 Mio. Euro und 2021 rund 7.645 Mio. Euro veranschlagt. Ab 2021 wurde im Landeshaushaltsplan die Förderung des Landesdemokratiezentrum i. H. v. 1.03 Mio. Euro durch den Bund zur Landesförderung hinzugerechnet. Seit der Implementierung des Landesprogramms ist die Finanzausstattung stetig angestiegen und lag im Berichtszeitraum gut sechsmal so hoch wie zu Beginn 2011.

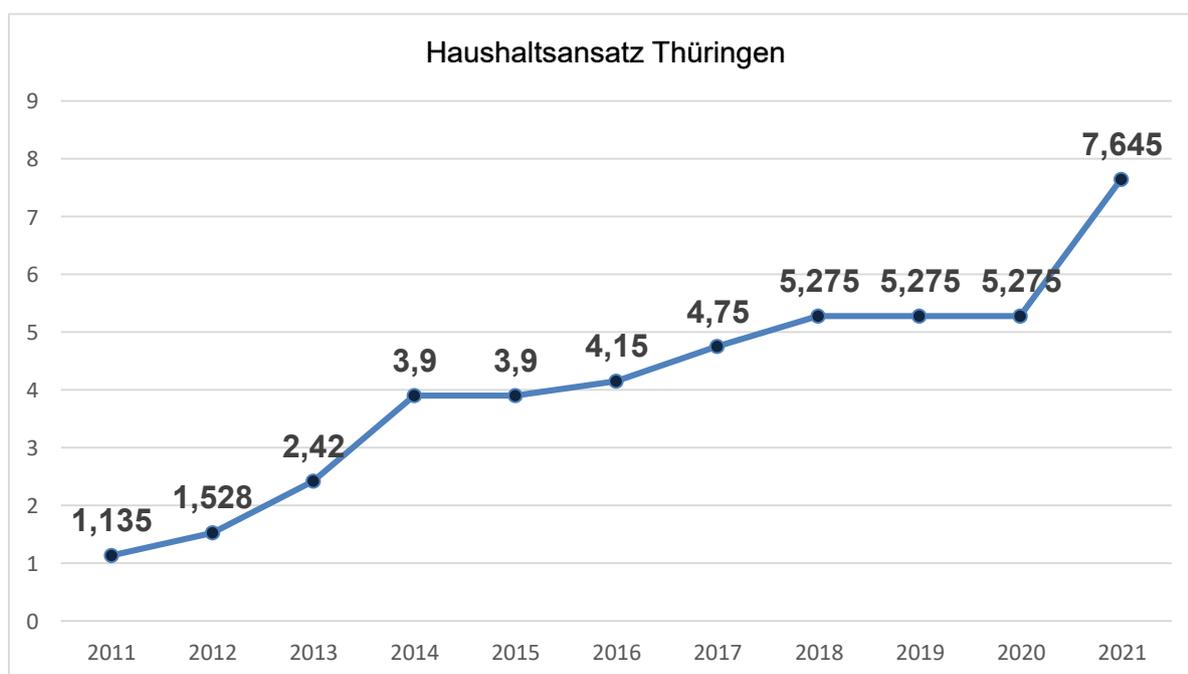


Abb. 1: Haushaltsansatz der Titelgruppe 82 Kapitel 0431 Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention 2011 bis 2021

Darüber hinaus standen aus den Bundesprogrammen „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben!“ finanzielle Mittel in Höhe von rund 6.096 Mio. Euro in 2020 und 6.280 Mio. Euro in 2021 zur Verfügung. Im Landes-Demokratiezentrum werden durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ Personalressourcen für die Koordination und fachliche Begleitung der geförderten Thüringer Projekte bereitgestellt. Übersicht zur Bundesförderung 2020 bis 2021:

	2020	2021
„Zusammenhalt durch Teilhabe“	1.155.222,25 Euro	1.261.756,49 Euro
Modellprojekte „Demokratie leben!“	963.947,85 Euro	1.021.040,49 Euro
Demokratie-Zentrum	1.032.369,00 Euro	1.222.378,24 Euro
Partnerschaften für Demokratie	2.944.574,49 Euro	2.911.918,69 Euro
<b>Gesamtsumme:</b>	<b>6.096.113,59 Euro</b>	<b>6.280.674,43 Euro</b>

## 2.4 Zusammenarbeit mit Bundesprogrammen

Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit arbeitet mit den thematisch einschlägigen Bundesprogrammen zusammen.

### Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Bedeutendster Partner ist weiterhin das Programm „Demokratie leben!“<sup>2</sup> des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dessen zweite Förderperiode seit 2020 läuft. Mit einem Fördervolumen von insgesamt 115,5 Mio. Euro in 2020 und 150,5 Mio. Euro in 2021 sind bundesweit Projekte zur Prävention des politischen und religiös begründeten Extremismus sowie zur Demokratiestärkung gefördert worden.

In Thüringen wurden die Partnerschaften für Demokratie (Pfd) und das Landes-Demokratiezentrum inklusive der Mobilen Beratung, der Opfer- und der Ausstiegsberatung sowie der Beratungsstelle Islam anteilig gefördert. Weitere Fördergegenstände waren Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum und zur Radikalisierungsprävention. Die im Anhang A aufgeführte Tabelle zeigt die im Berichtszeitraum geförderten Maßnahmen. Ohne diese Förderung des Bundes wäre das umfangreiche Netz an Beratungs- und Förderungsmöglichkeiten des Landesprogramms in Thüringen nicht denkbar.

Zwei der mit Mitteln des Bundes geförderten Projekte werden im Folgenden beispielhaft vorgestellt:

### D-Netz – Netzwerke der Distanzierungsarbeit und Trainings mit rechtsextrem einstieggefährdeten und orientierten Jugendlichen

Das Modellprojekt des Trägers „Distanz - Distanzierungsarbeit, jugendkulturelle Bildung und Beratung e.V.“ arbeitet in ganz Thüringen mit bundesweiter Ausstrahlung, mit einer konzentrierten Regionalentwicklung auf die Landkreise Sömmerda, Saale-Holzlandkreis, Saale-

2 <https://www.demokratie-leben.de/> (12.12.2022).

Orla-Kreis, Wartburgkreis und Weimarer Land sowie die Städte Weimar, Eisenach und Erfurt („Fokusregionen“).

**Zentrale Handlungsstrategie des Modellprojekts D-Netz / dem Zentrum für Distanzierungsarbeit (folgend genannt „ZfD“)**

Das Team des Modellprojekts „D-Netz / ZfDs“ kann auf jahrelange personelle Erfahrungen im Bereich der Distanzierungs- sowie der Präventions- und Interventionsarbeit zurückblicken. Sie kommt im Rahmen der aktuellen Förderung vor allem in der sozialräumlich orientierten Distanzierungsarbeit mit jungen Menschen zum Tragen, die als „rechtsextrem einstiegsgefährdet und orientiert“ einzuschätzen sind. Darüber hinaus vermitteln die Projekt-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter ihre Expertise im Rahmen von Beratungen, Coachings und Fortbildungen an pädagogische Fachkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in (Sicherheits-)Behörden, bspw. in vertraglich geregelten Kooperationen mit den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe oder in Zusammenarbeit mit der polizeilichen Extremismusprävention beim Landeskriminalamt und anderer Polizeidienststellen, die mit der genannten Zielgruppe in Kontakt kommen.

Ergänzend zur Qualifizierung zielen diese Angebote auf die Einbindung der geschulten Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in das Netzwerk des Modellprojekts ab. Das Projekt verfügt dementsprechend über eine tragende und engmaschige Vernetzung mit kommunalen Regelstrukturen sowie lokalen und regionalen Akteurinnen und Akteuren in der Jugend- und Präventionsarbeit (z. B. Jugendämter, offene Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Schulen, Justiz), die als entsprechend sensibilisierte Signalgebende im direkten Umfeld der jungen Zielgruppen den Kontakt zwischen dem Projekt-Team und potenziellen Klientinnen und Klienten anbahnen und so einen niedrighschweligen Zugang zu den Distanzierungsformaten des Modellprojekts ermöglichen (vgl. Abb. 2).

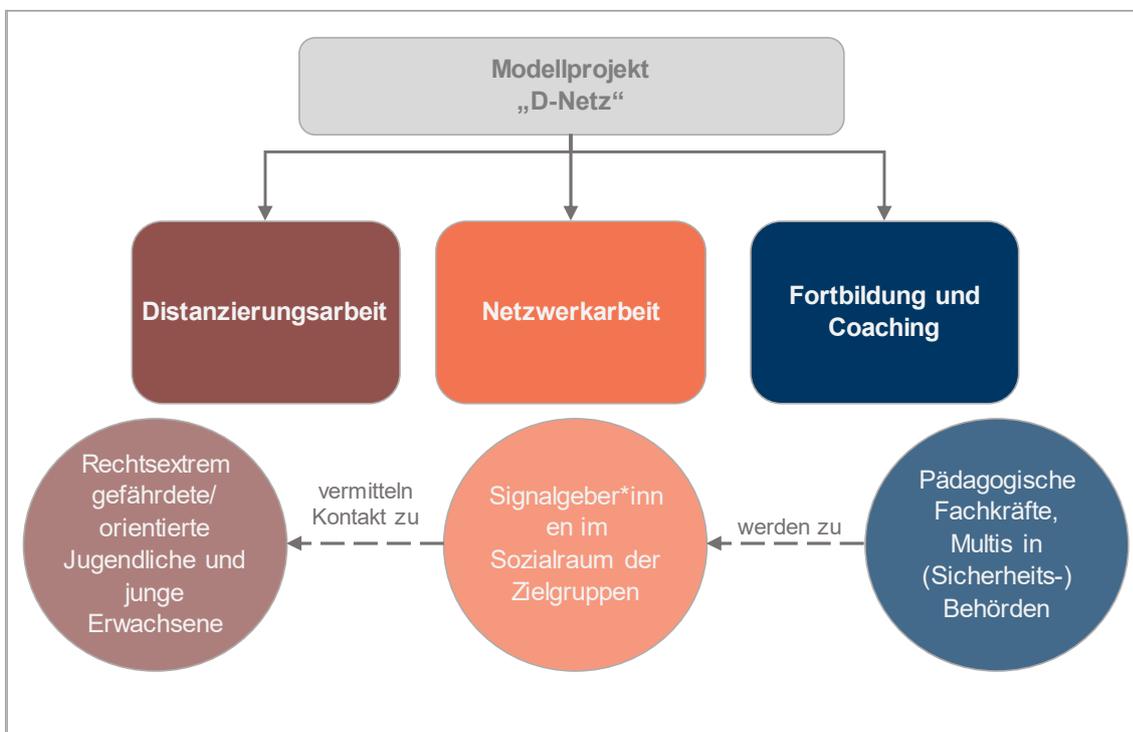


Abb. 2: Überblick über die Projektsäulen und Zielgruppen

**Konzeption der Distanzierungsarbeit / Distanzierungstrainings**

Schwerpunkt der konzeptionellen Tätigkeiten bildet die aufsuchende Distanzierungsarbeit. Hierfür greift das Projekt-Team auf Quellen und seine Erfahrung in den Bereichen der jugendkulturellen Bildung, Anti-Bias-Arbeit und menschenrechtsorientierten Sozialen Arbeit zurück. Begrifflich wird die Distanzierungsarbeit von „D-Netz“ als „Training“ gerahmt, für das das Team ein Portfolio unterschiedlicher Formate entwickelt hat, die stufenförmig durchlaufen werden können: Startpunkt bildet die bis zu fünf Sitzungen umfassende Vorgesprächsphase, die unter anderem dazu dient, die gefährdete junge Person in ihrem Affinisierungsgrad einzuschätzen und den weiteren Trainingsverlauf zu planen. Je nach Einordnung als rechtsextrem einstiegsgefährdet oder rechtsextrem orientiert, variiert die Dauer des Einzeltrainings (Stufe 1 des Formatmodells) von acht Sitzungen für Einstiegsgefährdete bis 16 Sitzungen für Orientierte, die jeweils 90 Minuten umfassen und im Sozialraum der gefährdeten jungen Person in einem möglichst neutralen Setting zum Beispiel am Schul-, Ausbildungs- oder Wohnort stattfinden. Im Verlauf der Einzelfallbegleitung wird geprüft, ob die Voraussetzungen vorliegen, die gefährdete Person in ein wöchentliches Gruppentraining (Stufe 2 des Formatmodells) aufzunehmen, das an zehn Terminen jeweils im Umfang von 180 Minuten ebenfalls im Sozialraum der Jugendlichen stattfindet. Berücksichtigt werden beim Übergang in die Gruppenphase aufseiten der Jugendlichen beispielsweise Bedarfe, Motivlagen, erwarteter Outcome und die Bereitschaft sich adäquat in eine Gruppe zu integrieren (z. B. diese nicht als Agitationsraum nutzen zu wollen). Die dritte Stufe des Formatmodells sieht ein überregionales Gruppentraining im Umfang von mehreren zusammenhängenden Tagen vor, das entfernt vom Sozialraum in einer Bildungsstätte stattfindet. Ausgeschlossen werden hier stärker radikalisierte Jugendliche, die ein negatives Peer-Learning anstoßen könnten. Inhaltlich wird das gesamte Trainingsmodell durch den eigens entwickelten BRAKE-Ansatz – den „beziehungsgestützten, reflexionsanregenden, aufsuchend und kritikgetragenen Entwicklungsprozess“ – geprägt. In diesem Rahmen werden je nach Themen, Bedarfen und Möglichkeiten der gefährdeten Person von den Fachkräften Haltungen eingebracht und Techniken angewandt, die sich an der Trias von Gender-sensibilität, Genderirritation und Genderreflexion orientieren, systemisch-lösungsorientiertes Arbeiten ermöglichen, den Grundprinzipien der motivierenden Gesprächsführung folgen sowie jugendkulturell und medienpädagogisch bildend ausgerichtet sind.

### *Netzwerkarbeit*

Adressatinnen und Adressaten der Netzwerkarbeit von D-Netz sind Personen, die in ihrem beruflichen Setting Kontakt zu Jugendlichen und jungen Menschen haben und so Hinweise wahrnehmen können, die auf eine potenzielle rechtsextreme Einstiegsgefährdung oder Orientierung hinweisen. Es handelt sich dabei in der Regel um Fachkräfte der Jugendhilfe, wie z. B. der Jugend(sozial)arbeit, Sozialen Dienste der Justiz oder der Polizei. Übergeordnetes Ziel der regional verankerten Netzwerkarbeit ist es, innerhalb einer kooperativen, abgestimmten, vertraulichen und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den Fachkräften vor Ort und dem Projekt-Team die „Multiplikator\*innen-vermittelte Ansprache“ zu realisieren. Die Vernetzung soll ermöglichen, Akteurinnen und Akteure vor Ort über das von D-Netz angebotene Distanzierungstraining zu informieren, gegenseitige Verweisstrukturen zu etablieren, regelmäßig Informationen auszutauschen und relevante Multiplikatorinnen und Multiplikatoren als Signalgebende und Vermittlungsinstanz zu gewinnen.

Das Netzwerk dient aber zudem der eigenen sowie der fachlichen Weiterentwicklung anderer Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer. So wird auf Landesebene mit den Strukturprojekten eng zusammengearbeitet, auf der Bundesebene sind vor allen Dingen EXIT Deutschland, das Lidice-Haus Bremen, die Elternberatung „Eltern stärken“ aus Berlin als auch die Kompetenznetzwerke „gegen Hass im Netz“ und „gegen Rechtsextremismus“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ enge Partner von Distanz e. V.

## Zentrum für Distanzierungsarbeit: Beratung, Fortbildung, Coaching von Fachkräften

Adressatinnen und Adressaten von D-Netz/dem ZfD sind Fachkräfte der Jugendhilfe, der Justiz oder der Polizei. Personen also, die in ihrem beruflichen Setting Kontakt zu (potenziell) gefährdeten oder orientierten Jugendlichen und jungen Menschen haben und diese in das Distanzierungstraining vermitteln können. Für diese Fachkräfte bietet D-Netz bei Bedarf Fortbildungen, Beratungen und Coachings an und begleitet sie bei allen potenziellen Distanzierungsfällen mit Materialien und Beratungen im Rahmen der jeweiligen Ansprache- und Motivationsprozesse. Ziel der Angebote ist es, die Fachkräfte für die Problematik einer extrem rechten Radikalisierung ihrer Klientinnen und Klienten zu sensibilisieren und sie in die Lage zu versetzen, Distanzierungsfälle zu erkennen und einzuschätzen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten Facetten der Distanzierungsarbeit in die eigene Arbeit zu integrieren. Um eine verantwortliche Auseinandersetzung mit den Fällen zu gewährleisten, erhalten die Fachkräfte Informationen zu regionalen Verweisstrukturen (z. B. zum D-Netz-Distanzierungstraining, zu Ausstiegshilfen, Mobilien Beratungen, Opferberatungen, Suchthilfen, etc.) und werden in ihrer Handlungssicherheit beim kooperativen Vollzug der Multiplikator\*innen-vermittelten Ansprache und Motivation des jungen Menschen für die Teilnahme am Distanzierungstraining gestärkt. Meist verbleiben die Jugendlichen parallel zum Distanzierungstraining durch den gegebenen schulischen, ausbildungnerischen oder betreuenden Rahmen in einem Bezugsverhältnis zur signalgebenden Fachkraft. Auch für die Betreuung in dieser besonderen Phase zielt D-Netz auf die Stärkung der Handlungssicherheit aufseiten der Fachkräfte ab. Konkret sollen sie in der Lage sein, bei Bedarf selbst situativ zu intervenieren, und hierzu gegebenenfalls Methoden der Distanzierungsarbeit zu integrieren.

Die Förderung des Modellprojekts erfolgte durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	170.000,00 Euro	170.000,00 Euro
<b>Förderhöhe aus Bundesmitteln</b>	224.639,40 Euro	200.000,00 Euro

### **#Kinderrechte digital leben!**

Das Projekt #Kinderrechte digital leben! des Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e. V. ist ein Modellprojekt im Bereich „Demokratieförderung im Kindesalter“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Inhaltlich arbeitet das Projekt an der Schnittstelle von Kinderrechten auf der einen und Medien auf der anderen Seite und verbindet alltagsnahe Demokratieförderung/-pädagogik und Medienpädagogik.

Das Projekt folgt der Überzeugung, dass demokratisches Verhalten und Beteiligung von klein auf erlernt werden können und - im Sinne der Stärkung unserer Demokratie – auch sollten. Digitale Medien durchdringen die Lebenswirklichkeiten von Kindern mehr und mehr. Kinder haben gemäß der UN-Kinderrechtskonvention sowie dem General Comment #25 „zu den Kinderrechten in der digitalen Welt“ sowohl das Recht auf Schutz, als auch das Recht auf Teilhabe und drittens, das Recht auf Förderung. Das birgt sowohl Risiken als auch Chancen für Kinder und sorgt in familiären Kontexten, in Einrichtungen verschiedener Bereiche (u. a. Bildung, Freizeit, Hilfen/Beratung), aber auch innerhalb von Kinder- und Erwachsenengruppen für Herausforderungen und Konfliktpotenzial.

Das Projekt folgt der Annahme, dass sich medienerzieherische und medienpädagogische Herausforderungen und Potenziale in besonderer Weise eignen, um Aushandlungsprozesse zwischen Jung und Alt, aber auch innerhalb der Alterskohorten und in Fachkräfteteams zu initiieren.

Damit dies gelingen kann, arbeitet #Kinderrechte digital leben! mit/für folgende Zielgruppen:

- Kinder im Alter von 8-12 Jahren
- Eltern/Erziehungsberechtigte Personen, Familienangehörige und weitere Bezugspersonen
- Pädagoginnen und Pädagogen und Fachkräfte/Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Kontext von Schule, Hort, Sozialer Arbeit und Kinder- und Jugendhilfe
- junge Erwachsene (gemeint sind insbesondere pädagogische Fachkräfte in Ausbildung) sowie ehren-/ neben-/hauptamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe und an anderen Sozialisationsorten Tätige
- Fachpolitik, verschiedene Gremien, breite Öffentlichkeit.

Das Projekt agiert thüringenweit und legt für jedes Antragsjahr ausgewählte Städte/Gemeinden sowie Landkreise/kreisfreie Städte als Haupt-Aktionskreise fest:

- 2020: Jena, Suhl, Landkreis Weimarer Land
- 2021: Erfurt, Ilmkreis, Jena, Suhl, Landkreis Weimarer Land

Im Zuge der speziellen Bedingungen der Covid-19-Pandemie gelang es dem Projektteam außerdem, zeitnah digitale Angebote mit thüringenweitem Wirkungsgrad zu implementieren, die in besonderem Maße von Fachkräften und den erwachsenen Zielgruppen angefragt und besucht worden sind.

Zur Erreichung der Projektziele wurden 2020/2021 Kooperationen geschlossen mit:

- dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM), Referat 2 1: Bildungsplan 0- 18 Jahre
- der Thüringer Landesmedienanstalt (TLM)
- der Stiftung Digitale Chancen
- der Universität Erfurt
- der LAG Kinder- und Jugendschutz Thüringen e. V.
- dem Kinderschutzbund Bundesverband e. V.

Des Weiteren engagieren sich die Projekt-Mitarbeitenden in verschiedenen thüringen- und bundesweiten Netzwerken und Gremien.

Ein weiterer essentieller Baustein, der die Arbeit des Projekts auszeichnet, ist die breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit. #Kinderrechte digital leben! hat es sich zur Aufgabe gemacht, seine Inhalte, Ideen und Forderungen über die Veranstaltungen hinaus für Fachkräfte und Erziehende/Eltern bekanntzumachen und zur Verfügung zu stellen.

Die Förderung des Modellprojekts erfolgte durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	<b>2020</b>	<b>2021</b>
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	15.478,72 Euro	13.448,94 Euro
<b>Förderhöhe aus Bundesmitteln</b>	139.308,45 Euro	121.040,49 Euro

## **Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“**

Das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“<sup>3</sup> des Bundesministeriums des Innern und für Heimat fördert Projekte zur Stärkung demokratischer Teilhabe und gegen Extremismus in ländlichen und strukturschwachen Regionen. Ziel der Projekte ist, präventiv zu agieren und die grundlegenden Bedingungen für ein gleichwertiges und gewaltfreies Zusammenleben zu schaffen. Im Mittelpunkt stehen regional verankerte Vereine und Verbände, die ehrenamtliche Demokratieberaterinnen und -berater ausbilden. Diese sensibilisieren innerhalb ihrer Organisationen für antidemokratische Haltungen, begleiten die Entwicklung von Präventionsstrategien und beraten im Konfliktfall vor Ort. Die meisten dieser Projekte verfolgen zudem den Ansatz, ins lokale Gemeinwesen hineinzuwirken und gemeinsam mit anderen Akteurinnen und Akteuren regionale Netzwerke zur Bearbeitung antidemokratischer Vorfälle zu entwickeln bzw. zu verstärken.

In den geförderten Projekten werden ehrenamtliche Demokratieberaterinnen und -berater ausgebildet, die in der Lage sind, Konflikte mit Bezug zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu identifizieren und zu bearbeiten. Eine dauerhafte Verankerung des Angebots in den institutionellen Strukturen der Verbände und Vereine wird durch Etablierung von Beratungs- und Informationsangeboten erreicht. Beinahe alle Projekte verfolgen zudem den Ansatz, ins lokale Gemeinwesen hineinzuwirken und gemeinsam mit anderen Akteurinnen und Akteuren regionale Netzwerke zur Bearbeitung antidemokratischer Vorfälle zu entwickeln. Wichtige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sind dabei die 23 etablierten Partnerschaften für Demokratie.

---

3 <https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/> (12.12.2022).

Im Berichtszeitraum haben acht Träger verbandsinterne Beratungsstrukturen aufgebaut. Beteiligte Träger und die damit verbundenen Beratungsprojekte sind:

- „ZukunftsChancen – Ausbau Demokratie fördernder Strukturen“ – Projekt der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Landesverband Thüringen e. V.
- „Gut beraten?! Mit Konzept“ – Projekt des Arbeit und Leben Thüringen e. V.
- „Schau HIN vor Ort“ – ein Kooperationsprojekt des Paritätischen Landesverbandes Thüringen e. V. und des Bildungswerk BLITZ e. V.
- „Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen!“ – Projekt der Diakonie Mitteldeutschland
- „PARTHNER“ – Projekt des Kulturrates Thüringen e. V.
- „Sport zeigt Gesicht! Gemeinsam couragiert handeln“ – Projekt des Landessportbundes Thüringen e. V.
- „Stärkenberater\*innen Ausbildung“ – Projekt der NaturFreunde Thüringen e. V.
- „EMVÜ - Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen. Demokratiestarke Feuerwehren in Thüringen“ – Projekt des Thüringer Feuerwehrverbandes e. V.

Wichtige Partner im Freistaat sind der Landessportbund und der Thüringer Feuerwehrverband. Die Projekte des Landessportbundes und des Feuerwehrverbandes werden im Thüringer Landesprogramm als Strukturprojekte geführt. Beide werden deshalb im Kapitel 3.5 exemplarisch für die Verbandsprojekte ausführlich vorgestellt. Im Berichtszeitraum sind aus dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ rund 1,155 Mio. Euro in 2020 und rund 1,262 Mio. Euro in 2021 für Thüringer Projekte verwendet worden.

Ein Projekt, welches mit Mitteln des Bundes gefördert wird, wird im Folgenden beispielhaft vorgestellt:

### **Gut beraten?! Mit Konzept**

Zum 01.01.2020 startete das Projekt „Gut beraten?! Mit Konzept“ von Arbeit und Leben Thüringen e. V. in seine dritte Förderphase. Eine besondere Herausforderung im Berichtszeitraum war die Corona Pandemie. So mussten neue Kommunikationswege, neue Veranstaltungsformate entwickelt und umgesetzt sowie neue gewerkschaftliche Themen bearbeitet und auf neue gesellschaftliche Einstellungen reagiert werden. Zielgruppe des Projektes sind ehrenamtlich Aktive des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Thüringen und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Die Arbeit der lokalen Untergliederungen der Gewerkschaften und ihres Dachverbands in Thüringen wird überwiegend von ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen getragen. Diese sind die Gesichter ihrer Gewerkschaft in den jeweiligen Landkreisen und Städten und haben vielfältige Aufgaben. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen dabei nicht außerhalb der Gesellschaft, sie bilden das gesamte mögliche Spektrum an politischen Einstellungen ab. So besteht auch der Bedarf, demokratische Bildungs- und Verständigungsprozesse im Verband zu begleiten und zu fördern. Hierzu zählen u. a. die Bereiche: Aufklärung über Diskriminierung, Erarbeitung von Handlungsoptionen bei menschenverachtenden Einstellungen und Förderung einer demokratischen Verbandskultur. Gerade die Stärkung der demokratischen Teilhabe der Engagierten vor Ort ist ein nachhaltig formulierter Bedarf der Mitgliedsgewerkschaften und steht in der aktuellen Förderphase im Zentrum. Die Zunahme demokratiefeindlicher Tendenzen ist auch für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter als politisch Agierende eine tägliche Aufgabe im Ehrenamt. Sei es durch verbale Angriffe in Postings in sozialen Netzwerken oder direkte Bedrohungssituationen beim Durchführen von Veranstaltungen.

Das Projekt „Gut beraten?! Mit Konzept“ setzt hier an und unterstützt damit die Arbeit des DGB Thüringen und seiner Mitgliedsgewerkschaften in fünf Feldern:

### *1. Ausbildung von Demokratieberaterinnen und -beratern*

Um den alltäglichen Herausforderungen in der Gewerkschaftsarbeit gerecht zu werden, werden aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu Demokratieberatenden ausgebildet. Auf der Basis von 40 bis 2020 ausgebildeten Demokratieberaterinnen und -beratern konnten weitere 10 Personen 2021 erfolgreich ihre Ausbildung abschließen.

### *2. Beratung im und für das Ehrenamt*

Die Demokratieberaterinnen und -berater bieten Unterstützung für alle haupt- und ehrenamtlich aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Sie beraten hinsichtlich des Umgangs mit menschenverachtenden Einstellungen, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Sie erarbeiten Konfliktlösungen für das Ehrenamt und begleiten Veränderungsprozesse in den lokalen Verbandsstrukturen. In den Jahren 2020 und 2021 wurden insgesamt 62 Beratungen in 28 Beratungsfällen realisiert.

### *3. Begleitung*

Ein zentraler Bestandteil der Arbeit des Projekts ist die Begleitung der ausgebildeten Demokratieberaterinnen und -berater. So unterstützt das Projektteam bei der praktischen Anwendung des Erlernten durch Vermittlung von Einsätzen und der Koordination von Beratungsanfragen. Gleichzeitig finden regelmäßig Reflexionstreffen statt, um erlernte Techniken zu trainieren, vorhandenes Wissen zu vertiefen sowie neue Methoden kennenzulernen und auszuprobieren. Im Berichtszeitraum fanden vier Reflexionstreffen statt. Zwei weitere mussten aufgrund der Corona Pandemie abgesagt werden. Von diesen vier Treffen fanden drei digital und einer in Erfurt statt. Im Berichtszeitraum wurde zudem eine Handreichung für das Ehrenamt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erarbeitet. Sie umfasst die Themengebiete Beteiligung und demokratische Prozesse und Praxishilfen für das ehrenamtliche Engagement in der GEW Thüringen.

### *4. Fortbildungen*

Ein weiterer zentraler Bestandteil des Projektes sind Fortbildungen für ehrenamtlich aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Hierbei werden Wünsche aus den Stadt- und Kreisverbänden des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften aufgegriffen. Themen waren:

- Rechtspopulismus
- Argumentationstraining gegen Rechts
- Flucht und Migration
- Digitalisierung
- Nachhaltigkeit und Klimawandel
- Verschwörungstheorien und das Entstehen von antidemokratischen Gruppierungen
- Konfliktmanagement und Mediation
- Förderung des ehrenamtlichen gewerkschaftlichen Engagements

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 14 Fortbildungen mit 188 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Von diesen wurden neun Seminare in digitaler Form und fünf in Präsenz umgesetzt. Nur vier Fortbildungen wurden aufgrund der Corona Pandemie abgesagt. Seminarorte der Präsenzveranstaltungen waren Altenburg, Weilar/Rhön, Weimar und Erfurt. Das Projektteam nahm im Berichtszeitraum an der Fortbildung des Bundes „Wirkungen im Zentrum der Projektarbeit“ (WiZ) teil und schloss die Qualifizierung als bundesweit erstes Projekt erfolgreich ab. WiZ diente der Qualitätssicherung in der Projektdurchführung und behandelte die Themenfelder Konzept-, Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität von Projekten.

## 5. Regionale Vernetzung mit anderen Akteurinnen und Akteuren

Eine Erweiterung des Aufgabenspektrums gegenüber der vorhergehenden Förderphase liegt seit 2020 in der stärkeren Vernetzung mit Akteurinnen und Akteuren in der Region. Ziel ist es, gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, um eine demokratische Teilhabe im Gemeinwesen zu ermöglichen.

Die Förderung des Modellprojekts erfolgte durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	28.125,00 Euro	28.125,00 Euro
<b>Förderhöhe aus Bundesmitteln</b>	147.619,52 Euro	172.184,41 Euro

### **Präventionsprogramm Respekt Coaches | Anti-Mobbing-Profis**

Mit präventiven Angeboten an bundesweit rund 270 Standorten fördert das Präventionsprogramm Respekt Coaches | Anti-Mobbing-Profis<sup>4</sup> des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 2018 Respekt, Toleranz und den Abbau von Vorurteilen an Schulen. Die Schulen als wichtige Anlaufstellen für primär-präventive Angebote werden dabei unterstützt, jungen Menschen die Werte einer demokratischen und offenen Gesellschaft zu vermitteln, um ihre Resilienz gegenüber menschenfeindlichen Ideologien zu stärken. Umsetzungspartner des Bundesvorhabens sind Jugendmigrationsdienste, Schulen, Träger von Radikalisierungsprävention bzw. der politischen Kinder- und Jugendbildung und öffentliche Träger der Jugendhilfe und die Landes-Demokratiezentren. In Thüringen sind Respekt Coaches in Schulen an zehn Standorten aktiv.

---

4 <https://www.jmd-respekt-coaches.de/> (12.12.2022).

## 3. Bericht zur Umsetzung der Strukturen und Projekte

### 3.1 Förderung und Unterstützung von lokalen Strategien, insbesondere lokaler Partnerschaften für Demokratie

Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit werden in Thüringen flächendeckend die kreisfreien Städte und Landkreise unterstützt, Partnerschaften für Demokratie (PfD) als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse umzusetzen. In den 23 Thüringer PfD schließen sich staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in einem strukturierten Verfahren zu lokalen Bündnissen zusammen, um Engagement und Partizipation anzuregen und demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen entgegenzutreten.

Die Partnerschaften haben sich insbesondere in der Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure, der Netzwerkbildung, in der Generierung von Problem- und Praxiswissen und der Beförderung der Kooperation von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren bewährt. Zur fachlich-inhaltlichen Koordinierung der einzelnen Projekte richteten die geförderten Kommunen eine externe Koordinierungs- und Fachstelle ein, die in der Regel bei einem freien Träger angesiedelt ist. Sie ist für die Steuerung und Umsetzung der lokalen Partnerschaft für Demokratie zuständig, fungiert als Kontaktstelle und trägt zur Bekanntmachung der vor Ort geleisteten Maßnahmen bei. Darüber hinaus stellen die Gebietskörperschaften eine Ansprechperson für eine interne Koordinierungsstelle bereit. In Abstimmung mit der externen Koordinierungs- und Fachstelle werden die Strukturen und Gremien (z. B. Begleitausschuss der PfD, Demokratiekonferenzen) vor Ort organisiert.

2020 und 2021 konnten sich die PfD als regionale Strukturen zur Demokratieförderung und fachlichen Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen in Thüringen weiter verstetigen – wenngleich die Covid-19-Pandemie auch die lokalen Akteurinnen und Akteure herausforderte. Die überwiegende Mehrzahl der Koordinierungs- und Fachstellen konnte die erforderlichen Zugänge zu Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft aufrechterhalten bzw. weiter ausbauen. Begleitet wurde dies durch internetbasierte Unterstützungs- und Weiterbildungsangebote aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

Die Thüringer PfD beteiligen dabei nicht nur professionell Zuständige, sondern aktivieren auch ehrenamtlich aktive Bürgerinnen und Bürger sowie unterschiedliche Altersgruppen. Sie schaffen und vitalisieren Netzwerke vor Ort. Die demokratische Gestaltungskraft der Partnerschaften entfaltet sich unter anderem vor dem Hintergrund der Etablierung von engagierten Netzwerken und der Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern im kommunalen Raum. Der Begleitausschuss ist das Kernnetzwerk vor Ort, in dem Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung partizipativ integrierte Handlungsstrategien entwickeln und umsetzen. Die Jugendforen geben Jugendlichen die Chance, Engagement einzuüben, ihre Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und selbstständig eigene Projekte zu realisieren. Diese Jugendlichen sind zudem mit Stimmrechten ausgestattete Mitglieder der Begleitausschüsse und beteiligen sich an der Umsetzung der Partnerschaften.

Junge Menschen haben mit den Jugendforen die Gelegenheit, zu selbstbestimmten Mitgestalterinnen und Mitgestaltern von Prozessen demokratischer Beteiligung zu werden. Die Thüringer Landesstrategie Mitbestimmung ist dafür ein wesentlicher Baustein. Im Jahr 2021 wurden

anhand von Bedarfsabfragen zwei Web-Seminar für in den Jugendforen Aktive sowie für begleitende Fachkräfte zu den Themen „Jugendbeteiligung in Sozialen Medien“ und „Jugendgerechte Bedingungen in der Kommunalpolitik“ durchgeführt. Mitbestimmung und Beteiligung von jungen Menschen hat sich sowohl auf kommunaler als auch Landesebene grundsätzlich positiv entwickelt, wenngleich nicht überall die aufgebauten Strukturen den Herausforderungen der Covid-19-Pandemie sowie dem Fachkräftemangel Stand halten konnten.

Die Thüringer Partnerschaften unterstützen zivilgesellschaftliches Engagement für die Demokratie auch in Situationen von Anfeindungen durch Gruppen aus dem demokratie- und menschenfeindlichen Spektrum und entwickeln in diesem Kontext neue Formate. Aus den Förderregionen wird von Bedrohungslagen berichtet, die sich insbesondere gegen zivilgesellschaftlich Engagierte und staatliche Akteurinnen und Akteure richten. Zu bemerken ist, dass demokratisch Engagierte weiterhin zunehmend mit unmittelbaren Anfeindungen und Angriffen gegenüber ihrem demokratischen Engagement umzugehen haben. Darüber hinaus berichten Partnerschaften nach wie vor, dass eine gesellschaftliche Diskursverschiebung die Arbeit erschwert. Auf diese Bedrohungslagen wird durch die Thüringer Partnerschaften einhellig mit öffentlich wahrnehmbarem Widerspruch reagiert. Um dieser Herausforderung zu begegnen, werden solidarische Netzwerke geknüpft, das Handlungswissen unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure zusammengeführt und es wird sichtbar für demokratische Werte eingestanden. Die Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen im Thüringer Landesprogramm, z. B. durch die beratenden Strukturprojekte, hat großes Potential.

Die Förderung von Einzelmaßnahmen aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds stellt ein zentrales Instrument der Partnerschaften dar, um die lokale Zivilgesellschaft zu aktivieren und Strategien zur Stärkung der Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit umzusetzen. Während der Covid-19-Pandemie haben sich Projektinitiativen zunehmend an dieser Fondsstruktur beteiligt, da sie kurzfristige Organisations- und Handlungsoptionen ermöglicht.

Die Arbeit der Partnerschaften wurde intensiv durch die wissenschaftliche Begleitung unterstützt. 2020 und 2021 sind regelmäßig regionale Treffen durchgeführt worden. Ziel der Treffen war die Reflexion der Arbeit der Partnerschaften, Austausch zu Best-Practice-Beispielen sowie kollegiale Beratung und die Vernetzung mit weiteren Akteurinnen und Akteuren des Landesprogramms und der Bundesprogramme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben!“.

2020 und 2021 organisierte das Landes-Demokratiezentrum Fortbildungsveranstaltungen für die Koordinatorinnen und Koordinatoren der PfD aus den federführenden Ämtern und den externen Koordinierungs- und Fachstellen. Es wurden u. a. ein Starter-Workshop für neue Kolleginnen und Kollegen der internen und externen Koordinierungen sowie ein Workshop zu Wirksamkeit der Projekte angeboten. Des Weiteren gab es unter Beteiligung des Bundesprogramms 2021 die Möglichkeit, gemeinsam zu Neuerungen in der Antragsstellung ins Gespräch zu kommen und aktuelle Fragestellungen aus den Partnerschaften zu diskutieren.

Weiterhin wurden durch die Landeskoordinierungsstelle 2020 und 2021 jeweils zwei überregionale Vernetzungstreffen durchgeführt, die sowohl als Austausch- und Informationsplattform zu aktuellen Entwicklungen im Bundes- und Landesprogramm als auch zu Entwicklungen im fachpolitischen Diskurs dienten. Themenschwerpunkte im Jahr 2020 waren u. a. die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt 2019 und damit verbundene Perspektiven sowie ein Überblick zu Beratungsangeboten des Strukturprojekts ezra. 2021 wurden die Themen Landtagswahl 2021 und Qualitätsstandards in den Partnerschaften für Demokratie diskutiert und die Zusammenarbeit mit einer neuen wissenschaftlichen Begleitung begonnen. Zudem gab es in 2021 Vor-Ort-Gespräche der Landeskoordinierungsstelle mit allen Partnerschaften für Demokratie.

Die Anbindung an weitere Strukturen des Landesprogramms wird durch die Teilnahme der Sprecherinnen und Sprecher aus den vier Thüringer Planungsregionen (Ost, Südwest, Mitte, Nord) am Akteursnetzwerktreffen gewährleistet, das quartalsweise stattfindet (siehe Kapitel 5).

In 2020 und 2021 erhielt jede Partnerschaft aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ anteilig bis zu 125.000 Euro für Personal- und Sachkosten, den Aktions- und Initiativfonds, den Jugendfonds sowie den Öffentlichkeitsarbeitsfonds. Das Landesprogramm stellte pro Partnerschaft eine Ko-Finanzierung von einer halben Personalstelle für die Arbeit in der externen Koordinierungs- und Fachstelle sowie je 8.000 Euro für Projekte im Aktions- und Initiativfonds und 2.000 Euro für die Umsetzung des Jugendforums im Rahmen eines Jugendfonds bereit. Insgesamt wurden die 23 bestehenden Partnerschaften im Berichtszeitraum mit 1.777.503,38 Euro Landesmitteln gefördert.

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	858.157,71 Euro	919.345,67 Euro
<b>Förderhöhe aus Bundesmitteln</b>	2.944.574,49 Euro	2.911.918,69 Euro

### 3.2 Förderung der Mobilen Beratung

Die Mobile Beratung in Trägerschaft des MOBIT e. V. berät und unterstützt Menschen, die sich für eine menschenrechtsorientierte, demokratische Kultur vor Ort einsetzen möchten und gegen die extreme Rechte handeln wollen. Im Mittelpunkt steht der Empowerment-Ansatz, mit dem Ziel, Akteurinnen und Akteure zu befähigen, künftig vergleichbare Probleme eigenständig oder/und unter Einbindung lokaler Netzwerke zu bearbeiten. Methodisch umfasst dieser Ansatz die (Problem-)Sensibilisierung, die Ressourcendiagnostik, die Zielvereinbarung für den Beratungsprozess, die anschließende reflektierte Prozessbegleitung sowie die Hilfe zur Entwicklung, Verstetigung und Stabilisierung lokaler Netzwerke. Gemeinsam mit Engagierten entwickelt MOBIT bedarfsspezifische Handlungskonzepte für eine Stärkung des demokratischen Gemeinwesens und fördert somit eine lebendige Zivilgesellschaft. Die Beraterinnen und Berater setzen hierbei die mit den Mobilen Beratungen anderer Bundesländer gemeinsam entwickelten Qualitätsstandards um. Der regelmäßig stattfindende bundesweite Austausch und die vom Bundesverband organisierten Arbeitsgemeinschaften und Fortbildungen werden von den Thüringer Beraterinnen und Berater intensiv genutzt.

Im Berichtszeitraum 2020 agierte die extrem rechte Szene mit ca. 587 von MOBIT registrierten Aktivitäten auf einem sehr hohen Niveau. Trotz der Einschränkungen aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen sank das Aktionsniveau im Vergleich zum Vorjahr nur leicht. Grund dafür waren vor allem die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen, bei der sich eine rechte Mischszene herausbildete, welche die Proteste thüringenweit maßgeblich prägte. Im Gegensatz dazu verringerte sich die Anzahl der RechtsRock-Konzerte. MOBIT zählte 19 extrem rechte Konzerte, im Vorjahr 2019 waren es noch 65. Neben all den Herausforderungen, mit denen sich zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure im Zuge der Lockdown-Maßnahmen gesamtgesellschaftlich konfrontiert sahen, stieg der Handlungsdruck, aktiv auf Problemlagen hinzuweisen. Die Abwägung zwischen der Notwendigkeit demokratischen Protests auf der einen und dem Einhalten der Infektionsschutzmaßnahmen auf der anderen Seite stellte für die demokratische Zivilgesellschaft eine enorme Herausforderung dar. Dies zeigen auch die erneut gestiegenen Beratungen von 250 (2019) auf 343 lange und mittlere Beratungen in 2020.

Die Arbeit der Mobilen Beratung setzt sich aus dem Kernprozess Beratung, flankierenden Stützprozessen (Recherche, Dokumentation und Information, Vernetzung und Gremienarbeit,

Öffentlichkeitsarbeit) sowie Fort- und Weiterbildungen zusammen. Wegen der Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie musste das gesamte Angebot, ebenso wie die interne Büroorganisation, auf digitale Prozesse umgestellt werden. Veranstaltungen wurden größtenteils in den digitalen Raum verlegt, um den Bedarf an themenspezifischen Angeboten zu decken. So wurden mehrere digitale Veranstaltungen mit verschiedenen Kooperationspartnerinnen und -partnern durchgeführt zu Themen wie „Medienstrategien der extremen Rechten“ oder die Buchlesung „Terror gegen Juden“. Die inzwischen regelmäßig stattfindende Jahrestagung von MOBIT in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung konnte in 2020 zum Thema „Digitaler Faschismus“ unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen im September in Präsenz durchgeführt werden. Ebenfalls gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen bediente MOBIT mit einer Reihe von Buchlesungen an mehreren Thüringer Orten das Thema rechter Radikalisierungsmechanismen im Netz. In Kooperation mit der Gedenkstätte Buchenwald und dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) plante MOBIT im November 2020 eine Tagung mit dem Titel: „Sprache, Hass und Terrorismus — Das Internet als Aktions- und Radikalisierungsplattform der extremen Rechten“, die aufgrund der verschärften Corona-Schutzmaßnahmen auf 2021 verlegt wurde. Im Zuge der Pandemie erreichten MOBIT vermehrt Anfragen zur Einschätzung der Thüringer Szene der Pandemie-Leugnerinnen und -Leugner und Verschwörungsmysen. MOBIT entwickelte dazu eigene Angebote, welche die thüringenweite Nachfrage nach niedrigschwelligen Veranstaltungen in Präsenz oder auch digital bedienten. Insgesamt führte MOBIT 50 niedrigschwellige Veranstaltungen zu verschiedenen Themenbereichen, 28 Fortbildungsveranstaltungen sowie sieben Bildungstage im Rahmen des Fortbildungsprogrammes des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in 2020 durch.

Neben Blogartikeln u. a. zur Einschätzung der Strategie der extremen Rechten im Umgang mit der Corona-Pandemie, veröffentlichte MOBIT die Broschüre „Gewalt, RechtsRock und Kommerz. Der Multifunktionär Thorsten Heise“. Mit einem Newsletter wurde ein zusätzliches Angebot für Interessierte geschaffen, sich über Veranstaltungen und Veröffentlichungen von MOBIT zu informieren.

Im Berichtszeitraum 2021 hat sich die Anzahl der von MOBIT erfassten extrem rechten Aktivitäten mit ca. 1750 nahezu verdreifacht, gleichwohl sank die Zahl der RechtsRock-Konzerte in Thüringen auf 14. Die Gründe hierfür waren zum einen die anhaltende rechte Mobilisierung zu Aktionen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen sowie die Debatte um eine vermeintliche Impfpflicht. Zum zweiten fanden 2021 Bundestagswahlen statt, zu der auch extrem rechte Parteien antraten, was zivilgesellschaftlich engagierte Menschen vor große Herausforderungen stellte. Vor diesem Hintergrund zeigte sich ein konstant hoher Beratungs- und Unterstützungsbedarf mit über 400 mittleren und langen Beratungen zum Umgang mit der extremen Rechten in gesellschaftlichen, kirchlichen und politischen Zusammenhängen. Während des gesamten Zeitraums luden thüringenweit zahlreiche lokale zivilgesellschaftliche Initiativen zu lebendigen Diskussionsrunden und vielfältigen Aktionen zur Auseinandersetzung mit demokratischer Kultur und der extremen Rechten im Zusammenhang mit dem Wahljahr ein. Nicht zuletzt bereiteten sich Engagierte aus ganz Thüringen bis zur endgültigen Absage im Juli auf eine möglicherweise anstehende Neuwahl des Thüringer Landtags vor. Aus diesem Engagement wurde die Kampagne „Wir lassen uns die Demokratie nicht nehmen“, welche letztlich im Zuge der Bundestagswahl gestartet wurde.

Neben der Beratungsarbeit realisierte MOBIT im Jahr 2021 mehrere Fachtagungen. Im Mai fand die digitale Tagung „20 Jahre im Auftrag einer zivilen Gesellschaft: Für Demokratie. Gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus“ statt. Die 2020 verschobene Tagung mit der Gedenkstätte Buchenwald und dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) „Sprache, Hass und Terrorismus“ wurde im Frühjahr nachgeholt. Im Herbst wurde eine weitere Tagung mit diesen Partnerinnen und Partnern zum Thema „Die Justiz und

der Umgang mit extrem rechten Straftaten: eine Gefahr für den Rechtsstaat“ umgesetzt. Im September fand die Jahrestagung mit der Landeszentrale für politische Bildung „Gefährdete Demokratie: Geschichtsrevisionismus, Verschwörungsmethoden und Pandemie-Leugnung“ statt. Ein weiterer Fachtag mit ezra und dem Praxisinstitut für systemische Beratung Süd zu „Demokratieverständnis im Alltag gestalten“ wurde im Sommer 2021 durchgeführt.

Über den Kernbereich der Beratung setzte MOBIT 55 niedrigschwellige Veranstaltungen, 22 Fortbildungsveranstaltungen und fünf Bildungsbausteine im Rahmen des Fortbildungsprogrammes des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in 2021 um. Hierunter werden Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Workshops und Trainings oder spezifische Angebote an Fachtagen in unterschiedlicher Dauer und Intensität subsumiert. Zu der breiten Themenpalette kam das Themenfeld der sog. „rechten Esoterik“ und „völkische Landnahme“ hinzu, zu der eine Veranstaltungsreihe mit der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen durchgeführt wurde.

Neben mehreren Blogartikeln zu aktuellen Entwicklungen der extremen Rechten, veröffentlichte MOBIT gemeinsam mit verschiedenen Beratungsnehmenden die Interviewreihe „Bündnisse kommen zu Wort“. Hier wurden die zahlreichen Herausforderungen für die demokratische Zivilgesellschaft der vergangenen Jahre benannt und intensiv diskutiert. Darüber hinaus erschien erstmals die Broschüre „Thüringer Zustände“, die in Kooperation mit ezra, KomRex, IDZ und MOBIT entstanden ist.

Die Förderung des Beratungsprojektes erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	<b>2020</b>	<b>2021</b>
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	278.875,98 Euro	294.329,77 Euro
<b>Förderhöhe aus Bundesmitteln</b>	320.533,62 Euro	338.439,40 Euro

### 3.3 Förderung der Opferberatung

Der Beratungsdienst „ezra - Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ richtet sich an Betroffene von Straf- und Gewalttaten aus Motiven Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, an deren Angehörige und Personen des sozialen Umfelds sowie an Zeuginnen und Zeugen. Ezra wird in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) umgesetzt und ist Mitglied im Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG e. V.). Für die professionelle Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt orientiert sich ezra an den gemeinsamen Qualitätsstandards der fachspezifischen Beratungsstellen, die im VBRG e. V. zusammengeschlossen sind. Zu den wichtigsten Arbeitsprinzipien gehören die Niedrigschwelligkeit des Beratungsangebots, die Vertraulichkeit der Beratung, die auf Wunsch auch anonym stattfinden kann, die Parteilichkeit mit den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und die inhaltliche und strukturelle Unabhängigkeit der Beratungsstelle von staatlichen Einrichtungen und politischen Parteien.

Im Jahr 2020 wurden durch die Thüringer Opferberatungsstelle insgesamt 106 rechte, rassistische und antisemitische Angriffe im Freistaat registriert, von denen mindestens 159 Menschen direkt betroffen und 47 mit angegriffen waren. Im Jahr 2021 kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem wahrnehmbaren Anstieg auf 119 rechtsmotivierte Angriffe, die ezra bekannt geworden sind. Davon waren mindestens 177 Menschen direkt betroffen und 30 mit angegriffen. In beiden Jahren war Rassismus das häufigste Tatmotiv, wobei der Anstieg im Jahr 2021 vor allem auf eine Zunahme rassistischer Angriffe zurückzuführen ist (2020: 65; 2021: 80). Das zweithäufigste Tatmotiv sind Angriffe auf (vermeintliche) politische Gegnerinnen und Gegner (2020: 24; 2021: 19). Im Jahr 2021 wurden erstmals Angriffe im Kontext der Corona-Pandemie als rechte Gewalt registriert. Hiervon waren vor allem Journalistinnen und Journalisten betroffen, die unter anderem bei den sogenannten „Querdenken“-Demonstrationen angegriffen wurden. Zudem wurden 13 weitere Verdachtsfälle mit Corona-Bezug registriert, die aufgrund fehlender Informationen nicht in die Statistik aufgenommen wurden. Die meisten Angriffe ereigneten sich in beiden Jahren in Erfurt (2020: 29; 2021: 28) und Jena (2020: 13; 2021: 16). Besonders auffällig war die Zunahme von rechten Angriffen in Weimar (2020: 3; 2021: 11). In die ezra-Statistik werden nur die Fälle aufgenommen, bei denen anhand fester Kriterien, die durch den VBRG e. V. gesetzt wurden und die sich an der Definition des Bundeskriminalamts zu „Politisch motivierter Kriminalität – rechts“ orientieren, ein rechtes Tatmotiv erkennbar ist.

#### **Professionelle Unterstützung unter den Herausforderungen der Corona-Pandemie**

Im Jahr 2020 wurden 206 Menschen und im Jahr 2021 234 Menschen durch ezra beraten und unterstützt. In 2021 sind das die meisten Beratungsnehmenden innerhalb eines Jahres seit dem Bestehen der Betroffenenberatungsstelle. Die Gesamtzahl der Beratungen in beiden Jahren steht im Zusammenhang mit Angriffen aus den Jahren 1998 bis 2021. Die meisten Beratungsnehmenden wurden über Kooperationspartnerinnen und -partner vermittelt.

Insgesamt konnten durch die ezra-Mitarbeitenden im Jahr 2020 847 und im Jahr 2021 785 Beratungs- und Unterstützungsleistungen erbracht werden. Im Jahr 2020 hatten sich diese im Vergleich zu 2019 nahezu verdoppelt. Das Beratungsangebot umfasst u. a. psychosoziale Beratung, die Beratung zu rechtlichen Fragen, die Begleitung zu Behörden, Ämtern, Polizei und Gerichten, die Vermittlung und Begleitung von/zu geeigneten Ärztinnen und Ärzten, Therapeutinnen und Therapeuten und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten sowie die Unterstützung bei Antragsstellungen oder fallbezogener Öffentlichkeitsarbeit. Der Zeitraum der Beratung ist u. a. von der Dauer der Ermittlungs- und Strafverfahren abhängig. Es kann aber auch bei ver-

meintlich abgeschlossenen Fällen zu neuen Arbeitsaufträgen kommen, weil sich beispielsweise psychische Probleme infolge des Angriffs erst nach Jahren zeigen. Im Berichtszeitraum ist die Betroffenenberatungsstelle mit einer Personalstelle im Umfang von 0,75 VzÄ gestärkt worden.

Zum Unterstützungsangebot von ezra gehören auch Empowerment-Angebote und Maßnahmen der lokalen Intervention. Empowerment-Angebote sollen Betroffene, die oft zusätzlich zu den gewalttätigen Angriffen mit Straftaten unterhalb der Gewaltschwelle (z. B. Beleidigungen) und (institutionellen) Diskriminierungen (z. B. Racial Profiling) konfrontiert sind, darin stärken, Selbstbestimmung über die Umstände in ihrem Alltag zu erlangen. Lokale Interventionen kommen auf Wunsch von Beratungsnehmenden dann in Betracht, wenn sich z. B. rechtsmotivierte Angriffe in einer Kommune oder in einem Stadtteil häufen. Ziel der Maßnahme ist es, die Angriffe im öffentlichen Diskurs zu thematisieren, das gesellschaftliche Umfeld vor Ort für die Situation der Betroffenen zu sensibilisieren und lokale Solidarisierungsprozesse zu initiieren. Aufgrund der COVID-19-Pandemie und begrenzter Kapazitäten konnten Empowerment-Angebote in beiden Jahren nur eingeschränkt angeboten und lokale Interventionen aus den vergangenen Jahren nur begrenzt fortgesetzt werden.

Die Aufrechterhaltung des Beratungs- und Unterstützungsangebots von ezra in Zeiten der Corona-Pandemie konnte nur mit einem erheblichen Mehraufwand realisiert werden. In 2020/21 konnten „face-to-face“-Beratungen in den Büroräumlichkeiten nur eingeschränkt angeboten werden. Abhängig von geltenden Verordnungen mussten diese für gewisse Zeiträume ganz ausgesetzt werden. Der Großteil der Beratungsleistungen fand in diesen Zeiträumen online und/oder telefonisch statt. Nur in dringenden Einzelfällen fanden Begleitungen unter Beachtung geltender Hygienevorschriften u. a. zu Ärztinnen und Ärzten, Therapeutinnen und Therapeuten und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten statt. Während der Begleitungen zu Polizei und Gerichtsprozessen kam es zu Einschränkungen, die eine zusätzliche Belastung für Betroffene darstellten. In einigen Fällen konnten Zeuginnen und Zeugenaussagen nur schriftlich erfolgen oder angesetzte Gerichtsprozesse wurden auf unbestimmte Zeit verschoben. Zudem konnte zu gewissen Zeiten nur eine eingeschränkte psychosoziale/therapeutische Versorgung von Beratungsnehmenden angeboten werden. Die Isolation und Kontaktbeschränkungen wurden beispielsweise von Betroffenen mit einer Posttraumatischen Belastungsstörung als besonders belastend erlebt.

### **Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit: Solidarisch an der Seite der Betroffenen**

Neben der Beratung und Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt, gehören auch das unabhängige Monitoring und die Öffentlichkeitsarbeit zu den Schlüsselprozessen, die für die Qualität und den Erfolg der praktischen Beratungsarbeit maßgeblich sind. Ziel des unabhängigen Monitorings ist es, das tatsächliche Ausmaß rechter Gewalt darzustellen, es gesellschaftlich diskutierbar zu machen und Gegenmaßnahmen zu befördern. Grundlage hierfür ist die kontinuierliche Fallrecherche. Die Ergebnisse werden zum einen in anonymisierten Chronikmeldungen auf der Webseite und zum anderen als Jahresstatistik veröffentlicht. Nicht alle Fälle, die in der Chronik veröffentlicht werden, fließen in die Statistik ein und umgekehrt.

Auch in den Jahren 2020/21 hat ezra die Jahresstatistiken zum Vorjahr auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Diese mussten aufgrund von COVID-19 digital durchgeführt werden. Regelmäßig werden dazu auch Expertinnen und Experten eingeladen, die beispielhaft über die Situation von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Diskriminierung in Thüringen berichten. Bei der Vorstellung der Jahresstatistik 2020 wurde zum Beispiel die Perspektive der Betroffenen des brutalen Neonazi-Angriffs in Ballstädt und ihren Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten sichtbar gemacht. Hintergrundinformationen zur Jahresstatistik werden zum Teil mehrsprachig auf der Webseite der Thüringer Opferberatungsstelle veröffentlicht.

Durch die über das Monitoring hinausreichende Öffentlichkeitsarbeit versucht ezra den gesellschaftlichen Diskurs über Ursachen und Wirkung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten um die Perspektive der Betroffenen zu erweitern. Die Öffentlichkeit soll für die Perspektive der Betroffenen sensibilisiert und Solidarisierungsprozesse befördert werden. Dazu gehören das Verfassen von Pressemitteilungen, die Ansprechbarkeit für Medienvertreterinnen und -vertreter sowie die Pflege einer Webseite und Social-Media-Kanälen bei Twitter, Facebook, Instagram und YouTube. Auch die Durchführung und Teilnahme an Podiumsgesprächen, Informationsabenden oder weiteren öffentlichen Veranstaltungen gehört dazu.

Im Jahr 2020 wurde beispielsweise in Kooperation mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen und der Mobilen Beratung in Thüringen (MOBIT) ein Online-Gedenken zum Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge vor 20 Jahren organisiert. Zudem wurde in Kooperation mit dem VBRG e. V. und der Journalistin und Dokumentarfilmerin Julia Oelkers die Episode „Rassismus, rechte Gewalt und Migrantifa in Erfurt“ im Rahmen der Webdokumentation gegenuns.de veröffentlicht. Die Webdokumentation wurde mit dem Einheitspreis 2020 und dem Grimme Online Award 2021 ausgezeichnet. Im Jahr 2021 war die Jubiläumsveranstaltung, die anlässlich des zehnjährigen Bestehens der fachspezifischen Beratungsstelle digital durchgeführt wurde, ein besonderes Highlight.

Die Förderung des Beratungsprojektes erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	193.204,87 Euro	226.616,11 Euro
<b>Förderhöhe aus Bundesmitteln</b>	233.078,89 Euro	287.652,51 Euro

### 3.4 Förderung der Ausstiegsberatung

Das Ausstiegsprojekt des Thüringer Beratungsdienstes beinhaltet die Beratung und Unterstützung von Ausstiegswilligen aus dem rechtsextremen Milieu und deren Reintegration in die Gesellschaft. Im Berichtszeitraum 2020 und 2021 wurden demgemäß kontinuierlich Beratungsanfragen von Ausstiegswilligen, Angehörigen, Eltern und Fachpersonal bearbeitet. Landesweit wurden insgesamt 499 Beratungen durchgeführt und 63 Fälle verzeichnet. Die Zahl der niedrigschwelligen Veranstaltungen wie Tagungen und Projektvorstellungen betrug für den Berichtszeitraum 35. An diesen Veranstaltungen nahmen insgesamt 382 Personen teil.

Aufgrund der Corona-Krise musste zunächst die Arbeit umorganisiert werden. Ein entsprechendes Hygienekonzept wurde erarbeitet. Das betraf neben Änderungen in der Beratungsstruktur auch die Umstellung auf Homeoffice. Die Beratungsstruktur wurde aufgrund der Kontaktbeschränkungen in Folge der Corona-Pandemie teilweise verändert. Das betraf zum einen die Durchführung von Telefonberatungen anstatt der vis-à-vis-Beratungen in Zeiträumen strenger Kontaktbeschränkungen. Die Telefonberatungen konnten in kürzeren Intervallen durchgeführt werden und trugen so zur Aufrechterhaltung der Kontakte und der Stabilisierung des Vertrauensverhältnisses bei. Zum anderen wurde die Betreuung der Klientinnen und Klienten auch mittels der Methode des Online-Trainings CLICK! durchgeführt, also mit Hilfe der entsprechenden Übungen und des begleitenden Chats. Die Beratungsarbeit, die im Zentrum der Tätigkeit des Thüringer Beratungsdienstes steht, umfasst auch die inhaltliche und methodische Aufarbeitung, sowie die Erarbeitung entsprechender Arbeitsmaterialien. Dies forderte einen entsprechenden Ressourceneinsatz.

Im Jahr 2021 waren mehrfach Kriseninterventionen notwendig, die einen hohen Beratungs- und Sicherheitsaufwand mit sich brachten und aufgrund derer Absprachen mit der Polizei und mit Anwälten nötig wurden. Wegen des sehr unsicheren Beratungsumfeldes wurde in einigen Fällen eine Begleitung durch einen externen Sicherheitsdienst notwendig, um die Sicherheit der Beraterinnen und Berater und der Klientinnen und Klienten gewährleisten zu können.

Die jeweils zu Beginn des Jahres stattgefundenen vereinsinternen Klausurtagungen wurden genutzt, um Strategien zur Öffentlichkeitsarbeit und das Konzept zur Onlineansprache (Tag-X.org) zu konkretisieren und zu implementieren, außerdem wurde die Ansprache der Ausstiegswilligen und der potentiell Ausstiegswilligen ausgebaut.

Eine stetige Qualitätsentwicklung und -sicherung wird gewährleistet durch regelmäßige Teamberatungen, Fallberatungen und -revisionen sowie Supervisionen. Ein eigenes Dokumentationsverfahren trägt zur weiteren Ergebnissicherung bei. Die Fertigkeiten und Erfahrungen wurden durch regelmäßige Teilnahme an externen Fort- und Weiterbildungen (teilweise Online) gesichert und erweitert.

Da im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zunehmend Verschwörungstheorien in den Fokus gerieten und sich Mischszenen mit Beteiligung rechtsextremer Akteure bildeten, hat dieser Bereich eine zunehmende Bedeutung auch in der Ausstiegsberatung erhalten. Vermehrt gehören verschwörungsideologische Themen zum Beratungsinhalt aller Zielgruppen dazu. Die Beraterinnen und Berater sind so gefordert, auf dem neusten Stand zu bleiben, was die verschiedenen und immer wieder neu entstehenden Verschwörungsideologien betrifft. Der Umgang mit diesen konnte gut in die Beratungsprozesse involviert und individuell mit den Klientinnen und Klienten bearbeitet werden, als auch auf der Webseite Tag-X.org thematisch integriert werden.

### **Niedrigschwellige Angebote**

Der Zugangsweg in Form kurzer Veranstaltungen in Verbindung mit einem Workshop für potentiell Ausstiegswillige und Fachpersonal wurde den Pandemiebedingungen entsprechend angepasst bzw. als Online-Variante in Form eines Web-Seminars angeboten. Dieser Zugangsweg erwies sich als sehr erfolgversprechend im Hinblick auf potentielle Klientinnen und Klienten, da diverse Themenbereiche des Rechtsextremismus niedrigschwellig angesprochen und gleichzeitig die Arbeit der Ausstiegsberatung vorgestellt werden konnte. Einen weiteren niedrigschwelligen Zugangsweg stellen die zielgruppen- und themenspezifischen Werbemittel des Thüringer Beratungsdienstes dar.

Der Thüringer Beratungsdienst und dessen Angebote werden regelmäßig bei Projektpräsentationen und Fachtagungen – teilweise digital – vorgestellt. Projekteigene Veröffentlichungen, wie z. B. der Elternratgeber „Rechtsextremismus – das betrifft mein Kind?“ oder das Handbuch „Qualität in der Ausstiegsberatung“ sind immer noch aktuell und bieten Ratsuchenden weitere Projektinformationen und Hilfestellungen.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit ist die Ausstellung „END.Täuschung – Rechtsextremismus.Irritation.Ausstieg“. Sie diente vor allem der Klientinnen- und Klientenaquise, der Gruppenarbeit mit Fachpersonal und der Netzwerkarbeit. Die Ausstellung beschreibt Ein- und Ausstiegsprozesse und klärt über die Gefahren der rechtsextremen Szene auf. Hierfür wurden Informationstexte zu elf verschiedenen Themenschwerpunkten verfasst.

Die Ausstellung „END.Täuschung“ wurde an sechs verschiedenen Orten über längere Zeiträume ausgestellt. Darunter befinden sich Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen, Fachveranstaltungen der Jugendhilfe und das Stadtmuseum Jena im Rahmen des NSU Symposiums Jena „Kein Schlusstrich“. Auch die Poster-Variante wurde parallel zu den Aufstellern ausgestellt und verteilt.

Im Rahmen von Tag-X.org wurde auch im Online-Bereich Öffentlichkeitsarbeit betrieben, diese wurde einerseits durch die Präsenz der Ausstiegsberatung auf diversen Internetplattformen, sowie durch Werbekampagnen und Werbeanzeigen auf Facebook, Google und Instagram umgesetzt.

Im Februar 2021 erschien ein Artikel über die Ausstiegsberatung im Magazin „SCHWARZ-ROTGOLD“ Ausgabe 2/2021 der Bundesregierung, indem ein Ausstiegswilliger über die Arbeit der Ausstiegsberatung und seinen bisherigen Ausstiegsprozess berichtete. Im Herbst desselben Jahres fand ein Videodreh mit dem Bundespresseamt statt, wodurch ein Kurzfilm anlehnend an den oben genannten Artikel entstand. Dieser wurde im Rahmen des Tags der deutschen Einheit in Halle präsentiert.

### **Netzwerkarbeit**

Kooperationspartnerinnen und -partner stellen einen wichtigen Zugangsweg dar. Sie sind oftmals bereits Vertrauenspersonen potentieller Klientinnen und Klienten und können diese an den Thüringer Beratungsdienst vermitteln. Die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnerinnen und -partnern ist unverzichtbar, um eine Weitervermittlung der Klientinnen und Klienten mit Zusatzproblematiken an entsprechende Institutionen zu gewährleisten. Aus diesem Grund ist eine landesweite Vernetzung und eine konstruktive Zusammenarbeit mit Kooperationspartnerinnen und -partnern von großer Bedeutung.

Im Zeitraum 2020 und 2021 wurden daher gezielt Institutionen angesprochen, welche im direkten Kontakt zu unserer Klientel stehen könnten. Diese sind sowohl im Bereich der Justiz und der Polizei zu finden, als auch in Integrationsprojekten oder Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen. Des Weiteren fanden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Stabstelle polizeiliche Extremismusprävention, der Landespolizeiinspektion Erfurt und des LKA statt. Daneben bestehen Kontakte mit Das Netz - als Vernetzungsstelle gegen Hate-Speech - und eine Kooperation mit der AG Strategie Rechtsextremismus, insbesondere mit Bezug zu Tag-X.org. Zudem wurden Kooperationsvereinbarungen mit der Jugendhilfeeinrichtung Café Conti und dem "Projekt D-Netz" des Distanz – Distanzierungsarbeit, jugendkulturelle Bildung und Beratung e. V. abgeschlossen.

Die Förderung des Beratungsprojektes erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	<b>2020</b>	<b>2021</b>
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	126.603,68 Euro	130.742,71 Euro
<b>Förderhöhe aus Bundesmitteln</b>	145.515,35 Euro	141.354,51 Euro

### 3.5 Förderung von Beratungsangeboten in den Bereichen Sport und Feuerwehr sowie sozialen Verbänden und Vereinen

Die Beratungsangebote in den Bereichen Sport, Feuerwehr und sozialen Verbänden und Vereinen sind Kooperationsprojekte des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Welttoffenheit mit dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern und für Heimat. Ziele dieser Förderung sind die Etablierung demokratischer Verbands- und Vereinsstrukturen und die Bearbeitung von diskriminierenden und demokratiefeindlichen Vorfällen im Verband oder Verein in ländlichen oder strukturschwachen Regionen.

Durch einen regelmäßigen Austausch der Projektverantwortlichen bei Trägertreffen wird ein Erfahrungs- und Wissenstransfer zwischen den Projekten sichergestellt und somit die Qualität erhöht. Die Projekte des Landessportbundes und des Feuerwehrverbandes werden im Thüringer Landesprogramm als Strukturprojekte geführt. Insbesondere im ländlichen Raum Thüringens sind Sportvereine und Feuerwehren oftmals zentrale Vereinigungen, da sie beinahe überall vertreten sind. Wenn man demokratische Grundwerte hier vermitteln und stärken und somit ein demokratisches Miteinander entwickeln oder verbessern möchte, dann können die Ziele des Landesprogramms in Thüringen so flächendeckend verbreitet werden. Die Strukturprojekte stellen einen unverzichtbaren Bestandteil des Landesprogramms dar.

#### **Sport zeigt Gesicht – gemeinsam couragiert handeln**

Die demokratischen Werte im und um den Sport zu stärken, mit Konflikten (besser) umgehen zu lernen und Diskriminierungen sowie weiteren antidemokratischen Erscheinungsformen vorzubeugen – das sind die Ziele, die der Landessportbund Thüringen e. V. mit seinem Projekt „Sport zeigt Gesicht!“ verfolgt. Eine wichtige Handlungsgrundlage für die Projektarbeit sind hierbei die in der Satzung und dem Leitbild des Landessportbundes Thüringen verankerten demokratischen Werte. Aufbauend auf diesem Wertekompass gestaltet das Projekt Workshops und Seminare für und mit den Thüringer Sportstrukturen und berät diese im Umgang mit Situationen, die demokratiefeindlichen oder ausgrenzenden Charakter haben. Außerdem unterstützt und begleitet es ausgewählte Thüringer Sportstrukturen in Veränderungsprozessen.

Die beiden Jahre 2020 und 2021 waren Corona-bedingt für die Projektarbeit in vielfältiger Weise herausfordernd. Unter anderem konnten einige Maßnahmen nicht wie geplant umgesetzt werden. Andere Aktivitäten erfuhren Schritt für Schritt mit Unterstützung der neuen digitalen Tools eine Realisierung, benötigten jedoch veränderte konzeptionelle Designs. Gleichwohl konnte die Zeit genutzt werden, um das inhaltliche und methodische Portfolio des Projektes zu erweitern. Die neuen digitalen Möglichkeiten waren eine Chance für die Projektarbeit und einzelne Facetten werden dem Projektalltag auch in den kommenden Jahren erhalten bleiben. Festhalten lässt sich zugleich, dass digitale Angebote eine Ergänzung zu Präsenzveranstaltungen darstellen. Ob in Präsenz oder digital gearbeitet wird, dafür sind letztlich die jeweils verfolgten Zielsetzungen entscheidend.

In 2020 setzte das Projekt 30 Bildungsmaßnahmen und im darauf folgenden Jahr 36 Bildungsaktivitäten um. Darüber hinaus begleitete das Projekt in beiden Jahren insgesamt elf Beratungsfälle, zum Teil unter Einbindung externer Kooperationspartnerinnen und -partner bzw. mit Unterstützung weiterer externer Fachpersonen.

Ein großer Anteil der Bildungsmaßnahmen wurde digital umgesetzt. Dazu gehörten beispielsweise Themen wie das Werteverständnis im Sportverein, die Kinderrechte oder auch die Gestaltung demokratischer Prozesse. Über die beiden Jahre 2020 und 2021 erstreckte sich auch

ein umfangreicher Prozess zur Überarbeitung des bisherigen Moduls „Rechtsextremismusprävention im Sportverein“ im Grundlagenlehrgang der Übungsleiterausbildung. Das neue Modul „Unsere Werte“ konnte im zweiten Halbjahr 2021 sowohl für Präsenzveranstaltungen als auch im digitalen Format erprobt werden und wird seit 2022 von den Kreis- und Stadtsportbünden verbindlich umgesetzt. Mit dem Prozessabschluss ist auch verbunden, dass der Einsatz der Referentinnen und Referenten zukünftig alleinig in der Verantwortung der Kreis- und Stadtsportbünde liegt. Um dies zu erreichen, fanden zwei Schulungen statt (für die jeweilige Umsetzung des Moduls in Präsenz bzw. digital). Darüber hinaus erstellte das Projekt ein begleitendes Dossier sowie das Lehrmaterial für die Teilnehmenden.

Innerverbandlich arbeitet das Projekt eng mit dem Programm „Integration durch Sport“ zusammen. Daher wurde im November 2020 beispielsweise die Jahrestagung mit den Stützpunktvereinen des Programms „Integration durch Sport“ unter das Thema „Stützpunktvereine im Austausch: Zwischen engagierter Integrationsarbeit und diskriminierenden Situationen“ gestellt. Die zweitägige Veranstaltung erfuhr eine digitale Umsetzung und war durch einen intensiven Austausch der Teilnehmenden geprägt.

Ein besonderer Höhepunkt der Projektarbeit war in 2020 der beteiligungsorientierte Prozess zur Erarbeitung eines vereinsinternen Leitbildes mit dem 1. Sonneberger Volleyballclub 2004 e. V. Ausgehend von einem konkreten Beratungsanliegen entschied sich der Vereinsvorstand dafür, mit seinen Mitgliedern in Dialog zu treten und ein Leitbild zu entwickeln. Dieses sollte für den Verein allgemeingültige Regeln festlegen, die langfristig den Rahmen für das strategische Vereinshandeln, die Vereinskultur und die gemeinsamen Werte nach innen und außen bilden. Der Prozess wurde durch eine externe Prozessbegleitung geführt und ist in einer Broschüre mit dem Titel „Haltung zeigen mit vereinsinternen Leitbildern“ dokumentiert. Ausgehend von den gesammelten Erfahrungen finden sich in der Broschüre auch praktische Tipps, wie interessierte Sportvereine sich selbst auf den Weg einer Leitbilderstellung begeben können. Der komplexe Prozess wurde in Kombination von digitalen Treffen und Präsenzveranstaltungen realisiert. Die Erfahrung mit dem 1. Sonneberger Volleyballclub 2004 e. V. fand unter anderem Eingang in Bildungsformate des Projektes und hat auch dazu geführt, dass der Impuls für eine Leitbilderstellung an einen Sportfachverband weitergegeben werden konnte.

In 2021 organisierte das Projektteam eine vier Module umfassende Qualifizierungsreihe mit dem Titel „Kompetent in die Zukunft“. Diese richtete sich an hauptamtliche Mitarbeitende der Kreis- und Stadtsportbünde, der Sportfachverbände sowie der LSB-Geschäftsstelle. Anhand der Themen Systemische Beratung, Konfliktmanagement, Moderation mit Methode, Veränderungsprozesse gestalten sowie viel Raum für eine Reflexion der eigenen Praxis ist es gelungen, die Teilnehmenden in ihrer Handlungssicherheit zu stärken und sie mit den Projektthemen zu verknüpfen.

Von immenser Bedeutung für die Arbeit des Projektes sind die vom Projekt qualifizierten ehrenamtlichen Beraterinnen und Berater. Diese unterstützen insbesondere die Bildungsarbeit des Projektes, indem sie Workshops und Seminare konzipieren und durchführen. Darüber hinaus bringen sie sich in die Projektentwicklung ein und reflektieren gemeinsam mit dem hauptamtlichen Team auch die Praxis der Beratungsarbeit. In den Jahren 2020 und 2021 fanden insgesamt vier Teamtreffen statt, um sich neuen Themen zu stellen, gemeinsam Ideen zu generieren und sich auszutauschen. Als fachlicher Standard wurde 2020 ein projektinternes Bildungsverständnis implementiert, das die Grundlage für alle Projektaktivitäten in der Bildungsarbeit darstellt.

Zusätzlich hat sich der Landessportbund Thüringen e. V. mit seiner Sportjugend unter Einbindung des Projektes mit dem Positionspapier „Klare Haltung für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft“ des Deutschen Olympischen Sportbundes bzw. seiner Deutschen

Sportjugend befasst und das Papier auf eine Übertragbarkeit hin geprüft. Dies hat unter anderem dazu geführt, dass der Blick auf die eigenen demokratischen Grundprämissen und Werte eine Schärfung sowie Stärkung erfahren hat.

Abschließend ist das Projekt in unterschiedliche Netzwerke eingebunden – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Es bringt sich hierbei in fachliche Diskussionen ein, nutzt die sich ergebenden Synergien und gibt Impulse für die weitere Arbeit im Themenfeld.

Die Förderung des Projektes erfolgte durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	35.050,27 Euro	34.228,20 Euro
<b>Förderhöhe aus Bundesmitteln</b>	140.201,05 Euro	144.970,82 Euro

### **Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen – demokratiestarke Feuerwehren in Thüringen**

Neben den regulären Aufgaben in der Gefahrenabwehr erfüllen die Feuerwehren auch eine unverzichtbare gesellschaftliche Funktion. Insbesondere in den ländlich geprägten Regionen sind sie ein unentbehrlicher Bestandteil des Gemeinwesens, da sie den Zusammenhalt vor Ort fördern und aktiv gestalten. Hier setzt das Projekt Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen (kurz EMVü) seit 2011 an. Das Anliegen besteht darin, Feuerwehrangehörige in Thüringen für demokratische Prozesse und aktive Mitwirkungs- sowie Mitgestaltungsmöglichkeiten im gesamten Verband und auch außerhalb zu aktivieren. Zur Unterstützung hat EMVü ein verbandsinternes Netzwerk mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Beraterinnen und Beratern aufgebaut und bedarfsgerecht qualifiziert. Als verlässlicher Partner aller Feuerwehren hat EMVü es sich zum Ziel gesetzt, Kommunikations-, Bildungs- und Beratungsstrukturen aufzubauen und weiterzuentwickeln. Das EMVü-Projekt hat sich z. B. im September 2020 gemeinsam in einer Projektgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Feuerwehr Altenburg, dem Landratsamt sowie Vorstandsmitgliedern des Kreisfeuerwehrverbandes auf einen Maßnahmenkatalog zur Stärkung des Ehrenamtes Feuerwehr innerhalb des Landkreises Altenburger Land verständigt. Grundlegend geht es darum, die partizipative Mitgestaltung und demokratische Teilhabe zu erleichtern, Informationsflüsse zu verbessern und neue Bildung – und Beteiligungsformate zu erproben. Langfristiges Ziel wird es sein, die interne Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Dachverband und Mitgliedern zu intensivieren.

Die Bildungsarbeit an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule ist eine wichtige Säule in der Arbeit des Projektes. Neben dem technischen und taktischen Know-how zählen auch die sozialen Kompetenzen zum Repertoire einer guten Führungskraft. „Wer kommuniziert, der führt und wer führt, der kommuniziert“ – diesem Grundsatz folgend, werden Themen wie Motivation, Führungsverhalten und Kommunikation in der Lehreinheit behandelt. Ein guter Kommunikations- und Führungsstil, auch fernab des Einsatzgeschehens, hilft dabei die Mannschaft zusammenzuhalten und das kameradschaftliche Miteinander zu fördern.

Eine Premiere für das Projektteam war die digitale Umsetzung der Lehreinheit im Lehrgang „Leiter einer Feuerwehr“ im Mai 2021. Besonders die intensive Arbeit an konkreten Fallbeispielen und der interaktive Austausch mit den Kameradinnen und Kameraden zeigten, dass es einen eindeutigen Bedarf bei den Teilnehmenden für die breite Themenpalette gab.

Der von einer breit besetzten Arbeitsgruppe des Thüringer Feuerwehr-Verbandes e. V. (ThFV) vorgelegte Entwurf „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtspopulismus und -extremismus in den Thüringer Feuerwehren“ ist vom Vorstand verabschiedet worden. Die Empfehlungen geben konkrete Hinweise zum Umgang mit rechtspopulistischen und -extremistischen Erscheinungsformen in verschiedenen Bereichen der Verbandsarbeit und der Tätigkeit der Feuerwehr. Sie beinhalten u. a. Hinweise für Veranstaltungen, Spenden und Sponsoring, Mitgliedschaften in der Feuerwehr und soziale Netzwerke. Die Handlungsempfehlungen wurden 2021 an alle Thüringer Gemeinden verschickt.

Um dem Vertrauen in die Institution Feuerwehr weiterhin gerecht zu werden, wird der ThFV seine Werte in Zukunft noch aktiver leben und für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Die erarbeiteten Handlungsempfehlungen geben dabei einen Orientierungsrahmen. Hier gilt es, situationsangemessene Lösungen zu finden, welche den Grundwerten der Feuerwehr gerecht werden. Dabei sind die Feuerwehren auch auf die Unterstützung ihrer Partnerinnen und Partner in den Kommunen angewiesen.

Zum ersten Mal fand ein gemeinsamer Online-Fachtag des ThFV mit den Landesfeuerwehrverbänden Bayern, Brandenburg und Hessen statt. Das Ziel, auf dem Fachtag über die breiten Angebote der Digitalisierung zu sprechen und gute Praxisbeispiele auch aus Feuerwehren vorzustellen, wurde erreicht. Dazu zeigten die Diskussion in den neun Workshops zum einen deutlich auf, wie viele Ideen es gibt und zum anderen, welche konkreten Bedarfe die Feuerwehren haben.

Die Förderung des Projektes erfolgte durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	36.850,36 Euro	36.659,69 Euro
<b>Förderhöhe aus Bundesmitteln</b>	147.401,46 Euro	146.638,78 Euro

### 3.6 Förderung von präventiven Angeboten an Schulen

Das Landesprogramm stellt für präventive schulbezogene Angebote bedarfsgerechte Ressourcen zur Verfügung, wenn diese nicht durch die Regelarbeit der Schule abgedeckt oder gewährleistet werden können beziehungsweise wenn diese einen besonderen Impulscharakter haben. Vorrangig werden Vorhaben unterstützt, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit an der Schule zu lernen und zu leben. Dabei stehen selbstgesteuerte, selbstbestimmte und selbstorganisierte Bildungsprozesse im Vordergrund, in denen mit- und voneinander gelernt und gehandelt wird.

#### Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)

Arbeit und Leben Thüringen und die Kooperationspartnerinnen und -partner im Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) führen seit Jahren außerschulische politische Jugendbildung durch, welche auf elaborierten und ständig weiterentwickelten Konzepten fußt. Die Bildungsveranstaltungen werden dabei sehr gut nachgefragt. Die Projektstage sind Bildungskonzepte der unterrichtsbegleitenden Jugendbildung in Thüringen, sie erreichen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dort, wo sie die meiste Zeit ihres Tages verbringen: in den allgemein- und berufsbildenden Schulen. Während der Projektstage werden die Schülerinnen und Schüler

zu einem offenen Meinungs austausch angeregt, zum Beispiel innerhalb moderierter Diskussionen.

Aufgrund der Schließungen der Schulen wie auch der Unmöglichkeit für externe Pädagoginnen und Pädagogen die Schulen zu betreten, die aufgrund der Pandemie für alle Projektteiligten selbstverständlich nachvollziehbar und unterstützenswert erschienen, konnte das übliche Projekttagsgeschehen über viele Monate in 2020 sowie 2021 gar nicht stattfinden. Es mussten insgesamt 238 Projektstage ganz abgesagt oder verschoben werden. Doch es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die Nachfrage nach demokratiefördernden Bildungsangeboten sich unverändert hoch zeigt. Außerdem hat sich herausgestellt, dass eine gesamtgesellschaftliche Krise wie die Corona-Pandemie, die auf den ersten Blick zwar nichts mit rechten Gruppierungen oder menschenverachtenden Einstellungen zu tun hat, eben doch von derartigen Akteurinnen und Akteuren genutzt und instrumentalisiert wird. Derartige Krisen lassen – auch wenn sie bei Weilen die persönliche Wahrnehmung sowie die Berichterstattung dominieren – menschenverachtendes Verhalten und demokratiefeindliche Einstellungen nicht verschwinden. Sie machen demokratiefördernde Bildungsangebote und das aktive Kämpfen gegen menschenverachtende Einstellungen nur umso notwendiger.

Arbeit und Leben Thüringen führte in den Jahren 2020 und 2021 Projektstage an Regelschulen, Förderschulen, berufsbildenden Schulen, Gesamtschulen und Gymnasien in ganz Thüringen durch. Insgesamt wurden in 2020 35 Thüringer Schulen und Bildungseinrichtungen an 26 Orten mit 114 Projekttagen erreicht. Die Zahl der Teilnehmenden betrug 1899. In 2021 wurden 33 Thüringer Schulen und Bildungseinrichtungen in 17 Landkreisen mit 81 Projekttagen erreicht. Die Zahl der Teilnehmenden betrug 1319.

Den allgemein- und berufsbildenden Schulen in Thüringen wurden im Rahmen des Projektes zehn unterschiedliche Projekttagskonzepte über jeweils 6 x 45 min ab der Klassenstufe 5 angeboten.

- Projekttag A zu Diskriminierung und Rassismus;
- Projekttag B zu gesellschaftlicher Mitbestimmung;
- Projekttag C zu menschenverachtenden Einstellungen und Neonazismus;
- Projekttag S zu Sexismus und Homophobie;
- Projekttag T zu Teamfähigkeit und Kommunikation;
- Projekttag V zu Normalitätsvorstellungen und Sprachgebrauch;
- Projekttag W zu Wünschen und respektvollem Umgang;
- Projekttag Z zu Vielfalt und solidarischem Miteinander und
- Projekttag Re: zu couragierter Gegenrede in sozialen Netzwerken sowie
- Projekttag Di, digitaler Projekttag zu Diskriminierung online
- Fortbildungen für Lehrkräfte

Neben der Durchführung der Projektstage spielt die Qualifizierung von freiwillig engagierten Teamenden eine wichtige Rolle, da diese für die Umsetzung der zahlreichen Projektstage maßgeblich sind. In den Jahren 2020 und 2021 konnten insgesamt 47 freiwillig engagierte Teamende ausgebildet werden. Innerhalb der stattfindenden Aufbauteamschulungen konnten 35 Teamende weiterqualifiziert werden. Zusätzlich zu diesen Angeboten wurde erstmalig eine eigene Trainerinnen- und Trainerausbildung angeboten. An dieser nahmen 15 Teamende teil. Diese Ausbildung umfasst eine zeitliche Dauer von fünf Wochen, die teilweise ebenfalls ins Digitale verlegt werden musste. Im Anschluss an diese Ausbildung können die Trainerinnen und Trainer die Teamschulung im Rahmen des NDC durchführen.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	339.680,30 Euro	323.980,60 Euro

### **Landeskoordination Thüringen von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“**

Die Landeskoordination Thüringen in Trägerschaft der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar (EJBW) betreut das Thüringer Netzwerk von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR – SmC). Im Berichtszeitraum 2020 und 2021 war die Landeskoordination eine Anlauf-, Beratungs- und Koordinierungsstelle für 64 Thüringer Courage-Schulen sowie weitere interessierte und Anwarter-Schulen. Zu den 64 Courage-Schulen gehören eine Grundschule, 13 Regelschulen, 25 Gymnasien, drei Berufsschulen, 14 Gemeinschaftsschulen, zwei (integrierte) Gesamtschulen, eine freie Schule (Waldorfschule), zwei Schulzentren (Gymnasium/Regelschule) und zwei Förderschulen. Schülerinnen und Schüler werden in diesem Netzwerk darin bestärkt, ihre Schule aktiv mitzugestalten und sich gegen jede Form von Diskriminierung, Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzusetzen. Die Landeskoordination unterstützt die Schülerinnen und Schüler dabei, das Schulklima so nachhaltig zu verändern, dass die Stärkung von Zivilcourage gefördert wird und durch gegenseitige Achtung und Wertschätzung ein friedliches und demokratisches Miteinander auf Grundlage gemeinsamer Werte möglich ist. Die Schulen verpflichten sich, mindestens einmal im Jahr ein Projekt durchzuführen, um das Projektanliegen in der Schule umzusetzen.

Schwerpunkte der Arbeit sind:

- Begleitung und Unterstützung der Courage-Schulen
- Erweiterung des Thüringer Netzwerkes
- Umsetzung von Schulprojekten und Qualifizierung der Beteiligten
- Vernetzung der Courage-Schulen untereinander und mit Kooperationspartnern
- Konzeptionelle Weiterbildung
- Interne Qualitätsentwicklung
- Fort- und Weiterbildung
- Vernetzung und Gremienarbeit

Der Kontakt zu den Schulen ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit, um die Nachhaltigkeit der Projektarbeit zu sichern. Dazu wurden zahlreiche Beratungsgespräche mit Schülerinnen und Schülern und pädagogischen Fachkräften geführt. Ab Mai 2020 versendete die Landeskoordination wöchentlich eine Informationsmail an alle Courage-, Anwarter- und meist auch an interessierte Schulen. Hier wurde über regelmäßige (Online-) Angebote und geeignete Materialien zu verschiedenen Themenbereichen des Netzwerkes, die von der Landeskoordination als auch der Bundeskoordination, der EJBW, von Kooperationspartnern und anderen Institutionen bereitgestellt wurden, informiert. Diese Form der Kontaktansprache etablierte sich. Es wurden wöchentlich ca. 300 E-Mails verschickt.

Es fanden Corona-bedingt nur wenige Schulbesuche in den beiden zurückliegenden Jahren statt, z. B. in Schlotheim, Jena, Bad Berka, Weimar. Stattdessen konnten viele virtuelle Treffen bzw. telefonische Beratungen mit Beteiligten der Courage-Schulen umgesetzt werden. Diese Kontakte mit Schulbeteiligten dienen der Aktivierung der Projektarbeit, indem ihnen verschiedene Angebote präsentiert werden, gemeinsam Ideen für eine aktive Projektarbeit in der Schule entwickelt und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten besprochen werden. Zu den (virtuellen) Schulbesuchen werden immer Schülerinnen und Schüler sowie Pädagoginnen und Pädagogen eingeladen. Trotz Pandemie wurde ständiger Kontakt zu den Courage-Schulen ge-

halten und sie in ihrer Projektarbeit begleitet. Zusätzlich begann die Entwicklung einer sogenannten „SoRge“-Datenbank. Thüringer Institutionen wurden mit Hilfe eines Fragebogens aufgefordert ihre Beratungsangebote im Bereich Diskriminierung, Rassismus, Mobbing für Schülerinnen sowie Schüler, Pädagoginnen, Pädagogen und/oder Eltern mitzuteilen. Die bisherigen ca. 75 Rückmeldungen werden in eine Online-Datenbank eingepflegt, die für alle Thüringer Schulen nutzbar sein wird.

Das sechste Landestreffen mit dem Titel „Diskriminierung erkennen und entgegentreten“ war 2020 wieder ein besonderer Höhepunkt und konnte noch kurz vor dem ersten Lockdown mit zahlreichen Kooperationspartnerinnen und -partnern sowie Teilnehmenden durchgeführt werden. Es nahmen ca. 150 Schülerinnen und Schüler und Pädagoginnen und Pädagogen aus 28 Schulen teil.

Das Netzwerk ist im Förderzeitraum 2020 und 2021 um neun Schulen auf insgesamt 64 Schulen gewachsen. Dabei mussten 2020 geplante Titelverleihungen auf 2021 verschoben werden. Nicht nur Schulen in den Städten Erfurt (3) und Weimar (1), sondern auch Schulen im ländlichen und kleinstädtischen Raum, z. B. Bad Salzungen, Altenburg, Nordhausen, Breitung und Heilbad Heiligenstadt konnten neu ins Netzwerk aufgenommen werden.

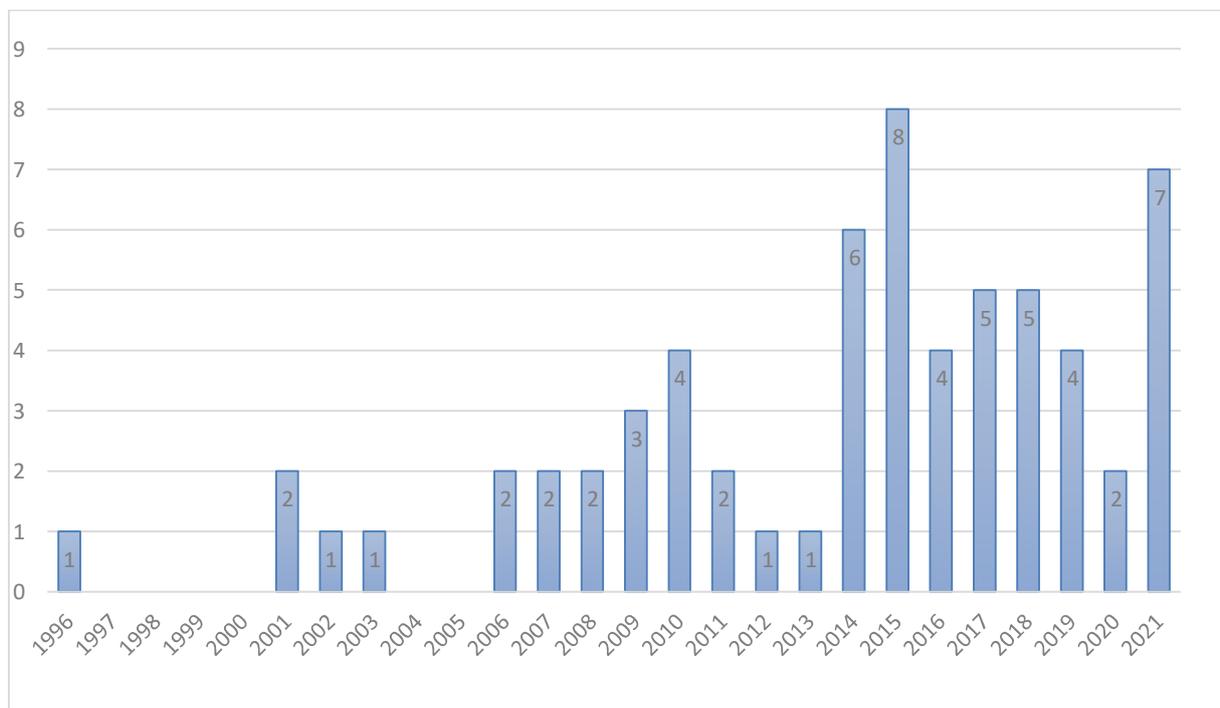


Abb. 3: Titelverleihungen pro Jahr

Ende 2021 hatte die Landeskoordination zusätzlich Kontakt zu weiteren 21 interessierten und 5 Anwärter-Schulen. Die Anwärter-Schulen sind bereits als Courage-Schulen durch die Bundeskoordination von SoR – SmC anerkannt, benötigen aber noch die offizielle Titelverleihung, die sie selbst mit Unterstützung der Landeskoordination organisieren.

Die interessierten und Anwärter-Schulen konnten gewonnen werden durch:

- Projektvorstellungen/-präsentationen für Schulen in (virtuellen) Veranstaltungen und Beratungen
- Werbung und Information durch Aktive von Courage-Schulen
- Kontakte zu den Partnerschaften für Demokratie

Jeweils pro Jahr finden zwei Seminare für Thüringer Schülervertreterinnen und -vertreter in der EJBW statt. Einige dieser Veranstaltungen mussten in den zurückliegenden Jahren auch online durchgeführt werden. An den Seminaren nehmen immer Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Schulen teil, um Vernetzung zwischen den Schülerinnen und Schülern und Schulen zu ermöglichen. Die Schülerinnen und Schüler bilden sich nicht nur im Bereich der Schülervertretungsarbeit weiter, sondern tauschen sich auch über die Courage-Projekte in ihren Schulen aus. Aufgrund des Vernetzungsinteresses der Schülerinnen und Schüler wurden 2021 zwei weitere Veranstaltungen für diese Zielgruppe organisiert, einmal zum Kommunika-tionsmiteinander und das andere Mal zu Diskriminierung in Schule.

2021 führte die Landeskoordination in Zusammenarbeit mit den Landeskoordinationen Sach-sen-Anhalt und Sachsen sowie mit dem MDR und dem Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. ein großes Kooperationsprojekt durch. Schülerinnen und Schüler aus allen drei Bundesländern beteiligten an dem Sozialforschungsprojekt: „Auswirkungen der Pandemie auf die demokrati-schen Rechte, Jugendliche fragen: Was will ich, was darf ich, was kann ich fordern?“ Es wurde ein Fragebogen zusammen mit den Schülerinnen und Schüler erstellt. Sie befragten ca. 300 Mitschülerinnen sowie Mitschüler und stellten die Ergebnisse öffentlich beim Silbersalzfestival in Halle 2021 vor.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	148.828,02 Euro	161.806,77 Euro

### 3.7 Förderung von präventiven Angeboten der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung

Entsprechend der Festlegung in Kapitel 4.7 im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind hier „in Abstimmung mit den Planungsgremien des Landesjugendförder-plans [...] ausgewählte präventive Angebote“ zu fördern.

Im Rahmen des Landesjugendförderplans werden fortwährend zwei Themenbereiche des Landesprogramms aufgegriffen und in die Struktur integriert: Das Angebot der außerschuli-schen Jugendbildung zur Entwicklung einer demokratischen, menschenrechtsorientierten und toleranten Alltagskultur durch das Projekt „K.ALLE – Kultur des Miteinanders mit ALLEn“ des Landesjugendwerks der AWO Thüringen wurde im März 2018 durch ein weiteres Projekt „MAZE – Medien aktiv zusammen erleben“ des Landesfilmdienst Thüringen e. V. ergänzt. Für beide Projekte wird bis zum Ende der Laufzeit des Jugendförderplans eine Personalkosten-förderung in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr und pro Projekt bereitgestellt.

Das **Projekt „K.ALLE – Kultur des Miteinanders mit ALLEn“ des Landesjugendwerks der AWO Thüringen** erreicht thüringenweit durchschnittlich im Jahr 350 junge Menschen im Alter von 10 bis unter 27 Jahren mit bis zu 400 Stunden non-formaler Bildungsarbeit. Eine wichtige Schwerpunktzielgruppe des Projektes sind junge Menschen in stationären Jugendhilfeeinrich-tungen im ländlichen Raum Thüringens. Das Projekt bestärkt junge Menschen im Rahmen des konzeptionellen Ansatzes in methodisch vielfältigen Bildungsveranstaltungen darin, Kompe-tenzen zu entwickeln, mit vermeintlich Fremden umzugehen. Es unterstützt die Auseinander-setzung mit und das persönliche Engagement für eine Gesellschaft, in der Menschen mit un-terschiedlichem Aussehen, Lebensweisen, Religionen, Wertvorstellungen, Sexualitäten und Herkunft respektvoll zusammenleben. Inhaltlich erweist sich die Auseinandersetzung mit den

Wünschen rund um ein respektvolles Zusammenleben als niederschwelliges und lebensweltnahes Einstiegsthema für weiterführende politische Bildungsprozesse.

Das **Projekt „MAZE – Medien aktiv zusammen erleben“ des Landesfilmdienst Thüringen e. V.** führt junge Menschen verschiedener Nationalitäten, Kulturen und Religionszugehörigkeiten in Anwendung aktueller Medien zusammen. Auch dieses Projekt erreicht thüringenweit jährlich durchschnittlich 350 junge Menschen im Alter von 6 bis 27 Jahren. Durch Medienworkshops werden lebensnahe Fragestellungen und Themen kreativ bearbeitet. Das Projekt arbeitet mit verschiedenen aktiven Medienworkshops aus den Bereichen Audio, Video, Internet und Multimedia. Abhängig vom Alter, Workshoplänge und Interessen der jungen Menschen, können aus einem Modulkatalog verschiedene Angebote ausgewählt werden.

Auch das im Berichtszeitraum bestehende Angebot der außerschulischen Jugendbildung für Mitbestimmung und Beteiligung, wurde im März 2018 durch ein weiteres Projekt ergänzt. Gefördert wird nun bis zum Ende der Laufzeit des Landesjugendförderplans zum 31. Dezember 2022 das Projekt „LANDAKTIV – gelingende Partizipation von Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum in Thüringen“ der NaturFreundeJugend Thüringen und das Projekt „SelbstverständlichICH“– des Ferienparks Feuerkuppe e. V. Für beide Projekte wird auch hier eine Personalkostenförderung in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr und Projekt bereitgestellt.

Das **Projekt „LANDAKTIV – gelingende Partizipation von Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum in Thüringen“** der NaturFreundeJugend Thüringen hat seit dem Beginn der Umsetzung im Jahr 2017 bis zum aktuellen Zeitpunkt mehr als 1.500 junge Menschen im Alter von 12 bis 18 Jahren bevorzugt aus den ländlich geprägten Regionen Thüringens erreichen können. Das Projekt hat zum Ziel, die lokalen Ansätze von Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen in Thüringen zu stärken und dabei zu unterstützen, Beteiligungsstrukturen dauerhaft zu etablieren. Das non-formale Bildungsangebot ist dabei bewusst in den ländlichen Regionen Thüringens aktiv. Die Beteiligung und Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen wird im Konzept sowohl in der Methodenauswahl, als auch in der Sprache berücksichtigt.

Das **Projekt „SelbstverständlichICH“– des Ferienparks Feuerkuppe e. V.** unterstützt junge Menschen darin, Selbstwirksamkeit durch Beteiligungserfahrungen zu entwickeln. Als non-formales Bildungsangebot innerhalb und außerhalb des Ferienparks im Norden Thüringens setzt es an den Stärken junger Menschen im Alter von 8 bis 18 Jahren an und sieht sich in einer Moderatorenrolle für einen eigenen Lernprozess junger Menschen. Seit Beginn des Projektes wurden fast 800 junge Menschen erreicht.

### 3.8 Umsetzung von Qualifizierungsangeboten für spezifische Zielgruppen

Ein umfangreiches Fortbildungsprogramm ist konstitutiver Bestandteil des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Kapitel 4.8). Das Angebot richtet sich in der Regel an Gruppen, zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Behörde, Polizistinnen und Polizisten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im mittleren und gehobenen Justizdienst sowie Haupt- und Ehrenamtliche in den Kreisverbänden der Wohlfahrtspflege. Einzelne zielgruppenspezifische Bildungsbausteine werden zudem in den Fortbildungskatalogen des Landesjugendamtes, des Bildungszentrums der Thüringer Polizei, der Justizvollzugsbildungsstätte, des Oberlandesgerichtes, des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanelentwicklung und Medien bzw. einzelner Stadtverwaltungen ausgeschrieben. Im September 2013 wurde die Umsetzung auf der Grundlage einer umfangreichen Fortbildungsmatrix begonnen. Diese 2017 überarbeitete Matrix zeigt für neun verschiedene Zielgruppen die jeweils angestrebten Inhalte in drei verschiedenen Qualifizierungsbereichen, die durch Bildungsbausteine im Programm abgedeckt werden sollen.

Die **neun Zielgruppen** sind:

- Lehrerinnen und Lehrer,
- Polizistinnen und Polizisten,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltungen,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertageseinrichtungen,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Beratungsdiensten,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe,
- Ehren- und Hauptamtliche in Vereinen und
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheits- und Pflegeberufen.

Die Fortbildungen werden in **drei Qualifizierungsbereiche** sortiert:

- I. Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,
- II. Stärkung der Demokratie und der demokratischen und menschenrechtsorientierten Alltagskultur und
- III. Förderung von Vielfalt und Toleranz, interkulturelle Öffnung, interkulturelles und internationales Lernen.

Für das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind Trainerinnen und Trainer von **14 Fortbildungsträgern** aktiv. Durch Inputs, Fallbesprechungen und interaktive Methoden erhalten die Fachkräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Anregungen für ihr Arbeitsfeld. Das in 2013 mit 86 unterschiedlichen Bildungsbausteinen gestartete Fortbildungsangebot umfasst inzwischen **99 Bildungsbausteine**. Den Zielgruppen steht dadurch eine Vielfalt von Bildungsbausteinen zur Verfügung.

Die Bildungsbausteine fanden in den folgenden Einrichtungen der neun Zielgruppen statt, wobei die größte Resonanz im Berichtszeitraum bei den Zielgruppen Kita, Jugendhilfe und in der Schule festzustellen ist.

- 91 Bildungstage wurden für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten akquiriert, davon 33 Bildungstage in Kindergärten, drei Bildungstage in Zusammenarbeit mit den kommunalen Fachberatungen Kita und 55 Bildungstage für Erzieherinnen und Erzieher überwiegend im dritten Ausbildungsjahr der Berufsbildenden Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft.

- 51 Bildungstage wurden mit Pädagoginnen und Pädagogen der Jugendhilfe durchgeführt, davon acht Bildungstage in den Weiterbildungsprogrammen des Landesjugendamtes (TMBJS) und Jugendberufshilfe Thüringen e. V., einen Bildungstag bei einem Jugendamt, sechs Bildungstage in Kooperation mit den Pfd, drei Bildungstage an Hochschulen mit Studentinnen und Studenten der Sozialen Arbeit, acht Bildungstage in Einrichtungen der Hilfen für Erziehung, elf Bildungstage bei Ausbildungsträgern sowie 14 Bildungstage für Jugendhelferinnen und -helfer.
- 36 Bildungstage fanden mit der Zielgruppe Lehrerinnen und Lehrer, davon drei Bildungstage im Fortbildungsprogramm des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM), zwei Bildungstage an Schülern, je zwei Bildungstage an Förderzentren und Berufsbildenden Schulen, je fünf Bildungstage an Gemeinschafts- und Grundschulen, sieben Bildungstage an Studienseminaren mit Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärttern sowie zehn Bildungstage an Regelschulen.
- Zehn Bildungstage wurden mit Haupt- und Ehrenamtlichen von Thüringer Vereinen und Initiativen durchgeführt.
- Acht Bildungstage wurden mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungen durchgeführt.
- Fünf Bildungstage wurden mit Schülerinnen und Schülern der Altenpflege an Berufsbildenden Schulen sowie Studentinnen und Studenten des Fachbereichs Pflegemanagement an Hochschulen durchgeführt.
- Vier Bildungstage fanden mit Pädagoginnen und Pädagogen von Beratungsstellen statt.
- Vier Bildungstage wurden von der Justizvollzugsbildungsstätte des Thüringer Bildungszentrums in Gotha und vom Thüringer Oberlandesgericht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz nachgefragt.
- Zwei Bildungstage fanden am Bildungszentrum der Polizei in Meiningen mit Polizeimeisteranwärterinnen und -anwärttern statt.

Am häufigsten wurden die Bildungsbausteine im **Qualifizierungsbereich 3** „Förderung von Vielfalt und Toleranz, interkulturelle Öffnung, interkulturelles, internationales Lernen“ durchgeführt (insgesamt 89). Die Bildungstage im Qualifizierungsbereich 2 „Stärkung der Demokratie und der demokratischen und menschenrechtsorientierten Alltagskultur“ wurden von 72 Institutionen sowie die Bildungsbausteine zum „Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ von 50 Institutionen im Berichtszeitraum nachgefragt.

Zusätzlich fanden 31 Bildungstage im Qualifizierungsbereich „Förderung von Akzeptanz vielfältiger sexueller Orientierungen, Geschlechtsidentitäten und Beziehungsformen“ des Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt statt. Die in diesem Qualifizierungsbereich angebotenen Bildungsbausteine sind auf Bitten der Thüringer Staatskanzlei in das Fortbildungsprogramm des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit aufgenommen worden. Weitere Informationen zu diesem Qualifizierungsbereich können dem Kapitel 4.1 entnommen werden.

In 2020 und 2021 wurden insgesamt **211 Bildungstage mit 2.796 Teilnehmerinnen und Teilnehmern** durchgeführt. Durchschnittlich nahmen 13 Personen an einem Bildungstag teil. Die **infektionsschützenden Maßnahmen** gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 haben die Entwicklung der Buchungen erheblich beeinflusst, es wurden wiederholt Bildungstage abgesagt bzw. verschoben oder sind digital durchgeführt worden.

In allen Thüringer kreisfreien Städten und fast allen Landkreisen fanden Bildungstage statt. Die Nachfrage war in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen. Insgesamt 45

Bildungstage wurden erfasst, die an den Schulämtern, Studienseminaren, am Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien Bad Berka, Bildungszentrum der Polizei Meiningen, an der Justizvollzugsausbildungsstätte Gotha, am Oberlandesgericht Jena, beim Landesjugendamt, am Landesverwaltungsamt sowie an Hochschulen durchgeführt wurden.

Für die Koordinierung und Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen hat das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	389.463,94 Euro	306.463,94 Euro

### 3.9 Förderung begleitender Dokumentation und Forschung

Für die begleitende Dokumentation und Forschung werden zwei Einrichtungen in Thüringen durch das Landesprogramm gefördert: das „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit“ in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung und das „KomRex - Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Beide Einrichtungen haben dabei konkrete Aufträge zur Unterstützung der Aktivitäten im Landesprogramm, etwa zur Evaluation einzelner Projekte, zur Teilnahme an Veranstaltungen oder zur Beratung einzelner Elemente des Landesprogramms. Darüber hinaus sind beide Einrichtungen angehalten, allgemeine Beiträge zur thematisch einschlägigen Forschung, zu relevanten Dokumentationen oder zur Unterstützung der Aktivitäten im Landesprogramm beizusteuern. Beide Einrichtungen werben über die Förderung durch das Landesprogramm hinaus weitere Drittmittel ein, die dann eine über Thüringen hinausgehende Betrachtung der demokratischen politischen Kultur ermöglichen. Die Expertise der Begleitforschung des Landesprogramms ist mittlerweile auch in anderen Bundesländern und bundesweit gefragt.

#### **Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Friedrich-Schiller-Universität Jena**

Seit seiner Gründung im Jahr 2013 ist das KomRex um eine Stärkung und Vernetzung der bestehenden fachlichen Expertise auf dem Gebiet der Extremismus- und Demokratieforschung der Friedrich-Schiller-Universität Jena bemüht. Wie für alle war das Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie auch für das KomRex ein Jahr voller Herausforderungen und gesellschaftlicher Veränderungen, wie auch im Arbeitsalltag. Das Jahr 2021 war ein besonderes für die Stadt Jena und das KomRex, da sich zahlreiche Veranstaltungen dem 10-jährigen Gedenken an die Taten des NSU widmeten und das KomRex an diversen Aktivitäten beteiligt war. Das bundesweite Projekt „Kein Schlussstrich!“ wurde initiiert durch die Stadt Jena, JenaKultur, den Verein Licht ins Dunkel e. V., die Friedrich-Schiller-Universität Jena und das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Das Projekt verfolgte die stadtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex. Seit August 2020 war das KomRex an der Organisation und Konzeption der für den Zeitraum 29. September bis 7. November 2021 geplanten Veranstaltungsreihe „Kein Schlussstrich. Jena und der NSU-Komplex“ maßgeblich und mit zahlreichen Veranstaltungen beteiligt, die anlässlich der Selbstenttarnung des NSU vor zehn Jahren ausgerichtet und von JenaKultur federführend koordiniert wurde. Das KomRex organisierte im Rahmen dieser Reihe unter anderem eine Tagung zum Thema Radikalisierungsprävention (02.11.21), einen Vortragsabend zum NSU-Prozess mit Prof. Florian Knauer

(27.10.21) sowie zwei Lehrkräftefortbildungen zum Umgang mit Rechtspopulismus und Hate Speech in der Schule (28.10.21). Auch die Ringvorlesung stand mit fünf thematisch einschlägigen Beiträgen im Wintersemester 2021/22 ganz im Zeichen des NSU-Themas

Das im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit geförderte Projekt Topografie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen dient der systematischen Erfassung, Dokumentation und Analyse von Einstellungen und Aktivitäten in den Bereichen Rechtsextremismus, Demokratiefeindlichkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in ihrer regionalen Verteilung im Freistaat Thüringen. Wie in den vorangegangenen Jahren erfolgte die Sekundärdatenerhebung und -aktualisierung für die Topografie 2020 in enger Abstimmung mit den Primärdaten erhebenden Organisationen (MOBIT, ezra, Polizei). Mithilfe dieser Darstellungen lassen sich rechtsextreme Einstellungen und die Aktivitäten von Akteuren auf lokaler Ebene besser nachvollziehen. Neben der Fortführung dieser Dokumentation wird im Topografie-Bericht für 2020 die Protestbewegung gegen die Pandemiemaßnahmen in Thüringen seit 2020 genauer betrachtet und ihr Potenzial zur Verbreitung von Einstellungen und Narrativen im Spektrum von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit am Beispiel von vier Protestgruppierungen eingeordnet. Wie jedes Jahr wurde auch die Online-Topografie aktualisiert.

Da bei der Entwicklung des Landesprogramms großer Wert auf die wissenschaftliche Begleitung als Voraussetzung für eine Fortentwicklung der Förderrichtlinien gemäß neuer Erkenntnisse über aktuelle demokratiefeindliche Bestrebungen gelegt wurde, wurde das KomRex im Frühjahr 2020 vom TMBJS mit der Erstellung einer Expertise beauftragt, die aktuelle Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen identifizieren und einordnen soll. Bei der Strukturierung und inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Analyse 2020 konnte an Vorarbeiten von Edinger (2010) und Quent/Schmidtke/Salheiser (2016) angeknüpft werden, die bislang als sozialwissenschaftliche Grundlage für die konzeptionelle Ausrichtung der im Rahmen des Landesprogramms geförderten Präventionsmaßnahmen und Initiativen gedient haben.

In Vorbereitung auf die Bundestagswahl und die Thüringer Landtagswahl im September 2021 hat das KomRex zusammen mit IDZ, MOBIT und ezra einen kompakten Sammelband mit dem Titel Thüringer Zustände erarbeitet, der über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und rechtsextreme Strukturen in Thüringen informiert und Ende Juni 2021 in der Regierungsmedienkonferenz des Landes Thüringen präsentiert wurde. Seitens des KomRex wurden hierfür Artikel zu rechtsextremen Einstellungen in Thüringen erstellt, die sich – wie die Broschüre insgesamt – an ein breites Publikum, insbesondere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im öffentlichen Dienst des Landes Thüringen, richten. Die Thüringer Zustände bieten eine faktenbasierte Darstellung und kritische Einordnung der Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen. Sie ergänzen damit behördliche Darstellungen, die den Phänomenbereich nur unzureichend erfassen. Hierbei werden die Phänomene aus verschiedenen Perspektiven betrachtet und eingeordnet: Wissenschaftliche Analysen, zivilgesellschaftliche Beratungspraxis, Betroffenenperspektive.

Das Ziel, die Expertisen der Friedrich-Schiller-Universität im Bereich der Extremismus- und Demokratieforschung nicht nur öffentlich sichtbar zu machen, sondern gegenüber professionellen Praktikerinnen und Praktikern sowie politischen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen sowie Akteuren stärker zu kommunizieren, war von Beginn an ein zentrales Anliegen des KomRex. Ein bewährtes Instrument des Wissenschafts-Praxis-Transfers stellt die in jedem Semester vom KomRex veranstaltete Ringvorlesung mit dem Titel „Angegriffene Demokratie – Befunde und Gegenmittel“ dar, die Mitarbeitenden und Mitgliedern des KomRex Gelegenheit bietet, aktuelle Forschungsergebnisse einem breiteren Publikum zu vermitteln und in einen fachlichen Austausch mit den eingeladenen Gastrednerinnen und Gastrednern zu kommen.

Im Fokus des vom Landesprogramm geförderten Wissenschafts-Praxis-Transferprojekts stand die Evaluation einer Reihe von Initiativen und Einrichtungen, die vom Landesprogramm bereits finanziell unterstützt werden. Die empirische Basis für die Evaluationen bildeten Interviews auf der Grundlage von Kriterien orientierten Evaluationsbögen, Dokumenten und Inhaltsanalysen sowie teilnehmenden Beobachtungen. Die Evaluationen von fünf Projekten sollen eine Grundlage für die Entscheidung darüber bilden, inwiefern die Projekte einen Beitrag zu ausgewählten Zielen des Landesprogramms leisten.

Zudem war das KomRex in den Jahren 2020 und 2021 bei Veranstaltungen analog und digital präsent, sofern es das Pandemiegeschehen zuließ, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zentrums ein breiteres Publikum über aktuelle Ergebnisse aus der Rechtsextremismus- und Integrationsforschung sowie zum Thema Prävention von Radikalisierungsprozessen informierten.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	95.393,11 Euro	96.937,70 Euro

Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft (TMWWDG) hat die Arbeit des KomRex in den Jahren 2020 und 2021 zudem mit insgesamt 260.800 Euro gefördert (2020: 120.000 Euro; 2021: 140.800 Euro). Der durch die Friedrich-Schiller-Universität Jena im Jahr 2020 einmalig zur Verfügung gestellte Betrag von 150.000 Euro ist auf eine Laufzeit von fünf Jahren ausgelegt. Daneben hat das KomRex für den Berichtszeitraum eine Reihe von Drittmitteln in Höhe von mehr als einer Million Euro eingeworben.

### **Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft**

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) mit Sitz in Jena ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Trägerschaft der bundesweit tätigen Amadeu Antonio Stiftung (AAS). Übergeordnetes Ziel des IDZ ist es, durch die Erforschung von Ursachen, Inhalten, Wirkungsweisen sowie Verbreitung antidemokratischer und auf Ungleichwertigkeitsideologien basierender Einstellungen und Verhaltensweisen, durch wechselseitigen Wissenstransfer sowie Politik- und Gesellschaftsberatung die demokratische Kultur insbesondere in Thüringen zu fördern. Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren ist konzeptioneller Bestandteil der öffentlichen Demokratieforschung des IDZ.

Im Folgenden werden einige Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte des IDZ in den Jahren 2020 und 2021 überblicksartig und auf Grund des großen Umfangs zusammenfassend dargestellt. Im Sinne des Forschungskonzeptes des IDZ ist den Tätigkeiten eine aktive Öffentlichkeitsarbeit inhärent, um Forschungsergebnisse und Informationen in die Gesellschaft transferieren zu können und auf dieser Grundlage anschließende Forschungsfragen zu formulieren und zu bearbeiten. Zudem liegt eine besondere Stärke des IDZ in seiner kurzfristigen Analyse- sowie Interventionsfähigkeit. Öffentlich wird die Arbeit des IDZ über die Homepage, Social Media, die Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ sowie insbesondere mit dem Newsletter „IDZ Insights“ regelmäßig transparent kommuniziert.

- Lokalstudie: Rechtsradikalismus in Eisenach (01.01. – 31.12.2020)

Das Forschungsprojekt analysierte die Problematik und die Hintergründe des Rechts- extremismus in Eisenach und bündelte die Ergebnisse in einem Forschungsbericht. Der Bericht basiert im Wesentlichen auf der Auswertung von Leitfadeninterviews mit

insgesamt elf Akteurinnen und Akteuren aus der Eisenacher Zivilgesellschaft und Lokalpolitik sowie mit Thüringer Expertinnen und Experten der Beratungspraxis für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bzw. gegen Rechtsextremismus, die besondere Sach- und Ortskenntnis besitzen. Der Bericht wirft ein problemzentriertes Schlaglicht auf das Auftreten des Rechtsextremismus in seinen unterschiedlichen Facetten sowie auf dessen Kontextbedingungen im Sozialraum der Stadt Eisenach und ihrer näheren Umgebung, um daraus Erkenntnisse für die Intervention und Prävention abzuleiten.

- Sekundäre Viktimisierung von Betroffenen rechter Gewalt (01.05.2020 – 31.12.2022)

Aufbauend auf dem aktuellen rechtlichen und wissenschaftlichen Stand wird in diesem Projekt der Umgang von Polizei, Gerichten und Staatsanwaltschaften mit von rechter Gewalt Betroffenen sowie die Unterstützung durch Opferberatungsstellen aus Sicht der Betroffenen analysiert. Deren sekundäre Viktimisierung wird in zwei Modulen qualitativ und quantitativ empirisch untersucht. Das partizipative Projekt wird vom IDZ durchgeführt und läuft in allen Phasen in enger Zusammenarbeit mit dem bundesweiten Dachverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG), der Beratungsstelle für Thüringen (ezra) und dem Opferfonds CURA der AAS. Ziel des Projektes ist es, Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt zu dokumentieren, um daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten und zukünftig Prozesse sekundärer Viktimisierung vermeiden zu können.

- Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (01.06.2020 – 31.05.2024)

Zum 1. Juni 2020 wurde das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zunächst für vier Jahre geförderte Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) offiziell gegründet. Das FGZ vereint elf Teilinstitute aus dem gesamten Bundesgebiet: Neben dem IDZ Jena gehören die Technische Universität Berlin, die Universitäten Bielefeld, Bremen, Frankfurt, Halle-Wittenberg, Hannover, Konstanz und Leipzig sowie das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen und das Leibniz-Institut für Medienforschung Hamburg zum Verbund. Gemeinsam untersuchen sie in interdisziplinärer Zusammenarbeit die theoretischen Grundlagen, empirischen Quellen, sozialen und politischen Auswirkungen sowie die historischen und regionalen Varianten gesellschaftlichen Zusammenhalts.

- Antidemokratische Krisenmobilisierungen (01.01.2021 – 31.12.2021)

Im Jahr 2021 wurden umfangreiche Beobachtungen und Analysen der fortgesetzten antidemokratischen Krisenmobilisierung im Kontext der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie durchgeführt. Auf Basis dieser Arbeiten entstanden zwei Sammelbandbeiträge, in die zentrale Forschungsergebnisse einfließen. Zum einen bot der Beitrag „Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa?“ (Axel Salheiser & Christoph Richter, WsD 9) einen vergleichenden Überblick über die Positionen und Strategien der radikalen und extremen Rechten während der Corona-Pandemie seit dem Frühjahr 2020. Zum anderen diskutierte der Beitrag „Die Bundestagswahl 2021 in Thüringen: Rechtsradikalismus und regionale politische Kultur“ (Axel Salheiser & Christoph Richter, WsD 10) die kollektive Affinität zum populistischen Rechtsradikalismus in Teilen der Bevölkerung als strukturell verankerte Herausforderung für die demokratische Kultur im Freistaat.

Weitere Aktivitäten (Auswahl)

### *Rechtsterrorismus: Der NSU, seine Nachfolger und die Gesellschaft*

Am 15. Januar 2020 wurde Band 6 der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ mit dem Schwerpunktthema „Rechtsterrorismus“ veröffentlicht. Aus diesem Anlass fand am 31. Januar im Theaterhaus Jena die Buchvorstellung und eine Podiumsdiskussion statt. Dr. Thomas Nitzsche (Oberbürgermeister der Stadt Jena), Katharina König-Preuss (MdL, DIE LINKE), Thar Issa (Landesverband Thüringen des Zentralrats der Muslime in Deutschland) sowie Karolin Schwarz (Mitarbeiterin des IDZ, Journalistin und Autorin des Buches „Hasskrieger: Der neue globale Rechtsextremismus“) diskutierten über die Aufklärung und Aufarbeitung rechtsterroristischer Verbrechen, die gesellschaftlichen Ursachen, die Verantwortung der Stadtgesellschaft und aktuelle Herausforderungen durch Radikalisierungsprozesse im Internet.

### *Buchvorstellung mit Prof. Samuel Salzborn*

Anlässlich des 75. Jubiläums der Befreiung vom nationalsozialistischen Deutschland lud das IDZ am 7. Mai 2020 zu einem Online-Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Prof. Samuel Salzborn ein. Im Fokus stand dessen neu erschienener Essay „Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern“, der die Versäumnisse der bundesdeutschen Aufarbeitung der Vergangenheit thematisiert. Salzborn dekonstruiert die vermeintliche bundesdeutsche Erfolgsgeschichte einer gelungenen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Shoah als womöglich „größte Lebenslüge der Bundesrepublik“. Salzborn stellt dem eine Geschichte der Schuld- und Erinnerungsabwehr, der Täter-Opfer-Umkehr, der Selbststilisierung als Opfer und der antisemitischen Projektion gegenüber, die den breiten gesellschaftlichen Diskurs dominiert.

### *3-teiliger Webtalk*

Anlässlich der Veröffentlichung der 7. Ausgabe der „Wissen schafft Demokratie“ zum Schwerpunkt „Kontinuitäten“ lud das IDZ zur dreiteiligen Web Talk-Reihe „Stereotype im Langzeitnarrativ“ ein, in der zentrale Themen des Hefts im Rahmen von digitalen Podiumsdiskussionen vorgestellt wurden:

- 18.06.2020: „Im Schatten der Wende. 1989/90 und das Wiedererstarken von Antisemitismus und Rassismus“
- 25.06.2020: „Schwarz unter Weiß – Über Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit Schwarzer Menschen in der DDR“
- 09.07.2020: „Stereotype im Langzeitnarrativ: Kontinuitäten des Antiziganismus“

### *„Auschwitz als Staatsreligion? Antisemitismus in der Neuen Rechten“*

Am 3. Dezember 2020 waren Dr. Volker Weiß und Prof. Oliver Decker virtuelle Gäste des IDZ. Der Rechtsextremismus-Experte Dr. Volker Weiß erläuterte in seinem 45-minuten Vortrag eindringlich, wie sich die geschichtspolitischen Positionen der Neuen Rechten in Deutschland mit Antisemitismus verbinden und schlug dabei den Bogen von der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik über den geschichtspolitischen Umgang mit der Shoah bis hin zur Kontroverse um das Buch „Finis Germania“ des radikal rechten Autors Rolf Peter Sieferle. Im Anschluss diskutierte Prof. Oliver Decker Befunde zur Verbreitung antisemitischer und antidemokratischer Einstellungen aus Sicht der empirischen Einstellungsforschung.

## *Forum Antisemitismus: Erscheinungsformen, Erkenntnisse & Handlungsstrategien*

Die Veröffentlichung des achten Bandes der „Wissen schafft Demokratie“ mit dem Schwerpunkt „Antisemitismus“ am 27. Januar 2021 nahm das IDZ zum Anlass, auf der Online-Tagung „Forum Antisemitismus“ Antisemitismus aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Die Tagung fand für alle angemeldeten Teilnehmenden auf einer eigens dafür eingerichteten, interaktiven Website statt und wurde zeitgleich auf YouTube übertragen.

### *IDZ im Dialog*

Das IDZ hat im Vorfeld der Wahlen zum Bundestag in der Sommerveranstaltungsreihe „IDZ im Dialog“ aktuelle Themen aufgegriffen und zusammen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Journalistinnen und Journalisten, zivilgesellschaftlichen Akteurinnen sowie Akteure und allen Interessierten diskutiert:

- 31.08.2021: Tatort Internet – toxische Netzkultur, Hetze und #Hass im Netz
- 06.09.2021: DDR 2.0 und „neue Juden“? Rechte Geschichtsmythen heute
- 09.09.2021: Rechtspopulismus in der Gesellschaft und den Parlamenten
- 16.09.2021: Angriff auf die Pressefreiheit – Angriff auf die Demokratie?

### *Fachtagung: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Rassismus*

In welchem Verhältnis stehen gesellschaftlicher Zusammenhalt und Rassismus? Welchen Einfluss haben historische Kontinuitäten von Rassismus auf aktuelle gesellschaftliche Diskurse und Entwicklungen? Welche Erfahrungen machen aktuell Menschen, die in Deutschland von Rassismus betroffen sind? Und: Wie lassen sich Rassismuskritik und Antirassismusbearbeitung politisch und zivilgesellschaftlich umsetzen? Diesen Fragen zu Rassismus, Zusammenhalt und ihrer ambivalenten Verwobenheit gingen die zahlreichen Beiträge und Diskussionen der Fachtagung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus“ vom 9. bis 10. Dezember 2021 nach.

### *Publikationen (Auswahl)*

Am 18.06.2020 wurde der siebte Band der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ mit dem Schwerpunkt „Kontinuitäten“ veröffentlicht. Die Publikation enthält 17 Beiträge, die in einem breiten Spektrum die Kontinuitäten rechtsradikalen, rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen, frauen- und homosexuellenfeindlichen Denkens und Handelns in Deutschland und Österreich aufzeigen. Immer wieder machen die Beiträge deutlich: Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem heutigen, wiedererstarkenden Rechtsradikalismus und Antisemitismus und einer kontinuierlichen Abwehr der nationalsozialistischen Vergangenheit. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland und über alle gesellschaftlichen Bereiche wie Politik, Justiz, Kultur und Wissenschaft hinweg wurde eine fundamentale Aufarbeitung der Vergangenheit lange versäumt und die tagesaktuelle rechte Gewalt bagatellisiert. Der Sammelband erhellt die Leerstellen dieser Auseinandersetzung mit historischen, sozialwissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Perspektiven.

Der achte Band der Schriftenreihe mit dem Schwerpunkt „Antisemitismus“ gibt einen Überblick über die derzeit drängendsten Fragen im Umgang mit Antisemitismus: Expertinnen und Experten der Antisemitismusforschung zeigen in theoretischen und historischen Beiträgen die zentralen Verbreitungsfelder antisemitischer Denkmuster auf – vom Rechtsextremismus über das politisch linke Spektrum, den Islamismus, das verschwörungsideologische Milieu bis hin zur sogenannten Mitte.

Am 30. Juni 2021 ist Band 9 der IDZ-Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ mit dem Schwerpunkt „Demokratiegefährdungen in der Coronakrise“ erschienen. Die Beiträge des

Sammelbandes gehen u. a. folgenden Fragen nach: Wie nutzen antidemokratische Akteurinnen und Akteure in Thüringen und Deutschland die Corona-Krise aus? Haben Rechtsextremismus, Populismus, Verschwörungsideologie neue Resonanz erfahren, welche Bedeutung haben antisemitische Verschwörungserzählungen, die Rede von der „Corona-Diktatur“, die Mobilisierung zu Protesten, die Leugnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie die geschichtsvergessenen und anmaßenden Opfer- und Widerstands-Erzählungen von „Querdenker\*innen“ und „Impfgegner\*innen“? Der Sammelband wurde im Rahmen einer Onlineveranstaltung der breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

*Broschüre: Diskriminierung und Hassgewalt gegen wohnungslose Menschen*

Immer wieder werden Menschen zu Opfern schwerer Gewalttaten, weil sie wohnungslos, obdachlos oder sozial randständig leben (müssen). Am 11. September 2021, dem bundesweiten Tag der Wohnungslosen, wurde die IDZ-Broschüre „Diskriminierung und Hassgewalt gegen Wohnungslose Menschen“ veröffentlicht. Ziel dieser Broschüre ist es, auf die schwierige Situation wohnungsloser Menschen aufmerksam zu machen, da sie in besonderer Weise von Ausgrenzung, Abwertung und Gewalt betroffen sind

*Thüringer Zustände 2020*

Am 22. Juni 2021 konnte die Publikation „Thüringer Zustände“ auf einer Pressekonferenz in Erfurt vorgestellt werden. Die „Thüringer Zustände“ bieten eine faktenbasierte Darstellung und kritische Einordnung der Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen im Jahr 2020.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	306.965,41 Euro	335.023,82 Euro

### **3.10 Förderung weiterer Maßnahmen einschließlich zivilgesellschaftlicher Projekte und Aktivitäten**

Darüber hinaus wurden entsprechend der Richtlinie zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit verschiedene Projekte und Maßnahmen gefördert, die den Zielen des Landesprogramms dienen. Das Landesprogramm versteht sich dabei als „präventionsorientiertes Impuls-, Unterstützungs- und Förderprogramm zur Stärkung demokratischer, menschenrechtsorientierter und gewaltfreier Strukturen, Verfahren und Einstellungen.“ Es ist grundsätzlich an alle Bürgerinnen und Bürger Thüringens gerichtet. Die im Anhang B aufgeführte Tabelle zeigt die im Berichtszeitraum geförderten Maßnahmen.

**[CoRa] contra Rassismus - pro Migration und Asyl**

[CoRa] ist ein Kooperationsprojekt von DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. und Flüchtlingsrat Thüringen e. V. [CoRa] arbeitet seit 2015 im gesamten Landesgebiet. Besonders dabei sind die Kooperation zweier Träger und das Ineinander greifen von Bildungsarbeit, Beratung, Informationsaufbereitung und Vernetzung. Zwei Träger ermöglichten es dem Projekt ganzheitlich aufgestellt in größere Netzwerke zu wirken. [CoRa] bietet Workshops und Seminare zu den Themen Rassismus, Flucht und Asyl an, führt Argumentationstrainings gegen diskriminierende Äußerungen durch und unterstützt bei der Entwicklung von Handlungsstrategien für den Alltag. Es wird bei Konfliktslagen direkt vor Ort beraten und unterstützt. Darüber hinaus werden

in der Flüchtlingsarbeit engagierte Menschen vernetzt und qualifiziert und das Engagement durch Beratung und Netzwerkarbeit gestärkt.

Folgende Ziele wurden verfolgt:

- Sensibilisierung für rassistische, diskriminierende und demokratiefeindliche Problemlagen
- Vermittlung von spezifischem Wissen zu Migration, Flucht/Asyl und Ausgrenzung
- Vermittlung von Handlungs- und Reaktionsmöglichkeiten sowie Strategien im Umgang mit rassistischer, diskriminierender und demokratiefeindlicher Agitation
- Informationsaufarbeitung und -weitergabe zu den Themen Flucht/Asyl und Ausgrenzung
- Vernetzung und Qualifizierung von lokalen Akteurinnen und Akteuren, Initiativen und Multiplikatorinnen sowie Multiplikatoren in der Arbeit gegen Rassismus, rassistischer Agitation und dessen Folgen
- Erarbeiten von Bildungsangeboten und -materialien zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit

Die Zielgruppen des Projektes sind:

- lokale, bereits aktive Akteurinnen sowie Akteure und Initiativen der Zivilgesellschaft
- gesellschaftspolitisch interessierte Menschen
- Interessierte an der nicht-rassistischen Bildungsarbeit sowie politische und administrative Strukturen
- Personen politischer und administrativer Strukturen

Wie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens musste auch das Projekt [CoRa] im Förderzeitraum und Pandemiejahr 2020 und 2021 neue Wege und Methoden zur Erreichung von Zielen und Zielgruppen suchen. Um den Förderschwerpunkten und gleichzeitig der Pandemielage zu entsprechen, wurde der Schwerpunkt auf die Erstellung zweier Broschüren gelegt und Methoden und Angebote für die digitale Arbeit konzipiert. Zur Transformation von Inhalten und Methodik für Online-Formate tauschten sich Projektmitarbeitende und Engagierte bei einem Online-Treffen zum digitalen Arbeiten aus.

Das Online-Informationsangebot „Basiswissen – Flucht und Asyl in Thüringen“ wurde umfangreich aktualisiert und im Förderzeitraum über 100.000-mal aufgerufen. Präsenzveranstaltungen wie Argumentationstrainings oder Bildungstage zum Thema „Ankommen nach der Flucht“, die auch über das Fortbildungsprogramm von Denk Bunt angeboten wurden, mussten auf 12 Veranstaltungen deutlich reduziert werden. Mehrstündige und methodisch umfangreiche Bildungskonzepte waren nicht ohne weiteres online adaptierbar. Zudem kamen die Begegnungs- und Unterstützungsangebote zivilgesellschaftlicher Initiativen während des Lockdowns nahezu vollständig zum Erliegen.

[CoRa] richtete die OpenSource Lernplattform moodle für digitale Bildungsangebote ein. Für die mehrtägigen Argumentationstrainings, aber auch für kürzere Veranstaltungen wurden hier Materialien und Abläufe erstellt bzw. für den digitalen Einsatz methodisch angepasst und eingepflegt. So ist nun ein Rollenspiel für die Bildungsarbeit digital verfügbar, ein Quiz zur eigenen gesellschaftlichen Positionierung, eine Aktivität zur weltweiten Verteilung von Reichtum, Ressourcen und Geflüchteten sowie das Spiel „Parolenknacker“ zur Vertiefung von Argumentationstechniken gegen diskriminierende Äußerungen.

Trotz der Pandemie konnten über 30 Kurzberatungen und 8 längerfristige Begleitungen im gesamten Freistaat ermöglicht werden. Die Beratung, Begleitung und Unterstützung zielte auf zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure zu den Themen Migration, Asyl, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung ab. So wurden die Initiativen strukturell bei

Neuaufstellungen beraten, aber auch bei Problemlösungsverfahren begleitet. Weiterhin kam es zur Unterstützung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel in Form von Radio-Features und eines Hörspiels.

Als weiterer Umgang mit den begrenzten Veranstaltungsmöglichkeiten und angespornt durch die Debatte um das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz und die Ergebnisse der Enquetekommission Rassismus im Thüringer Landtag wurde im Projektzeitraum die Broschüre „Braucht Thüringen ein Landesantidiskriminierungsgesetz“ für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Interessierte erstellt. Aus unterschiedlicher Perspektive wurde diese Frage mit redaktionellen Beiträgen und Interviews beleuchtet. Die Broschüre leistet damit einen Beitrag zur Meinungsbildung zu einem Thüringer Landesantidiskriminierungsgesetz und steht gedruckt als auch digital zur Verfügung.

Im Förderjahr 2020 wurde in Anlehnung an das Bildungsangebot eine Broschüre zur Behördenbegleitung in 6 Sprachen realisiert. Die Nachfrage war so groß, dass die über 2.500 Exemplare bereits im Herbst 2020 restlos vergriffen waren und nur noch auf die Online-Variante verwiesen werden konnte. In 2021 konnte über [CoRa] eine weitere Auflage realisiert werden. Von 8.000 neu gedruckten Exemplaren wurden in kürzester Zeit bereits 4.410 Exemplare verschickt. Im Förderzeitraum nahmen an vier Online-Seminaren und einer Präsenzschiung zum Thema insgesamt 204 Personen teil.

2020 nahmen knapp 900 Menschen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Dabei wurden insgesamt 24 Veranstaltungen durchgeführt, 9 davon in Präsenz und 15 digital. Bei den Präsenzveranstaltungen wurden 159 Menschen erreicht, bei den digitalen Veranstaltungen etwa 750 Personen. 2021 nahmen 845 Menschen an Veranstaltungen teil. Insgesamt wurden 26 Veranstaltungen durchgeführt.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	142.600,90 Euro	142.639,90 Euro

### „Perspektivwechsel – Praxisstelle Thüringen“

Als landesweites Präventionsprojekt baut die „Perspektivwechsel – Praxisstelle Thüringen“ auf den langjährigen Erfahrungen ihrer Vorgängerprojekte in Thüringen auf (seit 2007). Sie befindet sich als Thüringer Zweigstelle des bundesweit aktiven Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment in Trägerschaft der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. (ZWST e. V.).

Das Projekt verortet sich im Bereich der Erwachsenenbildung und fokussiert als Leitziel die Professionalisierung und Qualifizierung von Fach- und Führungskräften auf dem Gebiet der Antisemitismusprävention, Antidiskriminierung und Diversitätsorientierung. Dieses Ziel umfasst die Sensibilisierung und Handlungsstärkung der anvisierten Zielgruppen für die bleibende Relevanz von Antisemitismus und Diskriminierung. Zielgruppen sind Fach- und Führungskräfte aus Bildung, Sozialer Arbeit, Jugendarbeit, Verwaltung, Polizei und Justiz. Deren Qualifizierung geschieht über zielgruppenspezifische kurz-, mittel und vor allem langfristige Fort- und Ausbildungsmaßnahmen, aber auch in Form von Praxisbegleitungen, fachlicher Beratung sowie über die Verankerung der Themen in Regelstrukturen. Deshalb fokussiert die Praxis-

stelle neben Fortbildungen besonders die Zusammenarbeit mit Fachhochschulen, Universitäten und Ausbildungsstätten in Thüringen und etabliert tragfähige und langjährige Kooperationen mit diesen Institutionen. Darüber hinaus gestaltet das Projekt aktiv die Fachdiskurse zu den genannten Themenkomplexen in Zivilgesellschaft und Fachöffentlichkeit in Thüringen mit und vernetzt Akteurinnen und Akteure.

Der projekteigene „Dialogischen Reflexionsansatz“ (DiRA) wurde im Laufe der Jahre entwickelt und ausgebaut. Er fundiert die Bildungsarbeit und erweitert klassische Fortbildungsformate um prozessorientierte Gruppensettings, kollegiale Fallberatung, Coaching und Organisationsberatung. Auf diese Art und Weise können die Teilnehmenden ihr Wissen überprüfen, ihre Haltungen reflektieren, festsitzende Ressentiments und diskriminierende Praktiken hinterfragen und ihre Arbeitsformen und -routinen transformieren.

Die Ergebnisse des Projekts werden weiterhin über Handreichungen, Fachbeiträge und Konzeptarbeit festgehalten und verstetigt. Exemplarisch sei hier die 2. Auflage des Theorie- und Methodenbuches „Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung“ 2020 genannt.

Im Jahr 2020 sind durch den Lockdown während der Covid-19 Pandemie digitale Bildungsangebote entwickelt, erprobt und erfolgreich durchgeführt worden, diese Erfahrungswerte fließen in die Arbeit der Praxisstelle ein und werden fortentwickelt. In die jeweiligen Bildungsangebote werden aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und Dynamiken einbezogen. Im Angesicht einer globalen Pandemie manifestierten sich in den Jahren 2020 und 2021 antisemitische Diskurse und Übergriffe und machten die Notwendigkeit einer Antisemitismus- und Diskriminierungskritischen Professionalisierung von Fachkräften überdeutlich. Die Praxisstelle leistet einen wichtigen Beitrag im Umgang mit diesen Herausforderungen durch langjährig erprobte und immer wieder aktualisierte Bildungsangebote.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	150.000 Euro	150.000 Euro

### **Demokratie\_laden Kahla**

Mit dem Projekt „Demokratie\_laden – Impulse für Courage und Mitbestimmung zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ (2020) und „Demokratie\_laden – Werkstatt für demokratische Kultur“ (2021) wurde der Ansatz „Demokratie\_laden“ fortgeschrieben. Das Projekt setzt die Arbeit zur Stärkung zivilgesellschaftlicher und menschenrechtsorientierter Initiativen im ländlichen Raum mit Schwerpunkt Kahla fort. Es unterstützt Interessierte und Engagierte in der demokratiestarken Arbeit und bietet Begleitung, geschützten Austauschraum und Verweisberatung, gerade auch für Betroffene rechtsextremer Ausgrenzungsversuche und Hassrede.

Der Demokratieladen hat zum Ziel, eine starke und engagierte Zivilgesellschaft zu schaffen, die eine demokratische und offene Gesellschaft mitgestaltet und menschenfeindlichem Denken und Handeln sicher und kompetent entgegentritt. Themen des Demokratieladens und seiner Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner reichen von sozialer Teilhabe, Vielfalt und Gleichberechtigung bis zur Förderung von menschenrechtsorientierten Einstellungen und Engagement gegen verschiedene Diskriminierungsformen sowie gegen die extreme Rechte. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung des Engagements junger Menschen und deren Beteiligung. In den Projekten werden verschiedene Zugänge, wie z. B. Kultur, Musik,

Kunst und Jugendkultur genutzt, um ein breites Publikum zu erreichen. Der Projektarbeit liegt ein gemeinwesen- und sozialraumorientierter Ansatz zu Grunde.

Der Demokratie\_laden bietet Räumlichkeiten und Ressourcen zum Lernen und Erproben. Dementsprechend ist das Ladenlokal infrastrukturell und mit Ressourcen ausgestattet (verschiedenes zielgruppengerechtes Infomaterial, Filme, vielfältiges Kreativmaterial, WLAN, Drucker, Beamer und Leinwand ...). Das Projekt fungiert als außerschulischer Lernort für gesellschaftspolitische und soziokulturelle Bildung, Ideen und Aktivitäten.

Das Projekt Demokratie\_laden arbeitete auch in den Jahren 2020 und 2021 mit personaler Präsenz, aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen rund um Covid19 teilweise im digitalen Raum. Das Projektteam war im Sozialraum unterwegs und stellte (während der Pandemie unter Einhaltung der gebotenen Schutzmaßnahmen) die Ladenräume zur Verfügung.

Wirkung des Demokratie\_ladens:

- Der Demokratie\_laden setzt ein sichtbares Zeichen für eine demokratische und offene Kultur. Er sorgt für eine Narrativverschiebung hin zu einer von Vielfalt geformten Gesellschaft. Er prägt so das Image der Stadt Kahla positiv mit.
- Mit einer starken Zivilgesellschaft behält die demokratiefeste Mehrheitsgesellschaft die Deutungshoheit und Gestaltungsmacht in der Region und verhindert den Verlust dieser an rechtsextreme Strömungen.
- Die Arbeit des Demokratie\_ladens stärkt gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort sowie weiteren Kooperationspartnern den demokratischen Kern der Region. Die Akteure werden darin unterstützt und ermächtigt, die Region aktiv mitzugestalten.
- Die Arbeit des Demokratie\_ladens trägt dazu bei, den Raum Kahla zu einem guten Ort für alle zu machen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder anderen Merkmalen.
- Jugendliche erwerben die notwendigen Kompetenzen, um in Zukunft in unserer Gesellschaft gestaltend mitzuwirken.
- Der Demokratie\_laden kooperiert in seiner Projektarbeit mit Stadtverwaltung sowie Bürgermeister der Stadt Kahla, Vereinen, Institutionen und Verbänden. Er ist dabei eine wichtige Schnittstelle sowie Koordinierungsstelle und verbindet die verschiedenen Akteure.

Besondere Herausforderungen in der Projektarbeit:

Demokratiegefährdung/Neonazismus: Eine enge Verzahnung der örtlichen rechtsextremen Szene mit landesweiten, bundesweiten und darüber hinaus aktiven extrem rechten Strukturen ist nach wie vor gegeben. Die Gruppierung „Sache des Volkes“ (vormals: „Aufbruch und Erneuerung“) mit mutmaßlichen Verknüpfungen zum III. Weg und EinProzent, ist über soziale Medien und Sticker über die gesamte Stadt verteilt sowie mit Aktionen präsent. Der Demokratie\_laden nimmt hier die Funktion lokaler Intervention wahr: Schutzraum, Betroffenenarbeit, Gegenrede, Dokumentation, Bearbeitung der Vorfälle. Er ist kooperativ in überregionalen Netzwerken zur Entwicklung von Deradikalisierung und Prävention beteiligt. Die Entwicklungsbedingungen sind im ländlichen Raum nach wie vor fragil. Das Meinungsklima, ablesbar am Wahlergebnis der Bundestagswahl im Landkreis (und auch in Kahla), kolportierte Narrative und tradierter Homogenitätsdruck scheinen latente Demokratiedistanz, zumindest öffentliche Agitation der Unzufriedenheit, ablesbar an querdenkerischen Umzügen (auch in Kahla), zu bestärken und zu dynamisieren. Es fehlt oftmals an eindeutiger Fürsprache und Positionierung maßgeblicher, deutungsmächtiger Personen und Institutionen in der Öffentlichkeit. Dagegen, bzw. pro-demokratisch, sind fokussierte Bildungs-, Sensibilisierungs- und Beteiligungsangebote sowie nachhaltige Impuls-, Kontakt-, Transfer und Vermittlungsarbeit wichtige Faktoren zur Stärkung demokratischer Kommunikations- und Handlungskompetenzen.

Der Demokratie\_laden steht immer wieder im Fokus, nicht zuletzt deshalb, weil er Angriffspunkt für die extrem rechte Szene ist. Mit dem Demokratie\_laden werden grundlegende Ziele einer demokratischen Arbeit, demokratiestarker Prävention angegriffen. Bei diesen Angriffen geht es nicht um die Arbeit sowie die Projekte des Laden-Teams, vielmehr dient der Demokratie\_laden als Symbol für eine „demokratiestarke Zumutung“ für die rechtspopulistische oder rechtsextreme Perspektive. Der Landkreis SHK hat sich bei der Eröffnung und seither wiederholt zum Projekt Demokratie\_laden bekannt und seine Unterstützung zugesagt.

Im November 2021 erhielt der Demokratie\_laden auf Vorschlag vom Jugendamt des SHK den Thüringer Demokratiepreis (Anerkennungspreis) für die langjährige Initiativarbeit und Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie der Demokratiestärkung im ländlichen Raum.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	101.471,67 Euro	111.179,54 Euro

## Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen

Das Projekt Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen ist ein Themenjahr, das von der Thüringer Staatskanzlei und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen in 2020 ausgerufen wurde. Das Themenjahr soll an die neuhundertjährige Anwesenheit von Menschen jüdischen Glaubens auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Thüringen erinnern. Diese Erinnerung soll dazu beitragen, dass jüdisches Leben nicht allein vom Ereignis der Shoa her betrachtet wird, sondern auch die Leistungen und Impulse von Jüdinnen und Juden zu Bewusstsein gebracht werden.

Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit beteiligte sich mit einer Sonderausschreibung am Themenjahr und förderte Projekte und Veranstaltungen, die thüringenweit jüdisches Leben und jüdische Kultur nachzeichnen sowie sich inhaltlich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen. Beispielhaft werden nachfolgend zwei vom Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit geförderte Projekte vorgestellt:

### „Hier zuhause? 900 Jahre jüdische Geschichte(n) in Thüringen“

Im Rahmen des Themenjahres „Neun Jahrhunderte Jüdisches Leben in Thüringen“ führte der Kulturrat Thüringen e. V. mit seinem Projekt „hier zuhause?“ 2020 erstmals eine koordinierte Bildungs- und Kulturinitiative zur Erwachsenenbildung im Themenbereich Jüdisches Leben durch. Der Schwerpunkt war hierbei die Herstellung einer Perspektive hin zur Wahrnehmung jüdischen Lebens in der Vergangenheit und Gegenwart insbesondere im vornehmlich ländlichen Raum. Im Förderzeitraum 2020 - 2021 wurden im Rahmen des Projektes 34 Veranstaltungen mit einer gesamten Teilnehmerzahl von rund 1000 Personen durchgeführt. Dabei gelang es über die Vielseitigkeit der Formate, das Ziel des Perspektivenwechsels zu erreichen. Jüdisches Leben wurde nicht nur historisch erläutert, sondern auch mit aktuellem Bezug über die Sinne erlebt. In der Regel wurde regionales oder landesweites Fachwissen für die Angebote vermittelt.

Neben klassischen Vorträgen und (Stadt-)führungen luden Filmvorführungen, Konzerte, Workshops und Gespräche im Rahmen von Netzwerktreffen zur Beschäftigung mit dem jüdischen

Leben in Vergangenheit und Gegenwart ein. Dabei wurde das Projekt von 26 Partnerorganisationen von den Stadtarchiven bis hin zur Jüdischen Landesgemeinde Thüringen durchgeführt. Für das Projektvorhaben war die Einbettung in den ländlichen Raum in Thüringen von größter Bedeutung. Die Präsenzveranstaltungen wurden daher vor allem in Städten mit einer Größe von rund 1.300 Einwohnenden (Untermaßfeld) bis zu rund 25.000 Einwohnenden durchgeführt (Rudolstadt). Angebote gab es in Suhl, Altenburg, Mühlhausen, Nordhausen und Gotha. Der Schwerpunkt der Veranstaltungen fand dabei in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 statt, insbesondere in den Monaten September, Oktober und November.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	40.289,41 Euro	68.705,94 Euro

### Projektdokumentation „Die Gothaer Synagoge lebt.“

„Die Gothaer Synagoge lebt.“ war und ist ein partizipatives Erinnerungsprojekt und urbane Intervention im öffentlichen Raum durch eine Medienkunst-Installation am einstigen Ort der bei den Novemberpogromen 1938 zerstörten Gothaer Synagoge. An dieser Stelle befindet sich heute das Shopping-Center „Altstadtforum“, zwischen zwei Gebäudeteilen ein von 1988 reintegriertes Denkmal in Gestaltung von 2020. „Die Gothaer Synagoge lebt“ war zunächst ein ephemeres reales und ist nun ein digitales Denkmal geworden, das sich versteht als notwendige Ergänzung des Ortes, um einerseits aus der ritualisierten Form des Gedenkens auszuweichen und andererseits aus dem konsumistischen Raumkontext des Shopping-Centers – um letztlich jüdisches Leben und jüdische Kultur in Gotha, Thüringen und Deutschland (wieder) sichtbar und fühlbar zu machen.

Die Idee war, wieder sichtbar zu machen, was unsichtbar gemacht worden ist: „jüdische Kultur“ als lebendigen Teil der „deutschen Kultur“ (Anm.: gleichwohl bleibt die jüdische Kultur selbstverständlich autark). Ähnlich einer Flaschenpost hat die jüdische Kultur trotz der brutalen Wirkmächtigkeit der NS-Politik unbemerkt in unserer Alltagssprache überlebt.

Sämtliche Schulen im Landkreis Gotha wurden deshalb im Frühjahr 2021 aufgerufen, sich an dem Teil-Projekt „Vokabeln zur jüdischen Kultur“ zu beteiligen. Es galt, im Unterricht oder in Arbeitsgruppen erarbeitete Begriffe aus der deutschen Alltagssprache wie „Kaff“, „Hals- und Beinbruch“ oder „zocken“ einzureichen, die aus dem Hebräischen oder Jiddischen stammen. Ein Lektorat mit Sprachwissenschaftler wählte 34 Begriffe aus – für 34 Jahre Existenz der Gothaer Synagoge. Die Vokabeln stehen als PDF zum kostenlosen Download z. B. für Schulen zur Verfügung und wurden außerdem als Postkarten sowie Sticker gedruckt und den Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	3.000 Euro

## 4. Bericht zur Umsetzung in den verschiedenen Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns

Die Leitziele des Landesprogramms Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, die im Abschnitt 2.2 kurz umrissen sind, bilden mit ihren Handlungsfeldern auch die Orientierung für das politische Regierungshandeln und die Landespolitik. In Kapitel 3.2.2 des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind dazu verschiedene Maßnahmen in Verantwortung der einzelnen Ressorts beschrieben, für die die entsprechenden Ressourcen jeweils eigenverantwortlich zur Verfügung gestellt werden.

### 4.1 Sensibilisierung, Bildung und Qualifizierung

Mit einer umfassenden Sensibilisierung, Bildung und Qualifizierung sollen unterschiedliche Personengruppen erreicht werden, um sie u. a. mit themenspezifischen Wissen über demokratiegefährdende und demokratieverstärkende Aspekte auszustatten, sie zur kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen zu befähigen sowie demokratische Einstellungen zu stärken. Dazu wurden durch die verschiedenen Bereiche der Landesregierung nachfolgende Maßnahmen umgesetzt:

#### **Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt**

Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt fördert und unterstützt im Schwerpunkt die Akzeptanz der Vielfalt sexueller Orientierungen, geschlechtlicher Identitäten und individueller Lebensentwürfe. Dafür bedarf es gleichermaßen eines gesellschaftlichen Klimas von Toleranz und Weltoffenheit und somit auch bei den Anstrengungen für die Anerkennung der gleichberechtigten Lebensweise aller Menschen in Thüringen. So konnten über das Fortbildungsangebot von „DenkBunt“ durch die Landesantidiskriminierungsstelle auch in 2020 und 2021 Bildungstage im Qualifizierungsbereich „Förderung von Akzeptanz vielfältiger sexueller Orientierungen, Geschlechtsidentitäten und Beziehungsformen“ für alle neun Zielgruppen (Lehrkräfte, Mitarbeitende der Polizei, in Verwaltungen, der Justiz, in Kindertageseinrichtungen, in Beratungsdiensten, der Jugendhilfe, Ehren- und Hauptamtliche in Vereinen sowie Mitarbeitende der Pflege) angeboten werden. Durch die Zäsur der Pandemie in 2020 gab es zunächst einen Rückgang der Veranstaltungen.

Insgesamt wurden in 2020 in diesem Qualifizierungsbereich 17 Bildungstage durchgeführt. Dabei haben Mitarbeitende der Jugendhilfe (7), Vereine und Initiativen (5), in Kindertageseinrichtungen (2), diese Fortbildung überwiegend in Anspruch genommen. Die übrigen drei Bildungstage verteilen sich mit je einem Seminar auf die Zielgruppe Lehrkräfte, Polizei und Verwaltung. Der pandemiebedingte Nachfrageeinbruch hatte sich in 2021 wieder etwas erholt. Insgesamt konnten in diesem Qualifizierungsbereich 21 Bildungstage und eine Prozessbegleitung durchgeführt werden. Auch in diesem Jahr wurde das Angebot am stärksten von Mitarbeitenden der Jugendhilfe nachgefragt: Mitarbeitende der Jugendhilfe (10), Lehrkräfte (6), Mitarbeitende in Kindertageseinrichtungen (3) und der Verwaltung (2).

Im Rahmen des Landesprogrammes für Akzeptanz und Vielfalt wird seit Sommer 2018 als zentrale Maßnahme eine **Koordinierungsstelle für LSBTIQ\*** (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*, Inter\*- und queere\* Menschen) gefördert. Damit entstand erstmalig in Thüringen eine zivilgesellschaftliche und hauptamtliche Koordinierungsstelle, die bestehende Aufklärungs- und Bildungsangebote zu den Themen Vielfalt geschlechtlicher Identitäten, sexuelle Orientierungen und Beziehungsweisen bündelt, unterstützt sowie eigene Aktivitäten zur Schließung von Angebotslücken entfaltet. Die LSBTIQ\*-Koordinierungsstelle organisiert Infoveranstaltungen, Bildungsangebote und führt Schulungen durch, klärt auf und sensibilisiert, vernetzt, organisiert und unterstützt LSBTIQ\*-Projekte und bietet Material zu dem Themenfeld an. Nicht zuletzt ist sie eine Interessenvertretung von und für LSBTIQ\*. Die Arbeit der LSBTIQ\*-Koordinierungsstelle konnte in den vergangenen zwei Jahren weiter ausgebaut und verfestigt werden. Jährliche Themenschwerpunkte bilden dabei den Rahmen für Veranstaltungen und Angebote. In 2020/2021 stand das Thema „Queeres Altern“ im Fokus der Arbeit der Koordinierungsstelle. Durch die Arbeit der LSBTIQ\*-Koordinierungsstelle ist es nicht nur gelungen, das Thema LSBTIQ\* sichtbarer zu machen und damit eine Basis für Aufklärung und Sensibilisierung zu schaffen. Dadurch sind ebenso die Bedarfe für niedrigschwellige Ansprech- und Beratungsstellen in Thüringen deutlich sichtbar geworden, für die bislang kaum geeignete Angebote bestanden. Im September 2021 konnte mit der Einrichtung des Queeren Zentrums in Erfurt mit seinem Beratungs-, Bildungs- und Begegnungsangebot diese Lücke ein wenig geschlossen werden.

Die LSBTIQ\*-Koordinierungsstelle wurde in 2020 mit 59.400 Euro und in 2021 mit ca. 109.071 Euro durch die Thüringer Landesantidiskriminierungsstelle gefördert.

Das **Queere Zentrum** ist ein Begegnungsort von und für trans\*, intergeschlechtliche, bisexuelle, lesbische, schwule und andere queere Menschen. Die Mitarbeitenden beraten queere Menschen und deren Angehörige, organisieren Bildungsveranstaltungen und unterstützen Einrichtungen oder engagierte Personen bei der Organisation eigener Veranstaltungen und bieten Fachkräften Fortbildungen zu unterschiedlichen Themen an. Das Queere Zentrum ist zudem ein geschützter Begegnungsort für LSBTIQ\* und queere Gruppen.

Das Queere Zentrum wurde 2021 mit 142.752 Euro durch die Thüringer Landesantidiskriminierungsstelle gefördert.

### **THADINE - Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk**

Im Mai 2018 hat sich das Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk „thadine“ als Netzwerk nicht-staatlicher Organisationen und Aktivistinnen und Aktivisten aus verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit, Bildung, politischen Arbeit und Wissenschaft gegründet. Diese verbindet die Antidiskriminierungsarbeit als Querschnittsthema bezüglich der Diskriminierungsdimensionen ethnische Herkunft, rassistische Zuschreibungen, Religion/Weltanschauung, Geschlecht/s-identität, Behinderung/chronische Erkrankung und Lebensalter. Dabei setzt sich thadine aus einer menschenrechtlichen Perspektive heraus fachlich mit Diskriminierung, ihren strukturellen Grundlagen sowie den individuellen und gesellschaftlichen Konsequenzen auseinander. Seit 2019 wird die Arbeit von thadine durch eine Geschäftsstelle mit 0,5 VBE koordiniert. Ziel von thadine ist es, Diskriminierung sichtbar zu machen, die politische und fachliche Auseinandersetzung des Themas voranzubringen, Modelle und Konzepte für Thüringen zu entwickeln, die Betroffene unterstützen und zum Thema sensibilisieren und aufklären helfen. Zudem wird angestrebt, für Politik, Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und Verwaltung Ansprechpartner zu sein.

Thadine wurde in 2020 mit 37.900 Euro und in 2021 mit 46.353 Euro durch die Thüringer Landesantidiskriminierungsstelle gefördert.

Zentrales Thema in 2020 waren die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission Rassismus und Diskriminierung, die im Herbst 2019 vorgestellt worden waren. Da pandemiebedingt 2020 kein Fachtag in Präsenz stattfinden konnte, wurde als Alternative eine Online-Workshopreihe durchgeführt, die sich inhaltlich mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission Rassismus und Diskriminierung befasst hat. Mit weiteren Aktionen hat thadine zudem auf die Relevanz des Themas auch in Thüringen hingewiesen.

Thadine hat seine Rolle als Sprachrohr der zivilgesellschaftlichen Antidiskriminierungsarbeit weiter gefestigt und ausgebaut. Über eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und die gebündelte Kommunikation im Zusammenspiel mit den Netzwerkpartner\*innen gelingt thadine behutsam eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit zum Themenfeld.

Die Anerkennung der Kompetenz von thadine zeigte sich auch im klaren Votum der zivilgesellschaftlichen Akteure der Antidiskriminierungsarbeit für thadine als verantwortlicher Träger einer zivilgesellschaftlichen Antidiskriminierungsberatungsstelle in Thüringen, die mit „EmpowerMensch“ im September 2021 in Verantwortung des Thüringer Innenministeriums umgesetzt werden konnte. Damit ist es thadine zudem gelungen, eine Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission umzusetzen.

## **Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik für Thüringen**

### **Landesstrategie Mitbestimmung**

Das Thema Mitbestimmung junger Menschen wurde bereits 2019 mit der Erarbeitung der Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen in den Fokus der Landesregierung gerückt und auf kommunaler Ebene mit der Einführung des § 26a in die Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) im April 2021 weiter gestärkt. Eine aktive Beteiligungskultur fördert die Identifikation der jungen Generation mit ihrem Wohnort und auf individueller Ebene das eigene Verantwortungsbewusstsein. Diese Entwicklungen werden von Seiten des TMBJS durch die im Sommer 2021 eingerichtete Servicestelle Mitbestimmung unterstützt. Seit Mitte 2021 wird hier auch der Dachverband der Kinder- und Jugendgremien Thüringen betreut. Auf Landesebene werden junge Menschen unter anderem an der Erarbeitung des Landesjugendförderplans und an den Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses beteiligt.

Die Stärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten regt junge Menschen zur kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen an und stärkt demokratische Einstellungen. Die Servicestelle Mitbestimmung setzt sich in diesem Sinne für die Stärkung der Mitwirkungsrechte junger Menschen in der Praxis ein.

### **Die Servicestelle Mitbestimmung**

Die Themen der Servicestelle Mitbestimmung ergeben sich aus der Landesstrategie Mitbestimmung. Die vier wesentlichen Aufgabenbereiche der Servicestelle sind: Information und Beratung, Qualifizierung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit im Themenfeld der Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen.

Die Landesstrategie Mitbestimmung basiert auf dem in der UN-Kinderrechtskonvention und im SGB VIII festgelegten Recht junger Menschen auf Mitbestimmung. Auf Landesebene findet sich der Gedanke der Beteiligung junger Menschen an ihren eigenen Belangen unter anderem im Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz (§§ 2, 5, 9, 15a ThürKJHAG), im Thüringer Schulgesetz (§§ 25, 28, 38 ThürSchulG) und in der Thüringer Kommunalordnung (§ 26a ThürKO) wieder. Die Mitbestimmung junger Menschen wird in diesem Sinne nicht als

Zusatzleistung, sondern als ihr Recht verstanden. Die fachliche Förderung der Rechtsumsetzung stärkt die Fähigkeit junger Menschen, ihre Meinung einzubringen und demokratisch durchzusetzen. Des Weiteren können im Dialog mit jungen Thüringerinnen und Thüringern innovative und unkonventionelle Lösungswege gefunden und die kommunale Verbundenheit gestärkt werden.

Ziel der Landestrategie ist es, die Mitbestimmung junger Menschen in ganz Thüringen auf allen Entscheidungsebenen gleichermaßen zu fördern und anzuregen: „Mitbestimmung beginnt im unmittelbaren Lebensumfeld junger Menschen und findet zuvorderst auf kommunaler Ebene statt. Zudem ist die Mitbestimmung auf Landesebene von Bedeutung. Entscheidungsträger aller Ebenen stehen vor der Herausforderung, Mitbestimmung von jungen Menschen in allen Bereichen neu zu denken. Für junge Menschen sind Entscheidungswege transparent, nachvollziehbar und begreifbar zu gestalten sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten auszuerschöpfen, auszubauen oder neu zu schaffen.“ (Landesstrategie Mitbestimmung 2019, S. 3). Die direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten, eine kind- und jugendgerechte Mitbestimmungsstruktur innerhalb von kommunalen Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen sowie Kommunalverwaltungen sollen gefördert, ausgebaut und etabliert werden. Des Weiteren gilt es repräsentative und projektorientierte Teilnehmungsformen bei landesweiten Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen sowie innerhalb von Landesverwaltungen zu fördern, auszubauen und zu etablieren und übertragbare Handlungsansätze, die Einrichtung geeigneter Weiterbildungsformate für unterschiedliche Zielgruppen in Zusammenarbeit mit bereits im Themenfeld erfahrenen Trägern sowie die landesweite Lobbyarbeit für Mitbestimmung junger Menschen zu entwickeln beziehungsweise ausbauen. Flankierend hierzu bilden die Qualitätsentwicklung im Bereich der Mitbestimmung junger Menschen sowie die Kompetenzerweiterung von Akteurinnen und Akteuren im Themenfeld weitere Ziele der Landestrategie.

Die Landestrategie legt für die Mitbestimmung junger Menschen in Thüringen 15 Mitbestimmungsstandards fest. Diese zeigen Bedingungen auf, die Mitbestimmungsprozessen für alle Beteiligten einen bestärkenden und zielführenden Rahmen geben. So sind entsprechende Prozesse von Entscheidungsträgern aktiv zu unterstützen und die strategischen Schritte und Ziele transparent und überprüfbar festzulegen. Entscheidungsräume sind klar zu kommunizieren und die Ressourcen zur Stärkung der Selbstorganisationfähigkeit von jungen Menschen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sind aktive Netzwerke aufzubauen, die Mitbestimmung junger Menschen fördern und die Synergieeffekte unterschiedlicher Akteure nutzen. So wird ein Netzwerk für Beteiligungsfachkräfte durch die Organisation regelmäßiger Vernetzungstreffen unterstützt. Am 13. Dezember 2021 fand hier digital das erste Treffen mit über 30 teilnehmenden Fachkräften aus ganz Thüringen statt.

Um Fragen der Mitbestimmung junger Menschen ressortübergreifend bearbeiten zu können, wurde ein Interministerieller Arbeitskreis Mitbestimmung (IMAK Mitbestimmung) gegründet. Über die Entwicklungen und Neuigkeiten im Themenfeld Mitbestimmung junger Menschen in Thüringen wird quartalsweise in einem Newsletter informiert. Des Weiteren berät die Servicestelle Mitbestimmung interessierte Kommunen und Träger, fördert Projekte und Fortbildungsangebote und begleitet die Umsetzung des Thüringer Jugend-Checks. Im Folgenden wird ein Überblick über durchgeführte Maßnahmen und laufende Projekte im Zeitraum 2020 und 2021 gegeben.

#### *Bestandsaufnahme: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Thüringer Kommunen*

Die Landestrategie Mitbestimmung sieht eine regelmäßige Berichterstattung und Evaluation vor. Im Zeitraum Ende 2019 bis Anfang 2020 wurden alle Thüringer Kommunen und Landkreise mit hauptamtlichen Bürgermeistern zu Erfahrungen und Plänen im Bereich der Mitbestimmung junger Menschen von Herrn Prof. Dr. Lakemann befragt. Die Befragung konnte die

Rückmeldung von 118 Landkreisen und Kommunen erreichen. Von den befragten Kommunen wurde ein Drittel als mittelmäßig aktiv und gut ein Viertel hoch engagiert im Bereich der Mitbestimmung junger Menschen eingeschätzt. Ein Fünftel wurde als sehr hoch aktiv eingestuft. Die Kommunen nannten häufig die Bereiche Freizeit, Entwicklung des ländlichen Raums oder Natur, Umwelt und Verkehr als zukünftige Beteiligungsthemen. Die Untersuchung zeigte zahlreiche Potenziale für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an vielfältigen kommunalen Themen in Thüringer Kommunen. (vgl. Lakemann 2020, S. 32ff.)<sup>5</sup>

### *Landesweite Jugendbefragung*

Ende 2021 folgte die erste landesweite Kinder- und Jugendbefragung durchgeführt vom Organisationsberatungsinstitut ORBIT e. V. aus Jena im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport. Die Befragung kam thüringenweit auf über 12.500 Rückmeldungen von aller jungen Menschen (12 bis 27 Jahre).<sup>6</sup>

### *Begleitung Dachverband der Kinder- und Jugendgremien*

Der Dachverband der Kinder- und Jugendgremien Thüringen (DKJG) vertritt seit seiner Gründung im Jahr 2018 mehr als 20 kommunale Kinder- und Jugendgremien auf Landesebene und setzt sich für die Interessen junger Menschen in Thüringen und die Stärkung der kommunalen und landesweiten Mitbestimmungsmöglichkeiten ein. Der DKJG Thüringen engagiert sich darüber hinaus insbesondere für Fortschritte in der Kinder- und Jugend- sowie Jugendhilfepolitik.

Der DKJG wurde in Trägerschaft der Naturfreunde Jugend Thüringen 2020 mit 13.750 Euro und 2021 mit 14.700 Euro gefördert.

### *Weiterbildung für Prozessmoderatorinnen/-moderatoren für Kinder- und Jugendbeteiligung*

Seit 2015 werden kommunale Fachkräfte zu Moderatorinnen und Moderatoren für Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse durch Trainerinnen und Trainer des Deutschen Kinderhilfswerks (DKHW) fortgebildet. Die Ausbildung erfolgt im Rahmen mehrerer Seminare und einem Praxisprojekt über den Zeitraum eines Jahres auf Grundlage des Curriculums von Waldemar Stange. In den Jahren 2020 und 2021 fanden zwei Kurse in Heilbad Heiligenstadt statt. Hierbei wurden 16 Prozessmoderatorinnen und -moderatoren für Kinder- und Jugendbeteiligung ausgebildet und weitere 20 Personen haben diese im Berichtszeitraum begonnen.

### *Praxisprojekt zur Landesstrategie Mitbestimmung*

Das Praxisprojekt zur Landesstrategie Mitbestimmung wird von Prof. Dr. Lakemann und Simone Rieht betreut und baut auf den Ergebnissen der kommunalen Befragungen aus den Jahren 2019/2020 auf (siehe Lakemann 2020). Ziel ist es Thüringer Kommunen bei der Entwicklung der Mitbestimmung von jungen Menschen zu begleiten und zu beraten. Des Weiteren soll im Rahmen des Projektes ein interkommunaler Austausch der begleiteten Kommunen ermöglicht werden. Der Projektzeitraum ist 2020 bis 2022. Hierbei war vorgesehen über den Projektzeitraum 10 Modellkommunen zu begleiten. Auf Grund der großen Nachfrage von Thüringer Kommunen wurde der Projektrahmen auf 37 Kommunen erweitert.

---

5 Lakemann, Ulrich (2020): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Thüringer Kommunen. Bestandsaufnahme. Online verfügbar: [www.mitbestimmung.thueringen.de](http://www.mitbestimmung.thueringen.de) (12.12.2022).

6 <https://bildung.thueringen.de/aktuell/thueringer-kinder-und-jugendbefragung> (12.12.2022).

## *Praxisentwicklungsprojekt „Kommunale Verankerung der Eigenständigen Jugendpolitik in Thüringen“*

Das Praxisentwicklungsprojekt „Kommunale Verankerung der Eigenständigen Jugendpolitik in Thüringen“ hat die Etablierung eines Politikansatzes, der die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen zwischen 12 und 27 Jahren in den Mittelpunkt gesellschaftlichen und politischen Handelns stellt, als Ziel. Vor Ort sollen konkrete Ansätze und Strukturen entwickelt werden, die den Weg zu einer Eigenständigen Jugendpolitik ebnen. Des Weiteren sind Träger der öffentlichen Jugendhilfe, der verbandlichen sowie der offenen und mobilen Jugendarbeit Teil des Projektes. Das Praxisentwicklungsprojekt war ursprünglich von 2018 für zwei Jahre bis Ende 2020 angelegt und wurde pandemiebedingt verlängert. Das Projekt wird von einem Beirat aus wissenschaftlichen Vertretern, Vertretern des Landesjugendhilfeausschusses und verschiedener Träger begleitet.

## *Länderfonds des Freistaats Thüringen und des Deutschen Kinderhilfswerkes*

Seit 2012 existiert der Länder- bzw. Gemeinschaftsfonds des Freistaates Thüringen und des Deutschen Kinderhilfswerkes zur Förderung von Projekten der Mitbestimmung junger Menschen in der Kommune. Ziel ist es, die Lebenswelt von jungen Menschen zu verbessern. So sollen die Kinderrechte breit verankert und junge Menschen in Thüringen stärker an den sie betreffenden Fragen beteiligt werden. Es werden Projekte gefördert, die zur Verbreitung und Durchsetzung von Kinderrechten beitragen und bei denen junge Menschen frühzeitig an der Planung, Durchführung und Auswertung beteiligt werden. Der Länderfonds ermöglicht Projektförderungen bis 5000 Euro.

## *Entwicklung des Jugend-Checks*

Am 23. November 2021 hat das Kabinett die Erprobung des Jugend-Checks in Thüringen im Rahmen eines dreijährigen Modellprojekts beschlossen. Der Jugend-Check in Thüringen nimmt Auswirkungen von Landesgesetzen für junge Menschen verstärkt in den Fokus und wurde in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer entwickelt. Damit soll ein geeignetes Instrument zur Erfassung der Auswirkungen von Rechtsnormen auf junge Menschen erprobt und implementiert werden. Ziel ist es, die Belange junger Menschen in Thüringen bei der Erarbeitung von Gesetzesvorhaben ressortübergreifend zu berücksichtigen und frühzeitig auf mögliche, nicht intendierte Auswirkungen aufmerksam zu machen. Das Konzept lehnt sich an dem auf Bundesebene seit 2016 entwickelten Jugend-Check an, welches durch das Kompetenzzentrum Jugend-Check (KomJC) am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) konzipiert wurde. Das Prüfinstrument des Jugend-Checks in Thüringen wurde in Anlehnung an den Jugend-Check auf Bundesebene, als ein standardisiertes Prüfverfahren entwickelt. In zahlreichen Dialogveranstaltungen wurde das Prüfraster mit Stakeholdern und jungen Menschen an die Thüringer Bedingungen angepasst. Auf dieser Grundlage werden alle Gesetzesentwürfe der Landesregierung vom jeweils federführenden Ressort ab dem I. Quartal 2022 der Servicestelle Mitbestimmung im Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zugeleitet. Diese werden nach einer Prüfung der Eignung des Gesetzentwurfs für den Jugend-Check der Projektstelle Jugend-Check Thüringen zugeleitet, der dann den Jugend-Check durchführt.

## **Frühkindliche Bildung**

Im Rahmen der Fachtagung „Demokratie eine Gemeinschaftsaufgabe! Erkenntnisse und Ergebnisse des 16. Kinder- und Jugendberichts für die Praxis“ am 1. und 2. Oktober 2021 als eine Kooperationsveranstaltung zur Vernetzung der Bereiche Jugendhilfe und Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, wurde auch der Bereich der frühkindlichen

Bildung in den Blick genommen. Die Fachtagung richtete sich ebenso an Interessierte aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft und der gesamten Bildungspraxis. So wurden dabei zwei Workshops für Fachkräfte und Interessierte aus dem Bereich frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung angeboten. Die Themen „Demokratie in der Kita: Mitbestimmung und Beteiligung von Anfang an“ und „Demokratie und Partizipation in der Kita“ wurden interessiert angenommen und in einem sich thematisch daran anschließenden Fachtag im Dezember 2022 unter dem Motto „Gemeinsam gute Praxis gestalten. Partizipation als Schlüssel zu Bildung und Demokratie – jetzt erst recht!“ aufgegriffen und vertieft. Auch dabei zeigten sich insbesondere die Themen „Kinderrechte und Macht: Krisen als Prüfstein für Partizipation“ als Diskussionsschwerpunkte. Auch zahlreiche Beispiele und Impulse wie mit einer zeitgemäßen, partizipativen Medienbildungskultur auch integrative und inklusive Settings sowie Handlungsfelder demokratischer Prozesse gestaltet werden können, wurden thematisiert und als hilfreich für die Übertragung in die Praxis bewertet. Innerhalb dieser Veranstaltungsreihe wurde auch zum 2. Thüringer Fachtag für frühkindliche Bildung in der Kindertagesbetreuung „Gemeinsam gute Praxis gestalten“ unter dem Tagungsthema: „Gemeinsam gute Praxis gestalten in der Kindertagesbetreuung 2022: qualitativ – multiprofessionell – vielfältig!“ am 12.10.2022 das Thema der Partizipation von Kindern erneut aufgegriffen und in Workshops diskutiert und vertieft.

### **Angebote der Jugendbildung und Jugendverbandsarbeit**

Als außerschulische Lebens- und Sozialisationsorte haben die Jugendverbände einen entscheidenden Bildungsanteil junger Menschen außerhalb formalisierter Strukturen. Die Jugendverbände leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Professionalisierung der Bildungsangebote. Auch im Berichtszeitraum 2020 und 2021 wurden die Jugendverbände in Thüringen als Partnerinnen und Partner und Unterstützerinnen und Unterstützer der Demokratiebildung junger Menschen durch das TMBJS weiter gestärkt. Dafür wurden insgesamt in 2020 ca. 1.386.384 Euro und 2021 1.645.191 Euro zur Förderung aller im Landesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände (ohne Geschäftsstelle LJR) bereitgestellt. Darin enthalten waren für Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung in 2020 ca. 197.160 Euro und in 2021 ca. 336.508 Euro. (Daten: Quelle LJR gemäß LJPL 2023-2027)

Darüber hinaus werden in den Landesprogrammen Örtliche Jugendförderung mit einer Landesförderung von 2020: 15.419.169 Euro und 2021: 15.826.546 Euro und Schulbezogene Jugendsozialarbeit mit einer Landesförderung von 2020: 17.595.233 Euro und 2021: 21.710.402 Euro ebenfalls Möglichkeiten der außerschulischen Bildung genutzt, um insbesondere Kinder und Jugendliche zu stärken.

### **Angebote der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (LZT)**

Ein zentrales Anliegen der Landeszentrale ist es, gesellschaftliche Fragen in ihrer Kontroversität aufzugreifen, zur Urteilsbildung beizutragen, Handlungsorientierung zu fördern und damit die demokratische politische Kultur zu stärken. Dies geschieht in verschiedenen Themenbereichen, in unterschiedlichen Formaten und in einer umfangreichen Zahl an Veranstaltungen und Projekten. Finanziert werden sie im Wesentlichen aus Landesmitteln sowie Mitteln von Kooperationspartnern. Trotz der Corona-bedingten Einschränkungen konnten in den Berichtsjahren ca. 400 Veranstaltungen und Projekte (ca. 20 % digital) realisiert und 50 Publikationen im Selbstverlag herausgegeben werden. In den jeweiligen im Netz verfügbaren Jahresberichten ist die Arbeit der LZT umfassend dokumentiert; alle Veranstaltungen, Projekte und Publikationen sind zudem einzeln aufgeführt.

Die LZT arbeitet im IMAK des Landesprogramms stimmberechtigt mit und beteiligt sich aktiv an den fachlichen Diskussionen im landesweiten Kontext.

Unter dem Handlungsfeld „Sensibilisierung, Bildung, Qualifizierung“ werden nachstehend einige Schwerpunkte der Bildungsarbeit dargestellt.

### *Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“, Antisemitismus*

Das Themenjahr spielte in beiden Jahren eine herausragende Rolle; in der Gesamtheit der landesweiten Angebote war die LTZ der Hauptakteur. In großer Themen- und Formatbreite stand insbesondere jüdisches Leben – Kultur, Geschichte, Tradition und Religion – in Geschichte und Gegenwart im Mittelpunkt, wobei möglichst Thüringer Bezüge herzustellen versucht wurde. Eine wichtige Zielgruppe waren Schülerinnen und Schüler, die insbesondere durch die Kooperationsprojekte mit Achava e. V. erreicht werden konnten. Außerdem wurden verschiedene geeignete Publikationen und Materialien angeboten bzw. bereitgestellt.

Von besonderer Bedeutung war die Tagung „Widerspruchsvoller Neubeginn. Ostdeutsch-jüdische Geschichten nach 1945“, die sich mit dem jüdischen Leben in der frühen DDR beschäftigte. Die Tagung zeigte, dass der Anspruch eines Neubeginns durch die DDR nicht (nachhaltig) eingelöst werden konnte. Viele der früheren jüdischen Verfolgten sahen sich zur erneuten Auswanderung gezwungen. Die Referate der Konferenz sind inzwischen in einem eigenen Tagungsband erschienen. Im Themenfeld Antisemitismus wurden aktuelle Entwicklungen und gewandelte Erscheinungsformen in Einzelveranstaltungen behandelt.

### *Historische Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus*

Seit 2020 ist die Eigenpublikation von Michael Löffelsender „Das KZ Buchenwald. 1937-1945“ im Angebot. Sie gibt einen kompakten Überblick zur Geschichte des Lagers, indem sie die Binnengeschichte mit der der NS-Gesellschaft verbindet. Die Broschüre ist hervorragend zur Vorbereitung der Schulprojektstage in Buchenwald geeignet. Pandemiebedingt fanden im Berichtszeitraum nur wenige Projektstage an den beiden KZ-Gedenkstätten statt. Es wird eine Herausforderung sein, zur Intensität vor der Pandemie zurückkehren zu können. Zum bislang wenig erforschten KZ-Außenlager Juliushütte konnte eine Veranstaltungsreihe vor Ort angeboten werden.

Ein weiterer Schwerpunkt im Themenfeld war die Auseinandersetzung mit NS-Euthanasieverbrechen, die zur Wanderausstellung „Die nationalsozialistischen `Euthanasie`-Morde“ führte. Ein Projekt, das auf der Basis einer intensiven Kooperation mit der Lebenshilfe Weimar entstand. Im Ergebnis derselben entstand außerdem der Podcast „Partizipation bedeutet: Alle machen mit. Bei allem.“, der sich der Inklusion in der historisch-politischen Bildungsarbeit widmet. Weitere Themen waren u. a. die NS-Bücherverbrennungen und der 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion.

### *Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Autoritarismus und Rechtsextremismus*

In diesem von der LZT kontinuierlich bearbeitetem Feld ist insbesondere die Tagung „Digitaler Faschismus – Die Online-Welt der extremen Rechten“ zu nennen, die auf außerordentliche Resonanz stieß und damit den Bedarf an diesbezüglichen Angeboten unterstrich. Die Verbindung von theoretischen Zugängen mit empirisch-praktisch-technischen war eine besondere Stärke der Tagung. In Zusammenarbeit mit Distanz e. V. entstand ein neues Fortbildungsformat zur Arbeit mit rechtsextrem einsteigsgefährdeten und orientierten Jugendlichen. Erörtert werden die vielfältigen Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit in der Präventions- und Distanzierungsarbeit. Die Fortbildungen finden auf Landkreisebene in Kooperation mit den Jugendämtern statt. Weitere Themen (z. B. rechtsextreme Kampfsportszene, RechtsRock, Rechtsextremismus und DDR) wurden in Einzelveranstaltungen behandelt.

Auf große Resonanz stieß die (Online-)Ringvorlesung „Städte ohne Rassismus“ mit der Bauhaus-Universität, die theoretische Ansätze der Rassismus-Prävention vorstellte und diskutierte. Mit verschiedenen Veranstaltungen wurde die Debatte um die Dekolonialisierung der Erinnerungskultur aufgegriffen – z. T. mit regionalen Bezügen. Anknüpfend an den langjährigen Schwerpunkt zur NS-Verfolgung von Sinti und Roma wurde nunmehr die Ausstellung und das Buch „Sinti in der DDR“ präsentiert, welche insbesondere von den Zeitzeugengesprächen profitierten.

### *Demokratie- und Menschenrechtsbildung in Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur*

Bildungsarbeit zur SED-Diktatur bzw. DDR-Geschichte gehört zu den Kernaufgaben der LZT. Einen nicht unbeträchtlichen Teil nehmen dabei Angebote für Schülerinnen und Schüler ein. Dabei sollen anhand der Darstellung von Diktatur der Wert und die Spezifik von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bewusst gemacht werden. Anhand von widerständigem Verhalten, aber auch durch die Beschäftigung mit der Überwindung der Diktatur sollen demokratische Kompetenzen und Handlungspotentiale gestärkt werden. Der 30. Jahrestag der deutschen Einheit 2020 bot dafür zahlreiche Anknüpfungspunkte. Besonders wichtig war es, in diesem Zusammenhang das „demokratische Jahr der DDR“ – also den Zeitraum zwischen Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit herauszustellen. Aber auch die seinerzeit beginnende Transformationsphase spielt eine zunehmende Rolle – insbesondere im Hinblick auf gegenwärtige Prägungen und Ausdrucksformen in der politischen Kultur. Besondere Relevanz erlangte in diesem Zusammenhang das internationale Symposium mit der Stiftung Ettersberg „Transformationserfahrungen: Lebensweltliche Umbrüche in Ostdeutschland nach 1990“, das diese Erfahrungen und ihre Deutung in Kunst, Film und Fernsehen sowie gesellschaftlichen Erinnerungskollektiven in den Blick nahm. Der umfangreiche Tagungsband steht vor der Fertigstellung.

### *Demokratiopolitische Fragestellungen und Herausforderungen*

Über Konsequenzen aus dem aktuellen Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung wurde in zwei gut besuchten Foren diskutiert, an dem viele der durch das Landesprogramm geförderten Akteure teilnahmen. Problematisiert wurden dabei die insgesamt schwache Stellung und Absicherung der politischen Bildung im gesamten Bildungsbereich, die ungenutzten Potentiale in den Feldern der Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung sowie die zunehmende Fokussierung und Verengung auf Sondermaßnahmen im Bereich der Präventionsarbeit.

Unter dem Titel „Verlorene Zeit, verschwendete Jugend? – Die Corona-Krise als Herausforderung für Jugendpolitik und –beteiligung in Thüringen“ wurde mit vielen relevanten Akteuren diese Problematik diskutiert, was schließlich in einem auf die Zukunft ausgerichteten zweiten Fachgespräch in das Thema „Alles auf Start, Chancen nutzen! Die Corona-Krise als Sprungbrett für Jugendpolitik und –beteiligung in Thüringen“ mündete.

Verschwörungsvorstellungen, Pandemieleugnung und andere Demokratie gefährdende Phänomene standen im Zentrum einer Fachtagung sowie verschiedener Einzelveranstaltungen. Auch verschiedene Bücher bzw. Broschüren konnten dazu angeboten werden. Im Blick waren aber auch Chancen und Herausforderungen der digitalen Welt, also digitalpolitische Fragestellungen. Konkret behandelt wurden Gefährdungen, die sich aus der Macht der Plattformen sowie den Wirkmechanismen von Algorithmen ergaben.

Eine ausführliche und vollständige Darstellung aller Veranstaltungen, Projekte und Publikationen findet sich in den Jahresberichten.

## **Angebote der Gedenkstätten- und Erinnerungsorte**

Die Gedenkstätten- und Erinnerungsorte in Thüringen haben in den vergangenen Jahren verstärkt auch die Zeit nach 1945 in den Fokus gerückt und Schwerpunkte bei den Themen deutsche Teilung, revolutionärer Umbruch 1989/90 und Auseinandersetzung mit den divergierenden Eigenschaften von Diktatur und Demokratie gesetzt. Bei dieser wichtigen Bildungs- und Vermittlungsarbeit setzen die Einrichtungen häufig interdisziplinäre Mittel und Methoden ein, um unterschiedliche und neue Zielgruppen zu erreichen. Sie tragen zur Stärkung des Bewusstseins für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bei.

### **Grenzmuseum Schiffersgrund**

In den Jahren 2020 und 2021 wurde am Grenzmuseum Schiffersgrund ein Projekt in direkter Verbindung mit dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zur historisch-politischen Bildung umgesetzt, das durch die lokale Partnerschaft für Demokratie des Landkreises Eichsfeld im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wurde. So wurde die Sonderausstellung „Von Liebe und Zorn – Jung sein in der Diktatur“ vom 11. Mai bis zum 31. Juli 2020 in der Veranstaltungshalle präsentiert, um bei den Besuchern das Bewusstsein für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Die Schau erzählt exemplarisch anhand von zwei Jugendbiographien von den Gegensätzen im DDR-Alltag und der Willkür unter der SED-Diktatur. Die Ausstellung erzählt ihre Geschichte(n), zeigt auf, wie sie versuchten, im DDR-Alltag ihr ANDERS SEIN zu leben und deshalb Einschränkungen bis hin zu harten Repressionsmaßnahmen erleben mussten. Die Erlebnisse des Freundeskreises werden hauptsächlich in der sie prägenden Jugendzeit, von 1973 bis 1983, dargestellt. Erstmals gezeigte Privatfotos, persönliche Dokumente und Stasiakten-Auszüge lassen die Geschichte(n) der Protagonisten und den Alltag in der Diktatur lebendig werden. Aufgrund der pandemiebedingten Besuchseinschränkungen mussten das geplante Begleitprogramm – ein Erzählcafé mit dem Titel „Jung sein im geteilten Deutschland“ sowie spezielle Sonderführungen – abgesagt werden.

Darüber hinaus informierten sich im Grenzmuseum Schiffersgrund in den Jahren 2020 und 2021 – trotz pandemiebedingter Einschränkungen – insgesamt über 40.000 Besucherinnen und Besucher über die Geschichte der deutschen Teilung und das DDR-Grenzregime. Auf diese Weise leistete die Gedenkstätte einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung freiheitlich-demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen.

### **Thüringer Archiv für Zeitgeschichte**

Das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ (ThürAZ) ist ein Spezialarchiv zu Opposition und Widerstand in der DDR. Mit seiner historisch-politischen Bildungsarbeit strebt das Archiv an, Wissen über Lebensbedingungen und -wirklichkeiten im Alltag der SED-Diktatur zu vermitteln und für Möglichkeiten und Grenzen unangepassten Lebens in der DDR zu sensibilisieren. Durch das Lernen aus der Geschichte wird im Sinne der Demokratiebildung eine Stärkung demokratischer, menschenrechtsorientierter Einstellungen angestrebt. Im Vordergrund stehen in der Bildungsarbeit des ThürAZ Selbstzeugnisse von Akteurinnen und Akteuren aus oppositionellen Milieus in der DDR und damit Perspektiven von Menschen, die mit politischen Repressionen für nonkonformes Verhalten konfrontiert waren. Kontextualisiert werden diese durch Dokumente aus dem Herrschaftsapparat der DDR.

Im Herbst 2020 konnte das ThürAZ gemeinsam mit der Freien Bühne Jena e. V. dank einer Förderung über die lokale Partnerschaft für Demokratie mit Mitteln aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Thüringer Landesprogramm „Denk bunt“ für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz zum

30. Jahrestag der Deutschen Einheit ein mehrtägiges Projekt zum Thema „Republik der Zukunft“ mit Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 12 aus Jena umsetzen. Das Projekt beinhaltete einen interaktiven Stadtrundgang per „Actionbound“-App zur Friedlichen Revolution und den Transformationsprozessen 1989 und 1990 in Jena, einen thematischen Quellenworkshop zur Friedlichen Revolution und Deutschen Einheit und einen Videoworkshop, in dem sich die Jugendlichen kritisch mit Gegenwartsfragen auseinandersetzten. Das Ergebnis, ein von den Schülerinnen und Schülern erarbeiteter digitaler Stadtrundgang, wurde am 3. Oktober 2020 in der Jenaer Innenstadt präsentiert.

In einer weiteren Kooperation mit der Freien Bühne Jena e. V. führte das ThürAZ im Jugendbildungs- und Begegnungszentrum Polaris Projekttag mit Schülerinnen und Schülern berufsbildender Schulen zum Thema „Anpassung und Widerstand am Beispiel der Jugendwerkhöfe in der DDR“ durch. Die Projekttag umfassten jeweils eine thematische historisch-politische Einführung, eine szenische Lesung und einen theaterpädagogischen Workshop.

Darüber hinaus setzte das ThürAZ im Herbst 2020 einen Projekttag mit Schülerinnen und Schülern des Grünen Campus Malchow (Berlin) zum Thema „Unangepasste Jugend in der DDR am Beispiel der Jenaer Band airtramp“ um. Nach einer Archivvorstellung und einer thematischen und methodischen Einführung führten die Schülerinnen und Schüler ein Zeitzeugengespräch mit airtramp-Mitgründer Peter Mühlfriedel.

Mit einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Bewegte Zeit – Rückblicke auf das Jahr 1990“, die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert wurde, richtete das ThürAZ in Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt Jena e. V. von Oktober bis Dezember 2020 ein Angebot der historisch-politischen Bildungsarbeit an die breitere Öffentlichkeit. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Veranstaltungen digital angeboten.

Trotz der Pandemie konnte 2020 das Bildungs- und Forschungsprojekt „Vor Ort zum DENKOrt – Thüringer Orte der Repression, Opposition und Zivilcourage in der DDR“ starten, welches das ThürAZ in Kooperation mit der Thüringer Staatskanzlei durchführt. An ausgewählten historischen Orten in Thüringen wird darin über repressives, widerständiges und zivilcouragiertes Handeln in der DDR informiert und daran erinnert. Im Fokus liegen Orte, die bislang nicht von einer größeren Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Im Rahmen des Projektes werden sie markiert, um ihre Bedeutung und gesellschaftliche Relevanz ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Langfristig sollen die ausgewählten Orte des (außerschulischen) Lernens und der Begegnung werden. Zwei „DENKOrte“ konnten 2020 offiziell eingeweiht werden: die Veste Heldburg, in der sich zwischen 1954 und 1982 ein DDR-Kinderheim befand und das Rüstzeitheim Braunsdorf, in dem Pfarrer Walter Schilling mit seinem Ansatz der Offenen Arbeit seit Ende der 1960er Jahre Zuflucht, Schutz und Entfaltungsmöglichkeiten für unangepasste, vom SED-Regime stigmatisierte Jugendliche bot.

Durch eine Förderung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Welttoffenheit konnte sich das ThürAZ ab September 2020 bis Juni 2021 in Kooperation mit der Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien e. V. (Berlin) mit einem Projekt am Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ beteiligen. In dem Projekt wurden die teilnehmenden Schülerinnen und Schülern aus Jena mit der Methode der Oral History vertraut gemacht und führten selbständig Interviews mit Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen DDR. Anschließend produzierten die Teilnehmenden unter medienpädagogischer und fachlicher Anleitung einen Dokumentarfilm.

Im Sommer 2021 bot das ThürAZ anlässlich des 60. Jahrestages des Mauerbaus in Zusammenarbeit mit dem Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung Projekttag für Schülerinnen und Schülern aus

Hessen und Thüringen an. Das Projekt beinhaltete eine Vorführung des Films „Ballon“ von Michael „Bully“ Herbig und Workshops zu den Themen „Zeitzeugenschaft“, „Dokumente des MfS“, „Ausreise und Flucht aus der DDR“ und „Filmanalyse“. Nach der Teilnahme an den vorbereitenden Workshops führten die Schülerinnen und Schülern ein Zeitzeugengespräch mit Günter Wetzel, der 1979 mit seiner und einer weiteren Familie in einem selbst konstruierten Heißluftballon über die innerdeutsche Grenze in die Bundesrepublik floh.

Im Herbst 2021 beteiligte sich das ThürAZ am Programm „Kein Schlussstrich! Jena und der NSU-Komplex. Eine stadtesellschaftliche Auseinandersetzung in Etappen“, das anteilig über Mittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ und dem Thüringer Landesprogramm „Denk bunt“ gefördert wurde. Zusammen mit Studierenden, Promovierenden und Mitarbeiterinnen des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena bot das ThürAZ einen Rundgang zum Thema „Angstzonen und Schutzräume. Rechte Gewalt, antirassistisches Engagement und die Jenaer Stadtesellschaft“ an. Parallel dazu erarbeitete das Projektteam die Website [www.angstzonenundschutzraeume.de](http://www.angstzonenundschutzraeume.de), anhand derer der Rundgang mit einem mobilen Endgerät selbstständig abgelaufen werden kann. Die Umsetzung des Rundgangsprojekts wurde gefördert durch den Fonds Soziokultur aus dem Programm NEUSTART KULTUR der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien und durch den BMBF-Forschungsverbund „Diktaturerfahrung und Transformation“.

Im November 2021 bot das ThürAZ zusammen mit der Freien Bühne Jena und dem Jugendbildungs- und Begegnungszentrum Polaris im Anschluss an das Projekt „Kein Schlussstrich!“ Projektstage zum Thema „Jugend in Jena in den frühen 90er Jahren“ an, die anteilig über Mittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ und dem Thüringer Landesprogramm „Denk bunt“ finanziert wurden.

Darüber hinaus konnten 2021 zwei weitere „DENKOrte“ erschlossen werden. Es handelt sich dabei um den Ort Langenschade bei Saalfeld als Zentrum der seit 1984 aktiven Friedensgruppe „Gewaltlos leben“, zum Anderen ein ehemaliges Kinderheim in Schmiedefeld am Rennweg, das von 1974 bis 1987 als zentrales Durchgangsheim des Bezirks Suhl fungierte.

### **Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora**

Für die Stiftung ist die historisch-politisch-ethische Bildungsarbeit von zentraler Bedeutung. Die Möglichkeiten zur Umsetzung der Bildungsangebote waren allerdings pandemiebedingt in den Jahren 2020/21 stark eingeschränkt; teilweise war es möglich, durch die Etablierung digitaler Formate Alternativen zu realisieren. Besonders 2020 konnten immerhin noch insgesamt 70.000 Besuchende in unterschiedlichen Bildungsformaten betreut werden (2019 hatten in beiden Gedenkstätten insgesamt noch über 170.000 Gäste Angebote in Anspruch genommen). Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage auch perspektivisch auf hohem Niveau bleiben wird. Die meisten intensiven Bildungsprogramme werden regelmäßig mit Schülerinnen und Schülern sowie jungen Erwachsenen realisiert.

Darüber hinaus wurde im Berichtszeitraum die Arbeit mit zwei weiteren Zielgruppen intensiviert. In Umsetzung der 2018 zwischen Stiftung und Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Polizei – geschlossenen Kooperationsvereinbarung mit bundesweitem Modellcharakter wurden in den Gedenkstätten der Stiftung eine erhebliche Zahl von Bildungsprogrammen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Polizistinnen und Polizisten realisiert. So nahmen bspw. alle Studierenden für den gehobenen Polizeidienst an einem zweitägigen Seminar in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora teil. Das Bildungsprojekt sensibilisiert für Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in der Gegenwart durch die intensive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Seitens der Fachhochschule wie auch der Stiftung besteht großes Interesse an einem weiteren qualitativen und

quantitativen Ausbau der Kooperation. Am 21. Juni 2021 wurde das Projekt Ministerpräsident Ramelow in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora vorgestellt. Auch aus anderen Bundesländern, vor allem aus Sachsen, gibt es wachsendes Interesse an entsprechenden Programmen in den Gedenkstätten der Stiftung.

Das seit 2020 aus Mitteln der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) finanzierte Exzellenzprojekt „Gesellschaftliche Normierung von sozialer Abweichung und sozio-ökonomische Verwertbarkeit – historisch und aktuell. Ein Projekt zu den Themen Wert und Wertigkeit des Menschen in Leistungsgesellschaften“ entwickelt in enger Abstimmung mit Menschen mit Lernschwierigkeiten spezifische Angebote für diese Zielgruppe.

Pilotcharakter hat zudem die Entwicklung eines Audiowalks zur Einführung in die Gedenkstätte Buchenwald gemeinsam mit Geflüchteten. Im Zeitraum 1. Juli 2019 bis 30. Juni 2021 entstand dieses neue digitale Angebot im Rahmen des Projekts „Bildung in Buchenwald: Gemeinsam gestalten“ in Kooperation mit Arbeit & Leben Thüringen und gefördert von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) im Rahmen des Förderprogramms Migration und Erinnerungskultur.

### *Jahrestage der Befreiung der KZ Buchenwald und Mittelbau-Dora*

Für den 75. Jahrestag der Befreiung im April 2020 hatte die Stiftung eine Vielzahl öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten vorbereitet. Mitte März mussten pandemiebedingt sämtliche Veranstaltungen abgesagt werden. Unter den dramatisch veränderten Bedingungen wurde die Thüringer Erklärung „Historische Verantwortung wahren – Demokratie und Menschenrechte verteidigen“ – eine Initiative der Repräsentanten der höchsten Verfassungsorgane des Freistaats Thüringen und der Stiftung in Verbindung mit Überlebenden – zum Herzstück des Gedenkens. Die Erklärung wurde am historischen Tag der Befreiung der KZ Buchenwald und Mittelbau-Dora – dem 11. April 2020 – bundesweit in Tageszeitungen sowie auf der Website [www.thueringer-erklaerung.de](http://www.thueringer-erklaerung.de) zusammen mit allen Reden, die zum Jahrestag nicht in situ gehalten werden konnten, publiziert. Die Unterzeichnenden – bis Ende Mai 2020 waren das über 12.000 Menschen – setzten ein deutliches Zeichen für eine demokratische und solidarische Zukunft, in der Hass, Rassismus und autoritäre Politik keinen Platz haben.

Für den 76. Jahrestag der Befreiung hat die Stiftung von vornherein weitgehend digitale Angebote und Formate geplant. So konnten Livestreams auf Deutsch, Englisch, Hebräisch, Französisch, Polnisch und Russisch der zentralen Veranstaltungen am 11. und 12. April 2021 realisiert werden. Diese waren in enger Abstimmung mit den Protokollen von Bundespräsidialamt, Thüringer Staatskanzlei und Thüringer Landtag sowie mit den zuständigen Gesundheitsämtern pandemiekonform auch unter den Bedingungen hoher Inzidenzen im April 2021 in Thüringen möglich. Der MDR und andere Medien übernahmen die Livestreams für ihre Online-Plattformen bzw. sendeten eigene TV-Berichte über die Veranstaltungen. Am Gedenken im Deutschen Nationaltheater (DNT) Weimar sowie an den Kranzniederlegungen in den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora konnte über die jeweiligen Akteurinnen und Akteure hinaus nur ein ganz kleiner Kreis von Gästen sowie Medienvertreterinnen und Medienvertreter unmittelbar teilnehmen. Hauptredner vor Ort waren Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsident Bodo Ramelow, Landtagspräsidentin Birgit Keller, Statements gaben zudem Ministerpräsidentin a. D. Christine Lieberknecht als Stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und Katharina Friedek, Vorsitzende von Jugend für Dora e. V. Vorab aufgezeichnete Beiträge der Überlebenden Éva Fahidi-Pusztai, Naftali Fürst und Alex Hacker sowie des Präsidenten des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD), Dominique Durand, wurden digital eingespielt.

Mit der als Wanderausstellung konzipierten Outdoor-Ausstellung „Haut, Stein“ setzte die Stiftung gemeinsam mit dem Fotografen Jakob Ganslmeier und EXIT-Deutschland einen weiteren

inhaltlichen Akzent. Die Ausstellung rückt den Umgang mit nationalsozialistischen Symbolen bis heute in den Blick. Sie war vom 8. April bis zum 16. Mai auf dem Stéphane-Hessel-Platz in Weimar, und vom 20. Mai bis zum 20. Juni 2021 auf dem Nikolaiplatz vor der Stadtbibliothek in Nordhausen zu sehen. Weitere Stationen sind in Planung. Die Online-Ausstellung „Jugend im KZ. Buchenwald und Mittelbau-Dora“ wurde im Wintersemester 2020/21 unter Leitung des Stiftungsdirektors und in Kooperation mit der Stiftung von Studierenden der FSU Jena erarbeitet und zum 76. Jahrestag freigeschaltet.

Darüber hinaus bündelte als zentrale, deutsch- und englischsprachige Onlinerepräsentanz für den 76. Jahrestag der Befreiung ([liberation.buchenwald.de](http://liberation.buchenwald.de) / [liberation.dora.de](http://liberation.dora.de)) alle Angebote, Streams und Informationen. Bereits seit dem 1. Januar 2021 online, lieferte die Website unter dem #otd1945 (on this day 1945) auch kurze, illustrierte und insbesondere sehr gut für die Verbreitung in digitalen Medien wie Twitter und Facebook geeignete Beiträge zu den Geschehnissen in den KZ Buchenwald und Mittelbau-Dora vor 76 Jahren. Die Beiträge wurden vielfach geteilt und kommentiert, u. a. Die Zeit, Süddeutsche Zeitung und Haaretz berichteten in Artikeln über den Blog.

### *Erinnerung an das sowjetische Speziallager Buchenwald*

Aus Anlass der Jahrestage der Einrichtung des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 1945, seiner Auflösung 1950 und des Beginns der Aufarbeitung seiner Geschichte 1990 fanden am 19. September 2020 und am 18. September 2021 Gedenkveranstaltungen sowie Buchenwaldtreffen der Initiativgruppe Buchenwald 1945 – 50 e. V. mit ehemaligen Internierten und Angehörigen statt. Im zweiten Jahr der Pandemie konnte auch wieder ein öffentliches Begleitprogramm realisiert werden. Dieses umfasste u. a. einen digitalen Workshop für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Kooperation mit dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) sowie einen thematischen Stadtrundgang zu Spuren der sowjetischen Besatzungszeit in Weimar 1945-1950.

### **Angebote für die Schulen durch das TMBJS und das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien**

Gemäß Bildungs- und Erziehungsauftrag (§ 2 ThürSchuG) unterstützte das TMBJS mit finanziellen Projektmitteln Thüringer Schulen bei Vorhaben am Lernort Schule und bei Projekten in außerschulischen Lernorten, wie Gedenkstätten und Erinnerungsorten beider Diktaturen des 20. Jahrhunderts.

Trotz der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie (u. a. Distanzunterricht, Schulschließungen) führten Thüringer Schulen Projekte zur Stärkung der Demokratiebildung von 2020 bis 2021 durch. Hierbei wurden Kompetenzen bei Schülerinnen und Schüler zur Partizipationsfähigkeit, Empathie, Konflikt- und Dialogfähigkeit sowie Anerkennung von Vielfalt und Gleichwertigkeit sowie zum Verantwortungsbewusstsein und Vertrauen in die demokratische Gesellschaft vermittelt und gestärkt.

Im Rahmen des Themenjahres „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ beteiligten sich Thüringer Schulen mit Unterstützung des TMBJS an folgenden Projekten:

- Anne Frank Tag – Aktionstag gegen Antisemitismus und Rassismus (2020: 5 Schulen, 2021: 25 Schulen),
- Shpil tsuzamen. Projekt zur Stärkung von Mitmenschlichkeit (2021: 9 Schulen),
- Leo Trepp Schülerpreis (2021: 12 Schulen),
- Schulprojekte zum jüdischen Leben in Thüringen (2021: 6 Schulen),
- Projekte in Thüringer außerschulischen Lernorten und Gedenkstätten für die Opfer beider Diktaturen im 20. Jahrhundert (2020: 50 Schulen, 2021: 60 Schulen),

- Gedenkstättenfahrten zur Orten der nationalsozialistischen Vernichtung im heutigen Polen (2020: Fahrten/Projekte von 4 Schulen mussten pandemiebedingt abgesagt werden, 2021: 9 Fahrten/Projekte von Schulen, 2 Fahrten mussten pandemiebedingt abgesagt werden),
- Lernwerkstatt Demokratie Thüringen (2020: pandemiebedingt ausgefallen, 2021: 12 Schulen, digitale Veranstaltung),
- Netzwerktreffen Demokratie und Schule in Thüringen (2020: 11 Schulen, Hybrid-Veranstaltung, 2021: 11 Schulen, Online-Veranstaltung).

Insgesamt beteiligten sich in 2020 und 2021 in Thüringen 212 allgemein bildende weiterführende Schulen an Projekten zur Stärkung der Demokratiebildung und zum historisch-politischen Lernen, die Lehrplan entsprechend von 400 Lehrkräften unterrichtsvertiefend im gesellschaftswissenschaftlichen Lernfeld verantwortet wurden.

Die Angebote des ThILLM beziehen sich auf die Qualifizierung von Pädagoginnen und Pädagogen der Thüringer Schulen. Bis auf einzelne Präsenzveranstaltungen wurden die Veranstaltungen überwiegend im Online-Format angeboten. Folgende Themen wurden in Veranstaltungen mit Bezug zum Thema Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Kalenderjahr 2020 für alle Pädagoginnen und Pädagogen der Thüringer Schulen angeboten. Dazu gehörten „VORSICHT vor dem Vorurteil“, „Diskriminierung erkennen – Vom Umgang mit Vielfalt und Wertschätzung in der Schule“, „Vielfalt ist Klasse! Sprachliche und kulturelle Vielfalt in der Schule gestalten“, „Grundlagen der Demokratiepädagogik“, „Prima Klima in der Schule – Gewaltfreie Kommunikation“ sowie „Neue Rechte? Identitäre, Reichsbürger oder der III. Weg? Herausforderungen des Rechtsextremismus und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Schule“.

Im Rahmen der Berufseingangsphase wurden nachfolgende Themen in Veranstaltungen mit Bezug zum Thema Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit vorgehalten, bspw. „Fremd oder vertraut? Kultursensible Elternarbeit“, „Zusammenkommen ist ein Beginn. Zusammenleben ist ein Fortschritt. Zusammenarbeiten ist ein Erfolg. - Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache“, „Es ist normal, verschieden zu sein“ und „Wie lässt sich Unterricht inklusionsorientiert gestalten?“. Mit "Ask me anything." gestaltete das Thillm ein neues online-Sprechstundenformat zum Thema Rechtsextremismus in der Schule.

Das ThILLM entwickelte 2020 in Kooperation mit „Perspektivwechsel - Praxisstelle Thüringen“ des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment (ZWST) die Fortbildungsreihe DIVERSITÄTSORIENTIERUNG IN DER SCHULE - Diversity Training für Pädagog\*innen aller Schularten, die in 2021 online stattfand.

Im Handlungsfeld Sensibilisierung, Bildung und Qualifizierung sind über das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit hinaus die Kurse aus dem „Qualifizierungskonzept inklusive Bildung“ des ThILLM zu benennen, bspw. der Basiskurs "Reduzieren von Verhaltensstörungen - Unterstützen erwünschter Verhaltensweisen", der Kurs „Führung von Kommunikation und Kooperation im multiprofessionellen Team“ sowie der Basiskurs "Didaktik und Unterrichtsentwicklung in heterogenen Lerngruppen".

Beraterinnen und Berater für Schulentwicklung aus dem Unterstützungssystem des ThILLM standen auch in 2020 für schulinterne Fortbildung entsprechend der aktuellen schulischen Bedarfe auf Anforderung themenspezifisch und prozessbegleitend, auf die Einzelschule angepasst, zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit konnten entsprechende Angebote direkt durch die Einzelschule zur schulinternen Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen abgerufen werden. Eine Anerkennung der Angebote des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit durch das ThILLM lag vor.

Folgende Themen wurden in Veranstaltungen mit Bezug zum Thema Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Kalenderjahr 2021 für alle Pädagoginnen und Pädagogen Thüringer Schulen angeboten. Dazu gehörte die Online- Fortbildungsreihe Diversitätsorientierung in der Schule in 2021 mit Perspektivwechsel - Praxisstelle Thüringen / Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment ZWST e. V. in Zusammenarbeit mit dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Die Fortbildungsreihe bot die Möglichkeit, sich mit Diversität und diskriminierungskritischen Strategien intensiv und praxisnah auseinanderzusetzen. Zentrale Schwerpunkte waren dabei die Etablierung eines diversitätsorientierten, diskriminierungssensiblen und bestärkenden Lern- und Lebensumfeldes für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unabhängig von Religion, Herkunft, ökonomischen Ressourcen, psychischer und körperlicher Verfassung, Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung. Die Fortbildungsreihe richtete sich an Pädagoginnen und Pädagogen aller Schularten und dem Grundschulhort, gab Raum für kollegialen Austausch, Praxisanalyse, individuelle Reflexionsprozesse, spiegelte den aktuellen Stand der Forschung und Praxis zu Diskriminierungskritik und diversitätsorientierter Bildung und Erziehung und begleitete bei der Entwicklung von tragfähigen Handlungskonzepten und Antidiskriminierungsstrategien für die pädagogische Arbeit in der Schule. Die Fortbildung enthielt die Modulschwerpunkte „Was ist Diversität? Dimensionen von Diversität im schulischen Kontext“, „Was ist Diskriminierung? Mechanismen, Funktionen, Umgangsstrategien“, „Ungleichheitsverhältnisse sowie gruppenbezogene Abwertung, u. a. am Beispiel des Themenkomplexes Flucht und Asyl“, „Hass- und Strukturphänomene am Beispiel von aktuellem Antisemitismus“ und „Leitfaden für Diversitätsorientierung im schulischen Kontext, Prävention“. Die Fortbildungsreihe bestand aus 5 zweitägigen Modulen und beinhaltete Coaching- und Supervisionsanteile.

Ein weiterer Schwerpunkt waren Online-Veranstaltungen und eine offene Veranstaltungsreihe zu „Lernen durch Engagement“. Lehrkräfte aller Schularten erhielten grundsätzliche Einblicke in die Lehr- und Lernmethode Service-Learning/Lernen durch Engagement (LdE). Ziel der offenen Fortbildungsreihe war es, schulartübergreifend in den Austausch zu kommen, um über unterrichtsgebundene oder projektbezogene praktische Anknüpfungsformen in der jeweiligen Schule zu sprechen. Das Angebot war offen für alle Unterrichtsfächer und alle Schularten.

Folgende Themen wurden in Einzelveranstaltungen mit Bezug zum Thema Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Kalenderjahr 2021 für alle Pädagoginnen und Pädagogen der Thüringer Schulen angeboten, bspw. „Hate Speech“ und "Fake News" versus Fakten und kritische Medienbildung, "Ist Jude ein Schimpfwort?" Sensibilisierung für Antisemitismus in der Schule, „Come in! - Sexuelle Vielfalt als Teil des Schulalltags“, „Kein Ort extrem rechter Erlebniswelten“, „Fremder Glaube oder glaubensfremd? - Eine Onlinefortbildung zum Islam und den Herausforderungen und Möglichkeiten in der Schule“, „Demokratie lernen durch erfolgreich gestaltete Schülervertretungsarbeit“ sowie das 3-teilige „DemokratieCamp-Erlebnispädagogik als Methode der Demokratiebildung“.

Zu den Angeboten im Rahmen der Berufseingangsphase gehörten auch in 2021 bereits benannte Themen in Veranstaltungen, bspw. „Fremd oder Vertraut? Kultursensible Elternarbeit“, „Zusammenkommen ist ein Beginn. Zusammenleben ist ein Fortschritt. Zusammenarbeiten ist ein Erfolg. - Förderung von Schüler\*innen nichtdeutscher Herkunftssprache“, „Es ist normal, verschieden zu sein.“, „Mobbing im schulischen Kontext erfolgreich begegnen: „NO – BLAME – Approach“, „Inklusionsorientierter Fachunterricht“, „Umgang mit Fake News und Hate Speech“, „Fachunterricht im Kontext von Digitalisierung“ sowie „Individuelle Förderung heterogener Lerngruppen“. Mit "Ask me anything" führte das Thillm das online-Sprechstundenformat zum Thema Rechtsextremismus in der Schule fort. Im Handlungsfeld Sensibilisierung, Bildung und Qualifizierung sind über das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit hinaus die Kurse aus dem „Qualifizierungskonzept inklusive Bildung“ des ThILLM auch in 2021

zu benennen, bspw. der Basiskurs "Didaktik und Unterrichtsentwicklung in heterogenen Lerngruppen". Beraterinnen und Berater für Schulentwicklung aus dem Unterstützungssystem des ThILLM standen auch in 2021 für schulinterne Fortbildung entsprechend aktuellen schulischen Bedarfen auf Anforderung themenspezifisch und prozessbegleitend, auf die Einzelschule angepasst, zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurden Fortbildungsangebote für Thüringer Schulen vorgehalten bzw. konnten direkt über die Einzelschule bei DenkBunt abgerufen werden.

## **Erwachsenenbildung**

Ziel ist die Stärkung der politischen und historisch-politischen Bildung von Erwachsenen durch die Entwicklung neuer Ansätze u. a. für die Schulung und Sensibilisierung von Multiplikatoren. Im Einvernehmen mit dem Landeskuratorium für Erwachsenenbildung wurde deshalb als Themenschwerpunkt nach § 15 Förderung von Bildungsprojekten von besonderem öffentlichem Interesse des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes (ThürEBG) in den Jahren 2020/2021 die „Politisch-gesellschaftliche Bildung“ gefördert, was durch eine finanzielle Unterstützung durch die Landeszentrale für politische Bildung ergänzt wurde. Die Grundförderung nach §12 ThürEBG trug zur infrastrukturellen Absicherung der Projekte bei.

Aufgrund der Corona Pandemie konnten die Projekte im Rahmen des Themenschwerpunktes „Politisch-gesellschaftliche Bildung“ nur eingeschränkt umgesetzt werden. Ein weiteres Ziel ist die kontinuierliche Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals sowie der Mitarbeitenden der anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen in den Themenfeldern des Landesprogramms. Die anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen gewährleisten, dass die Qualität ihrer Bildungsarbeit durch die Fortbildung des Personals gesichert und ständig verbessert wird. Die Themenfelder des Landesprogramms werden dabei berücksichtigt.

Weiterhin ist die Stärkung der politischen und historisch-politischen Bildung von Erwachsenen im Fokus. Dies erfolgt z. B. durch ein vielfältiges Angebot an Seminaren und Kursen bzw. Weiterbildungen im Rahmen der Anerkennung von Angeboten zur gesellschaftspolitischen Bildung im Rahmen des Thüringer Bildungsfreistellungsgesetzes (ThürBfG).

In den Sitzungen des Landeskuratoriums für Erwachsenenbildung wird kontinuierlich über den Stand des Förderprogramms berichtet. Es ist eine rege Teilnahme von Vertretern der Erwachsenenbildung im Programmbeirat und an den Ausschreibungen zu verzeichnen.

Seit Dezember 2019 ist eine bis 31. Dezember 2022 befristete Richtlinie zur Förderung der Inklusion in der Erwachsenenbildung in Kraft, welche investive Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit ermöglicht. Auf dieser Basis wird inklusives und gemeinsames Lernen weiter unterstützt.

Ziel einer seit dem 24. Mai 2021 in Kraft getretenen Richtlinie zur Förderung der politischen Bildung in der Erwachsenenbildung ist es, die anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung im Bereich politische Bildung strukturell zu unterstützen. Dadurch sollen zusätzliche thematische Erwachsenenbildungsangebote für die breite Bevölkerung zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen und Entwicklungen geschaffen werden.

## **Aus- und Fortbildungsangebote der Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei**

Die Durchführung der Seminare erfolgte stets mit Überschreitung der Maximalteilnehmerzahl, sodass davon ausgegangen werden kann, dass ein hoher Bedarf in der Thüringer Polizei herrscht. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Seminare

- Reichsbürger

- Zwischen Legalität und Legitimität – Polizeiliche Arbeit in Demokratie und Diktatur
- Freund – Helfer – Mörder? – Polizeiliches Handeln zur Zeit des Nationalsozialismus am Beispiel des KZ Mittelbau Dora

Die beiden letztgenannten Seminare wurden mit Unterstützung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora durchgeführt.

Im Rahmen des Ausbildungsmoduls „Polizei und Gesellschaft“ fand in der Vergangenheit wiederholt eine Kooperation mit dem Verein „MOBIT e. V.“ statt. Im Rahmen von Tagesveranstaltungen wurde jeweils klassenweise die Vermittlung von folgenden Inhalten angestrebt: „Der Demokratie verpflichtet – Rechtsextremismus in Thür. / Zeichensprache / Rechtsrock / Reichsbürger“.

Die Durchführung der Formate übernahmen Vereinsmitglieder von MOBIT e. V., die von Modultrainern des Bildungszentrums der Thüringer Polizei begleitet wurden. Bezüglich der Reichweite dieser Kooperation kann angemerkt werden, dass jede Klasse des entsprechenden PAL dieses Ausbildungsformat durchlief. Die Mitglieder von MOBIT e. V. verfügen über eine große fachliche Expertise und vermittelten den Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern fundierte Kenntnisse zur rechtsextremistischen Szene und deren Netzwerken in Thüringen. Wissensbestände die als durchaus sinnvoll für zukünftige Polizistinnen und Polizisten in ihrem dienstlichen Agieren einzuschätzen sind. Die Resonanz auf die durchgeführten Formate fiel seitens der begleitenden Trainer letztlich unterschiedlich aus. Zum einen wurde die Kritik am polizeilichen Handeln seitens der externen Referenten als unangemessen und übertrieben, zum anderen als hilfreicher Bestandteil einer gelebten Fehlerkultur wahrgenommen. Die Kooperation der Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei mit in Teilen auch polizeikritischen zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglicht einen Perspektivwechsel, der in seinem Ergebnis den Blick auf das eigene polizeiliche Handeln schärfen kann. Eine Fortführung dieser Kooperation befindet sich in Prüfung.

Angestoßen durch die Großteils positive Resonanz auf die Kooperation mit MOBIT e. V. im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit befinden sich für das Modul „Polizei und Gesellschaft“ weitere Kooperationen in Planung. Im Zuge der Ausbildung des PAL 48 sind bereits erste Kontakte zum „DGB Bildungswerk Thüringen“, „toolpool Erfurt“ sowie zum „Violence Prevention Network“ hergestellt und erste mündliche Zusagen zu Kooperationen getätigt. Inhaltlich werden voraussichtlich folgende Themenfelder in die Ausbildung aufgenommen: Argumentationstraining gegen diskriminierende Äußerungen; Ich habe Sie nicht verstanden. Basiswissen für gelingende interkulturelle Verständigung; Religiös oder extremistisch? Handlungssicherheit im Umgang mit Radikalisierung.

Im Bereich TSK wurde ohne die Beteiligung externer Akteure die Implementierung von achtstündigen Thementagen zu den Inhalten Toleranz und Weltoffenheit im Rahmen der Vermittlung Interkultureller Kompetenz vorgenommen. Bis zur coronabedingten Aussetzung der Formate erreichten diese die Hälfte des PAL 45.

### **Fortbildungsangebote an der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule**

Das Projekt „Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen“ des Thüringer Feuerwehverbandes wird sowohl durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ als auch durch das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ gefördert. Im Rahmen dieses Projektes wurden u. a. auch je eine Unterrichtseinheit für den Lehrgang „Leiter einer Feuerwehr“ und den „Laufbahnlehrgang für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst“ an der TLFKS etabliert. Hierdurch werden zukünftige Führungskräfte in diesem

Bereich sensibilisiert. Nach der Veröffentlichung der Broschüre „GEISTIGE BRANDSTIFTER - NICHT IN UNSEREN REIHEN!“ im Jahr 2019 wurde diese auch in den Jahren 2020 und 2021 aktiv beworben und verbreitet. Mit der Broschüre werden Bürger für das Erkennen von Rechtsextremismus sensibilisiert. Dabei wird auf die besonderen Voraussetzungen innerhalb der Feuerwehren eingegangen und verdeutlicht, dass die Feuerwehren „die Demokratie stärken sowie dem Extremismus konsequent entgegentreten“ (Zitat aus dem Vorwort der Broschüre).

## **Justizverwaltung**

Die Bediensteten und Anwärter in den Thüringer Justizvollzugsanstalten, der Jugendstrafanstalt und der Jugendarrestanstalt werden nach wie vor in den Bereichen Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit aus- und fortgebildet. So enthielt das Fortbildungsprogramm des Justizvollzugs in den Jahren 2020 und 2021 eine Vielzahl von Veranstaltungen zu diesen Themen. Auch in der zweijährigen Ausbildungszeit der Anwärter für den mittleren Dienst sind diese Themen Inhalt des fachtheoretischen Unterrichtes.

Durch die gesetzliche Neuregelung des Thüringer Richter- und Staatsanwältengesetz sind Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte nunmehr zur dienstlichen Weiterbildung verpflichtet. Das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz fördert die dienstliche Fortbildung durch geeignete Maßnahmen.

Durch die Stärkung personeller Ressourcen bei den Richtern und Richterinnen sowie Staatsanwälten und Staatsanwältinnen wird gewährleistet, dass Straftaten zum Nachteil von Menschen mit Migrationshintergrund zügig ermittelt werden können und eine Ahndung zeitnah erreicht werden kann. Zudem werden im Haushalt regelmäßig Mittel für entsprechende Maßnahmen und Vorhaben bereitgestellt.

Neben den von den Bediensteten der Thüringer Justiz sehr gut angenommenen Fortbildungen im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, werden für die Bediensteten der Gerichte und Staatsanwaltschaften regelmäßig eine Vielzahl von Fortbildungen zu dem Themenkomplex angeboten und durchgeführt. Derartige Fortbildungen sind insbesondere für die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sozialen Dienste unerlässlich.

Soweit sich das Angebot an Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten richtet, wird in den Planungen der Deutschen Richterakademie, einer von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Fortbildungseinrichtung, darauf geachtet, dass auch für diesen Personenkreis jährlich eine Vielzahl von themenbezogenen Fortbildungsveranstaltungen angeboten wird. Die Teilnahme an den einwöchigen Tagungen steht Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aller Bundesländer offen. Diese Fortbildungsveranstaltungen führen, entsprechend der jeweiligen Konzeption, dazu, dass das themenspezifische Wissen erweitert und vertieft wird. Sie tragen aber auch nicht unerheblich zu einem länderübergreifenden Erfahrungsaustausch bei. Zum Teil handelt es sich um interdisziplinäre Veranstaltungen für verschiedene Laufbahnen und Funktionsgruppen, die auf ein gemeinsames zielgerichtetes Handeln abgestimmt sind. Zu diesen Themen werden an der Deutschen Richterakademie regelmäßig die Tagungen „Rechtsradikalismus und Neonazismus – Kontinuitäten und aktuelle Tendenzen“, „Politischer Extremismus – Herausforderung für Gesellschaft und Justiz“, „Justiz und Islam“, „Salafismus“, „Justiz und Judentum“ und „Rassismus – Eine Herausforderung für die Justiz“ angeboten.

Im Rahmen der Zentralen Fortbildung Thüringen fand in Kooperation mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung die Tagung „Rassistische und sonst menschenverachtende Tatmotivation erkennen und verfolgen“ statt. In Zusammenarbeit dem Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt findet am 10.10.2022 in Halle (Saale) die Tagung „Gewalt, Terror und Amok: Eine interdisziplinäre Betrachtung“ statt.

Darüber hinaus wurden in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Buchenwald und in Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, MOBIT e. V. und dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „Denk bunt“ im Jahr 2021 die Fachtagungen „Sprache, Hass und Terrorismus – Das Internet als Aktions- und Radikalisierungsplattform der extremen Rechten“ und „Die Justiz und der Umgang mit extrem rechten Straftaten: Eine Gefahr für den Rechtsstaat“ jeweils online angeboten. In diesem Jahr fand die Fachtagung „Polizei und Justiz im Kontext der Corona-Pandemie“ in der Jugendbegegnungsstätte der Gedenkstätte Buchenwald statt.

## **Justizvollzug**

Der Thüringer Justizvollzug beteiligt sich an einem Modellprojekt zum Themenfeld Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zielgruppen des seit dem Jahr 2017 laufenden Programms sind Jugendliche, Heranwachsende sowie junge Erwachsene bis zur Vollendung des 26. Lebensjahres als Inhaftierte oder Probanden der Bewährungshilfe sowie die Bediensteten der Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste in der Justiz. Die Finanzierung des Projektes erfolgt zu 90 Prozent aus Fördermitteln des Bundes. Im Rahmen dieses Projektes werden die folgenden Maßnahmen gefördert:

- Workshops zur Stärkung demokratischer Haltungen und Überzeugungen für Inhaftierte, die im Strafvollzug erstmalig mit demokratiefeindlichen Ideologien in Berührung kommen könnten;
- Einzelberatungen im Phänomenbereich Rechtsextremismus für Inhaftierte und Probanden der Sozialen Dienste in der Justiz, die radikalisiert sind oder gefährdet sind, sich im Strafvollzug zu radikalieren, und bereits erste Radikalisierungstendenzen aufweisen;
- Projektbezogene Fortbildungsveranstaltungen für die Bediensteten der Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste in der Justiz;
- Einzelberatungen und Coaching von Justizsozialarbeitern in den Außenstellen der Sozialen Dienste in der Justiz zur Erkennung von radikalisierten bzw. von Radikalisierung bedrohten Probanden und zur inhaltlichen Arbeit mit diesen;
- Vorhaltung und Ausbau eines Beratungsangebots im Phänomenbereich islamistischer Extremismus für bereits radikalisierte Inhaftierte und Inhaftierte, die gefährdet sind, sich im Strafvollzug zu radikalieren, und bereits erste Radikalisierungstendenzen aufweisen.

Im Rahmen eines neuen Interessebekundungsverfahrens in der ersten Jahreshälfte 2021 wurde die Deutsche Soccer Liga e. V. unter drei Bewerbern als neuer Träger ausgewählt. Das Konzept der Deutschen Soccer Liga e. V. sieht eine niedrighschwellige Kontaktaufnahme mittels Sport und Bewegung vor, um so viele Gefangene zu erreichen und Interesse an Workshops zu schaffen. Es sollen motivierende, aktivierende und die Selbstwirksamkeit erlebende Methoden der Sportpädagogik als Zugang genutzt werden, um Wissensvermittlung im Bereich der politischen Bildung zu ermöglichen. Das Konzept ist auf jegliche Arten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ausgerichtet. Im Jahr 2022 fanden bis einschließlich August in den Justizvollzugsanstalten insgesamt 27 Seminare und 8 Fortbildungen für Bedienstete statt.

Bei den Seminaren lag der Schwerpunkt in der Jugendstrafanstalt Arnstadt. Weitere Seminare fanden in der Justizvollzugsanstalt Tonna und in der Justizvollzugsanstalt Hohenleuben statt. Derzeit ist ein Antrag auf Förderung für das Jahr 2023 in Arbeit. Eine Fortsetzung des Angebots wird für die maximale Projektlaufzeit bis Ende 2024 und gegebenenfalls bei einer Fortsetzung des Programms durch den Bund darüber hinaus angestrebt. Derzeit wird erwartet, dass der Bund die zugrundeliegende Förderrichtlinie erweitert, so dass auch Strafgefangene, die das 26. Lebensjahr überschritten haben, an den Maßnahmen teilnehmen können.

### **Gewaltschutzkonzept für die Erstaufnahmeeinrichtung**

Seit Dezember 2019 gibt es ein Gewaltschutzkonzept für die Erstaufnahmeeinrichtung des Freistaats Thüringen in Suhl „Für ein friedvolles und geordnetes Miteinander“. Alle Personen, die in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes beschäftigt sind, ob unmittelbar als Landesbedienstete oder mittelbar als Angehörige eines beauftragten Unternehmens oder einer beauftragten Institution, verpflichten sich, das Gewaltschutzkonzept zu respektieren und umzusetzen. Dies wird in einem Verhaltenskodex niedergelegt.

Zur Sensibilisierung der Beschäftigten gibt es ein Leitbild der Gesamtorganisation der Einrichtung, das von der Einrichtungsleitung mit Unterstützung der in der Einrichtung tätigen Akteure weiterentwickelt wird. Dieses Leitbild beinhaltet insbesondere das Bekenntnis zu den grundlegenden Menschenrechten, ungeachtet des sozialen Status, der Herkunft, der Volkszugehörigkeit, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexuellen Orientierung, des Alters, des Ehestatus, des Herkunftslandes, der politischen Einstellung sowie eventueller körperlicher oder geistiger Einschränkungen der einzelnen Person.

Das in der Einrichtung eingesetzte Personal soll durch geeignete Maßnahmen (Dienstberatungen, Fallbesprechungen, Belehrungen, Informations- und Fortbildungsangebote) vom jeweiligen Arbeitgeber für die Herausforderungen des Gewaltschutzes sensibilisiert werden, insbesondere was die folgenden Themenfelder anbelangt:

- Interkulturelle Sensibilität
- Umgang mit traumatisierten Personen,
- Deeskalationstraining,
- Erkennen besonderer Schutzbedürftigkeit und Realisierung derselben,
- Erkennen von Kindeswohlgefährdung,
- Maßnahmen der Opferprävention,
- Interventionsprozedere bei Auftreten von unterschiedlichen Gewaltformen,
- Allgemeine Verfahrensregeln für Notfälle,
- Externe Beratungseinrichtungen, Hilfesysteme und konkrete Ansprechpersonen (u. a. für LSBTTIQ\*-Personen, Liste der insoweit erfahrenen Fachkräfte des Kinderschutzes) sowie Internetadressen und Hilfetelefone.

### **Integration**

Über das Landesprogramm hinaus setzte das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) im Bereich der Integration folgende Maßnahmen um, welche die im Handlungsfeld beschriebene Sensibilisierungs- und Unterstützungsarbeit im Bereich der Bildungsarbeit verschiedener Zielgruppen befördern: Das TMMJV fördert über die Projektförderrichtlinie Integration Projekte zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung, von Vereinen, Unternehmen und weiteren Akteuren im interkulturellen Wirkungsfeld. Beispielhaft ist die Prozessbegleitung von interkulturellen Öffnungsprozessen von Behörden wie Stadtverwaltungen oder Landratsämtern zu nennen.

Zudem werden über die Projektförderrichtlinie Integration auch Qualifizierungen von Beraterinnen und Betreuern von Menschen mit Migrationshintergrund gefördert. Diese Maßnahmen sollen zur Verbesserung der Integration der Zielgruppe in Thüringen beitragen. Unter den geförderten Projekten sind zum Beispiel die Qualifizierungsmaßnahme „ThAMI - In Thüringen Anerkannte\*r Migrations- und Integrationsberater\*in“ des Trägers LOFT e. V. Mit der berufsbegleitenden Qualifizierung reagiert die anerkannte Erwachsenenbildung in Thüringen mit einem ganzheitlichen Angebot, welches Quereinsteigenden ermöglicht, ein Zertifikat für die hinreichende Qualifikation gemäß Thüringer Gemeinschaftsunterkunfts- und Sozialbetreuungsverordnung (ThürGUSVO) zu erwerben und so ihre Weiterbeschäftigung im Tätigkeitsfeld in Thüringen zu sichern. Ein weiteres Beispiel für ergänzende Projektmaßnahmen ist das thüringenweite Fortbildungsangebot „Vielfalt gestalten – Chancen ermöglichen“ der Theologischen Fakultät der FSU Jena. Der Zertifikatskurs ist auf das pädagogische Personal in Kitas und Schulen ausgerichtet und vermittelt Wissen zum Umgang mit Vielfalt in den Einrichtungen.

## **Nachhaltigkeit**

Die Bereiche Bildung, Sensibilisierung und Qualifizierung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen über alle Nachhaltigkeitsaspekte auf Basis von Demokratie und gesellschaftlicher Teilhabe durch das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz (TMUEN) gefördert und fortlaufend evaluiert sowie qualitativ weiterentwickelt.

Das TMUEN ist darüber hinaus für den gesamten Bereich der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) zuständig und fördert diese über eine Vielzahl an Programmen und Projekten. Über die Richtlinie Thüringer Programm zur Förderung schulbezogener Jahresprogramme der mit dem Thüringer Qualitätssiegel „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ zertifizierten Einrichtungen werden neben dem Verständnis für ökologische Zusammenhänge vor allem auch soziale Kompetenzen gefördert. Das Projekt „Jugendprojektfonds“ zielt auf die Vermittlung und Umsetzung aller SDGs (17 Sustainable Development Goals / 17 Globale Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen) in der Jugendverbands- und Jugendsozialarbeit ab. In Zusammenarbeit mit dem TMBJS, der Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU) sowie dem ThILLM werden über das Programm „Thüringer Nachhaltigkeitsschule – Umweltschule in Europa“ Nachhaltigkeitsprojekte aller Schulformen in Thüringen gefördert sowie inklusives, gemeinsames Lernen und Umsetzen von Projekten honoriert.

Das TMUEN ist zudem zwischengeschaltete Stelle (ESF) für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) in Thüringen. Alle Aspekte der Diversität und Inklusion finden bei der Durchführung des FÖJ Berücksichtigung und sind explizite Themen im Rahmen der pädagogischen Begleitung (Seminare) des FÖJ. Damit werden insbesondere junge Menschen nach Abschluss der Schulzeit in der Phase der Berufsorientierung über formale, nonformale und informelle Bildungsprozesse erreicht und für gleichberechtigte Teilhabe, Demokratie sowie sozial-ökologisches und interkulturelles Engagement sensibilisiert. Sie entwickeln in den Lern- und Erfahrungsräumen, die das FÖJ bietet, persönliche, berufliche und gesellschaftliche Kompetenzen.

## **4.2 Inklusive Sozialpolitik und Integration**

Die Herstellung einer tatsächlichen gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen ist das Ziel einer inklusiven Sozialpolitik. Sie berücksichtigt dabei insbesondere Gruppen mit besonderer Förderungsbedürftigkeit. Hierzu zählen etwa Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose, Migrantinnen und Migranten sowie Alleinerziehende. Um diese besser zu integrieren verweisen die verschiedenen Ressorts der Landesregierung auf nachfolgende Maßnahmen:

Das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF) ist verantwortlich für die Gesamtkoordination des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Am 30. März 2019 wurde die Version 2.0 vom Thüringer Landtag beschlossen. Um eine möglichst abgestimmte Realisierung der UN-Behindertenrechtskonvention innerhalb der Landesregierung zu gewährleisten, werden jährlich ein bis zwei Sitzungen der zuständigen Interministeriellen Arbeitsgruppe einberufen.

Das TMASGFF führt zudem jährlich eine Sachstandsabfrage zum Realisierungsstand der Einzelmaßnahmen des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durch. Hierdurch ist eine effektive Umsetzungskontrolle gewährleistet. Gemäß der letzten Sachstandsabfrage vom September 2021 wurden durch die jeweils zuständigen Ressorts für die 141 Einzelmaßnahmen folgende Umsetzungsstände angegeben:

- Realisierung abgeschlossen für 17,7 % der Maßnahmen
- Realisierung läuft für 28,4 % der Maßnahmen
- Realisierung als Daueraufgabe läuft für 32,6 % der Maßnahmen
- Realisierung nicht begonnen für 12,8 % der Maßnahmen
- Realisierung nicht vorgesehen für 7,1 % der Maßnahmen
- Fehlmeldung für 1,4 % der Maßnahmen

In Folge der intensiven Einbeziehung der Zivilgesellschaft und insbesondere von Menschen mit Behinderungen selbst in den kontinuierlichen Realisierungs- und Fortschreibungsprozess des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die regelmäßigen Tagungen von neun thematisch gegliederten Arbeitsgruppen wird den Zielen der Transparenz und Partizipation umfassend Rechnung getragen. Unter Berücksichtigung der Einschränkungen der Corona-Pandemie konnte der Beteiligungsprozess in den vergangenen zwei Jahren nicht im gewünschten Umfang erfolgen. Ab 2022 ist jedoch eine Reaktivierung und Intensivierung vorgesehen.

Zur Realisierung von Einzelmaßnahmen des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention konnte das TMASGFF im Haushaltsjahr 2020 einmalig 150.000 Euro an die Ressorts zur Verfügung stellen. Flankiert werden diese Haushaltsmittel über den seit 2018 bestehenden Haushaltstitel zum Abbau von Kommunikationsbarrieren, der mit einem Haushaltsansatz von jährlich über 500.000 Euro ebenfalls für die Ressorts der Landesregierung offensteht. Durch diese finanziellen Mittel ist die Umsetzung konkreter Vorhaben im Sinne einer Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen möglich.

Gesellschaftliche Teilhabe vollzieht sich in einem hohen Maße durch die Möglichkeit, einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Menschen pflegen hierdurch regelmäßige Kontakte, kommen mit neuen Ideen und Personen in Berührung und können auf diese Weise eigene Vorurteile überwinden. Die Landesregierung unterstützt zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die darauf abzielen, Menschen teilhaben und somit auch die eigene Erfahrung machen zu lassen, dass sie nicht in Verteilungskonkurrenz zu anderen Bevölkerungsgruppen, etwa Migrantinnen und Migranten, stehen. Zu nennen sind hierbei z.B. das „Landesprogramm Arbeit für Thüringen“ oder die Richtlinie „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit in Thüringen“.

### **Landesprogramm Arbeit für Thüringen**

Zweck der Richtlinie „Landesprogramm Arbeit für Thüringen“ ist die Entwicklung, Erprobung und Durchführung von Konzepten zur Beschäftigungsförderung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Zielgruppen (vorwiegend Migrantinnen und Migranten). Ziel hierbei ist die Verbesserung der

Insgesamt wurden Fördergelder in Höhe von 13,9 Mio. Euro eingesetzt.

beruflichen Integrationsmöglichkeiten und die Schaffung von Anreizen für eine längerfristige Beschäftigung bzw. die Nachhaltigkeit nach erfolgter Vermittlung. So wurden im Zeitraum 2020 – 2021 80 Projekte zur beruflichen Integration durchgeführt. Auf die individuellen Problemlagen der Teilnehmenden wurde vorwiegend mit einem Case-Management-Ansatz reagiert und eine Brücke zum Arbeitsmarkt aufgebaut. Insgesamt konnten im Berichtszeitraum trotz der schwierigen Rahmenbedingungen im Zuge der Pandemie 814 Menschen in Beschäftigung und 243 in Ausbildung vermittelt werden. Bei weiteren 575 Teilnehmende konnte eine Anbahnung der Beschäftigungsaufnahme erreicht werden.

Zum Landesprogramm gehören im Berichtszeitraum ebenfalls 10 laufende Lohnkostenzuschüsse für voll erwerbsgeminderte Personen sowie die Kofinanzierung von 6 Bundesprojekten zur beruflichen Integration von benachteiligten Zielgruppen.

### **Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit in Thüringen**

Zweck der Richtlinie „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit in Thüringen“ ist die Stärkung der sozialen Teilhabe durch gemeinwohlorientierte Arbeit für langzeitarbeitslose Personen im Leistungsbezug nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) oder arbeitslose Personen im Langzeitleistungsbezug nach dem SGB II mit besonderem Unterstützungsbedarf. Bei der Umsetzung öffentlich geförderter Beschäftigung nach dem SGB II ist neben den Voraussetzungen der Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit im besonderen Maße zu beachten, dass keine Wettbewerbsverzerrungen am Markt zugelassen werden.

Im Berichtszeitraum 2020/2021 wurden insgesamt Fördergelder in Höhe von 12,9 Mio. Euro eingesetzt.

Im Berichtszeitraum 2020 – 2021 wurden 597 Projekte zur öffentlich geförderten Beschäftigung durchgeführt. Damit wurden 1.067 langzeitarbeitslose Personen im Jahr 2020 und 923 langzeitarbeitslose Personen im Jahr 2021 durch die Bereitstellung einer öffentlich geförderten Beschäftigung eine Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe ermöglicht.

### **Landesprogramm „Start Bildung“**

Im Rahmen der Richtlinie zur Förderung der Integration in der Erwachsenenbildung (TMBJS), wird nach §14 Absatz 5 Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz (ThürEBG) das Landesprogramm „Start Bildung“ umgesetzt. Mit diesem erhalten junge zugewanderte Erwachsene im Alter zwischen 18 und 35 Jahren die Möglichkeit, der nachholenden schulischen Bildung und damit die Voraussetzungen für den Zugang zu berufsvorbereitenden Maßnahmen, zum Nachholen eines Schulabschlusses, der Aufnahme einer dualen Ausbildung oder dem Zugang zum Arbeitsmarkt. Zudem werden entsprechend des verbindlichen Konzeptes im Lernbereich „Politische und gesellschaftliche Bildung“ auch Kenntnisse über die Funktionsweise der demokratischen Gesellschaft vermittelt und Möglichkeiten der Partizipation aufgezeigt. In den Jahren 2020 und 2021 fanden in 11 Regionen Thüringens insgesamt 31 Kurse mit 397 Teilnehmenden statt. Gerade während der pandemiebedingten Schließzeiten der Bildungseinrichtungen stellte die sozialpädagogische Betreuung über Telefongespräche und persönliche Sprechzeiten den Kontakt zu zahlreichen Teilnehmenden sicher, wodurch Ängste, Sorgen und Unsicherheiten bezüglich der Pandemie thematisiert und weiterhin ein gewisses Maß an sozialer Teilhabe aufrechterhalten werden konnte. 196 Teilnehmende beendeten erfolgreich das Programm.

Neben den Start-Bildung Projekten werden im Rahmen der Richtlinie zur Förderung der Integration in der Erwachsenenbildung auch Integrationsprojekte, die nicht auf Abschlusserwerb

orientiert sind, durch das TMBJS gefördert. Sie dienen ebenfalls zielgruppenorientiert oder regional der Sozialintegration.

### **Landesprogramm „Start Deutsch“**

Mit dem Landesprogramm Start Deutsch wird die Förderlücke im Sprachangebot für Personen ohne Zugang zum Integrationskurs geschlossen. Grundlage des Landesprogramms ist eine Projektförderung durch das TMMJV auf Basis der Projektförderrichtlinie Integration. Durchführender Träger ist der Thüringer Volkshochschulverband e. V. Es werden Themen wie Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Deutsch als Zweitsprache (DaZ) - Unterricht in allen Modulen (A1, A2, B1 und Alpha) entsprechend dem jeweiligen Sprachniveau und angelehnt an das BAMF Konzept für den Integrationskurs behandelt. Im Jahr 2020 waren es 1.316 Teilnehmende und im Jahr 2021 - 1.060 Teilnehmende, die am Landesprogramm Start Deutsch teilgenommen haben.

### **Mobilität**

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger, die Voraussetzung für eine moderne, arbeitsteilige Gesellschaft und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie sichert Beschäftigung und wirtschaftlichen Erfolg und sie ermöglicht Chancengleichheit. Die Thüringer Verkehrspolitik richtet sich an alle Menschen und zielt dabei auf eine leistungsfähige, soziale und nachhaltige Mobilität.

In einer bedarfsgerechten Infrastruktur unter der Maßgabe Erhalt vor Neubau, dem Ausbau von Rad- und Fußwegen und der Schwerpunktsetzung auf ein attraktives und angemessenes ÖPNV-Angebot sowie einem starken Umweltverbund sieht der Freistaat Thüringen die Zukunft der Verkehrspolitik. Vor allem dem ÖPNV kommt dabei eine Schlüsselposition zu. Themen wie Barrierefreiheit, Sicherheit und altersgerechte Benutzerfreundlichkeit werden künftig noch stärker in den Fokus rücken. Die Erhöhung des Grads der Barrierefreiheit wird in Thüringen in zwei einschlägigen Richtlinien berücksichtigt:

- Richtlinie zur Förderung von kommunaler Verkehrsinfrastruktur in Thüringen (RL-KVI): „Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände in die kommunale Verkehrsinfrastruktur“ und
- Richtlinie zur Förderung von betrieblichen Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV- InvestRL): „Förderung in die sonstige Verkehrsinfrastruktur“.

Alle Vorhaben müssen die Anforderungen an Barrierefreiheit erfüllen. Im Antragsverfahren muss der ZE die Anwendung der Anforderungen, Hinweise, Mindeststandards für Barrierefreiheit erklären und anwenden.

Ein Beispiel: Die altersgerechte Ausstattung von Bahnhöfen, Haltepunkten, Bahnsteigen und Einstiegsmöglichkeiten wird immer wichtiger. Deswegen wird die Bahnhofsmmodernisierung auch in den kommenden Jahren fortgesetzt. Ziel ist es, allen Reisenden in Thüringen die barrierefreie Nutzung des Schienenpersonennahverkehrs zu ermöglichen. Alle Zugangsstellen sollen langfristig barrierefrei erreichbar sein. Auch Fahrgastservice- und Fahrgastinformationssysteme sollen einfach abrufbar, aktuell und barrierefrei angeboten werden.

### **LEADER**

Mit der Maßnahme LEADER der Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung und der Revitalisierung von Brachflächen (FR ILE/REVIT) wird den Zielen des Handlungsfeldes 2 des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit entsprochen. Sei-

tens der Europäischen Kommission ist LEADER in der aktuellen Förderperiode zu einem äußerst innovativen und flexiblen Förderinstrument ausgestaltet worden. Diesen Vorgaben ist Thüringen bei der Formulierung seines Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum (EPLR) in den maßgeblichen Bereichen gefolgt. Die Regionen haben so noch mehr Freiraum für die Entwicklung und Umsetzung eigener und innovativer Ideen und den Aufbau und die Intensivierung regionaler Netzwerke. LEADER ermöglicht es den Menschen, vor Ort ihren Lebensraum mitzugestalten. Finanziert wird LEADER aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie Mitteln des Freistaates Thüringen.

In Thüringen gibt es 15 LEADER-Regionen, die den gesamten ländlichen Raum abdecken. In jeder Region gibt es eine Regionale Aktionsgruppe (RAG), in der Akteure aus Vereinen und Verbänden, Unternehmen und Landwirtschaft, Politik und Bürgerschaft gemeinsam über die Verwendung der Fördermittel entscheiden. LEADER-Regionen sind räumlich abgegrenzte ländliche Gebiete, in der mit breiter Bevölkerungsbeteiligung im Jahr 2015 eine regionale Entwicklungsstrategie (RES) erarbeitet wurde, die für die gesamte Förderperiode gilt. Diese Strategie definiert Handlungsfelder und Ziele der Regionen und dient als Grundlage für die Auswahl von Projekten.

LEADER folgt dem Bottom-up-Ansatz. Das bedeutet, dass die örtliche Bevölkerung die regionale Entwicklungsstrategie mitgestaltet, Projekte zur Erhaltung der Lebensqualität anstößt und umsetzt. Die europäischen Fördergelder sollen dazu beitragen, Neues und Innovatives in den ländlichen Regionen zu ermöglichen, das Miteinander zu stärken und dadurch die Zukunftsfähigkeit der Dörfer zu sichern. Was in den einzelnen Regionen konkret gefördert werden kann und wie hoch die finanzielle Unterstützung in den jeweiligen Handlungsfeldern ist, haben die regionalen Aktionsgruppen selbst in ihren Strategien festgelegt. Die regional unterschiedlichen Fördersätze können bis zu 75% betragen.

Im Rahmen der LEADER-Förderung wurden in den Jahren 2020/21 mehrere Projekte mit Fördermitteln unterstützt, die der gesellschaftlichen Teilhabe, der Integration, der Stärkung der sozialen Infrastruktur und des bürgerschaftlichen Engagements sowie der ortsnahen Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge dienen. Dabei wirken die Projekte meist indirekt durch die Schaffung von Infrastruktur. So wurden beispielsweise mehrere barrierefreie Zugänge zu Dorfgemeinschaftshäusern oder Vereinsheimen gefördert. Alle umgesetzten Projekte entsprechen den Zielen der jeweiligen Regionalen Entwicklungsstrategie und wurden durch die Regionalen Aktionsgruppen LEADER positiv votiert. Die Projekte sind so Teil einer komplexen, integrierten regionalen Entwicklung.

Beispielhaft wird im Folgenden das Projekt „Dorfladen Altes Gut Berka“ beschrieben: Im Rahmen eines Projektes des Sondershäuser Bildungsvereins e.V. wurde dem teilweise leerstehenden ehemaligen Gut in Berka wieder neues Leben eingehaucht. Die Räume wurden saniert und einige Umbaumaßnahmen realisiert. Das Vorhaben wurde mit 100.000 Euro LEADER-Fördermitteln der RAG Kyffhäuser unterstützt. Der Dorfladen bietet nun im modernen, barrierefreien Ambiente Waren des täglichen Bedarfs, frisches Obst und Gemüse, Wurst-, Fleisch- und Bäckereien, regionale Produkte und Dienstleistungen, wie z. B. Post oder Lottoannahmestelle. Außerdem können die Dorfbewohner und Radwanderer des Unstrut-Werra-Radweges das Imbissangebot sowie Kaffee und Kuchen genießen. Eine Besonderheit ist, dass der Dorfladen gleichzeitig Ausbildungsstätte ist und behinderte oder benachteiligte junge Menschen an verschiedene Berufe herangeführt werden.

## **Verknüpfung von Landes- und Stadtentwicklung mit Sozialplanung**

Die Ziele des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit finden Berücksichtigung bei der gemeinsamen Entwicklung und Bereitstellung von Instrumenten zur Verknüpfung von Sozialplanung und Raum beziehungsweise Landes- und Stadtentwicklung. Durch gezielten Einsatz von Fördermitteln der EU, des Bundes sowie nachgelagert des Landes, wird eine bedarfsgerechte, nachhaltige soziale und kulturelle Infrastruktur entwickelt, die unter anderem dazu dient, die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden des Landes zu erhalten und zu erhöhen. Zur Stärkung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum werden Vorhaben und Räume unterstützt, in denen sich bürgerschaftliches Engagement sowie soziale Dienstleistungen als soziale Zentren etablieren können.

Eine breite Palette von Förderprogrammen und Initiativen aus den Bereichen der Stadt-, Landes- und Regionalentwicklung ergänzt und unterstützt mit ihrer genuinen Ausrichtung die Ziele des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, weil sie die Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen für die Menschen in Thüringen durch zielgenau Fördermaßnahmen stabilisieren und verbessern. Zu nennen sind beispielsweise die Internationale Bauausstellung (IBA) Thüringen, mit der sich das Land zu einem besonderen Format der Landesentwicklung und Zukunftsplanung bekannt hat sowie EU-, Bund-/Länder- oder Landesprogramme der Städtebauförderung oder der nachhaltigen Stadtentwicklung. Nicht zuletzt zählen Projektaufrufe wie „Modellprojekte der Regionalentwicklung“ und das zu entwickelnde Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ dazu. Die Sicherung einer orts-nahen Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen, mit sozialen und kulturellen, Freizeit-, Arbeitsplatz- und Bildungsangeboten ist – gerade unter den Bedingungen des demografischen Wandels – ein zentraler Baustein für die Zukunftsfähigkeit der Regionen als Wirtschafts- und Wohnstandort mit hoher Lebensqualität und eine Grundlage für die Erreichung der Ziele des Landesprogramms.

### **Landesverband der Sinti und Roma RomnoKher Thüringen e. V.**

Der im Jahr 2017 gegründete Landesverband der Sinti und Roma RomnoKher Thüringen e. V. ist der erste Verein in Thüringen, der sich explizit mit Rassismus gegen Sinti und Roma/ Antiziganismus befasst, Ansprech- und Beratungsstelle für Sinti und Roma in Thüringen ist und im Themenfeld für Institutionen, Behörden und die Öffentlichkeit Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit leistet. Der Verein vertritt die Interessen von Roma und Sinti, u. a. wenn sie Opfer von rassistischen Übergriffen oder aktueller Diskriminierung werden.

RomnoKher wurde im Jahr 2020 mit 49.440 Euro und in 2021 mit insgesamt 97.581 Euro durch die Landesantidiskriminierungsstelle gefördert.

Mit einer ersten Anstoßförderung durch die Landesantidiskriminierungsstelle in 2019 konnte RomnoKher Thüringen eine feste Anlaufstelle in Erfurt etablieren, hauptamtliche Unterstützungsstrukturen aufbauen und dadurch weitere Projektmittel von Bund und Stiftungen akquirieren. Bedingt durch Arbeitsmöglichkeiten hat sich im Raum Eisenberg die zweitstärkste Community (nach Erfurt) von zugewanderten Roma aus EU-Ländern gebildet. Um dem Hilfe- und Beratungsbedarf hier gerecht zu werden, wurde in einem eigenständigen Projekt des Landesverbandes RomnoKher Mitte 2021 ein Roma-Büro eingerichtet. Die Unterstützung der Familien, die Sensibilisierung von Institutionen und Behörden sowie Empowerment der Betroffenen bilden den Schwerpunkt der Arbeit vor Ort und in umliegenden Landkreisen.

Der Verein hat in der kurzen Zeit seines Bestehens eine erstaunliche Entwicklung vollzogen und kontinuierlich seine Arbeit ausgebaut und professionalisiert. Dabei setzt der Verein vor allem auf Mitarbeitende aus der Community, die vor allem die erforderlichen Sprachkenntnisse

mitbringen. Somit gelingt es dem Verein zunehmend, Brücken zwischen den Kulturen zu errichten, Vorurteile und Ressentiments abzubauen und auch ganz konkret zu helfen. Der Erfolg der Arbeit von RomnoKher spiegelt sich vor allem auch durch die zunehmende Akzeptanz und Anerkennung durch die Behörden und Institutionen in den Kommunen und Landkreisen wider.

### **Begleitende Maßnahmen im Bereich des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz**

Mit der Förderung von Maßnahmen zur sozialen Betreuung und Beratung soll es den Thüringer Kommunen ermöglicht werden, anerkannte Flüchtlinge migrationspezifisch sozial zu betreuen und zu beraten und damit zu einer gelingenden Integrationsarbeit in den Thüringer Kommunen beizutragen. Über die „Richtlinie zur Förderung der sozialen Beratung und Betreuung von anerkannten Flüchtlingen in Thüringen (Sozialberatungsrichtlinie)“ werden jährlich 6,5 Mio. Euro für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Über die Projektförderrichtlinie Integration des TMMJV können bis zu dreijährige Projekte für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gefördert werden. Projekte können der sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen oder wirtschaftlichen Integration dienen. Hierüber werden Maßnahmen zur Erstorientierung, Sprachförderung, Migrationsberatung, interkultureller Begegnung, u. a. umgesetzt. Die Angebote über das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit werden so durch thüringenweite und lokale Integrationsangebote ergänzt.

Auch die Förderung des ehrenamtlichen Engagements über die Thüringer Ehrenamtsstiftung sowie über die beim Büro der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge (BIMF) des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) angesiedelten Ehrenamtskoordination trägt dazu bei, Strukturen zu fördern und zu etablieren, die demokratiefeindlichen Einstellungen entgegenstehen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei in der Stärkung von Migrantinnen- und Migrantenorganisationen. Ziel ist es, sie als wichtige Sprecherinnen und Akteure der Zivilgesellschaft zu fördern.

In Umsetzung des Integrationskonzepts der Landesregierung sind weitere Maßnahmen zu benennen, welche die soziale und gesellschaftliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund bedeutend stärken und befördern. Die Landesregierung hat im Rahmen des Integrationskonzepts im Mai 2019 das **Landesprogramm Dolmetschen** aufgelegt. Dieses Angebot zur kostenfreien Inanspruchnahme von Video- und Audiodolmetschleistungen durch Behörden und weitere, in der Integrationsarbeit tätige Akteure (einschließlich Gesundheitsbereich), verbessert in seiner Wirkung die Chancengleichheit von Menschen mit Migrationshintergrund.

In den Jahren 2020 und 2021 wurden jeweils 1. Mio. Euro zur Umsetzung des Programms zur Verfügung gestellt.

## **4.3 Verwaltung, Polizei und Justiz zu angemessenem Handeln befähigen**

Um die im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit beschriebenen Zielstellungen umzusetzen, werden nachfolgende Maßnahmen durchgeführt:

### **Koordinierungsstelle Hasskriminalität im Internet**

Insbesondere zur Bekämpfung von Hasskriminalität wurde Anfang 2020 bei der Thüringer Generalstaatsanwaltschaft eine „Koordinierungsstelle Hasskriminalität im Internet“ eingerichtet,

die bei einschlägigen Ermittlungsverfahren als zentrale Ansprechpartnerin u. a. mit anderen Behörden (Landesmedienanstalt, Medienkonzerne, Polizei etc.) fungiert. Sie sorgt für eine möglichst einheitliche Verfolgung vergleichbarer Straftaten, etwa durch die Förderung der Bildung von Sammelverfahren bei den örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften. Die Koordinierungsstelle, welche selbst keine eigenen Ermittlungsverfahren führt, wird bei der Thüringer Generalstaatsanwaltschaft als Stabsstelle geführt und ist der Thüringer Generalstaatsanwältin direkt unterstellt.

## **Waffengesetz**

Nach den Regelungen in § 5 Abs. 2 Nr. 3 b) und c) des Waffengesetzes besitzen Mitglieder und Unterstützer von verfassungsfeindlichen Vereinigungen in der Regel nicht die Zuverlässigkeit, die für die Erlaubnis zum Erwerb und Besitz erlaubnispflichtiger Schusswaffen notwendig ist. Beim Amt für Verfassungsschutz liegen Erkenntnisse über Personen vor, die sowohl eine waffenrechtliche Erlaubnis haben als auch Anhaltspunkte gegeben sind, dass sie Mitglied oder Unterstützer einer verfassungsfeindlichen Vereinigung sind.

Um das Ziel und den Zweck des Waffengesetzes „Keine Waffen in den Händen von Extremisten“ möglichst effektiv und in arbeitsteiligem Zusammenwirken aller Sicherheitsbehörden umzusetzen, hat das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) ein Konzept erstellt, mit dem das vorgenannte Ziel, in der Praxis besser erreicht werden kann.

Die wesentliche Erkenntnisquelle der Waffenbehörden ist im Regelfall der Verfassungsschutz, da diesem die Beobachtung entsprechender Bestrebungen obliegt und auch deren Einordnung als extremistische/verfassungsfeindliche Bestrebung von den Sachbearbeitern in den unteren Waffenbehörden nicht zu leisten ist, die deshalb auf die nachrichtendienstliche Kompetenz des Amtes für Verfassungsschutz (AfV) angewiesen sind. Inhalt des Konzeptes ist u. a. eine Erweiterung des Meldeweges zu Extremisten und eine Substantiierung der konkreten Zuarbeit des AfV sowie eine regelmäßige Berichtspflicht der unteren Waffenbehörden gegenüber dem Thüringer Landesverwaltungsamt (TLVwA).

Ein wesentlicher Baustein des zukünftigen Vorgehens soll die Unterstützung betroffener Waffenbehörden bei der Bearbeitung relevanter Fälle sein. Hierzu wird beim TLVwA eine Arbeitsgemeinschaft „Waffen und Extremisten“ (kurz: „AG WaffEx“) eingerichtet, in der unter Einbeziehung des AfV und gegebenenfalls weiterer Stellen den Waffenbehörden Hilfestellung z. B. durch Fallkonferenzen gegeben wird.

## **Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention (PEP)**

Die Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention (PEP) leistet Bildungs-, Informations- und Netzwerkarbeit und unterhält zu diesen Zwecken ein spezielles Informations- und Wissensportal im Intranet der Thüringer Polizei. Darüber hinaus gewährleistet sie insbesondere

- die Vermittlung externer Bildungsangebote für die Thüringer Polizei sowie ergänzend hierzu eigene Aus- und Fortbildungsangebote;
- den Erkenntnistransfer aus Polizei und Wissenschaft zum politischen und religiösen Extremismus und stärkt damit die polizeiliche Präventionsarbeit sowohl innerorganisatorisch als auch nach außen;
- die Aufbereitung polizeirelevanter gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen mit Bezug zu extremistischen Phänomenen zur Berücksichtigung in der polizeilichen Praxis;
- den Auf- und Ausbau von Kooperationen mit polizeixternen Partnern sowie eines konstruktiven Dialogklimas zwischen den behördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren der Extremismusprävention sowie zu Betroffenen von politisch motivierter Kriminalität mit besonderem Betreuungsbedarf;

- Beratung und Unterstützung von weiteren Institutionen bei der Bewältigung extremismusbezogener Herausforderungen, insbesondere mit Bezug zur politisch motivierten Kriminalität;
- Beratung bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von polizeilichen Einsätzen mit Bezug zu extremistischen Phänomenen sowie Beratung weiterer behördlicher Bedarfsträger;
- Beratung der politischen Führungsebene zu Themen der Extremismusprävention.

Die Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention führt im Bereich der Primärprävention eigene Aufklärungsveranstaltungen für Vereine, Verbände und insb. Schulen im Zusammenhang mit Themen der politisch motivierten Kriminalität, der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und allgemein verschiedener extremistischer Erscheinungsformen durch oder vermittelt geeignete Akteure der Thüringer Präventionslandschaft zur Durchführung entsprechender Veranstaltungen.

Die Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention arbeitet für den vorgenannten Zweck mit verschiedenen Institutionen und Vereinen zusammen. An dieser Stelle seien insbesondere die geförderten Projekte des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit genannt:

- Ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt,
- Perspektivwechsel – Praxisstelle Thüringen des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST e. V.),
- MOBIT e. V. – Mobile Beratung in Thüringen,
- Drudel 11 e. V. – Thüringer Beratungsdienst – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt,
- IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

In der Gesamtschau werden die umgesetzten Maßnahmen von den Zielgruppen hinsichtlich ihrer Wirkung als positiv bewertet.

#### **4.4 Wissenschaftliche Begleitforschung**

##### **Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex)**

Das KomRex der FSU Jena hat neben den Projekten, die in unmittelbarer Förderung durch das Landesprogramm stehen (siehe oben unter Handlungsfeld 1), im Berichtszeitraum eine Reihe weiterer Forschungsprojekte durchgeführt, die für das Landesprogramm und seine Akteure relevant sind. Dazu zählt der Thüringen-Monitor, eine Langzeitstudie zur Politischen Kultur im Freistaat Thüringen, die auf einer seit dem Jahr 2000 jährlich durchgeführten Bevölkerungsumfrage basiert.

Im Rahmen von Vortrags- und Weiterbildungsveranstaltungen sind die Ergebnisse des Thüringen-Monitors von seinen Autorinnen und Autoren bei verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen, aber auch bei interessierten Präventionsakteuren und politischen Parteien vorgestellt worden. Der unter der Leitung von Prof. Dr. Marion Reiser erstellte Thüringen-Monitor 2021 konnte aufgrund von Verzögerungen durch die Corona-Pandemie erst im Dezember 2021 erscheinen. Angesichts der hohen Bedeutung der Corona-Pandemie griff der Thüringen-Monitor 2021 mit dem Titel „Demokratie in der Corona-Pandemie“ den Schwerpunkt von 2020 erneut auf und fragte, wie sich die Bewertungen und Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer im zweiten Pandemiejahr verändert hatten und welchen Einfluss die Pandemie insgesamt auf die politische Kultur im Freistaat hatte.

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Thüringen-Monitors fand am 07. und 08. Oktober 2021 eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Politische Kultur in den Regionen der Bundesrepublik: Länder-Monitore im Vergleich“ statt. Organisiert wurde die Tagung vom KomRex unter Leitung von Prof. Dr. Marion Reiser. Ein weiterer zentraler Bestandteil des 20-jährigen Jubiläums des Thüringen-Monitors war am 07. Oktober 2021 eine Festveranstaltung unter dem Titel „20 Jahre Thüringen-Monitor – Demokratie und Rechtsextremismusforschung im Freistaat“, zu welcher neben der interessierten Öffentlichkeit zahlreiche prominente Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik sowie Zivilgesellschaft eingeladen waren.

Im Frühjahr 2020 wurde das KomRex vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport mit der Erstellung einer Expertise beauftragt, die aktuelle Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen identifizieren und einordnen soll. Die aktuelle Gefährdungsanalyse knüpft mit der Untersuchung der Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster und des organisierten Rechtsextremismus an bisherige Schwerpunkte an, geht jedoch darüber deutlich hinaus.

In Vorbereitung auf die Bundestagswahl und die Thüringer Landtagswahl im September 2021 hat das KomRex zusammen mit den anderen drei Strukturpartnern des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (IDZ, MOBIT und ezra) einen kompakten Sammelband erarbeitet, der über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und rechtsextreme Strukturen in Thüringen informiert und Ende Juni 2021 in der Regierungsmedienkonferenz präsentiert wurde. Seitens des KomRex wurden hierfür Artikel zu rechtsextremen Einstellungen in Thüringen und zu ideologischen und personellen Verbindungen der Thüringer AfD zum Rechtsextremismus erstellt. Der Sammelband bietet eine faktenbasierte Darstellung und kritische Einordnung der Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen.

Einen Schwerpunkt der am KomRex angesiedelten Drittmittelprojekte bildete die Präventionsforschung. So wurde im Berichtszeitraum folgende Projekte umgesetzt: Prof. Andreas Beelmann bot 2021 über das ThILLM Fortbildungen zur Vorurteilsprävention bei Kindern und Jugendlichen an, die im Rahmen eines Projekts zum Präventionsprogramm PARTS („Programm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz und sozialer Kompetenz“) konzipiert und vom Deutschen Forum für Kriminalprävention finanziell gefördert wurden. Die im Jahr 2020 angelaufene und in 2021 verlängerte Disseminierungsstudie mit Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter im Primarbereich konnte trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie weitgehend wie geplant durchgeführt werden. Das

Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft hat die wissenschaftliche Begleitforschung im Berichtszeitraum mit insgesamt 260.800 Euro gefördert (2020: 120.000 Euro; 2021: 140.800 Euro).

Der durch die FSU Jena in den Jahren zur Verfügung gestellte Grundetat – ebenfalls Landesmittel – beläuft sich auf 57.800 Euro. Daneben hat das KomRex im Berichtszeitraum Drittmitteln von mehr als 500.00 Euro eingeworben.

Projekt beinhaltet auch die Weiterentwicklung und Evaluation des PARTS-Programms sowie die Erstellung eines Präventionsmoduls gegen Antisemitismus und religiös begründete Vorurteile.

Das Kooperationsprojekt zum Wissenschafts-Praxis-Transfer mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Beelmann läuft noch bis Ende 2022. Bislang wurden verschiedene Gutachten zur Radikalisierungsentwicklung und -prävention erstellt. In Zusammenarbeit mit der Universität Hildesheim wurde zudem eine große Reihenuntersuchung an Schulen im Rahmen des CTC-Projekts (Community that cares) realisiert, die u. a. die Erstellung eines Radikalisierungsscreenings zur Risikobeurteilung bei Jugendlichen beinhaltet. Zurzeit wird an einem Kompendium von Präventionsansätzen und -methoden sowie an einer Aktualisierung einer Meta-Analyse zur Präventionsforschung in Deutschland gearbeitet.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) hat sich das KomRex am bundesweiten Projekt „Kein Schlussstrich!“ beteiligt, das durch die Stadt Jena, JenaKultur, den Verein Licht ins Dunkel e. V., die Friedrich-Schiller-Universität Jena und das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft initiiert worden war. Maßgeblich gefördert wurde es durch die Kulturstiftung des Bundes, das BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, die Bundeszentrale für politische Bildung und die Innovationsförderung der Stadt Jena. Das Projekt verfolgte die stadtesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex. Seit August 2020 war das KomRex an der Organisation und Konzeption der 2021 durchgeführten Veranstaltungsreihe „Kein Schlussstrich. Jena und der NSU-Komplex“ maßgeblich und mit zahlreichen Veranstaltungen beteiligt, die anlässlich der Selbstenttarnung des NSU vor zehn Jahren ausgerichtet wurde. Das KomRex organisierte im Rahmen dieser Reihe unter anderem einen Diskussionsabend zur Kultur, Funktion und Dialektik des Erinnerns, eine wissenschaftliche Tagung zur Radikalisierungsprävention, einen Vortragsabend zum NSU-Prozess sowie zwei Lehrkräftefortbildungen zum Umgang mit Rechtspopulismus und Hate Speech in der Schule. Auch die Ringvorlesung im Wintersemester 2021/22 stand mit fünf thematisch einschlägigen Beiträgen ganz im Zeichen des NSU-Themas.

Neben den Arbeiten in den genannten Projekten konnte 2021 der geplante KomRex-Sammelband (Beelmann & Michelsen, 2022) fertiggestellt und dem Verlag übergeben werden. In den Jahren 2020/21 konnten zudem vier internationale Publikationen mit Daten aus dem abgeschlossenen BMBF-Projekt RadigZ (2017-2020) zur Radikalisierungsprozesse und Bedingungsfaktoren von politischer Gewalt befassten, in hochrangigen Journals publiziert werden. Außerdem erschien 2020 der Abschlussbericht einer Studie zu Radikalisierungsverläufen von rechtsextremen Straftätern im Strafvollzug.

### **Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen (RIAS Thüringen)**

Beim Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena ist die Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen (RIAS Thüringen) eingerichtet. Sie dokumentiert antisemitische Vorfälle in Thüringen und unterstützt von Antisemitismus Betroffene. Ziel ist es, Antisemitismus in Thüringen wissenschaftlich zu erfassen, darüber zu informieren und die Perspektiven der Betroffenen zu stärken. Die Stelle nimmt niedrigschwellig Meldungen über antisemitische Vorfälle an, unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz. Zwei wichtige Arbeitsschwerpunkte von RIAS Thüringen bilden die wissenschaftliche Erforschung von Antisemitismus in Thüringen und der Wissenstransfer in die Öffentlichkeit. RIAS entwickelt anlassbezogene Forschungsprojekte zu antisemitischen Phänomenen und stützt sich dabei auf bereits erarbeitete Expertisen über Rechtsextremismus, Antisemitismus, Hasskriminalität und Diskriminierung in Thüringen am IDZ. Durch Publikationen und Broschüren, Jahresberichte, Veranstaltungen wie z. B. Fachtagungen sowie über Social

RIAS Thüringen wurde von der Staatskanzlei in 2021 mit 120.000 Euro gefördert.

Media wird die Öffentlichkeit über die Arbeit informiert und für das Thema Antisemitismus sensibilisiert. Zentraler Bestandteil der Arbeit ist der Aufbau und die Pflege eines thüringenweiten Meldernetzwerks, das in enger Zusammenarbeit mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen entsteht. RIAS Thüringen hat im September 2020 die Arbeit aufgenommen.

## 5. Verschiedene Maßnahmen der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit, wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation

### 5.1. Vernetzungsarbeit

Ergänzend zu der Vernetzung des Landes-Demokratiezentrums mit den übrigen Häusern der Landesregierung (IMAK, Kapitel 2.1) und mit den Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft (Programmbeirat, Kapitel 2.1) ist regelmäßig Gelegenheit zur weiteren Vernetzung und Austausch gegeben. Die Landeskoordinierungsstelle sorgt mit regelmäßigen Treffen für einen kontinuierlichen Fach- und Informationsaustausch mit den zentralen Akteurinnen und Akteuren des Landesprogramms und nimmt selbst an Vernetzungsveranstaltungen teil.

Für die Vernetzung zwischen dem Thüringer Landesprogramm und dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finden mindestens zweimal im Jahr die regelmäßigen Bund-Länder-Treffen statt. Das ist auch die Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung mit Akteurinnen und Akteuren der Landesprogramme in den anderen Bundesländern. Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ lädt ebenfalls einmal im Jahr zum gleichen Zweck sowie zu einer Fachtagung ein. Die NAH DRAN-Fachtagungen 2020 und 2021 haben online als digitale Formate stattgefunden.

Für die Vernetzung in Thüringen führt die Landeskoordinierungsstelle quartalsweise die sogenannten Akteursnetzwerktreffen für die Vertreterinnen und Vertreter der Strukturen des Landesprogramms durch. Diese Treffen werden durch Fachvorträge eingeleitet und für den aktiven Austausch und zur Diskussion über die Beratungsarbeit, lokale und überregionale Entwicklungen und neuen Herausforderungen genutzt. Ziel dabei ist es, Akteurinnen und Akteure für ein Handeln zu befähigen und sie in der Umsetzung und kontinuierlichen Verbesserung aller Maßnahmen zu unterstützen. Dabei ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit wichtig; Synergien zwischen den einzelnen Projekten sind erwünscht und beabsichtigt. Diese Akteursnetzwerktreffen finden viermal im Jahr statt, üblicherweise in jedem Quartal einmal. 2021 wurden drei Akteursnetzwerktreffen organisiert, Schwerpunktthemen waren neben den Ergebnissen des Thüringen-Monitors 2020, die extreme Rechte während der Covid-19-Pandemie sowie rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Thüringen 2020/2021.

Die regelmäßigen Arbeitssitzungen der Beratungsangebote in den Bereichen Sport und Feuerwehr sowie sozialen Verbänden und Vereinen (Kapitel 3.5) dienen ebenfalls der Vernetzung der Akteurinnen und Akteure und dem Austausch mit dem Bundes- und dem Landesprogramm. Zudem findet Vernetzungsarbeit auf regionaler Ebene statt. Dazu treffen sich in regelmäßigen Abständen die Partnerschaften für Demokratie (PfD) in den Vernetzungstreffen um sich mit dem Landesprogramm und untereinander auszutauschen, Kurzberichte zu geben und über weitere Planungen zu sprechen. Zusätzlich gibt es regionale Vernetzungstreffen der PfD in den vier Planungsregionen Thüringens. Pandemiebedingt haben die Vernetzungstreffen der Partnerschaften auf regionaler als auch überregionaler Ebene 2020 und 2021 online als digitale Formate stattgefunden.

Weiterhin finden im Landesprogramm regelmäßige Treffen (Jour fixe) mit den Strukturprojekten von ezra, MOBIT und VPN statt. Diese dienen zur Berichterstattung aus den Beratungsprojekten, der Auswertung durchgeführter Projekte sowie zur Beratung und zum Ideenaustausch zu weiteren Entwicklungen.

Einen besonderen Stellenwert für die Vernetzung hat die jährliche stattfindende Sommertagung. Sie richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Akteurinnen und Akteure des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sowie an Interessierte aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft. Wenngleich die Sommertagung 2020 pandemiebedingt ausfallen musste, konnte sie 2021 umfangreicher und als Online-Veranstaltung im digitalen Raum durchgeführt werden.

Die **Sommertagung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit** widmete sich am 30. September und 1. Oktober 2021 dem Themenfeld Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Nach einem Grußwort des Thüringer Ministers für Bildung, Jugend und Sport übernahm Dr. Christian Lüders (ehem. DJI) den Hauptvortrag mit dem Thema „Der 16. Kinder- und Jugendbericht: Herausforderungen für die Bildungspraxis“. Anschließend ordnete Prof. Dr. Ulrich Lakemann die Ergebnisse in die Thüringer Bildungslandschaft ein. Sodann ergab sich damit die Möglichkeit für die Teilnehmenden eigene Diskussionsbeiträge einzubringen. Der erste Veranstaltungstag schloss mit der Teilnahme an Vernetzungsphasen. Träger des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sowie der Thüringer Kinder- und Jugendarbeit stellten sich und ihre Arbeit vor. Am zweiten Veranstaltungstag fanden neun Workshops u. a. zur Beteiligung junger Menschen, zu werthaltiger politischer Bildung, Demokratie in der Kita, Möglichkeiten der politischen Bildung und Beteiligung in den Hilfen zur Erziehung sowie zu Potentialen demokratischer Bildung in der Schulsozialarbeit und Politischer Bildung als Querschnittsaufgabe statt.

## 5.2. Weitere Maßnahmen der Wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation

Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation dienen dem Landesprogramm zur kontinuierlichen Verbesserung aller Maßnahmen. Die Projekte in diesem Bereich begleiten, beraten und bewerten die Elemente des Programms und versuchen, diese im Sinne der Ziele zu optimieren. Die Landeskoordinierungsstelle des Landesprogramms wird durch die wissenschaftliche Begleitung und die Evaluation ebenso beraten und in ihrer Arbeit unterstützt.

Die lokalen PfD erhalten eine wissenschaftlich fundierte Praxisbegleitung. Sie sichert den Erfahrungstransfer sowie den Informationsfluss zwischen den einzelnen Partnerschaften einerseits und der Koordinierungsstelle des Landesprogramms andererseits ab und sorgt so für die Einbindung aller Maßnahmen in das Landesprogramm. Zum Auftrag zählen vor allem die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung mindestens eines regionalen Vernetzungstreffens für Thüringer PfD in jeder Planungsregion, die Prozessbegleitung und ein regelmäßiger Austausch zu Handlungserfordernissen (z. B. Fortbildungsbedarfe) mit der Koordinierungsstelle des Landesprogramms. Die Partnerschaften für Demokratie konnten in 2020 sowie im ersten Halbjahr 2021 auf die wissenschaftliche Begleitung der Praxis für Organisationsberatung zugreifen. Eine Neuausschreibung der wissenschaftlichen Begleitung für 2021 wurde aufgrund der auslaufenden Verträge notwendig. Ziel der Ausschreibung war weiterhin die wissenschaftlichen Begleitungen der PfD und Jugendforen zusammenzufassen, da die PfDs die Aufgabe haben, ein lokales Jugendforum zur Stärkung der Beteiligung von jungen Menschen zu etablieren. Das Jugendforum wird von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet. Seit Oktober 2021 steht den Thüringer Partnerschaften für Demokratie und den Jugendforen der PfD die wissenschaftliche Begleitung durch das Organisationsberatungsinstitut Thüringen zur Verfügung. In 2020 bis zum Sommer 2021 war eine gesonderte wissenschaftliche Begleitung durch den NaturFreunde Thüringen e. V. eingerichtet.

Die wissenschaftliche Begleitung unterstützte die Partnerschaften bei der Etablierung, Umsetzung und Verstetigung dieser Jugendforen. Sie vermittelte Kenntnisse zu Konzepten zur Aus-

gestaltung von Partizipationsformaten für Kinder und Jugendliche und sicherte einen Erfahrungstransfer für Beispiele gelungener Beteiligung. Ziel ist die langfristige Entwicklung tragfähiger – an die jeweilige lokale Situation angepasste – Beteiligungsmodelle für Jugendliche. Damit sind die Jugendforen zugleich Kristallisationspunkt der Landesstrategie Mitbestimmung, die Initiativen auf kommunaler und Landesebene zur Stärkung der direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zusammenfasst. Die wissenschaftliche Begleitung sicherte außerdem den Informationsfluss zur Landeskoordinierungsstelle und sorgt für eine Einbindung in die Maßnahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

Die wissenschaftliche Begleitung von Orbit e. V. kümmerte sich 2020 und 2021 um die Optimierung von Projekten und Projektanträgen. Die Strukturen und Projekte erhielten eine wissenschaftlich fundierte Praxisbegleitung. Diese vermittelte ihnen die neuesten Kenntnisse über die Wirksamkeit von Präventions- und Interventionsprojekten im Themenfeld Demokratietarbeit und Rechtsextremismus und beriet sie bei der Verbesserung der Projektperformanz. Eine intensive Beratung der Antragsteller und Projektträger wird durch die kontinuierliche, sich jährlich wiederholende gemeinsame Erarbeitung von Zielvereinbarungen mit den Strukturprojekten im Landesprogramm ergänzt. In 2020 und 2021 wurden mit der Mobilien Beratung, der Opferberatung, der Ausstiegsberatung sowie den Beratungsprojekten beim Landessportbund und beim Feuerwehrverband und den Schulprojekten Zielvereinbarungen erarbeitet und abgeschlossen.

Eine Evaluation des Landesprogramms ist ebenfalls regelmäßig vorgesehen. Dabei wird entweder die Gesamtanlage des Programms und seiner Elemente oder ein einzelner Teilbereich detailliert untersucht. Die Evaluationsberichte werden auf der Programmhpage veröffentlicht und in einer Veranstaltung vorgestellt. Aufgrund der Durchführung der Evaluation in 2018 und 2019 sowie der aufkommenden Covid-19-Pandemie wurde 2020 keine Evaluation durchgeführt.

Wissenschaftliche Begleitung der Pfd:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	31.654,00 Euro	15.827,00 Euro

Wissenschaftliche Begleitung der Jugendforen und Mitarbeit an der Landesstrategie Mitbestimmung:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	65.000,00 Euro	32.500,00 Euro

Wissenschaftliche Begleitung Landespräventionsprojekte:

	2020	2021
<b>Förderhöhe aus Landesmitteln</b>	30.000,00 Euro	56.473,51 Euro

### 5.3 Homepage, Facebook und Materialien

Auf der Webseite [www.denkbunt-thueringen.de](http://www.denkbunt-thueringen.de) stellt sich das Landesprogramm vor. Die Homepage informiert schnell und übersichtlich über das Landesprogramm, einzelne Maßnahmen und Projekte. Sie gibt Antworten auf häufig gestellte Fragen und macht einen ersten Kontakt zum Landesprogramm möglich. Damit ist die Website ein Beitrag zur Vernetzung und eine Hilfe für diejenigen, die Unterstützung suchen.

Auf der Webseite werden das Landesprogramm und alle aktuell geförderten Projekte sowie das Beratungsnetzwerk vorgestellt. Das Fortbildungsprogramm wird ausführlich dargestellt und es besteht die Möglichkeit, direkt eine Buchungsanfrage zu stellen. Weiterhin werden die Pfd inklusive der jeweiligen Kontaktdaten vorgestellt. Auf der Startseite informiert zudem ein Kalender über aktuell anstehende Veranstaltungen. Dieser kann von den Partnern des Landesprogramms selbst gepflegt werden. In den sozialen Netzwerken ist das Landesprogramm mit einer eigenen Facebook-Seite aktiv. Regelmäßige Pressemitteilungen informieren über Neuigkeiten aus dem Programm.

Das Landesprogramm bietet für seine Öffentlichkeitsarbeit verschiedene Printmaterialien zur Information sowie Give-aways für Werbung und Wiedererkennung an. Für das Landesprogramm wurden eine Imagebroschüre und eine Textbroschüre aufgelegt. Zu den weiteren Printmaterialien in 2020 und 2021 gehören ein Flyer und der Interkulturelle Kalender. Der Flyer bietet das Wichtigste auf einen Blick: Darin gibt es eine kurze Vorstellung zu den Pfd, den Fördermöglichkeiten sowie eine Vorstellung der Strukturen und Kontaktdaten. Im Interkulturellen Kalender in Form eines Plakats im Format A1 sind Feiertage aus verschiedenen Kulturen eingetragen und kurz erläutert. Er informiert zudem allgemein über die Ziele und Inhalte des Landesprogramms und speziell zu den Fortbildungsangeboten in den Themenfeldern Vielfalt, Interkulturalität sowie Rassismus. Unterstützt wurde die Öffentlichkeitsarbeit der Pfd 2021 seitens des Landesprogramms zudem durch die Koordination und Organisation eines gemeinsamen Adventskalenders. Dieser stellte Aktivitäten, Initiativen und Projekte aus dem Jahr 2021 der 23 Thüringer Partnerschaften vor.

Alle geförderten Projekte haben darüber hinaus eigene Konzepte der Öffentlichkeitsarbeit, die in der Regel eine Internetpräsenz, Selbstdarstellungsflyer und eine umfangreiche Pressearbeit umfassen. Vereinzelt wird durch die geförderten Projekte auch die Möglichkeit der Verkehrsmittelwerbung genutzt.

## 5.4 Demokratiepreis

Der Thüringer Demokratiepreis würdigt seit 2013 das Engagement der Menschen, die sich vor Ort mit einem hohen persönlichen Einsatz für eine aufgeschlossene und vielfältige Gesellschaft stark machen. Damit wird zivilgesellschaftliches und couragiertes Handeln lokaler Akteure für eine breite Öffentlichkeit sichtbar. Der Thüringer Demokratiepreis ermutigt Menschen, sich mit kreativen Ideen für ein demokratisches Miteinander zu engagieren. Erstmals konnte der Thüringer Demokratiepreis in 2020 nicht durchgeführt werden. Ursächlich waren die umfassenden pandemiebedingten Einschränkungen zum Zeitpunkt der vorgesehenen Verleihung.

### Verleihung des Thüringer Demokratiepreises 2021

Die Verleihung des Thüringer Demokratiepreises hat am 29. November 2021 stattgefunden. Die Veranstaltung wurde als Hybridveranstaltung durchgeführt. Die Preistragenden waren aufgrund der Covid-19-Pandemie per Video zugeschaltet, Gäste und Interessierte hatten die Möglichkeit die Veranstaltung über einen Livestream zu verfolgen. Der Livestream war über die Website des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit geschaltet und wurde in Kooperation mit dem Landesfilmdienst Thüringen e. V. realisiert.

Den mit 3.000 Euro dotierten 1. Hauptpreis erhalten in diesem Jahr die „Omas gegen Rechts“ e. V. Sie engagieren sich auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen, regional und überregional für eine demokratische Gesellschaft. Sie führen öffentliche Aktionen und Veranstaltungen durch, zuletzt "Bücher aus dem Feuer", solidarisieren sich mit Opfern (z. B. aus dem Ballstädt-Prozess sowie dem Attentat auf die Synagoge in Halle) und initiierten die Online-Petition "Keine Deals mit Nazis" mit fast 45.000 Unterschriften.

Der mit 2.000 Euro dotierte 2. Preis geht stellvertretend an die Stadt Eisenach für das Jahresprojekt „Der NSU. Das Trauma eines Landes“. Im Rahmen dessen wurden und werden die Gewalttaten des NSU-Komplexes durch zahlreiche lokale und überregionale Kooperationspartner aufgearbeitet. Umgesetzt wurden z. B. eine Fotoausstellung, ein Foto-Workshop und Theaterstück. Letzteres wurde verfilmt und steht Schulen für Projektarbeit zur Verfügung. Auch ein jugenpädagogisches Bildungsangebot befindet sich in der Umsetzung.

Die Anerkennungspreise und damit je 500 Euro erhalten in diesem Jahr:

- Joachim Heise aus Nordhausen für die Anregung und Unterstützung junger Menschen zur Aufarbeitung historisch-politischer Themen im Landkreis Nordhausen
- Kinderstadt Meiningen e. V. für die kontinuierliche Organisation und Durchführung der Kinderstadt "Tiberanda" in Meiningen
- Hannah Heinert, Bruno Pelz, Milli Wagner und Leonie Hänsel Schülerinnen und Schüler des Heinrich- Böll-Gymnasiums in Saalfeld für die Entwicklung und Etablierung des mobilen Stadtrundgangs "Auf den Spuren jüdischen Lebens in Saalfeld"
- Wilfried Küster für sein langjähriges Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Sömmerda
- Das Organisationsteam der Freien Gemeinschaftsschule UniverSaale Jena für die eigenverantwortliche Organisation und Durchführung der Projektstage "Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt"
- Das Projekt "Demokratie\_laden" in Kahla für die langjährige Initiatarbeit und Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie der Demokratiestärkung im ländlichen Raum.

Die von der Jury für den 3. Hauptpreis nominierten beiden Initiativen der Seebrücke, die Lokalgruppen Erfurt und Jena, haben die Auszeichnung nicht angenommen.

## 6. Fazit

Der dritte Bericht zur Umsetzung des Landesprogramms zeigt ein sich weiter festigendes Bild des Landesprogramms und gleichsam eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Maßnahmen und Angebotsstrukturen. Neben der Kofinanzierung von Bundesprojekten sind mit den Landespräventionsprojekten, dem Fortbildungsprogramm und dem Interventionsfonds klare sowie eigenständige Konturen vorhanden. Der überwiegende Anteil der Projekte und Maßnahmen setzt im Bereich der Primärprävention an der Stärkung der demokratischen politischen Kultur im Land an. Aber auch im Bereich der Sekundär- und der Tertiärprävention ist das Landesprogramm aktiv und mit Angeboten bestrebt, Devianz zu begegnen.

Als bedeutsamste Erschwernis in den Berichtsjahren ist die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen gesellschaftlichen Auswirkungen eindeutig zu benennen. Einerseits führten die Kontaktbeschränkungen zu umfassenden Veränderungen der Arbeitsorganisation und zu Verschiebungen, Absagen sowie Veränderungen von Veranstaltungs- und sonstigen Begegnungsformaten. Andererseits zeigten sich neue gesellschaftliche und demokratierelevante Herausforderungen, die sich insbesondere in einem umfangreichen Protestgeschehen und dessen Folgeerscheinungen äußerten.

Die im Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport angesiedelte Regiestelle des Landesprogramms, das Landes-Demokratiezentrum, versucht eine möglichst umfassende Nutzung der Angebote und Möglichkeiten von Bundesprogrammen bei gleichzeitig guter Abstimmung mit bereits im Land bestehenden Maßnahmen und Strukturen sicherzustellen. 2020 begann zudem die zweite Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit neuen Modellprojekten und die dritte Förderperiode des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ mit v. a. bewährten Vereins- und Verbandsprojekten in Thüringen.

Das Landesprogramm hat mit den Partnerschaften für Demokratie in allen Kreisen und kreisfreien Städten eine etablierte kommunale Basis. Zahlreiche geförderte Projekte und Strukturen sind lokal bzw. regional aktiv oder auch thüringenweit mobil tätig, einige wie z. B. die wissenschaftliche Begleitung zeigen Ergebnisse, die über Thüringen hinausweisen. Viele Maßnahmen zielen auf die Beteiligung der gesamten Bevölkerung, wichtige Zielgruppen wie junge Menschen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Betroffene rechtsextremer Gewalt, Bürgerbündnisse, Vereine und Verbände sowie Schulen werden darüber hinaus mit jeweils passgenauen Angeboten angesprochen.

Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit beteiligte sich im Berichtszeitraum zudem mit einer Sonderausschreibung am Themenjahr Neun Jahrhunderte jüdisches Leben und förderte Projekte und Veranstaltungen, die thüringenweit jüdisches Leben und jüdische Kultur nachzeichnen sowie sich inhaltlich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen.

Das Landesprogramm ist eine gelungene Kooperation aus eigenständigen, landesspezifischen Elementen und der Mitwirkung an der bundesweiten Präventionsarbeit. Eine große Zahl von Maßnahmen der verschiedenen Ressorts der Landesregierung berühren auch die Handlungsfelder des Landesprogramms und leisten wertvolle Beiträge zur Festigung der demokratischen politischen Kultur.

Eine kontinuierliche Aufgabe der Regiestelle ist es, die Weiterentwicklung der Angebote in den Blick zu nehmen. Dabei ist die erneut vom Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena erstellte Expertise zu Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen ein nützliches Instrument. Ein fortgesetztes Engagement staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure wird entsprechend der vorgelegten Expertise auch zukünftig nötig sein, damit Krisen nicht von undemokratischen, illiberalen und menschenrechtsfeindlichen Kräften genutzt werden, um Grundwerte der Verfassung zu untergraben, Verschwörungsmythen und Fehlinformationen zu verbreiten und Minderheiten zu diskriminieren.

Die Arbeit an der demokratischen politischen Kultur in Thüringen ist eine beständige Aufgabe und benötigt weiterhin Aufmerksamkeit und Ressourcen. Das Landesprogramm ist zudem eine Verbindung zwischen Politik und Verwaltung einerseits und der aktiven demokratischen Zivilgesellschaft andererseits, um sich gemeinsam für eine demokratische, tolerante und welt-offene Gesellschaft in Thüringen einzusetzen.

## 7. Anhang

### Anhang A

Folgende Projekte sind im Rahmen der Projektförderung durch das Landesprogramm und das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt worden:

#### Förderung in 2020

Träger	Projekt	Landesmittel	Bundesmittel
Distanz, Distanzierungsarbeit, jugendkulturelle Bildung und Beratung e. V. Weimar	D-Netz: Netzwerke der Distanzierungsarbeit und Trainings mit rechtsextrem gefährdeten und - orientierten Jugendlichen	170.000,00 €	224.639,40 €
Drudel 11 e. V.	CLICK! Digitale Trainings zur Rechtsextremismusprävention	22.222,22 €	200.000,00 €
Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e. V.	#Kinderrechte digital leben!	15.478,72 €	139.308,45 €
Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar	Migrant*innen als Fachkräfte der Jugendarbeit: Qualifizierung, Empowerment, Bildungsangebote für den ländlichen Raum	20.000,00 €	200.000,00 €
Landesjugendring Thüringen e. V.	#Jugend prägt	22.222,23 €	200.000,00 €

#### Förderung in 2021

Träger	Projekt	Landesmittel	Bundesmittel
Distanz, Distanzierungsarbeit, jugendkulturelle Bildung und Beratung e. V. Weimar	D-Netz: Netzwerke der Distanzierungsarbeit und Trainings mit rechtsextrem gefährdeten und - orientierten Jugendlichen	170.000,00 €	200.000,00 €
Drudel 11 e. V. Jena	CLICK! Digitale Trainings zur Rechtsextremismusprävention	22.222,22 €	200.000,00 €
Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e. V.	#Kinderrechte digital leben!	13.448,94 €	121.040,49 €
Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar	Migrant*innen als Fachkräfte der Jugendarbeit: Qualifizierung, Empowerment, Bildungsangebote für den ländlichen Raum	20.000,00 €	200.000,00 €
Landesjugendring Thüringen e. V.	#Jugend prägt	22.222,23 €	200.000,00 €
LKJ Thüringen e. V.	„Vorsicht Demokratie	10.000,00 €	100.000,00 €

## Anhang B

Folgende Träger und Projekte sind im Rahmen der Projektförderung und des Interventionsfonds unterstützt worden:

### Förderung in 2020

Träger	Projekt	Landesmittel
ZWST	Perspektivwechsel - Praxisstelle	150.000,00 €
Naturfreunde Thüringen e. V.	Vorurteile über Bord - lebendige Methoden zur Prävention von Diskriminierung und Ausgrenzung	38.000,00 €
Diskurs e. V.	Dorfgespräche	45.180,00 €
Diakoniewerk Sonneberg	Demokratie Coach - Stark für unsere Region	37.052,41 €
DGB Bildungswerk Thüringen e. V.	CoRa - Contra Rassismus - Pro Migration und Asyl	142.600,90 €
Arbeit und Leben Thüringen e. V.	Nicht nur in Deutschland! Nur Hundert Jahre - Die Aktualität von Frauenwahlrecht und Frauenpolitik 2 Zugewanderte und ihre Emanzipationserfahrungen	40.489,77 €
Amadeu Antonio Stiftung / IDZ	Thüringer Melde- und Dokumentationsstelle für antisemitische Vorfälle	42.196,69 €
Thüringer Volkshochschulverband e. V.	Anpassung und Erprobung von Methoden und Materialien der politischen Bildung für Bildungsbenachteiligte in der Erwachsenenbildung im ländlich geprägten Raum Thüringens	41.721,54 €
Landvolkbildung Thüringen e. V.	Koffer der Erinnerungen	48.672,59 €
Bildungswerk ver.di Thüringen e. V.	Aktivrucksack MuTiK - Miteinander und Teilhabe in der Kita	56.396,25 €
Bildungswerk im Bistum Erfurt	Zuwanderer lernen jüdisches Leben in Thüringen kennen	29.478,29 €
Bildungswerk BLITZ e. V.	Demokratie_laden - Impulse für Courage und Mitbestimmung zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum	101.471,67 €
Bildungswerk Blitz e. V.	DemokratieCamp 2.0	44.957,40 €
Arbeit und Leben Thüringen e. V.	Prima Klima? Wandel! - Demokratie im Spannungsfeld zwischen Bewahrung des Lebensstandards, Gerechtigkeit und Erhalt der Lebensgrundlagen	15.246,84 €
VereinT Zukunft Bilden e. V.	Thüringen 20+. Demokratie lernen	166.666,67 €
Kindersprachbrücke Jena e. V.	Eltern stark gemacht - neue Räume der Begegnung und Teilhabe für Neuzugewanderte schaffen	70.412,85 €
Distanz e. V.	KIT - Kompetent Intervenieren im Team	25.786,00 €
Amadeu Antonio Stiftung	Schriftenreihe "Wissen schafft Demokratie"	1.377,85 €

## Förderung in 2021

Träger	Projekt	Landesmittel
ZWST	Perspektivwechsel - Praxisstelle	150.000,00 €
Naturfreunde Thüringen e. V.	Lebendige Bibliothek - Geschichte - Land - Begegnung	38.000,00 €
Diakoniewerk Sonneberg	FELD - Für Ehrenamt, Landkultur und Demokratie	28.400,00 €
DGB Bildungswerk Thüringen e. V.	CoRa - Contra Rassismus - Pro Migration und Asyl	142.639,90 €
Thüringer Volkshochschulverband e. V.	Fortführung des Projektes zur politische Bildung für Bildungsbenachteiligte in der Erwachsenenbildung im ländlichen Raum Thüringen - Schwerpunkt 2021: Vielfalt und Partizipation	35.728,55 €
Landvolkbildung Thüringen e. V.	Koffer der Erinnerungen - In der Praxis	20.142,85 €
Bildungswerk ver.di Thüringen e. V.	Aktivrucksack MuTiK - Miteinander und Teilhabe in der Kita	85.887,03 €
Bildungswerk BLITZ e. V.	Demokratie_laden - Werkstatt für demokratische Kultur im ländlichen Raum	111.179,54 €
Bildungswerk Blitz e. V.	DemokratieCamp - unterwegs!	43.002,40 €
Evangelische Akademie Thüringen	Forumtheater und politische Bildung. Workshop-Reihe für Multiplikator*innen in der Bildungsarbeit	2.659,25 €
Kindersprachbrücke Jena e. V.	Mit Haltung - strake Frauen, starke Gemeinschaft	83.022,90 €
Distanz e. V.	KIT - Kompetent Intervenieren im Team	35.794,07 €
Bildungswerk im Bistum Erfurt	Zuwanderer lernen jüdisches Leben in Thüringen kennen	22.500,00 €
Geschichtswerkstatt Jena e. V.	Es begann hier. Video-Dokumentation und Bildungsprojekt zu den Spuren und Folgend rechtsextremistischer Strukturen in Jena	19.000,00 €
goals connect e. V.	Be Part - nachhaltig teilhaben	17.216,16 €
L'amitié e. V.	Africa, we hear your voice 2.0 - Unterstützung und Empowerment für schwarze Klienten der Beratungsprojekte	12.989,02 €
AWO RV Mitte-West Thür. e. V.	BiPoC-Identitäten in Thüringen zelebrieren	18.779,00 €
Institut für Berufsbildung und Sozialmanagement gGmbH	Migrations-Map Thüringen - orientieren. finden. mitmachen. Umbenannt in: "Afeefa – Bunter Kompass für Thüringen"	51.541,93 €
LV der Sinti und Roma Romnokher Thüringen e. V.	Filmprojekt - Woher kommt der Antiziganismus?	23.850,00 €

Iberoamerica e. V.	Sichtbar engagiert - Migrantische Akteur*innen in der Antirassismusbearbeitung	32.542,68 €
Flüchtlingsrat Thüringen e. V.	Im eisernen Herzen Thüringens - Innenansichten aus Suhl	41.433,45 €
Landesnetzwerk der Migrant*innenorganisationen - MigraNetz Thüringen e. V.	Empowerment - Partizipation - Vernetzung	23.841,00 €
Spuren e. V.	Neun Monate, drei Systeme, Millionen von Schicksalen, Wie die Alltagsgeschichte Thüringens von Januar bis September 1945 und noch heute prägt	5.310,00 €

## Anhang C

Folgende Projekte sind im Rahmen der Projektförderung des Themenjahres „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ durch das Landesprogramm unterstützt worden:

### Förderung in 2020

Träger	Projekt	Landesmittel
Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e. V.	Judentum und jüdisches Leben in Thüringen zur DDR-Zeit	18.257,53 €
Verein zur Förderung der Demokratie und Weltoffenheit e. V. / Kloster Veßra	Südthüringen als Ort jüdischen Lebens	7.650,00 €
Kulturrat Thüringen e. V.	hier zuhause? - 900 Jahre jüdische Geschichte(n) in Thüringen	40.289,41 €
Imaginata e. V.	Augmented Reality - Sichtbarmachung jüdischer Perspektiven	13.590,00 €
B. M. Strupp-Stiftung	Lern- und Gedenkort "Jüdische Geschichte und Antisemitismus"	39.952,94 €
Bildung-Vereine e. V.	"Ich konnte nicht schreien, nur deshalb lebe ich noch" - Geboren in Auschwitz	32.033,25 €
Arbeit und Leben Thüringen e. V.	Couragiert gegen Antisemitismus	32.946,59 €
Förderverein für jüdisch-israelische Kultur in Thüringen e. V.	"Frag den Rabbi!" Was du immer schon von Jüdinnen und Juden wissen wolltest und nicht zu fragen wagtest	7.500,00 €

## Förderung in 2021

Träger	Projekt	Landesmittel
Evangelische Kirche in Mitteldeutschland	Vortragsreihe "Europäische Werte - Jüdisch-Christliche Wurzeln" im Themenjahr "Neun Jahrhunderte jüdisches Erbe und jüdisches Leben in Thüringen"	3.420,00 €
B. M. Strupp-Stiftung	Lern- und Gedenkort "Jüdische Geschichte und Antisemitismus"	12.068,46 €
Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e. V.	Judentum und jüdisches Leben in Thüringen zur DDR-Zeit	43.549,00 €
Bildung-Vereint e. V.	"Ich konnte nicht schreien, nur deshalb lebe ich noch" - Geboren in Auschwitz	67.471,20 €
Kulturrat Thüringen e. V.	hier zuhause? - 900 Jahre jüdische Geschichte(n) in Thüringen	68.705,94 €
Arbeit und Leben Thüringen e. V.	Couragiert gegen Antisemitismus	77.384,37 €
Verein zur Förderung der Demokratie und Weltoffenheit e. V. / Kloster Veßra	Südthüringen als Ort jüdischen Lebens	10.247,40 €
Arbeit und Leben Thüringen e. V.	Jüdinnen in der Arbeiterbewegung - Juden in der Arbeiterbewegung (Zwischen politischen Engagement und dem Vorwurf der Weltverschwörung)	46.416,44 €
Amadeu Antonio Stiftung	Antisemitismus heute: Erkenntnisse und Handlungsstrategien. Symposium und Informationskampagne	5.085,00 €
Geschichtswerkstatt Jena e. V.	Auf den Lebensspuren von Eduard Rosenthal - jüdisches Leben in Thüringen gestern und heute	59.000,00 €
Stiftung Schloss Friedenstein	Die Gothaer Synagoge lebt -- Vokabeln zur jüdischen Kultur	3.000,00 €
Kulturverein Villa K	Mit offenen Augen und Armen, Begegnung und Dialog, Jüdisches Leben in Schmalkalden	20.000,00 €
Verein zur Förderung des Instituts für Philosophie und Kulturgeschichte	Du sollst dir kein Bildnis machen - oder vielleicht doch? Stereotype über das Judentum quer durch die Jahrhunderte	39.600,00 €
MOBIT e. V.	Tagung "20 Jahre im Auftrag einer zivilen Gesellschaft. Für Demokratie - gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus"	5.850,00 €
KommPottPora e. V.	Jüdisches Leben in Gotha und Thüringen. Lebenswelten zwischen Ausgrenzung, Emanzipation und Verfolgung	33.012,00 €

## **TEIL B**

**Expertise „Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen“ des KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration**



Cynthia Möller · Matthias Koch · Johannes Streitberger  
Marius Miehke · Andreas Beelmann

# Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen

Rechtsextremismus und politische Entfremdung

Expertise für das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

September 2022

KomRex  
Zentrum für Rechtsextremismusforschung,  
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

FRIEDRICH-SCHILLER-  
UNIVERSITÄT  
JENA

 **KOMREX**



# Inhalt

1	Einleitung .....	7
2	Einstellungen der Thüringer Bevölkerung.....	8
2.1	Einstellungen zur Demokratie .....	8
2.2	Rechtsextreme Einstellungsmuster.....	14
2.3	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit .....	18
3	Neue Entwicklungen rechtsextremer Strukturen in Thüringen .....	24
3.1	Regionalisierung und Parzellierung rechtsextremer Strukturen in Thüringen.....	25
3.2	Formell organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen.....	27
3.3	Informell organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen .....	33
3.4	Angebotsstrukturen im sub- und jugendkulturellen Feld .....	36
3.5	Fazit: Keine Erosion rechtsextremer Strukturen und der Problemfall AfD .....	40
4	Sekundäre Viktimisierung und Gefährdung der demokratischen Kultur .....	44
5	Reaktionen auf die Corona-Pandemie: Narrative und Einstellungen.....	46
5.1	Einstellungen der Bevölkerung zur Corona-Pandemie .....	47
5.2	Narrative auf Demonstrationen gegen Pandemiemaßnahmen.....	49
6	„Dammbruch“ 2020 in Thüringen: Ein Beispiel für die Demokratiegefährdung durch die AfD.....	65
7	Analyse der Wahlergebnisse .....	70
8	Zusammenfassendes Fazit .....	79
	Literatur .....	81

# Abbildungen

Abb. 1: Demokratieverständnis der Thüringer*innen (Antwortmöglichkeit „sehr wichtig“ in Prozent, Reiser et al. 2021, 22).....	9
Abb. 2: Selbstwirksamkeit und Responsivität 2001-2021 (in Prozent, Reiser et al. 2021, 28).....	11
Abb. 3: Institutionenvertrauen (in Prozent, Reiser et al. 2021, 31) .....	12
Abb. 4: Demokratietypen 2001-2021 (in Prozent, Reiser et. al 2021, 38) .....	14
Abb. 5: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001-2021 (in Prozent, Reiser et al., 80).....	17
Abb. 6: Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus und Corona-Verschwörungsdanken (in Prozent, Reiser et al. 2020: 9) .....	22
Abb. 7: Zweit- bzw. Parteistimmen rechtsextremer Kleinparteien und der AfD in Thüringen bei landesweiten Wahlen seit 2013 (in Prozent).....	28
Abb. 8: Gedicht zum Volkstrauertag (Gedicht im Ausschnitt).....	32
Abb. 9: Verharmlosung des Holocausts im Telegram-Kanal von Freies Thüringen (Ausschnitt) .....	35
Abb. 10: Grundvorstellungen des Vaterländischen Hilfsdienstes .....	39
Abb. 11: „Einschätzung der Befragten bezüglich der Anerkennung des politischen Motivs der Tat durch die Polizei (N=32) in Prozent“ (Quent et al. 2014, 28).....	45
Abb. 12: „Vertrauen in die Polizei bei Opfern rechter Gewalt und der Thüringer Bevölkerung im Vergleich in Prozent“ (Quent et al. 2014, 47). .....	45
Abb. 13: Prozentpunkte, um die die abgebildeten Antwortmöglichkeiten zum Institutionenvertrauen („Vertrauen in:“) bei den Befragten Opfern öfter gewählt wurde als bei den Befragten der THÜRINGEN-MONITORE 2013 und 2021. ....	45
Abb. 14: Thematische Netzwerkvisualisierung (Themenfelder abgekürzt).....	52
Abb. 15: Verhältnis zwischen Wahlbeteiligung und AfD-Zweitstimmen .....	72
Abb. 16: Bivariate Darstellung – AfD-Zweitstimmen Bundestagswahl 2021/Rechtsextremistische Einstellungen in Prozent. ....	73
Abb. 17: Rechtsextreme-, ethnozentrische Einstellungen und AfD-Zweitstimmen in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Prozentuale Abweichung vom jeweiligen thüringischen Mittelwert. Daten: Wahlleiter Thüringen und THÜRINGEN-MONITOR.....	75
Abb. 19: Vergleich der Entwicklung der Wahlergebnisse rechtsextremer Kleinparteien und der AfD zu rechtsextremen Einstellungen in Thüringen (jeweils in Prozent).....	76

## Tabellen

Tab. 1: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen (in Prozent, Reiser et al., 79) .....	15
Tab. 2: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2015-2021 .....	19
Tab. 3: Ergebnisse der NPD in Thüringen bei den letzten landesweiten Wahlen.....	29
Tab. 4: Wahlergebnisse in Kloster Veßra für ausgewählte Parteien bzw. Personen.....	30
Tab. 5: Extrem und neu rechte Organisationen und Gruppierungen in Thüringen .....	42
Tab. 6: Einordnung der Themenfelder in die Bewertungskategorien.....	51
Tab. 7: Beispiele für fließende Übergänge bei Themenfeldern .....	51
Tab. 8: Bei den untersuchten Demonstrationen angesprochene Themenfelder .....	57
Tab. 9: Entwicklung AfD-Stimmverteilung in Thüringen (Bundestagswahlen).....	72



# 1 Einleitung

Die vorliegende Gefährdungsanalyse ist nach 2010, 2016 und 2020 (Edinger 2010; Quent et al. 2016; Michelsen et al. 2020) die nunmehr vierte Zusammenstellung von Daten und Befunden zu Einstellungen, Aktivitäten und Ereignissen im Freistaat Thüringen, die die demokratische Kultur gefährden oder gefährden können. Anders als bei den letzten Gefährdungsanalysen waren die vergangenen zwei Jahre stark durch die Corona-Pandemie und zuletzt dem Ukraine-Krieg sowie den damit zusammenhängenden Folgen für die deutsche Gesellschaft geprägt. Noch ist es jedoch zu früh über diese Folgen für die demokratische Kultur im Freistaat und darüber hinaus Prognosen abzugeben. Der Umgang mit und die Ereignisse um die Corona-Pandemie machen aber sehr deutlich, dass gesellschaftliche Krisen von populistischen und extremistischen Gruppen und Gruppierungen aufgenommen und vereinnahmt werden, um ihren Einfluss auf die Bevölkerung zu vergrößern. Die Analysen in diesem Bericht zeigen, dass es diesen Bewegungen vielfach nicht um das Recht auf freie Meinungsäußerung geht, sondern stets die mehr oder weniger offene Infragestellung humanitärer und demokratischer Werte mitschwingt. Individuelle und gesellschaftliche Krisen bergen stets das Risiko undemokratische, illiberale Einstellungen, Bewegungen und Aktivitäten zu akzentuieren. Insofern ist es notwendig, jeweils aktuell über die Verhältnisse im Freistaat und darüber hinaus informiert zu sein. Dazu soll der vorliegende Bericht beitragen.

Der Rechtsextremismus ist nach wie vor und auch ohne das aktuelle Krisengeschehen die größte Herausforderung des demokratischen Verfassungsstaates. Die in diesem Bericht zusammengestellten Daten und Analysen sowie die bundesweiten Umfragen (Decker et al. 2020a; Zick/Küpper 2021) und Officialstatistiken zur politisch motivierten Kriminalität (Bundeskriminalamt 2021; Bundesamt für Verfassungsschutz 2022) machen dies deutlich, insbesondere im Hinblick auf schwere Straftaten. Der vorliegende Bericht stellt Daten und Befunden aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Erhebungen und Quellen zusammen, die über die Gefährdungslage im Freistaat Thüringen informieren. Es werden ausgewählte Ergebnisse der letzten THÜRINGEN-MONITORE (Kap. 2) sowie die Aktivitäten von alten und neuen rechtsextremen Gruppen und Strukturen in Thüringen aus den Topographie-Berichten (Kap. 3) präsentiert. Die Daten zeigen durchaus positive Entwicklungen in den Einstellungsmustern von Thüringerinnen und Thüringern (z.B. hohe Demokratieunterstützung, sinkende Befürwortung alternativer Gesellschaftsordnungen) sowie einen Einflussverlust und die Regionalisierung von rechtsextremistischen Gruppen jenseits der parlamentarischen Aktivitäten der völkisch-nationalistischen AfD. Zugleich war jedoch zu beobachten, dass die Corona-Pandemie und das damit verbundene Demonstrationsgeschehen zu einer Revitalisierung der rechtsextremen Szene beigetragen hat. Überhaupt ließ sich feststellen, dass die Krise bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung zu einem stärkeren Misstrauen in staatliche Organe geführt hat, ohne dass die Demokratie als solche aktiv abgelehnt wird (Kap. 5). Die parlamentarischen Ereignisse rund um die Ministerpräsidentenwahl 2020 (Kap. 6) und die Analyse von Ergebnissen der Bundestagswahl 2021 in Thüringen mit speziellem Fokus auf die Ergebnisse der Thüringer AfD (Kap. 7) beschließen den vorliegenden Bericht. Sie zeigen, dass nach wie vor von völkisch-rechtsextremen Gedanken und Äußerungen eine erhebliche Gefährdung der demokratischen Kultur im Freistaat ausgeht. Es bleibt eine kontinuierliche Aufgabe von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, sich aktiv für die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen.

## 2 Einstellungen der Thüringer Bevölkerung

Die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITOR (TM) informieren seit seiner ersten Auflage im Jahr 2001 über aktuellen politische Einstellungsmuster und Einschätzungen der Thüringer\*innen. Der TM bietet somit die Möglichkeit, die gegenwärtige Verfasstheit der demokratischen Kultur in Thüringen auf empirischem Wege festzustellen. Eine solche Forschung ist angesichts des von der Corona-Pandemie ausgehenden Stresstests für die Demokratie (Gusy 2021) notwendiger denn je. Sie gibt unter anderem Auskunft darüber, wie sich die politischen Einstellungen der Thüringer\*innen in den letzten Jahren unter dem Einfluss der Corona-Krise veränderten. Sie beantwortet Fragen, an denen sich die demokratische Kultur messen lässt: Verstehen sich die Bürger\*innen als Subjekte im politischen Prozess? Akzeptieren sie die demokratischen Entscheidungsverfahren, befürworten sie die gewaltfreie politische Kommunikation und Interessenartikulation? Anerkennen sie einen gesellschaftlichen und politischen Pluralismus (Edinger 2010)? Nicht zuletzt macht der THÜRINGEN-MONITOR deutlich, dass rechtsextreme Einstellungsmuster, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die sich radikalisierte Szene der Corona-Skeptiker\*innen (weiterhin) die demokratische Kultur und Gesellschaft bedrohen. Zusätzliche Relevanz gewinnt diese Meinungsforschung dadurch, weil sie ermöglicht, gewisse Rückschlüsse auf die Bereitschaft für bestimmte Verhaltensweisen (z.B. rechtsextreme Parteien zu wählen) zu ziehen (Michelsen et al. 2020, 8).

### 2.1 Einstellungen zur Demokratie

#### Demokratieverständnis der Thüringer\*innen

Eine demokratische Kultur „bedarf (...) der alltäglichen Praxis und der beständigen Erneuerung“ (Edinger 2010, 5). Entscheidend ist dabei, was Menschen eigentlich unter Demokratie verstehen. Demokratie ist ein „multidimensionales Konzept“ (Ferrín/Kriesi 2016b, 3), das in der Geschichte nicht nur verschieden aufgefasst und ausgelegt wurde, sondern auch unterschiedlichste Ausprägungen annahm (Vorländer 2010). Die Vorstellungen, was den Wesenskern der Demokratie ausmache, gehen also seit jeher auseinander. Sie beeinflussen aber, ob die Demokratie unterstützt oder abgelehnt wird und wie man an ihr partizipiert (Canache 2012). Deshalb erhob der THÜRINGEN-MONITOR 2021 nicht nur wie üblich die Einstellungen zur Demokratie, sondern auch welches Verständnis von Demokratie Thüringer\*innen haben. Außerdem untersuchte er, wie die Corona-Pandemie diese Einstellungen und Vorstellungen beeinflusste (Reiser et al. 2021, 3, 16).

Der THÜRINGEN-MONITOR 2021 trug den vielfältigen Demokratiekonzeptionen Rechnung. Er näherte sich dem Demokratieverständnis der Thüringer\*innen mit einer Kombination aus einer offenen und mehreren geschlossenen Fragen. Dabei identifizierte die offene Frage, was die Befragten ungefiltert für das wichtigste Merkmal der Demokratie hielten. Hingegen erfassten die geschlossenen Fragen, für wie wichtig Thüringer\*innen bestimmte aus Ferrín/Kriesi (2016a) abgeleitete Attribute der Demokratie hielten (Reiser et al. 2021, 17).

Freiheitsrechte und Partizipation waren für die Thüringer\*innen die zwei bedeutendsten Merkmale der Demokratie. Dabei stellte sich ein Alterseffekt ein: Während Ältere die Freiheitsdimension hochhielten, identifizierten Jüngere häufiger Teilhabe als wichtigstes Merkmal und bestätigten damit die These vom Wertewandel (Inglehart 1997). Weitaus weniger fielen bei der offenen Frage Begriffe, die sich unter den Oberbegriffen Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit subsumieren ließen. Noch seltener war dies der Fall bei den beiden Kategorien Pluralismus & Minderheitenschutz und Elemente der sozialen Dimension der Demokratie. Zudem nannte jeder Zehnte Attribute wie Frieden o.ä., die der Kategorie Sonstiges zugeordnet wurden. 14 % der

Befragten konnten mit ihren eigenen Worten kein für sie wesentliches Merkmal der Demokratie definieren (Reiser et al. 2021, 18ff.). Auch wenn die assoziative Abfrage in Form einer offenen Frage nicht gerade niedrighschwellig ist, offenbarte dieses Antwortverhalten doch gewisse Defizite bei der politischen Bildung der Thüringer\*innen.

Die überwiegende Mehrheit der Thüringer\*innen teilte im Jahr 2021 „ein weites und facettenreiches Demokratieverständnis“ (ebd., 110), das in großen Teilen mit dem Demokratieverständnis der Europäer\*innen übereinstimmte (Ceka/Magalhães 2016). Die Auswertung der geschlossenen Abfrage einzelner Attribute der Demokratie ergab, dass mindestens zwei Drittel der Befragten beinahe alle erhobenen Facetten der Demokratie als „sehr wichtig“ einstufte. Im Schnitt wurden 10 der 14 abgefragten Aspekte als „sehr wichtig“ bewertet. Wie in Abb. 1 zu sehen ist, war den Thüringer\*innen die politische Gleichheit am wichtigsten, gefolgt von der Chancengleichheit und der Responsivität. Etwas über 80 % der Befragten erachteten es als sehr wichtig, dass sich Politiker\*innen über die Wünsche der Bürger\*innen informieren und ihnen ihre Entscheidungen erklären. Ob sich die konkrete Politik auch an ihren Wünschen ausrichtet, war für einen etwas geringeren Anteil der Befragten (71 %) wichtig. Jeweils mehr als drei Viertel befanden Inklusivität, Meinungsfreiheit und freie Wahlen als sehr wichtig (Reiser et al. 2021, 20f.).

Das breite Demokratieverständnis der Thüringer\*innen zeigte sich vor allem darin, dass soziale Gerechtigkeit und Deliberation für nicht weniger oder nur kaum weniger wichtig eingeschätzt wurden als der Kern des liberalen Demokratiemodells. Gerade Menschen mit niedriger formaler Bildung und (Ost-)Deprivation maßen der sozialen Dimension der Demokratie eine hohe Bedeutung bei. Demgegenüber fielen andere über die Kerndefinition hinausgehende Elemente wie Active Citizenship, deskriptive Repräsentation und horizontale Gewaltenteilung ab. Sie spielten für die Thüringer\*innen nur eine untergeordnete Rolle (ebd., 21ff.).

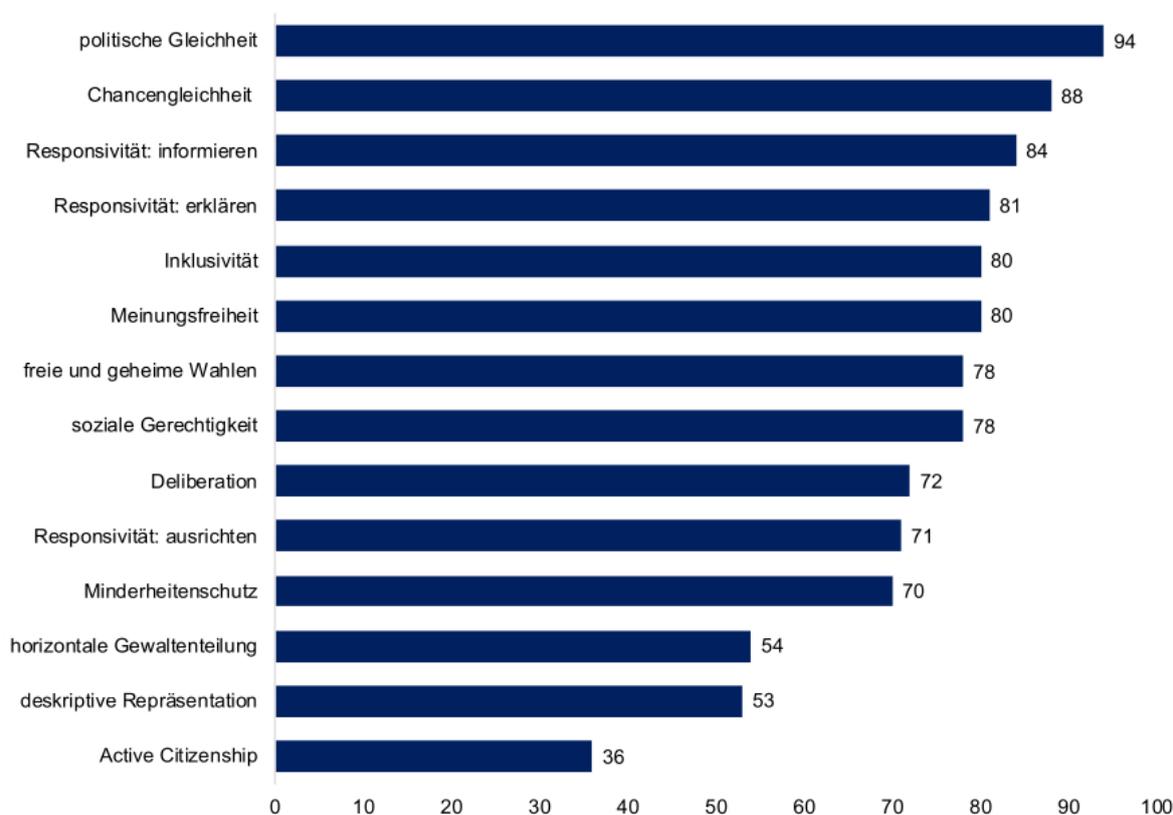


Abb. 1: Demokratieverständnis der Thüringer\*innen (Antwortmöglichkeit „sehr wichtig“ in Prozent, Reiser et al. 2021, 22)

### Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung

Die grundsätzliche Demokratieunterstützung war in Thüringen im Jahr 2021 trotz Corona-Krise ungebrochen hoch. Der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsformen“ stimmten 89 % der Thüringer\*innen zu. Nachdem im Vorjahr ein leichter Rückgang um drei Prozentpunkte zu verzeichnen gewesen war, stieg die Zustimmung wieder leicht an und lag 2021 nur minimal hinter dem bisherigen Rekordwert von 90 % aus dem Jahr 2019. Die Pandemie hatte also trotz aller Befürchtungen keinen negativen Einfluss auf die längerfristige Befürwortung der Idee und Herrschaftsform Demokratie (Reiser et al. 2020, 59, 2021, 25f.).

Demgegenüber ging die Demokratiezufriedenheit leicht zurück. Sie ist mit dem theoretischen Konzept der Demokratieunterstützung zwar verwandt, aber nicht identisch (Easton 1975). Die Frage nach der Zufriedenheit „mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“, zielt stärker darauf, wie die aktuelle demokratische Praxis konkret bewertet wird. Entsprechend ist sie anfälliger für kurzfristige und tagespolitische Entwicklungen. Traditionell ist dieser Wert geringer ausgeprägt. Im Jahr 2020 hatte die Zufriedenheit mit der Demokratie ihren bisherigen Höchstwert erreicht und im Folgejahr kam es zu einem leichten Rückgang auf 65 %. Rund zwei Drittel der Thüringer\*innen waren also 2021 weiterhin zufrieden mit der gegenwärtigen demokratischen Praxis (Reiser et al. 2020, 59, 2021, 26) – trotz der Corona-Krise und ihren Begleiterscheinungen wie der Kritik am staatlichen Pandemiemanagement, den Warnungen der Corona-Skeptiker\*innen vor einer angeblichen „Corona-Diktatur“ oder wissenschaftlichen Befürchtungen einer Entparlamentarisierung oder Entdemokratisierung (u.a. Merkel 2020; Reiser et al. 2020, 59, 2021, 26; Römmele 2021).

Mit der Demokratie eher zufrieden waren Menschen, die ihre individuelle ökonomische Lage als gut einschätzten, der Bundesregierung und dem Rechtsstaat hohes Vertrauen entgegenbrachten und die Corona-Politik auf Bundes- und Landesebene goutierten. Negativ wirkten das Gefühl, als Ostdeutsche benachteiligt zu werden, und der Eindruck, keinen Einfluss auf das Handeln der Regierung zu haben (externe politische Selbstwirksamkeit). Keinen signifikanten Effekt hingegen hatte die Corona-Skepsis (Reiser et al. 2020, 60, 2021, 27).

Um herauszufinden, in welcher Verfassung die demokratische Kultur in Thüringen ist, lohnt es einen Blick darauf zu werfen, wie Thüringer\*innen ihre politische Selbstwirksamkeit und die Responsivität des politischen Systems einschätzen (Rosa 2016; Buchstein 2018). Grundsätzlich ließ sich in den letzten zwei Jahren hierbei ein positiv zu bewertender Trend beobachten, der jedoch gleichzeitig klare Defizite offenlegte. Aus der Abb. 2 geht hervor, dass sich die Einschätzung der individuellen politischen Selbstwirksamkeit weiterhin im Aufwind befand. 82 % der Thüringer\*innen hatten im Jahr 2021 den Eindruck, sie können „politische Fragen gut verstehen und einschätzen“. Damit erreichte die interne politische Selbstwirksamkeit ihren bisherigen Spitzenwert. Ähnlich sah es bei der Einschätzung der externen politischen Selbstwirksamkeit aus: Etwas mehr als ein Drittel der Thüringer\*innen glaubte, dass sie das Regierungshandeln beeinflussen können. Schlechter bestellt war es allerdings um die wahrgenommene Responsivität, obwohl auch hier positiv zu bewertende Entwicklungen ausgemacht werden konnten. Die Einschätzung, dass das politische System responsiv sei, erhöhte sich im Vergleich zum Jahr 2020 um zwei Prozentpunkte. Sie lag damit im Jahr 2021 auf dem bisher zweithöchsten Wert. Auch die Parteienverdrossenheit setzte ihren im Jahr 2018 begonnenen Abwärtstrend fort und erreichte im Jahr 2021 69 %. Diese Werte geben aber weiterhin Grund zur Sorge: Eine klare Mehrheit der Thüringer\*innen vertrat die Auffassung, dass ihre Anliegen „nicht mehr wirksam vertreten“ würden und Parteien nur in ihrem eigenen Interesse handelten (Reiser et al. 2020, 62, 2021, 27f.).

Das Vertrauen in die Kerninstitutionen der Demokratie driftete im Jahr 2021 auseinander. Das Vertrauen der Thüringer\*innen in die Polizei blieb auf hohem Niveau stabil (72 %) und jenes in die Gerichte erhöhte sich sogar leicht um zwei Prozentpunkte auf 59 %. Allerdings fiel das Vertrauen in die Bundesregierung und Thüringer Landesregierung wieder ab, nachdem es in den letzten Jahren rasant gestiegen war. Dieser Anstieg war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass in Krisen wie der Corona-Pandemie generell die Stunde der Exekutive schlägt. Dieser Effekt ließ im Jahr 2021 wieder nach: Der Vertrauenswert für die Landesregierung sank unter die Mehrheitsschwelle auf 45 % und nur noch 37 % der Thüringer\*innen vertrauten der Bundesregierung. Da diese Zahlen grundsätzlich volatiler Natur und niedriger sind, ist ein solcher Rückgang nicht ungewöhnlich. Vergleicht man sie mit den bisherigen Messwerten, gehören sie noch immer zu den Spitzenwerten. Somit ist in dieser Perspektive „keine Vertrauenskrise in die staatlichen Institutionen zu erkennen“ (Reiser et al. 2020, 64f., 2021, 30). Gleichwohl zeigen die Werte in Abb. 3, dass mehr als ein Drittel der Thüringer\*innen im Jahr 2021 zwei der höchsten Institutionen des Landes und der Bundesrepublik misstraute. Ob aus einem solchem Befund zwangsläufig eine Gefährdung für die demokratische Kultur abgelesen werden kann, darüber ist sich die Sozialwissenschaft jedoch nicht einig. Schließlich ist Misstrauen eine „ambivalente Ressource liberaler Demokratien“ (Batzler/Michelsen 2022). Die Corona-Krise wirkte sich auf die Vertrauenswerte negativ aus. Alle mit der Pandemiebewältigung befassten Institutionen verzeichneten rückläufige Vertrauenswerte. Neben den Regierungen traf dieser Rückgang auch das RKI, dem statt 13 % im Jahr 2021 nur noch 8 % der Thüringer\*innen vertrauten. Diesen Eindruck bestätigte auch die um neun Prozentpunkte zurückgegangene Zustimmung (2021: 61 %) zur Aussage „Wichtige Entscheidungen in einer Demokratie sollten besser von unabhängigen Experten als von gewählten Politikern getroffen werden“ (Reiser et al. 2020, 64ff., 2021, 29ff.).

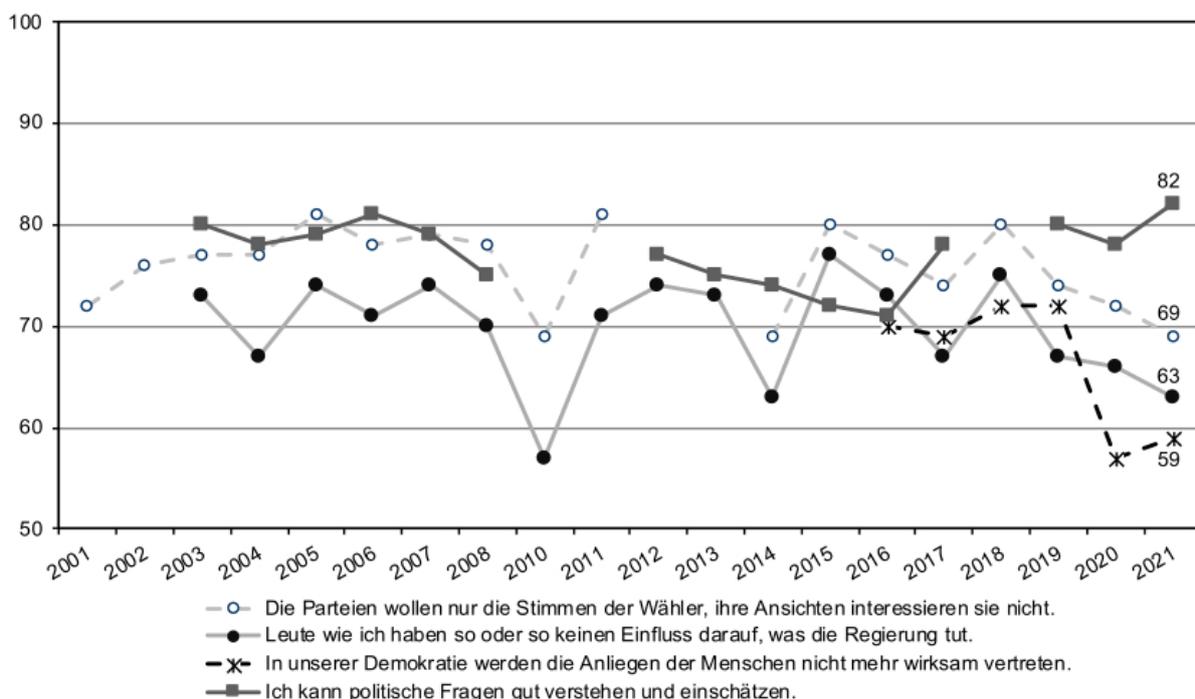


Abb. 2: Selbstwirksamkeit und Responsivität 2001-2021 (in Prozent, Reiser et al. 2021, 28)

## Partizipation

Eine demokratische Kultur kennzeichnet, dass möglichst viele Bürger\*innen sich an ihr aktiv beteiligen und ihre politischen Interessen artikulieren sowie Entscheidungen dialog- und konsensorientiert getroffen werden. Sie darf nicht zu einer „Zuschauerdemokratie“ (Wassermann 1989) verkommen, bei der sich Bürger\*innen „aus dem politischen Leben zurückziehen und bei periodischen Wahlen nur noch als Punktrichter Noten für die politischen Repräsentanten verteilen“ (Edinger 2010, 7). Gleichwohl sollte eingeschränkt werden, dass das Modell des „Aktivbürgers“ ein normatives Optimum darstellt. Das Fundament einer starken demokratischen Zivilgesellschaft ist noch breiter. Sie stützt sich neben dem „reflektierten Zuschauer“ vor allem auf eine im besten Fall große Zahl von „interventionsfähigen“ Bürger\*innen, die bereit und fähig sind, sich in den politischen Prozess einzubringen, wenn sie es für notwendig erachten (Ackermann 1999; Himmelmann 2001).

Die Corona-Pandemie wirkte sich negativ auf die politische Partizipation der Thüringer\*innen aus. Einzelne Maßnahmen zur Bekämpfung des Infektionsgeschehens brachten auch Einschränkungen für die Freiheits- und Grundrechte mit sich. Menschen, die sich wegen Covid-19 um ihre Gesundheit sorgten, beteiligten sich politisch weniger. Nachdem im Jahr 2020 die politische Partizipation im Durchschnitt sehr deutlich um 9 Prozentpunkte zurückgegangen war, kam es aber 2021 zu einem gewissen Erholungseffekt: Das abgefragte Teilhabepotential und dessen praktische Umsetzung stiegen im Mittel wieder um 6 Prozentpunkte an. In einer Partei mitzuarbeiten, blieb weiterhin die unbeliebteste Beteiligungsform. Am anderen Ende der Beliebtheitsskala befand sich der langjährige Spitzenreiter: die Unterschriftensammlung (Reiser et al. 2020, 67f., 2021, 39f.).

Insbesondere bei der digitalen Partizipation ergaben sich sehr große Defizite. Lediglich 9 % der Thüringer\*innen gaben an, ihre Meinung zu einem politischen Thema online geäußert zu haben oder sich dies vorstellen zu können. Die übergroße Mehrheit (82 %) schloss beides hingegen

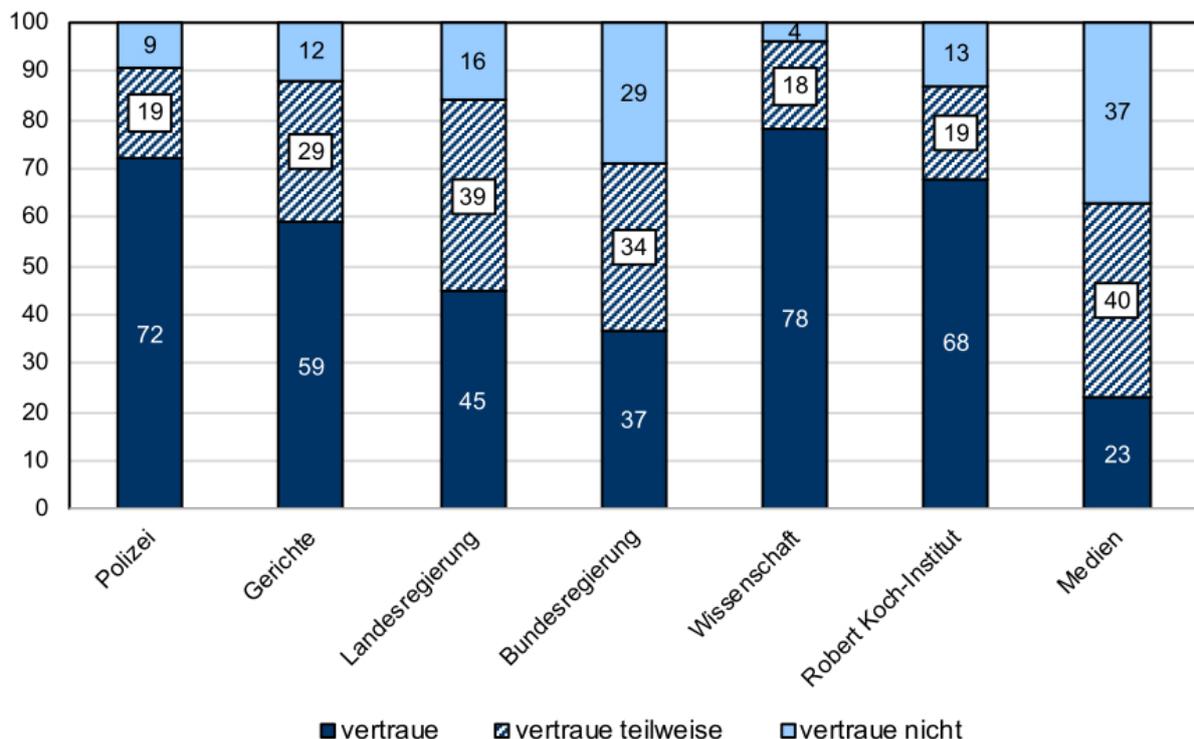


Abb. 3: Institutionenvertrauen (in Prozent, Reiser et al. 2021, 31)

aus. Junge Menschen tendierten zwar eher zur Meinungsäußerung im Digitalen, jedoch lehnten auch 59 % der 18-24-Jährigen und unter den 25-34-Jährigen 65 % diese Beteiligungsform ab. Von den über 60-Jährigen gaben lediglich 2 % an, sich schon einmal online politisch positioniert zu haben, und nur 5 % sahen darin eine mögliche Teilhabeoption. Allein mit Blick auf diesen Alterseffekt wird deutlich, dass das Meinungsbild in den digitalen Kommentarspalten mitnichten die Einstellungen und Haltungen in der Bevölkerung widerspiegelt (ebd., 41).

Dabei bietet der digitale Raum, gerade unter Bedingungen der Pandemie, vielfältiges Potential für die demokratische Kultur. Er hält aber auch Herausforderungen bereit (Steinicke/Witt 2021). Um die demokratische Teilhabe und Diskurskultur im Digitalen zu stärken, braucht es eine Reihe von Initiativen: Unter anderem müssen die Medienbildung und die digitale Zivilgesellschaft gestärkt (Rasmussen 2019) und digitale Barrieren abgebaut werden (Peter/Lühr 2021). Es bedarf wirksamer Strategien, um (rechtsextremen) Hass im Netz zurückzudrängen (u.a. Fielitz/Schwarz 2020). Auch müssen Antworten auf die grundsätzliche soziale Selektivität der politischen Partizipation gefunden werden. Beteiligten sich doch politisch vor allem eher jüngere, erwerbstätige und höher gebildete Männer, die sich für Politik interessieren, mit einer Partei identifizieren und glauben, sie hätten Einfluss auf das Handeln der Regierung (Reiser et al. 2021, 45).

### **Alternative Demokratiemodelle und Gesellschaftsordnungen**

Wie zufrieden Thüringer\*innen mit der aktuellen Praxis der Demokratie sind, lässt sich auch über die Abfrage ermitteln, wie sie zu alternativen demokratischen Modellen und Gesellschaftsordnungen stehen. Menschen bevorzugen eher ein alternatives Demokratiekonzept wie die Technokratie, direkte Demokratie oder deliberative Demokratie, wenn sie damit unzufrieden sind, wie die Demokratie gegenwärtig funktioniert. Beinahe zwei Drittel der Menschen in Thüringen befürworteten im Jahr 2021, dass „das Volk, und nicht die Politiker, (...) die wichtigsten Entscheidungen treffen“ sollte. Dieser Aussage stimmten nicht nur eher Unzufriedene mit der Demokratiepraxis zu, die immerhin ein Drittel der Thüringer Bevölkerung ausmachten, sondern auch jene Thüringer\*innen, die ihre politische Selbstwirksamkeit als gering einschätzten. Die Präferenz für direkte Demokratie stieg, je niedriger das Einkommen der Menschen war. Ärmere hatten den Eindruck, ihre Bedürfnisse werden nicht gehört und die Politik kümmere sich nicht um ihre Wünsche (ebd., 33f.).

Dies befördert die politische Entfremdung von sozioökonomisch Abgehängten und macht sie empfänglich für den Rechtspopulismus (ebd., 87), woraus eine Gefährdung für die demokratische Kultur erwächst. Die politischen Entscheidungsträger\*innen müssen also auf das weitere Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich Antworten finden. Die Herausforderungen werden dabei gegenwärtig nicht kleiner. Zu den sozial ungleich verteilten ökonomischen Lasten der Corona-Krise gesellen sich, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Jahr 2022, massiv ansteigende Energiepreise und die Inflation (Statistisches Bundesamt 2022), die das „soziale Band“ (Bedorf/Herrmann 2016) weiter unter Spannung setzen werden.

Die Zustimmung zu alternativen Gesellschaftsordnungen setzte im Jahr 2021 ihren Abwärtstrend fort. Im Schnitt fiel sie erneut um mehr als vier Prozentpunkte. Dies bekräftigte indirekt die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie. So meinten beispielweise nur noch 13 % der Thüringer\*innen, „im nationalen Interesse“ sei „unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“. Im Vergleich dazu lag dieser Wert zum Zeitpunkt der letzten Gefährdungsanalyse noch bei 26 %. Eine mögliche Ursache ist, dass durch den Topos der „Corona-

Diktatur“ eine weitere negative Bedeutungsebene mit der Diktatur verknüpft wurde. Noch bemerkenswerter war der Rückgang bei der Zustimmung für den Nationalsozialismus, der vom bisherigen Maximalwert von 26 % im Jahr 2019 auf 11 % im Jahr 2021 fiel. Auch nahm die Zustimmung dafür ab, dass die „DDR (...) mehr gute als schlechte Seiten“ gehabt habe. Während dies in den 2000er-Jahren im Mittel noch über 50 % der Thüringer\*innen befürwortet hatten, lag der Wert im Jahr 2021 nur noch bei 37 % (Reiser et al. 2021, 37f.).

Angesichts dieser Entwicklungen ging auch der Anteil von Demokratie-Skeptiker\*innen und Antidemokrat\*innen im Jahr 2021 auf 11 % weiter zurück. Abb. 4 zeigt, dass deren Anteil in den 2000er-Jahren noch bei knapp einem Fünftel gelegen hatte und sich in den letzten Jahren bei rund 10 % einpegelte. Skeptisch gegenüber der Demokratie sind jene, die die Demokratie als Staatsidee ablehnen, aber doch zufrieden mit der aktuellen politischen Praxis sind. Antidemokrat\*innen hingegen lehnen die demokratische Idee als auch die gegenwärtige Demokratiepraxis ab. Unter ihnen befanden sich bei der Befragung 2021 häufig Menschen, die sich als Ostdeutsche benachteiligt fühlten und das Gefühl hatten, sie hätten keinen Einfluss auf die Politik. Auffällig war zudem, dass über die Hälfte der antidemokratisch eingestellten Personen über 60 Jahre alt war. Dagegen stand jedoch eine klare Mehrheit von Befürworter\*innen der Demokratie: Beinahe zwei Drittel der Thüringer\*innen waren im Jahr 2021 zufriedene Demokrat\*innen und 27 % unzufriedene Demokrat\*innen (ebd., 38f.).

## 2.2 Rechtsextreme Einstellungsmuster

In den letzten zwei Jahren setzte sich ein positiv zu bewertender Abwärtstrend fort: Immer weniger Thüringer\*innen stimmten den Aussagen zu, mit denen der THÜRINGEN-MONITOR rechtsextreme Einstellungen misst. Diese Aussagen wurden auf Basis der in der Wissenschaft etablierten (Minimal-)Konsensdefinition konzipiert. Sie erfassen Vorstellungen der Ungleichwertigkeit, die sich im Sozialen durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen äußern und im Politischen in chauvinistischen Einstellungen, NS-Verharm-

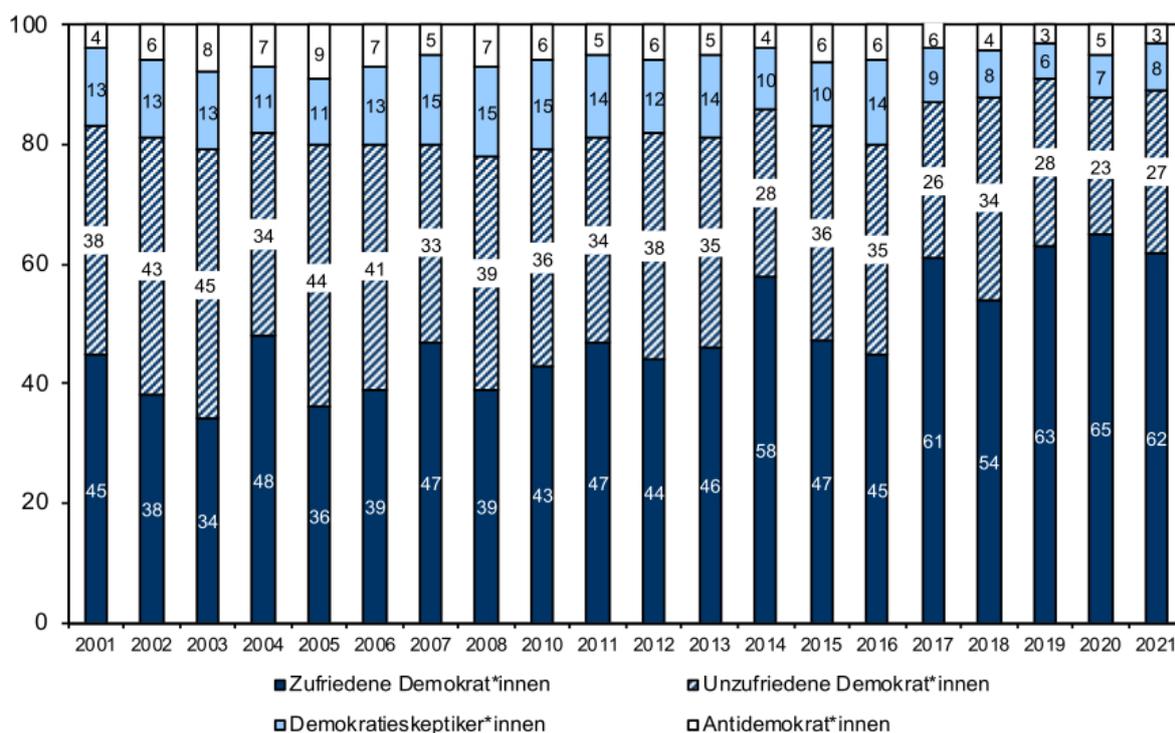


Abb. 4: Demokratietypen 2001-2021 (in Prozent, Reiser et. al 2021, 38)

losung und einer Affinität zu diktatorischen Regierungsformen ihren Ausdruck finden (Decker/Brähler 2006, 20). Diese sechs Facetten hängen wiederum unterschiedlich stark miteinander zusammen und lassen sich deshalb unter die zwei Dimensionen Ethnozentrismus und Neonationalsozialismus subsumieren (Best 2018, 107). Wer allen zehn ethnozentrischen und neonationalsozialistischen Aussagen im Durchschnitt überwiegend zustimmt bzw. mehr Aussagen befürwortet als ablehnt, den bewertet der THÜRINGEN-MONITOR als rechtsextrem eingestellt. Somit werden Verzerrungen durch kurzfristig wirkende Einflüsse und Fremddimensionen minimiert. Außerdem ermöglicht der THÜRINGEN-MONITOR, die langfristige Entwicklung der rechtsextremen Einstellungen zu beobachten, da er seit 2001 mit unveränderten Aussagen und Antwortkategorien arbeitet (Reiser et al. 2020, 69f., 72f., 2021, 75f.).

Im Vergleich zur vorherigen Gefährdungsanalyse, die mit Daten aus den Jahren 2018 und 2019 arbeitete, gingen die Zustimmungswerte zum Teil erheblich zurück (vgl. Tab. 1). Alleinige Ausnahme war die Aussage, es gebe unwertes Leben. Dieser stimmte weiterhin fast jede\*r Vierte zu (2019: 25 % - 2021: 22 %). Mehr als halbiert hat sich dagegen die Zahl der Thüringer\*innen, die ethnisch segregiertes Heiraten befürworten (2019: 23 % - 2021: 9 %) oder die den Nationalsozialismus verharmlosen (2019: 25 % - 2021: 11 %). Nahezu halbiert hat sich in der Bevölkerung die Annahme, deutsche Leistungen seien jenen im Ausland überlegen (2019: 34 % - 2021: 18 %). Die Zustimmung zur antisemitischen Aussage sank im Vergleich zu 2019 sogar um 12 Prozentpunkte auf 4 %. Diese Zustimmungswerte sind die niedrigsten, die vom THÜRINGEN-MONITOR je gemessen wurden. Auch die Zahl jener, die ein robustes Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland unterstützten, und jener, die Deutschland für gefährlich überfremdet hielten, erreichte in den letzten zwei Jahren ein Allzeittief (Reiser et al. 2020, 70ff., 2021, 77ff.).

Tab. 1: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen (in Prozent, Reiser et al., 79)

		2021	2020	2019	2011-18	2001-10
Ethnozentrismus	<b>Nationalismus und Chauvinismus</b>					
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	48	50	61	59	59
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	18	23	34	31	33
	<b>Fremdenfeindlichkeit</b>					
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	42	44	56	51	53
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	37	41	45	44	50
Neo-Nationalsozialismus	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	9	18	23	20	22
	<b>Sozialdarwinismus</b>					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	22	22	25	26	30
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	17	19	22	20	23
	<b>Verharmlosung des Nationalsozialismus</b>					
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	11	14	25	18	19
	<b>Antisemitismus</b>					
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	4	8	16	11	12
	<b>Unterstützung einer rechten Diktatur</b>					
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	13	15	21	15	17	

Allerdings darf der rückläufige Trend nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch im Jahr 2021 erschreckend viele Thüringer\*innen vor allem ethnozentrischen Aussagen zustimmten. Obwohl der Zustimmungswert abnahm, stimmte noch immer die Hälfte der Menschen im Bundesland dem harten Durchsetzen deutscher Interessen zu. Diesem stetigen Spitzenreiter im Thüringen-Monitor folgten die beiden fremdenfeindlichen Aussagen: 42 % der Thüringer\*innen hielten Deutschland für gefährlich überfremdet und 37 % glaubten, Ausländer\*innen kämen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen. Mit großem Abstand dahinter, aber nicht weniger beunruhigend, fanden sich zwei neonationalsozialistische Aussagen, die den Nationalsozialismus verharmlosten und eine rechte Diktatur unterstützten. Beiden stimmte etwa jeweils eine\*r von zehn Thüringer\*innen zu. Insofern blieb die grundlegende Struktur der rechtsextremen Einstellungen unverändert, auch wenn die Zustimmungswerte im Allgemeinen zurückgingen (Reiser et al. 2020, 72, 2021, 78f.).

Korrespondierend mit diesen zurückgegangenen Zustimmungswerten bei den Einzelaussagen, sank im Jahr 2021 der einstellungsmäßige Rechtsextremismus in Thüringen auf einen neuen Tiefstwert von 11 %. Die Abb. 5 macht ersichtlich, dass die seit 2016 kontinuierlich gestiegene Zahl rechtsextrem Eingestellter innerhalb von zwei Jahren deutlich zurückging. Während die Abnahme im Jahr 2020 vor allem darauf zurückzuführen war, dass deutlich weniger Menschen ethnozentrischen Aussagen zustimmten, lässt sich das weitere Absinken im darauffolgenden Jahr damit erklären, dass insbesondere die Zustimmung für neonationalsozialistische Aussagen zurückging (Reiser et al. 2020, 74, 2021, 79f.).

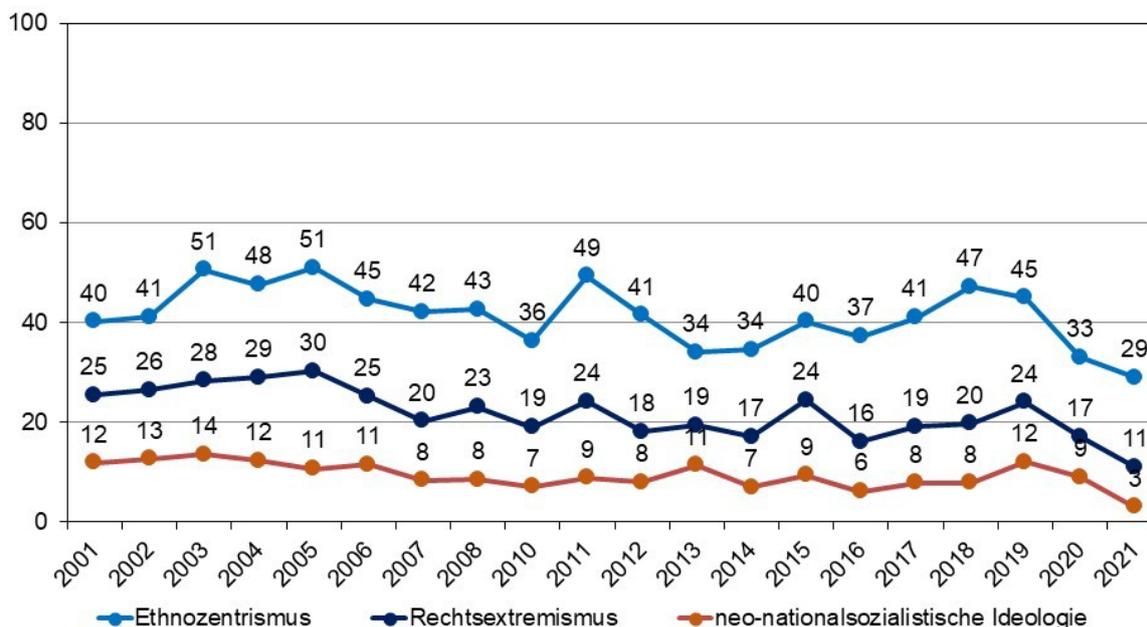
Diese Ergebnisse fügten sich in den bundesweiten Trend, wonach rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung abnahmen (Decker et al. 2020b, 79f.; Küpper et al. 2021, 108). Allerdings liegen die für Ostdeutschland gemessenen Werte seit zehn Jahren konstant und mitunter deutlich über jenen für Westdeutschland (Kiess et al. 2021, 18). Selbst unter diesen höheren Werten im Osten<sup>1</sup> stach der einstellungsmäßige Rechtsextremismus in Thüringen aber noch einmal heraus: Gemittelt über die Jahre 2012 bis 2020 lag er mit 17,6 % beinahe acht Prozentpunkte höher als der Mittelwert für Ostdeutschland (9,8 %).

Um den Rückgang zu erklären, stellte der Thüringen-Monitor 2021 seine bisherige Rechtsextremismus-Skala, mit der er rechtsextreme Einstellungen misst, auf den Prüfstand. Stand doch die Frage im Raum, ob der aus der Konsensdefinition resultierende Messfokus den gegenwärtigen Rechtsextremismus in seiner Bandbreite adäquat erfasst. Denn extrem rechte und rechtsextreme Akteure beweisen eine außerordentliche Flexibilität dabei, wie sie den Resonanzboden nutzen, der sich ihnen durch die wandelbaren gesellschaftlichen Diskurse und Strukturen bietet. Entsprechend haben in der extremen Rechten bestimmte Denkfiguren, Ideologeme und Phänomene unterschiedlich Konjunktur (Funke 2009). Der Thüringen-Monitor 2021 integrierte deshalb weitere Aussagen in die Befragung, um aktuelle ideologische Ausprägungen in der extremen Rechten zu erheben. Insbesondere untersuchte er, wie populistische und neurechte Einstellungen mit dem Rechtsextremismus in Verbindung standen (Reiser et al. 2021, 81).

---

<sup>1</sup> Die Vergleichbarkeit ist jedoch eingeschränkt, da trotz vieler gemeinsamer Einzelitems mitunter unterschiedliche Aussagen in anderer Anzahl abgefragt werden und die Formulierungen voneinander abweichen.

### Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2021 (in Prozent)



#### Überwiegende Zustimmung

Die insgesamt 10 Aussagen entsprechend der Konsensdefinition zur Messung **rechtsextremer Einstellungen** (2001).

4 Aussagen erfassen **ethnozentrische Einstellungen**, 6 Aussagen erfassen **neo-nationalsozialistische Ideologie**.

Die Berechnung basiert auf Mittelwertskalen; pro Teilskala ist max. 1 fehlende Antwort möglich. Befragte gelten als rechtsextrem eingestellt, wenn ihr Skalenmittelwert einer überwiegenden Zustimmung zu allen 10 Aussagen entspricht.

Abb. 5: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001-2021 (in Prozent, Reiser et al., 80)

Es zeigte sich, dass die neu untersuchten Aussagen dieselben latenten Einstellungsmuster erfassten, die der THÜRINGEN-MONITOR auch bisher mit seiner Rechtsextremismus-Skala erfasst hatte. Der Ethnozentrismus, wie ihn der THÜRINGEN-MONITOR erhob, identifizierte diskriminierende Einstellungen gegenüber einer Vielzahl von Gruppen, selbst wenn diese nicht explizit in der Befragung erwähnt wurden. Die Methodik des THÜRINGEN-MONITOR 2021 war also geeignet, die gegenwärtigen Entwicklungen und Phänomene im „Rechtsaußenspektrum“ in den Einstellungen nachzuzeichnen (ebd., 93).

Unter den Thüringer\*innen kristallisierten sich im Jahr 2021 drei grundlegende Einstellungsmuster heraus: Populismus, rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung. Ihre Grenzen waren jedoch fließend, sie ließen sich weder in eins setzen, noch klar voneinander trennen. Trotz der vielfältigen Quer- und Wechselbeziehungen unterschieden sich populistische und rechtsextreme Einstellungen deutlich. Populist\*innen standen im Jahr 2021 ihrer Selbstwahrnehmung nach der Demokratie nicht systematisch ablehnend gegenüber, wiesen aber eine Nähe zum Ethnozentrismus auf. Demgegenüber basierte der Rechtsextremismus deutlicher als in den bisherigen Erhebungen auf dem rechtsextrem-autoritären Ethnozentrismus sowie der Ablehnung und negativen Wahrnehmung der Demokratie (ebd., 89).

Nahezu jede\*r zweite Thüringer\*in (48 %) war im Jahr 2021 populistisch eingestellt (ebd., 90). Dem Populismus liegt die Vorstellung zugrunde, dass sich die Gesellschaft in zwei homogene, sich antagonistisch gegenüberstehende Blöcke spaltet: das Volk und die Elite. Politik soll nach der Vorstellung von Populist\*innen einen als einheitlich imaginierten Volkswillens ausdrücken.

Sie lehnen deshalb Institutionen der liberalen Demokratie und politische Kompromisse ab (Mudde 2017). Das vom THÜRINGEN-MONITOR gemessene populistische Einstellungsmuster zeichnete sich vor allem durch die Ablehnung der Eliten und Misstrauen gegenüber den Institutionen der liberalen Demokratie aus. So glaubte etwas mehr als die Hälfte der Thüringer\*innen, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft (...) gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handelten und dass „in unserer Demokratie (...) die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ würden. Beinahe vier von fünf Befragten stimmten der Aussage zu, dass „die Politiker“ sich „immer einig“ seien, „wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen“. Auch hielten 38 % der Thüringer\*innen, dem manichäischen Weltbild des Populismus entsprechend, einen Kompromiss in der Politik für einen Verrat an Prinzipien. Gleichwohl nahm die populistische Ablehnung der Institutionen der liberalen Demokratie seit 2019 insgesamt ab (Reiser et al. 2021, 84ff.).

Nur eine Minderheit der populistisch eingestellten Thüringer\*innen war auch rechtspopulistisch: Etwa ein Drittel der Populist\*innen teilte rechtsextrem-autoritär und ethnozentrische Vorstellungen oder lehnte die Demokratie aus rechtsextremen Motiven heraus ab. Damit waren im Jahr 2021 29 % der Thüringer\*innen populistisch eingestellt, aber nicht rechtspopulistisch. Daneben gingen bei 10 % der Befragten ein rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrismus mit populistischen Einstellungen einher und weitere 6 % lehnten zusätzlich aus rechtsextremem Antrieb heraus die Demokratie ab (ebd., 90f.).

Nicht identifizieren ließ sich ein neurechtes Einstellungsmuster im engeren Sinne. Die Zustimmung zu einzelnen neurechten Aussagen war vielmehr Ausdruck einer populistischen Haltung oder rechtsextremen Demokratieablehnung, selbst wenn einzelne neurechte Aussagen mitunter hohe Zustimmungswerte erzielten. So stimmten etwas mehr als die Hälfte der Thüringer\*innen dafür, „endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus“ zu ziehen. Dagegen fielen andere neurechte Positionen in ihren Zustimmungswerten ab. Trotzdem geben sie Anlass zur Sorge: 15 % der Thüringer\*innen stimmten der antifeministischen Aussage zu, wonach der Feminismus Männer systematisch benachteilige. Ähnlich niedrig war die Zahl jener, die an die Verschwörungserzählung des sogenannten „Großen Austauschs“ glaubten (ebd., 85f.). Diese wird von der Neuen Rechten bis hin zu extrem rechten Terroristen verbreitet. Sie besagt, dass herrschende Eliten beabsichtigten, die weiße Bevölkerung in Europa durch Migrant\*innen auszutauschen (Önnerfors 2021).

### 2.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Für das demokratische Zusammenleben ist die Gleichwertigkeit der Menschen essentiell und unumstößlich. Vorstellungen und Zuschreibungen der Ungleichwertigkeit stehen dem Zusammenhalt, der Teilhabe und der Integration in einer demokratisch verfassten Gesellschaft konträr gegenüber, gefährden den offenen und demokratischen Diskurs in unserer Gesellschaft und im schlimmsten Falle die Integrität von bestimmten Gruppen (Zick/Klein 2014, 13f.; Michelsen et al. 2020, 12).

Der THÜRINGEN-MONITOR misst jedes Jahr nach dem Heitmeyerschen Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, wie die Thüringer Bevölkerung gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen eingestellt ist. Das Fundament der dabei erfassten Vorurteile und Ablehnungen ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit (Heitmeyer 2002). Da die jeweiligen THÜRINGEN-MONITORE inhaltliche Schwerpunkte setzten, wurden bei den jeweiligen Erhebungen in der Regel bestimmte Facetten dieses multidimensionalen Einstellungssyndroms ausgewählt. Eine Ausnahme bildete der THÜRINGEN-MONITOR 2015, der alle zwölf Aspekte erhob. Tab. 2 gibt einen Überblick darüber, zu welchen Aussagen die Zustimmungswerte seitdem erhoben wurden.

Tab. 2: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2015-2021

Daten: THÜRINGEN-MONITOR

	2021	20	19	18	17	16	15
<b>Migrant*innenfeindlichkeit</b>							
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	42	44	56	58	53	52	52
„Thüringen ist [...] in einem gefährlichen Maße überfremdet.“		26	34	36		23	
„Meine Wohnumgebung ist [...] in einem gefährlichen Maß überfremdet.“		9	11	11		7	
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	37	41	45	49	44	37	40
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	9	18	23	25	22	17	22
<b>(Klassischer) Rassismus</b>							
„Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“		17	19				13
<b>Negative Einstellungen gegenüber Muslim*innen</b>							
„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ (Aussage invertiert)	39	47	45	54	48	47	47
„Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“		51	63	61	62	60	62
„Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“		24	27	28	28		
<b>Negative Einstellungen gegenüber Asylbewerber*innen, Einstellung zu Asyl und Integration</b>							
„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“	43	54	57	58	54	56	55
„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.“ (Aussage invertiert)		78	81	85	83	73	70
„Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.“			63	64		58	
„Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“			71	74		66	
„Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.“				97		96	
„Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“			48	48		51	
<b>Antisemitismus</b>							
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ (primärer Antisemitismus)	4	8	16	9	14	10	9
„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ (sekundärer Antisemitismus)	19	21	27	26	21		29
„Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand.“ (Schuldabwehr/Relativierung)	45						
„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ (israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus)	24	23	32	34	27		
„Wenn man das wahre Gesicht der Juden erkennen will, muss man nur schauen, wie sie mit den Palästinensern umgehen.“ (s.o.)	17						
<b>Antiziganismus (Ablehnung von Sinti*innen und Rom*innen)</b>							
„Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.“		28	40				39
<b>Etabliertenvorrechte</b>							
„Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“		36		32			27
<b>Abwertung von Langzeitarbeitslosen</b>							
„Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.“				55	58		55
<b>Abwertung von Obdachlosen</b>							

„Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.“							40
<b>Abwertung von Behinderten</b>							
„Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.“							5
<b>Antifeminismus/Gender-Rollenkonventionalismus</b>							
„Frauen sollen sich wieder mehr auf Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.“				11			14
„Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt.“	15						
<b>Negative Aussagen über Homosexuelle und Trans*-Personen</b>							
„Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.“			43	45			
„Es ist NICHT in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“ (Aussage invertiert)			14	23			

Anmerkung: Zustimmung in Prozent „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; Freifeld: die Frage wurde im angegebenen Jahr nicht gestellt.

Die bei der Befragung erhobenen unterschiedlichen Vorurteile und Ablehnungen haben nicht nur einen gemeinsamen Kern, sondern auch gemeinsame Ursachen. Die empirische Forschung belegt, dass die Zustimmungswerte zu den einzelnen Aussagen statistisch miteinander korrelieren. Mit anderen Worten: Wer einer der Aussagen zustimmt, stimmt auch eher einer weiteren zu. Dies bestätigt, dass die Vorstellung der Ungleichwertigkeit die einzelnen Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit miteinander verbindet. Außerdem zeigt sich, dass Autoritarismus, individuelle wie kollektive Gefühle der Benachteiligung, Statusverlustangst und niedrige Bildung die Wahrscheinlichkeit erhöhen, einer der Aussagen zuzustimmen (Zick et al. 2012; Reiser et al. 2021, 97f.).

Im THÜRINGEN-MONITOR 2021 kristallisierten sich zwei grundlegende Einstellungsdimensionen heraus: Die Ablehnung gegenüber Migrant\*innen, Asylsuchenden und Muslim\*innen ließ sich mit dem Antifeminismus zu einer Dimension zusammenfassen. Unterdessen bestimmte der Antisemitismus allein eine zweite Dimension (ebd., 98).

Die Internationale Holocaust Remembrance Alliance schlägt vor, Antisemitismus als eine bestimmte Wahrnehmung von Juden\*Jüdinnen zu verstehen, die sich als Hass gegenüber ihnen ausdrücken könne. „Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ Er könne sich auch gegen den Staat Israel richten, „der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird“ (IHRA 2016). Wie die unterschiedlichen Erscheinungsformen zu fassen und auf einen Begriff zu bringen sind, darüber herrscht in der Forschung kein Konsens (Nonn 2008; Ben-Yehoshua 2020, 20f.; Botsch 2020). Um möglichst viele unterschiedliche Ausdrucksformen des Antisemitismus zu erfassen, nahm der THÜRINGEN-MONITOR 2021 fünf Aussagen auf, die er dem primären, sekundären, israelbezogenen und schuldabwehrenden Antisemitismus zuordnete (Reiser et al. 2021, 96, 99).

10 % der Thüringer\*innen waren im Jahr 2021 antisemitisch eingestellt. Das waren Personen, die den fünf antisemitischen Aussagen im Durchschnitt mindestens zustimmten. Ein Lichtblick ist aber, dass beinahe die Hälfte der Befragten (46 %) alle antisemitischen Aussagen ablehnte (ebd., 100). Dem primären Antisemitismus, wonach Juden „einfach etwas Besonders und Eigentümliches an sich“ hätten und „nicht so recht zu uns“ passten, stimmten 4 % der Befragten zu. Das entsprach nur noch einem Viertel des Zustimmungswerts von 2019. Damit befand sich die unverblümmteste Form der Judenfeindlichkeit auf einem Allzeittief (ebd., 78-79, 99). Hinsichtlich des sekundären und des israelbezogenen Antisemitismus fielen die Ergebnisse allerdings nicht so positiv aus. Hier ließen sich zwar leichte Rückgänge zu den Werten

aus den Jahren 2018 und 2019 identifizieren, aber seit 2020 verharrten diese auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Der Aussage, Juden „versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen“ seien, stimmte im Jahr 2021 beinahe jede\*r fünfte Thüringer\*in zu. Und annähernd jede\*r Vierte konnte „bei der Politik, die Israel macht, (...) gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ (ebd., 96, 98).

Zum israelbezogenen Antisemitismus nahm der THÜRINGEN-MONITOR 2021 eine neue Aussage auf: „Wenn man das wahre Gesicht der Juden erkennen will, muss man nur schauen, wie sie mit den Palästinensern umgehen“. Dieser stimmten 17 % der Thüringer\*innen zu, von denen sich auffällig viele selbst politisch rechts der Mitte verorteten (ebd., 100). Der israelbezogene Antisemitismus ist die „Übertragung der Kritik an der Politik Israels auf alle Juden“ (Heyder et al. 2005, 148f.). Er stellt eine Umwegkommunikation dar, mit der antisemitische Ressentiments als Kritik an Israel ausgedrückt werden (Rensmann 2004). Die Aussagen im THÜRINGEN-MONITOR waren so formuliert, dass eine Zustimmung ausgeschlossen werden kann, ginge es den Befragten nur um die legitime Kritik am Staat Israel oder darum, Partei für die Palästinenser\*innen zu ergreifen. Sie klagten stattdessen „den Juden“ als Kollektivsingular an und im Topos „das wahre Gesicht der Juden“ klangen altbekannte antisemitische Stereotype an.

Beinahe jede\*r Zweite (45 %) meinte, es werde „immer nur von der Judenverfolgung geredet“, aber „wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“. Auch diese Frage fand im Jahr 2021 erstmals Aufnahme in den Fragekatalog des THÜRINGEN-MONITOR (REISER ET AL. 2021, 99). Diese Schuldabwehr ist eine Facette des sekundären Antisemitismus, der die deutsche Schuld am Holocaust verdrängt, relativiert oder sogar leugnet (Rensmann 1998, 231ff.). Der antisemitische Unterton dieses geschichtsrelativierenden Vergleichs offenbarte sich auch dadurch, dass antisemitisch Eingestellte im THÜRINGEN-MONITOR derartige Aussagen signifikant seltener ablehnten (Reiser et al. 2021, 102). Es zeigte sich, dass das Opfernarrativ der Deutschen weiterhin virulent ist, mit dem seit über 75 Jahren Schuld und Verantwortung an NS- und Kriegsverbrechen abgewehrt wurden (Frei 2009; Sabrow 2015; Salzborn 2020). Dies bestätigten 52 % der Befragten, die „endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen“ mochten (Reiser et al. 2021, 86). Die Zustimmungswerte für die Forderung eines solchen Schlussstrichs lagen in Thüringen weitaus höher als jene im Bundesgebiet. Der vom Multidimensionalen Erinnerungsmonitor erhobene und im Sinne der Vergleichbarkeit mit dem THÜRINGEN-MONITOR angepasste Wert betrug im Jahr 2020 etwa 27 % (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung 2020, 26).

In der Corona-Pandemie trat der Zusammenhang zwischen antisemitischen Einstellungen und der Affinität zu Verschwörungserzählungen besonders plastisch hervor (Reiser et al. 2020, 91). Dies veranschaulicht Abb. 5. Antisemitisch eingestellte Personen tendierten im Jahr 2021 signifikant häufiger dazu, Aussagen zuzustimmen, in denen eine Corona-Verschwörung behauptet oder vor einer angeblichen „Corona-Diktatur“ gewarnt wurde (Reiser et al. 2021, 102). Dies ist wenig überraschend. Ein zentrales Motiv im modernen Antisemitismus ist schließlich die judenfeindliche Verschwörungserzählung, die unter Nutzung vormoderner Bilder und Metaphern eine angebliche geheime jüdische Lenkung und Kontrolle des Weltgeschehens postuliert. Sie ist ein Vorgang der projektiven Reduktion unverstandener gesellschaftlicher Komplexität und drückt gleichzeitig ein Unbehagen an der Moderne aus (Diner 2014). Dabei muss nicht zwingendermaßen offen von Juden\*Jüdinnen gesprochen werden, denn entscheidend sind die

verwendeten Spekulationen, vermeintlichen Argumentationslogiken und Mythenstrukturen (Frindte 2021).<sup>2</sup>

Laut dem THÜRINGEN-MONITOR besaßen im Jahr 2021 antisemitisch eingestellte Menschen tendenziell eine eher niedrigere formale Bildung, fühlten sich signifikant häufiger individuell oder kollektiv benachteiligt, fürchteten einen Statusverlust und neigten stärker zu Anti-Establishment-Positionen. Sie waren außerdem autoritärer (Reiser et al. 2021, 100f.). Letzteres betont die Leipziger Mitte-Studie, die die „Verschwörungsmentalität“ als Ausdruck eines autoritären Syndroms begreift (Schießler et al. 2020). Thüringer\*innen, die sich selbst dem politisch rechten Lager zuordneten, waren im Jahr 2021 sehr wahrscheinlich auch antisemitisch. Aber noch häufiger war es, dass Thüringer\*innen, die sich politisch in der „Mitte“ oder „links“ davon orteten, einer der fünf antisemitischen Aussagen zustimmten (Reiser et al. 2021, 100). Antisemitismus blieb also „ein milieu- und lagerübergreifendes Phänomen“ (Reiser et al. 2020, 90). Gerade jene 45 % der Thüringer\*innen, die einer oder zwei der antisemitischen Aussagen im THÜRINGEN-MONITOR zustimmten, sollten von historisch-politischer Bildung und zielgruppenspezifischer Antisemitismusprävention adressiert werden.

Das zweite vom THÜRINGEN-MONITOR identifizierte Einstellungsmuster im Kontext der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit umfasste den Antifeminismus sowie ablehnende und negative Einstellungen gegenüber Migrant\*innen, Muslim\*innen und Asylsuchenden. Die Verbindung ergab sich im Jahr 2021 aus statistischen Zusammenhängen im Antwortverhalten und gemeinsamen Einflussfaktoren. In der Regel erhöhte ein formal geringer Bildungsgrad, ein höheres Alter, Autoritarismus, (Ost-)Deprivation und Statusverlustangst die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte einer Aussage zustimmten, hinter der eine dieser Vorstellungen der Ungleichwertigkeit stand (Quent et al. 2016, 20; Reiser et al. 2021, 103ff.).

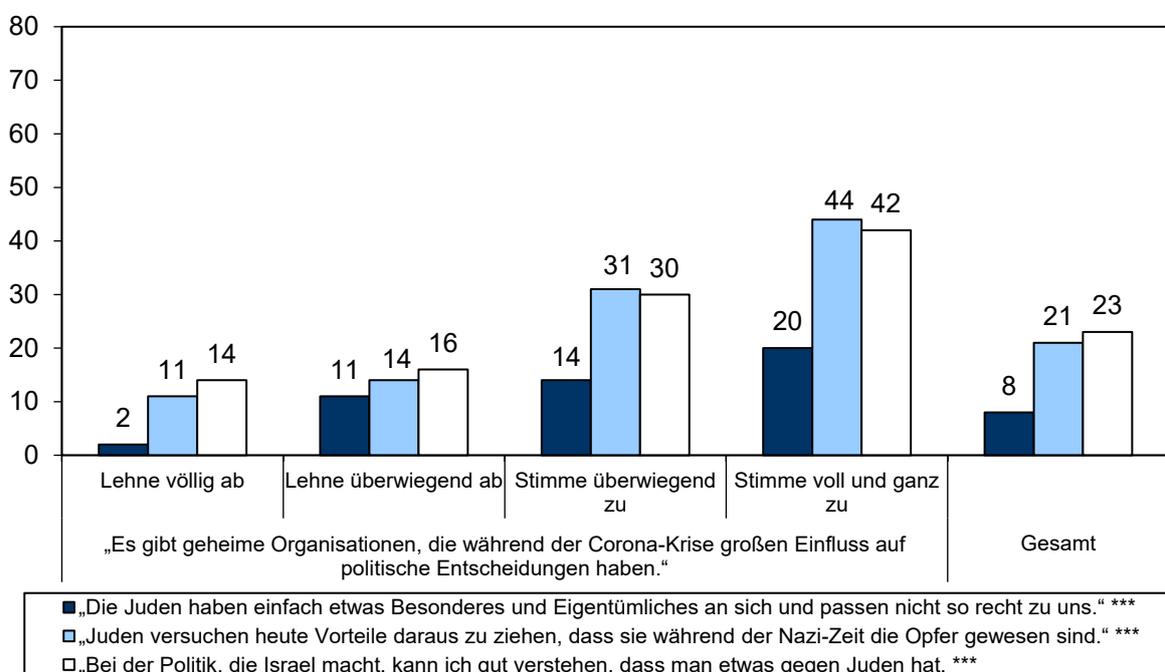


Abb. 6: Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus und Corona-Verschwörungsdenken (in Prozent, Reiser et al. 2020: 9)

<sup>2</sup> Die Vergleichbarkeit ist eingeschränkt, da MEMO mit einer „teils/teils“-Antwortkategorien arbeitet, die im THÜRINGEN-MONITOR hingegen fehlt. Man könnte im Sinne der Vergleichbarkeit davon ausgehen, dass sich etwa die Hälfte der „teils/teils“-Antwortenden zu „eher ja“ orientieren, wenn diese Antwortmöglichkeit fehlen würde. Dann ergäbe sich für die Schlussstrichforderung ein Wert von rund 37 %.

In den letzten beiden Jahren ging die Migrant\*innenfeindlichkeit in Thüringen weiter leicht zurück. Dennoch stand auch im Jahr 2021 annähernd jede\*r Vierte Migrant\*innen ablehnend gegenüber. Dies gefährdet eine integrative demokratische Kultur. Beispielsweise waren 42 % der Thüringer\*innen der Meinung, dass die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer“ gefährlich überfremdet sei, und 37 % glaubten, Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft kämen nur hierher, „um unseren Sozialstaat auszunutzen“. Diese Einstellungen waren vor allem vorurteilsgeleitet und stark durch mediale und politische Diskurse beeinflusst. Eigene oder auch kollektive Erfahrungen, das tatsächliche Migrationsgeschehen oder reale Kontakte und Begegnungen spielten demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle (ebd., 102ff.). Ebenfalls zurückging der Anteil der Thüringer\*innen, die in Frage stellten, dass Asylsuchende schutz- und hilfebedürftig seien. Mit 43 % war dieser Anteil so niedrig wie noch nie seit seiner Erhebung ab 2015. Als stärkster Einflussfaktor wirkte hier die empfundene Benachteiligung als Ostdeutsche. Selbst wenn diese sich als ökonomisch gut situiert sahen und dies auch anerkannten, betrachteten sie Asylsuchende als eine Bedrohung und im Sinne der autoritären Aggression als zu unterwerfende „Andere“ (ebd., 104f.). 39 % der Thüringer\*innen waren der Meinung, dass die meisten Muslime in Deutschland „unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“, nicht akzeptierten. Unter ihnen befanden sich signifikant mehr Frauen (48 %) als Männer (39 %). Auch schlug sich hier ein Stadt-Land-Unterschied nieder, der auf mangelnde, positiv bewertete Kontakterfahrungen hinweisen könnte (ebd., 104).

15 % der Thüringer\*innen glaubten im Jahr 2021, der Feminismus führe zu einer systematischen Benachteiligung der Männer. Diese antifeministische Einstellung delegitimiert die Gleichstellung von Frauen, weil sie diesen verfassungsrechtlich begründeten und berechtigten Anspruch in eine angebliche Bevorzugung umdeutet. Antifeminismus dient innerhalb der antimodernen Bewegung als eine Art „Brückenideologie“ (Decker/Brähler 2020, 12) und hat in der Neuen Rechten, insbesondere in der Incel-Subkultur, Konjunktur (Kracher 2020). In der jüngsten Vergangenheit ist in der extremen Rechten eine unheilvolle Allianz aus Misogynie, Verschwörungsideologie und Rassismus zu beobachten, die im schlimmsten Fall den ideologischen Unterbau für Rechtsterroristen bilden kann (Blum/Rahner 2020; Rahner 2021).

## Zusammenfassung

In der Gesamtschau zeichneten sich im THÜRINGEN-MONITOR 2021 positive Entwicklungen ab, aber die Gefahr der Reaktivierung rechtsextremer Einstellungen und der bundesweite Vergleich geben gleichwohl Anlass zur Sorge. Korrespondierend mit der Abnahme der rechtsextremen Einstellungen gingen auch ablehnende und diskriminierende Einstellungen gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen zurück. Dieser erfreuliche Trend bedeutet allerdings aus zweierlei Gründen keine Entwarnung: Zum einen ist der Rückgang vor allem darauf zurückzuführen, dass in den letzten Jahren die öffentliche Auseinandersetzung mit der Corona-Pandemie die Themen Migration, Asyl und Integration in den Schatten stellte (Reiser et al. 2020, 75, 2021, 94). Zum anderen lähmte die Corona-Pandemie auch die Aktivitäten und Strukturen der extremen Rechten in Thüringen, wie das folgende Kapitel zeigt. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass einzelne Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wiederbelebt werden können, sobald diese Themen wieder stärker Eingang in den politischen Diskurs erhalten und mehr mediale Aufmerksamkeit bekommen. Außerdem liegen die vom THÜRINGEN-MONITOR gemessenen Werte mitunter deutlich über den aktuellen deutschlandweiten Vergleichszahlen der jüngsten Mitte-Studie (Küpper et al. 2021, 86ff.). Insbesondere die Migrant\*innenfeindlichkeit scheint in Thüringen weitaus virulenter. Allerdings schränken die abweichenden Antwortkategorien in den Studien die Vergleichbarkeit ein (Reiser et al. 2021, 94f.).

### 3 Neue Entwicklungen rechtsextremer Strukturen in Thüringen

In Thüringen waren im Beobachtungszeitraum weiterhin dutzende extrem und neu rechte Organisationen und Gruppierungen (z.B. Parteien, Vereine, Kameradschaften, lose organisierte Personenzusammenschlüsse) existent und aktiv (MOBIT 2022; 2021a, 2021b; AfV 2021). Tab. 5 listet geordnet nach den Landkreisen und kreisfreien Städten auf, welche dieser Strukturen im Zeitraum zwischen 2020 und Juli 2022 in Thüringen aktiv waren (unabhängig davon, ob sie gegenwärtig noch aktiv sind bzw. wie lange sie innerhalb des Zeitraums aktiv waren). „Aktiv“ bedeutet, dass diese rechtsextremen Organisationen etc. in Thüringen im Zeitraum seit bzw. nach 2020 als Personenzusammenschluss organisiert waren bzw. auftraten und sie öffentlich nach außen bzw. im öffentlichen Raum wahrnehmbar waren (z.B. regelmäßige Aktionen). Die Organisation bzw. Durchführung rechtsextremer interner bzw. erlebniswelt-bezogener Aktivitäten (z.B. Vorträge, Musikveranstaltungen, Wanderungen) zählten hierbei auch als „aktiv“. Gruppen, die lediglich virtuell und nicht erkennbar realweltlich aktiv waren, wurden in Tab. 5 nicht aufgelistet (siehe Abschnitt 3.3).

Die Anzahl an extrem und neu rechten Strukturen, die im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 in Thüringen nach Quellenlage aktiv waren, ist im Vergleich zur Auflistung für den Zeitraum 2014-2018 (Best et al. 2018, 235) insgesamt zurück gegangen. In einigen Regionen ist sie jedoch gleichgeblieben oder gar angestiegen (siehe rechte Spalte in Tab. 5). Im Vergleich zur vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) hat es Änderungen und Neuerungen gegeben, die zumeist bei informell organisierten sowie sub- und jugendkulturellen rechtsextremen Angebotsstrukturen stattfanden. Organisationen etc., die seit diesen Zeiträumen nicht mehr aktiv waren (z.B. durch Auflösung), wurden nicht aufgelistet.

#### **Was war bei dieser Auflistung zu beachten? Welche Einschränkungen gab es?**

Bei der Auflistung in Tab. 5 war Folgendes zu beachten. Die Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sie gibt den gegenwärtigen Erkenntnis- bzw. Recherche- und Quellenstand wieder (Juli 2022). Nicht alle der aufgelisteten Organisationen waren im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 gleichzeitig oder durchgängig aktiv. Die Tabelle listet prinzipiell nur jene Akteure auf, die im Zeitraum in organisierter Form sichtbar bzw. erkennbar agierten (z.B., wenn eine Jugendclique durch Übergriffe auf sich aufmerksam machte). Im Verborgenen bis konspirativ agierende oder private Freundeskreise, die sich regelmäßig trafen, trainierten etc., aber nach außen nicht oder kaum in organisierter oder ähnlicher Form in Erscheinung traten (z.B. ohne Übergriffe zu verüben), konnten durch das Raster fallen. Beispielsweise war bekannt, dass Neonazis in Jena, Weimar und dem Weimarer Land bei örtlichen Kampfsportvereinen trainierten. Ob sich dahinter eine festere Organisationsform/-struktur verbarg, ist nicht bekannt. Außerdem gab es einige Grenzfälle, bei denen fraglich ist, ob sie als aktiv bezeichnet werden können. Die NPD-Kreisverbände und deren tatsächliche Aktivitäten sind ein solcher Grenzfall. Die NPD gewann zur Kommunalwahl 2019 z.B. ein Mandat für den Kreistag des Weimarer Landes. Der Kandidat der NPD war dort auch anwesend. Davon abgesehen waren von der NPD im Landkreis keine öffentlichen oder internen Aktivitäten bekannt. Ein weiteres Problem stellten Gruppen dar, die überregional organisiert bzw. aktiv waren und/oder sich geografisch nicht genau eingrenzen ließen. Beispielsweise waren die Mitglieder der Gruppe „Jungsturm Erfurt“ nicht nur in Erfurt wohnhaft und nicht nur dort aktiv. Sie führten Angriffe unter anderem in Saalfeld (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt) durch oder nutzten die Szene-Immobilie in Kirchheim (Ilm-Kreis) als Treffpunkt und zum Kampfsporttraining. Schließlich war zu bedenken, dass der Vergleichszeitraum nicht dieselbe Dauer bzw. Länge umfasst. Die erste Auflistung nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten (Best et al. 2018: 235) umfasste vier Jahre

von 2014 bis 2018, die vorliegende Auflistung in Tab. 5 mit dem Zeitraum von 2020 bis Juli 2022 nur gut eineinhalb Jahre. Die Darstellung in der vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) ist zudem inhaltlich anders aufgebaut und enthält keine separate Auflistung nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten. Dies sollte bei Vergleichen bedacht werden.

### 3.1 Regionalisierung und Parzellierung rechtsextremer Strukturen in Thüringen

Im Vergleich zur Zeit der sogenannten Flüchtlingskrise hat mittlerweile eine stärkere Regionalisierung und Parzellierung der rechtsextremen Strukturen in Thüringen stattgefunden. Während 2015 und 2016 infolge der Aktivitäten des organisations- und regionsübergreifenden rechtsextremen Netzwerkes „Thügida“ sich viele lokale „Wir lieben ....“-Ableger und ähnliche Gruppierungen bildeten (Best et al. 2018), gibt es diesen zentralen Organisationsmodus nicht mehr.

Regionalisierung beschreibt in Anlehnung an Miliopoulos (2020) die rechtsextreme Strategie, sich auf eine Region (Bundesland, Kommune, Stadt) zu fokussieren und sich dort strukturell und personell zu verankern anstatt bundesweit (im Sinne von global) zu agieren. Dadurch soll die Chance erhöht werden, Einfluss auf die regionale (kommunale, lokale) Politik und Zivilgesellschaft nehmen zu können. Ferner soll es für rechtsextreme Akteure attraktiver werden, sich dort anzusiedeln. Regionalisierung schließt nicht aus, dass rechtsextreme Akteure weiterhin versuchen, sich mit anderen Akteuren, Organisationen und/oder Regionen zu vernetzen. Allerdings gibt es gegenwärtig in Thüringen (unter Ausklammerung des völkisch-rechtsextremistischen AfD-Landesverbandes) keine landesweit organisierte oder tätige rechtsextreme Struktur. Im Gegenteil haben sich **regionale Netzwerke** gebildet: In Eisenach hat sich um die NPD ein „[m]ilitantes Neonazi-Netzwerk [...] etabliert“ (Hemkentokrax/MDR Thüringen 2022), das über die Stadt und über Thüringen hinaus vernetzt ist, aber beispielsweise in Gotha oder Ostthüringen nicht aktiv bzw. etabliert ist. Dort wiederum sind andere rechtsextreme wie „Patrioten Ostthüringen“ und sogar „mafiose“ (Budler 2022) Strukturen wie etwa die „Bruderschaft Thüringen“, die „Turonen“ oder „Garde 20“ aktiv bzw. etabliert.

Die zunehmende organisationale Regionalisierung und Parzellierung ist auf strategische und ideologische Gründe zurückzuführen und lässt sich exemplarisch an der rechtsextremen Erfurter Szene festmachen. In Erfurt sind rechtsextreme aktivistische Akteure in unterschiedlichen, voneinander getrennten Gruppen organisiert. Die Kader um die Neonazis Enrico Biczysko und Michel Fischer betreiben seit über einem Jahrzehnt rechtsextreme Graswurzelarbeit im Südosten von Erfurt. Sie wollen unverhohlen eine Volksgemeinschaft (so der langjährige Vereinsname) schaffen. Hierfür versuchen sie, Jugendliche zu rekrutieren, sich als soziale Kümmerer zu inszenieren sowie nationalbefreite Zonen und Angsträume zu etablieren. Dabei agieren sie häufig sektiererisch und nicht selten gewalttätig und straffällig, z.B. durch Übergriffe mit Körperverletzungen wie im August 2020 (Klaus 2020). Um bei diesen Vorhaben aktions- und kampagnenfähig zu bleiben und mögliche behördlich-staatliche Einschränkungen zu erschweren, bemühten sie sich stets um den uneingeschränkten Zugriff bzw. Besitz eigener Szene-Immobilien als Treffpunkt und um oben genannte Aktivitäten und weitere Veranstaltungen durchführen zu können. Sie waren in den letzten Jahren fast durchgängig parteiförmig organisiert (durch das Parteienprivileg gem. Art. 21 GG werden staatliche Eingriffe und Verbote erschwert). Dabei haben sie sich allerdings bisher mit jeder rechtsextrem-neonazistischen Partei, die in Thüringen aktiv war bzw. ist, überworfen – zuletzt mit „Der III. Weg“, davor mit „Die Rechte“ und mit der NPD (Best et al. 2018; Michelsen et al. 2020). Mittlerweile sind sie als „Neue Stärke Partei“ (NSP) organisiert (siehe Abschnitt 3.2). Nach dem Austritt der NSP-Kader

aus „Der III. Weg“ gibt es in Erfurt weiterhin Personen, die für „Der III. Weg“ Aktivitäten durchführen (z.B. Flyer verteilen). Das ist neu, weil bis dato die Parteistrukturen in Erfurt wegbrachen, wenn die Kader um Biczysko/Fischer austraten. Parallel zu diesen beiden neonazistischen Kleinstparteien gibt es die neu rechte, islamfeindlich Gruppe „Erfurt zeigt Gesicht“, die im Kern aus zwei Personen besteht. Sie suchen stets Anschluss an andere größere, nicht neonazistische Gruppen und Organisationen: Anfangs suchten sie die Nähe zur Identitären Bewegung, seit einigen Jahren zur Thüringer AfD, während der Corona-Pandemie zu verschiedenen Protestbewegungen (von bürgerlich-rechtspopulistischen bis hin zur „Querdenken“-Bewegung). Dauerhaft unterstützen sie antiislamische Proteste (sogenannte Bürgergottesdienste) gegen die Moschee in Erfurt-Marbach (Best et al. 2019; Beelmann et al. 2022). Für „Erfurt zeigt Gesicht“ lässt sich konstatieren, dass sie eher die neu rechte Strategie der Erlangung kultureller Hegemonie durch aktivistische Desinformationskampagnen verfolgen, die sich dabei vornehmlich gegen den Islam bzw. die vermeintliche „Islamisierung“ richten, aber auch durch eine eliten- und regierungskritische Haltung anschlussfähig sind an nicht-rechtsextreme Milieus (Beelmann et al. 2022). Das Ziel der neonazistisch-rassistischen, gewaltbereiten Hooligan-Gruppe „Jungsturm Erfurt“ wiederum war es, gegnerische, v.a. vermeintlich linke Fußballfans anzugreifen (siehe Abschnitt 3.4). Hierfür trainierten sie bei sogenannten Ackermatches und in einer rechtsextremen Szene-Immobilie in Kirchheim (Ortsteil der Gemeinde Amt Wachsenburg im Ilm-Kreis) (EXIF Recherche 2021a). Gründe dafür dürften unter anderem ein chauvinistisch und sozialdarwinistisch aufgeladenes Bild von Männlichkeit sein (Michelsen et al. 2020: 25).

Diese lokale Parzellierung lässt sich auf Thüringen übertragen und ist mehr als nur eine organisationale Fragmentierung oder Zersplitterung: Die NPD kann anhand ihrer eigenen sogenannten Vier-Säulen-Strategie gemessen und bewertet werden (Best et al. 2018). Allerdings haben sich um die verbleibenden relevanten Parteistrukturen offenkundig gewaltbereite Strukturen gebildet („Knockout 51“ und um Thorsten Heise), die zuletzt immer häufiger dadurch auffielen, nationalbefreite Zonen schaffen zu wollen (sogenannter Kampf um Straße und Köpfe); nachdem der sogenannte Kampf um die Parlamente mit dem strukturellen und personellen Niedergang der NPD in Thüringen (Best et al. 2018) sowie mit dem Auftreten der AfD immer schwieriger wurde. Die gegenwärtig in Ostthüringen organisierten rechtsextremen Akteure versuchen ähnlich wie „Erfurt zeigt Gesicht“ durch aktionistische Desinformation (angereichert mit Verschwörungs- und Reichsbürger\*innen-Ideologie) kulturelle Hegemonie und Anschluss an bürgerliche, nationalkonservative Milieus zu erlangen. Im Großraum Gotha ist zu beobachten, wie eine neonazistische, gewalttätige Gruppierung zunächst als „Hausgemeinschaft Jonastal“, dann rockerähnlich und elitärer organisiert als „Bruderschaft Thüringen“ bzw. „Turonen“ und „Garde 20“ versucht hat, aus ihrer Ideologie und ihren Aktivitäten und Strukturen heraus eigene finanzielle Einnahmequelle zu generieren – zuerst via Rechtsrock, ab 2019 als Drogenkartell (Exakt - Die Story 2022).

Der Fluchtpunkt ist, dass es in Thüringen gegenwärtig (abseits der AfD) an einem rechtsextremen Akteur mangelt, der all das verbindet. Keine der gegenwärtigen rechtsextremen Strukturen ist landesweit aktiv oder organisationsübergreifend vernetzt, geschweige denn identitätsstiftend genug. Darunter leidet die Fähigkeit, Aktionen oder Kampagnen durchzuführen, die über die Mobilisierung der eigenen Klientel hinaus geht. Im Gegenteil arbeiten rechtsextreme Akteure aus unterschiedlichen strategischen und ideologischen Gründen, nicht selten auch aus persönlichen Animositäten, nicht (eng/er) zusammen. Lieber bilden sie ihre eigene Untergruppe oder wandern von einer rechtsextremen Organisation zur nächsten. Je kleiner solche Gruppen werden, desto wahlweise elitärer, abgeschotteter, sektiererischer oder auch radikaler und gewaltbereiter können diese Kleinstgruppen werden.

Ausschlaggebend ist nun, dass die Anzahl an aktiven Untergruppen dadurch regional zunehmen kann, aber es erhöht sich nicht insgesamt die Anzahl an aktiven rechtsextremen Personen, d.h. die vorhandenen rechtsextremen Akteure haben sich, im Sinne eines Grundstückes, organisatorisch in kleinere Stücke aufgeteilt (parzelliert) ohne die rechtsextreme Bewegung damit tatsächlich zu vergrößern. Ob der im Juli 2022 gegründete rechtsextreme „Koordinierungsrat in Thüringen“ daran etwas ändern wird, bleibt abzuwarten (siehe Abschnitt 3.2). Ebenfalls fraglich ist, wie erfolgreich die Kopie des Mimikry-Konzeptes der „Freien Sachsen“ in Ostthüringen sein wird (siehe Abschnitt 3.3). Dahingehend ist zu beobachten, dass die Rekrutierung neuer Akteure und die Suche nach neuen bzw. anderen Aktivitätsfeldern (z.B. interne und öffentliche Veranstaltungen, Rechtsrock, Kampfsport) nicht selten und eher zufällig einher geht mit dem Rückzug oder Verschwinden anderer Akteure (z.B. durch Umzug, Strafverfahren, Misserfolge, Ausstieg).

Diese Regionalisierung und Parzellierung sind durch die Corona-Krise verstärkt worden. Bedingt durch die Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie brachen die internen und öffentlichen Aktivitäten rechtsextremer Angebotsstrukturen deutlich ein. Allerdings verschwanden die Akteure dadurch nicht, sondern sie reagierten unterschiedlich auf die Krise. Es wurde versucht, Ersatzangebote zu schaffen (z.B. Online-Konzerte) oder auf den Zug der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen aufzuspringen (z.B. Teilnahme an regionalen und überregionalen Hygienespaziergängen und Demonstrationen oder Organisation dessen). Einige rechtsextreme Organisationen (z.B. „Erfurt zeigt Gesicht“) und Ideologeme (z.B. Verschwörungsideologien, die extrem bzw. neu recht konnotiert sind oder werden können, beispielsweise zum „Großen Austausch“, aus dem Milieu der sogenannten Reichsbürger\*innen oder von Q-Anon) erlebten dadurch eine Revitalisierung und größere Verbreitung.

Veränderungen bei den rechtsextremen Strukturen gab es im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 nicht nur aufgrund der Corona-Pandemie. In einigen Fällen ist der Staat gezielt gegen kriminelle und gewalttätige rechtsextreme Akteure und Organisationen vorgegangen (siehe Abschnitt 3.3). Auch der bis vor wenigen Jahren sehr umtriebige Greizer-Neonazi und Thügida-Mitbegründer David Köckert verringerte in den letzten Jahren seine politischen Aktivitäten infolge von Untersuchungshaft und Gerichtsverfahren gegen ihn (unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung) und konzentrierte sich dafür auf seine geschäftlichen Tätigkeiten, ohne sich jedoch von seinem Rassismus oder seiner Neonazi-Ideologie zu trennen (Best et al. 2018; Beelmann et al. 2022).

Im Folgenden wird schlaglichtartig auf relevante und neue rechtsextreme Strukturen aus der Auflistung in Tab. 5 eingegangen. Rechtsextreme Organisationen, Gruppen usw. lassen sich analytisch unterscheiden in formell (Abschnitt 3.2) und informell (Abschnitt 3.3) organisierte Angebotsstrukturen sowie in sub- und jugendkulturelle (Abschnitt 3.4) Angebotsstrukturen (Michelsen et al. 2020).

### 3.2 Formell organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen

Bei den formell organisierten rechtsextremen Angebotsstrukturen (partei- und vereinsförmige Gruppen bzw. Organisationen mit fester Mitgliedschaft und höherem Institutionalierungsgrad) hat sich in den letzten Jahren und im Vergleich zur vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) relativ wenig verändert.

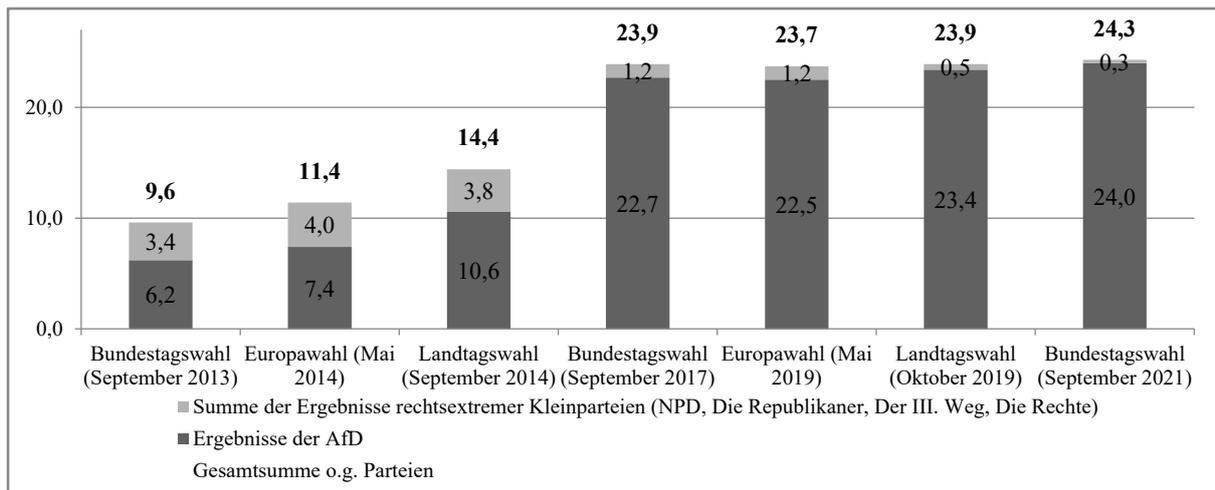


Abb. 7: Zweit- bzw. Parteistimmen rechtsextremer Kleinparteien und der AfD in Thüringen bei landesweiten Wahlen seit 2013 (in Prozent)

Eigene Darstellung. Quellen: Landeswahlleiter Thüringen.

### Parteiförmiger Rechtsextremismus in Thüringen

Neben dem völkisch-nationalistischen, vom Verfassungsschutz beobachteten Landesverband der „Alternative für Deutschland“ (AfD) (siehe auch Kapitel 0) sind in Thüringen gegenwärtig vier weitere rechtsextreme, ideologisch dezidiert neonazistisch-rassistische Kleinstparteien bzw. regionale Wählervereinigungen aktiv (NPD; BZH; Der III. Weg; neu: NSP). Keine dieser Kleinstparteien verfügt über landesweite Strukturen. Sie sind auf Thüringen bezogen seit Jahren elektoral und politisch bedeutungslos (vgl. Abb. 7). Allerdings verfügen sie über regionale Hochburgen (insbesondere Eisenach, Erfurt und im Landkreis Hildburghausen) und sind dort sowie überregional unterschiedlich stark verankert bzw. vernetzt (z.B. hat NSP sogenannte Abteilungen in Hessen oder Niedersachsen gegründet). Die organisationale und regionale Aufteilung sind hauptsächlich auf die personelle Zerstrittenheit der maßgeblichen Akteure und deren programmatisch-strategische Differenzen zurückzuführen. Die führenden Mitglieder der jeweiligen Kleinstparteien bzw. Wählervereinigungen sind seit Jahrzehnten in der rechtsextremen Bewegung aktiv bzw. integriert. Die meisten davon sind vorbestraft und gewaltbereit bzw. gewalttätig. Insbesondere von der NPD (siehe „Knockout 51“) und der NSP gehen konkrete Gefahren für die lokale Zivilgesellschaft und markierte Feindbilder (z.B. People of Color, Journalist\*innen, „Linke“) aus. Daher sind diese Kleinstparteien und deren Mitglieder nicht zu unterschätzen.

Der Landesverband der verfassungsfeindlichen „Nationaldemokratischen Partei Deutschland“ (NPD) ist die am längsten aktive rechtsextreme Partei in Thüringen. Allerdings sind deren Personal und Strukturen in den letzten Jahren auf wenige Regionen in Nord- und Südwestthüringen (mittlerweile v.a. Eichsfeld, Wartburgkreis, Kyffhäuserkreis, Nordhausen) zusammengeschrumpft (Best et al. 2018). Die Hochburg der NPD in Thüringen ist Eisenach (Wartburgkreis), wo sie als verankert gilt und seit Jahren eine eigene Parteizentrale („Flieder Volkshaus“) besitzt, in der regelmäßig Partei- und Szeneaktivitäten stattfinden (Salheiser 2021; AfV 2021, 19; Beelmann et al. 2020: 20 f.; Michelsen et al. 2020: 17 f.). Politisch ist es um die NPD in den letzten Jahren und während der Corona-Pandemie ruhiger geworden. Bei landesweiten Wahlen ist die NPD in Thüringen dem bundesweiten Abwärtstrend folgend (BfV 2022, 83) zuletzt mit deutlich unter 1 % der Zweitstimmen elektoral immer bedeutungsloser geworden (vgl. Tab. 3). Dadurch sind sie aus der staatlichen Parteienfinanzierung vorerst herausgefallen. Zur neu angesetzten Wahl des Kreistages im Wartburgkreis (Juni 2021) infolge der Fusion zwischen Eisenach und dem Wartburgkreis trat die NPD nicht an, obwohl sie bei der Kreistagswahl 2019

noch ein Mandat im Wartburgkreis errang. Stattdessen rief sie „im Sinne der patriotischen Kräftebündelung“ zur Wahl der parteilosen Kandidat\*innen der AfD auf, weil sich die „AFD [sic] programmatisch der NPD immer weiter annähert und in einigen wesentlichen Punkten kaum mehr von uns unterscheidet“.<sup>3</sup> Zur Bundestagswahl 2021 gab es vereinzelt wahlkampfbezogene Aktivitäten. Aufsehen erregte die Thüringer NPD zuletzt in anderen Zusammenhängen. Im April 2018 griffen zwei Personen aus dem persönlichen Umfeld des NPD-Neonazis Thorsten Heise nahe Fretterode (Eichsfeld) zwei Journalisten brutal an und verletzten diese schwer. Die Urteile im diesbezüglichen Gerichtsverfahren vor dem Landgericht Mühlhausen wurden September 2022 gesprochen. Im Februar 2021 waren bei einer Stadtratssitzung in Eisenach etwa zehn Neonazis im Besucherbereich anwesend. Als die Sitzung unterbrochen werden musste, weil Stadträte der NPD und AfD sich weigerten, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, unterstützten die Neonazis „die organisierte Maskenverweigerung“ (haskala 2021). Mit der Wahl des mehrfach vorbestraften und umtriebigen Eisenacher Patrick Wieschke zum neuen Landesvorsitzenden (Juli 2022) und Bundesorganisationsleiters der NPD (Mai 2022) hat der Landesverband im Sommer 2022 wieder mehr Aktivitäten entfaltet. Wieschke strebt eine „Neuausrichtung der Gesamtpartei an“ (NPD Thüringen 2022a). Dazu gehört die Gründung eines „**Koordinierungsrat in Thüringen**“ im Juli 2022 unter offenkundiger Federführung der NPD. Hierbei handelt es sich um ein partei- und organisationsübergreifendes Netzwerk bzw. um eine Sammlungsbewegung für „staatskritische bis patriotische“ (NPD Thüringen 2022b) bzw. für die „nationalen, heimattreuen und patriotischen Kräfte“.<sup>4</sup> Damit will die NPD, angelehnt an den sogenannten Kampf um den organisierten Willen (Best et al. 2018, 77 f.), offenbar verstärkt als Koordinator von rechtsextremen Strukturen abseits der AfD in Thüringen auftreten (siehe auch „Sache des Volkes“, Abschnitt 3.3).

*Tab. 3: Ergebnisse der NPD in Thüringen bei den letzten landesweiten Wahlen*

Wahl (Datum)	Zweitstimmen (absolut)	Änderung zur vorherigen Wahl
Europawahl (Mai 2019)	1,0 % (10003)	-2,4 %
Landtag (Okt. 2019)	0,5 % (6044)	-3,1 %
Bundestag (Sept. 2021)	0,3 % (4103)	-0,9 %

Eigene Darstellung. Quellen: Landeswahlleiter Thüringen.

Das „**Bündnis Zukunft Hildburghausen**“ (BZH) ist eine regionale, rechtsextreme Wählervereinigung im Landkreis Hildburghausen, die 2009 von ehemaligen NPD-Mitgliedern gegründet wurde. Die Wählervereinigung wird seit ihrer Gründung vom NPD-sozialisierten bzw. NPD-nahen Neonazi und rechtsextremen Bewegungsunternehmer Tommy Frencck geführt (Best et al. 2018, 104 f.; Michelsen et al. 2020, 18). Das BZH versucht programmatisch gemäßigter und bürgernäher als beispielsweise die NPD aufzutreten (Best et al. 2019, 18 ff.). Allerdings macht Frencck, unter anderem als Betreiber eines Versandhandels, der chiffriert „Druck Adolf Hitler“ bedeutet und ein entsprechendes Sortiment anbietet, keinen Hehl aus seiner neonazistischen, geflüchteten- und islamfeindlichen Ideologie. Die Entwicklung, d.h. die intensive Graswurzelarbeit, relativen Wahlerfolge und weitflächige Verankerung von Frencck und des BZH (zur Kommunalwahl 2019 erhielt das BZH insgesamt 16 Mandate in mehreren kommunalen Vertretungen, unter anderem drei im Kreistag) spiegeln eine bedenkliche Normalisierung des Rechtsextremismus im Landkreis wider (Michelsen et al. 2020, 18). Das zeigte sich zuletzt bei der Bürgermeisterwahl in Kloster Veßra (Juni 2022), als Frencck 29,1 % der Stimmen erhielt. Dieses

<sup>3</sup> <https://www.facebook.com/npdwartburgkreis/posts/pfbid0a9yBvo3ufCeiuo17sTeXEDYnqQWUbuHu2dvZnWBwkaz3d5KrL1rSWG37eZ9QeA9VRI> (Abruf: 15.08.2022).

<sup>4</sup> <https://deutsche-stimme.de/netzwerktag/> (Abruf: 22.08.2022).

relativ hohe Ergebnis ist wenig überraschend. Zum einen war Frenck der einzige Gegenkandidat zum amtierenden Bürgermeister.<sup>5</sup> Von allen Wähler\*innen stimmten 57 Personen für ihn (darunter höchstwahrscheinlich Frenck für sich selbst). Zum anderen erhielt Frenck bereits zur Landratswahl (April 2018) in Kloster Veßra 54 Stimmen (damals 31,4 %). Der relativ hohe elektorale Rückhalt für Frenck in Kloster Veßra ist also nicht neu, wenngleich er weder richtig zu- noch abgenommen hat. Dahingehend auffällig ist es, dass rechtsextreme Kleinstparteien (NPD; Die Rechte), das BZH und die AfD bei vergangenen Wahlen in Summe noch höheren prozentualen Zuspruch erhielten (siehe Tab. 5). Außer bei der Kreistagswahl 2019 entfiel der Großteil der Stimmen dabei jeweils auf die AfD.

*Tab. 4: Wahlergebnisse in Kloster Veßra für ausgewählte Parteien bzw. Personen*

Wahl (Datum)	Stimmabgabe für	Stimmenanteile (absolut)
Bürgermeisterwahl (Juni 2022)	Tommy Frenck	29,1 % (57 Stimmen)
Bundestagswahl (Sept. 2021)	AfD+NPD	44,1 % (71 Zweitstimmen)
Landtagswahl (Okt. 2019)	AfD+NPD	37,9 % (58 Landesstimmen)
Europawahl (Mai 2019)	AfD+NPD+Die Rechte	36,2 % (55 Parteistimmen)
Kreistagswahl (Mai 2019)	AfD+BZH	39,2 % (217 Stimmen kumuliert)
Landratswahl (April 2018)	Tommy Frenck	31,4 % (54 Stimmen)
Bundestagswahl (Sept. 2017)	AfD+NPD	43,7 % (76 Zweitstimmen)

Eigene Darstellung. Quellen: Landeswahlleiter Thüringen.

Die neonazistische Kleinstpartei „**Der III. Weg**“ ist seit Mai 2015 in Thüringen in einigen Landkreisen und kreisfreien Städten bzw. Regionen organisiert (Best et al. 2018; Michelsen et al. 2020). Ein Landesverband existiert bisher nicht. Haupteinzugsgebiet waren zuletzt der Großraum Gotha, Erfurt und Gera sowie teilweise Suhl. Die Partei weist deutliche Bezüge zum historischen Nationalsozialismus auf und versteht sich als „nationalrevolutionäre Bewegung“, die verfassungs- und demokratiefeindlich ausgerichtet ist (Best et al. 2018, 110 ff.; 2019, 19; Michelsen et al. 2020, 19; BfV 2021, 91 f.). In Thüringen, insbesondere in Erfurt, trat die Partei darüber hinaus wiederholt mit homophoben Kampagnen bzw. Kundgebungen auf (AfV 2020b, 27 ff.). Im Vergleich zur Entwicklung, den Aktivitäten und elektoralen Ergebnissen der Partei in Sachsen (v.a. in Plauen) ist „Der III. Weg“ in Thüringen kaum über den Zustand eines sektiererisch-elitären Aktivismus hinausgekommen. Nach dem Parteievent „Jugend im Sturm“ in Kirchheim (Ilm-Kreis) im Jahr 2018 (Mischung aus Kampfsport, Rechtsrock und politischer Kundgebung) gelang es den Akteuren bzw. der Partei nicht erneut, eine ähnliche Großveranstaltung in Thüringen zu organisieren (2019 Verbot durch Behörde; 2020 Corona-Maßnahmenbedingte Absage dafür und für geplante 1. Mai Kundgebung). Abseits dessen und abseits der Aktivitäten rund um den Neonazi Nico Metze im Großraum Gera wurden die maßgeblichen Strukturen für die Partei von den Kadern der „Volksgemeinschaft“ um die Erfurter Neonazis Enrico Biczysko und Michel Fischer gestellt. Nach deren Austritt im Frühjahr/Sommer 2020 und dem späteren Austritt von Nico Metze aus der Partei gibt es noch Aktivitäten und Mitglieder von „Der III. Weg“ in Gera und Erfurt. Dennoch kann die Gründung des Stützpunktes Erfurt/Gotha und die Einrichtung eines Parteibüros in der Kleinstadt Ohrdruf (Landkreis Gotha) nicht darüber hinwegtäuschen, dass „Der III. Weg“ in Thüringen personell und strukturell zusammengeschrumpft und noch unbedeutender geworden ist.

Die „**Neue Stärke Partei**“ (NSP) ist die jüngste rechtsextreme, dezidiert neonazistisch-rassistische und völkisch-nationalistische Kleinstpartei in Thüringen. Sie wurde im November 2021 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) gegründet (Neue Stärke 2021a; 2021b). Ideologisch, programmatisch-inhaltlich, symbolisch und im Auftreten nach außen weist sie eine hohe Nähe zu „Der III. Weg“ auf. Das dürfte daran liegen, dass die Gründungsmitglieder zuletzt in dieser Partei

<sup>5</sup> Zum Vergleich: Bei einer ähnlichen Konstellation im Erfurter Stadtteil Herrenberg erreichte eine Kandidatin von „Der III. Weg“ bei der Ortsteilbürgermeisterwahl 37,3% (Mai 2019).

organisiert waren. Die NSP ist hervorgegangen aus der Umbenennung der „Volksgemeinschaft Erfurt e.V.“ zu „Neue Stärke Erfurt e.V.“ (Eigenabkürzung „NS Erfurt“), nachdem die Kader um Enrico Biczysko und Michel Fischer aus „Der III. Weg“ austraten. Die Umgründung vom NS-Verein zur NS-Partei [sic] geschah vermutlich, um ein mögliches Verbot zu erschweren und weiterhin unter das Parteienprivileg zu fallen (siehe Abschnitt 3.1). Damit stellt NSP den neuesten Versuch dieser und andere Personen dar, sich als Partei zu organisieren. NSP ist auch in anderen Bundesländern organisiert (z.B. Ableger in Niedersachsen). In Thüringen hat sie Ortsgruppen bzw. Strukturen in Erfurt, Gera (um Nico Metze, vormals „Der III. Weg“) und Saalfeld-Rudolstadt gegründet. Recherchegruppen aus dem Antifa-Spektrum haben zu diesen Ortsgruppen ausführliche Dossiers vorgelegt (rechercheostthuringen 2022c; Rechercheportal Erfurt 2021; Rechercheportal Jena-SHK 2022). Derzeit verfügt NSP über mindestens ein Mandat im Erfurter Ortsteilrat Melchendorf (Biczysko),<sup>6</sup> dass er ursprünglich zur Kommunalwahl 2019 als Kandidat von „Der III. Weg“ erhielt (Michelsen et al. 2020, 19 f.). Die Versuche, nach dem Auszug aus der langjährigen „Volksgemeinschaft“-Immobilie in der Stielstraße einen neuen Anlaufpunkt für den NS-Verein bzw. die NS-Partei [sic] aufzubauen, scheiterten bisher (MDR Thüringen 2022c; Demoreport 2021). Unverändert bleiben dürften die gewaltbereiten Versuche, nationalbefreite Zonen und Angsträume zu schaffen, denn für die NPS ist nach Eigenangabe der „wichtigste Punkt“ die „Rückeroberung von deutschen Städten durch deutsche Aktivisten“ (Neue Stärke 2021a).

### Sonstige parteiförmige Akteure mit rechtsextremen Bezügen in Thüringen

Der vorbestrafte Rassist und Neonazi David Köckert (frühere Führungsfigur von „Thügida“, vormals Mitglied bei den rechtsextremen Parteien „Die Rechte“ und NPD Thüringen; Best et al. 2018: insbesondere 101 ff., 114 ff.; 2019: 22) hat angekündigt, zur Kommunal- bzw. Kreistagswahl 2024 im Landkreis Greiz antreten zu wollen. Unklar ist bisher, ob er als Einzelkandidat oder parteilich organisiert antreten will.

Im Landkreis Gotha existiert seit Februar 2020 die Kleinstpartei „**Thüringer Heimatpartei**“, die unter anderem von zwei ehemaligen NPD-Direktkandidaten und von früheren AfD-Mitgliedern (z.T. vom aufgelösten AfD-Ortsverband Friedrichroda) ursprünglich als regionale Wählervereinigung gegründet worden ist (Michelsen et al. 2020, 20; Best et al. 2019, 20). Einer der früheren NPD-Kandidaten ist der Vorsitzende dieser Partei und war deren Wahlkreiskandidat zur Bundestagswahl 2021 (tagesschau.de 2021). Diesbezüglich kam es zu wahlkampfbezogenen Aktivitäten im Wahlkreis Gotha-Ilm-Kreis (Richter/Salheiser 2021b, 40 f.). Die Partei ist programmatisch-inhaltlich „im äußeren rechten Spektrum“ (ebenda) und als zumindest rechtspopulistisch einzuordnen (ebd., 40 f.; tagesschau.de 2021). Das Parteiprogramm ist nach der Bundestagswahl 2021 inhaltlich um kritische Passagen entschärft worden, die noch im Gründungsprogramm von 2020 enthalten waren. Am auffälligsten ist, dass der islamfeindliche, die Religionsfreiheit missachtende und einen rechtsextremen Kampfbegriff (Kerst 2019) propagierende Programmpunkt „3. Islamisierung & Parallelgesellschaften“<sup>7</sup> entfernt worden ist. Ebenfalls entfernt ist der Unterpunkt „Aufweichung des Tierschutzes aus vorgeblich religiösen Motiven ächten“, der sich vermutlich nur gegen das rituelle Schächten im Islam und nicht im Judentum richtet. Auch bei diesem Punkt wird die Religions- und Glaubensfreiheit missachtet. Außerdem heißt es nunmehr: „Keine politisch motivierte Indoktrinierung unserer Kinder und Jugend“ (ursprünglich: „Keine Indoktrinierung unserer Kinder und Jugend durch links-grüne

<sup>6</sup> Doreen Lukei legte ihr Mandat im Ortsteilrat Herrenberg im April 2020 nieder. Unklar ist, ob G. Wanjukowa (Ortsteilrat Wiesenhügel) Mitglied von „Neue Stärke Partei“ geworden ist.

<sup>7</sup> Er enthielt folgende Unterpunkte: „- Islamisierung unserer Heimat stoppen / - islamischen Parallelgesellschaften entgegenwirken / - Verbot islamischer Machtsymbolik“.



*Abb. 8: Gedicht zum Volkstrauertag (Gedicht im Ausschnitt)*

Bildquelle: Facebook „Thüringer Heimatpartei“, 21.11.2021

Ideologen“). Allerdings blieb der Punkt „Vermittlung eines positiven Heimatbewusstseins bereits ab dem Kindergarten“ bestehen. Innere Sicherheit und eine punitive Asyl- und Migrationspolitik bzw. Nulltoleranzstrategie in Bezug auf Einwanderung sind weiterhin die wichtigsten Programmpunkte. Im November 2021 veröffentlichte die Partei auf ihrem offiziellen Facebook-Profil zum Volkstrauertag einen Beitrag mit einem Gedicht von Paul Beuthe (vgl. Abb. 8). Die offenbar selbstverfasste Einführung in dem Beitrag ist eine geschichtsrelativierende Fokussierung auf die deutschen Opfer im Zweiten Weltkrieg durch die Siegermächte unter Ausblendung des Holocaust oder der Kriegsverbrechen der Wehrmacht. Das ist dieselbe Form von rechts-extremen Geschichtsrevisionismus, wie er auch von Björn Höcke betrieben wird (AfV 2021, 26). Daran anschließend wird das Gedicht „Zur Wehrmachtsausstellung“ von Paul Beuthe in voller Länge angefügt. Das Gedicht entstand als Kritik an der Wehrmachtsausstellung in Österreich, um „all jene als *Halunken* zu qualifizieren, die Verbrechen der Wehrmacht nicht unter den Tisch gekehrt sehen wollen.“ (Traxler 2002, Hervorhebung im Original, unter Bezugnahme auf die 7. Zeile im Gedicht, siehe Abb. 8) Der Dichter bewegte sich seinerzeit offenbar in einem geschichtsrevisionistischen, Holocaust-relativierenden bis -leugnenden Umfeld (ebenda). Der rechtsextreme Liedermacher Frank Rennicke hat das Gedicht 1997 als Liedtext rezipiert bzw. vertont (unter dem Titel „Sie liegen im Westen und Osten“).

### Vereinsförmiger Rechtsextremismus in Thüringen

Bei den anderen formell vereinsförmig organisierten rechtsextremen Angebotsstrukturen gab es im Vergleich zur vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) keine Veränderungen. Die Angaben in Tabelle 6 zu in Thüringen ansässigen rechtsextremen Vereinen seit 2015 in (ebd., 21) haben sich nicht geändert, d.h. die damals noch aktiven **rechtsextremen Vereine**<sup>8</sup> sind im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 weiterhin aktiv gewesen oder haben sich lediglich umbenannt und umstrukturiert (siehe „Neue Stärke Partei“).

Die rechtsextreme Burschenschaft „**Normannia zu Jena**“ wollte sich 2019 ursprünglich vertagen, das geschah aber offensichtlich nicht (Dieckmann et al. 2022, 19; Haak 2019). Im Gegenteil nahmen Normannia-Burschenschafter im August 2020 an einer Mensur in Jena

<sup>8</sup> Gemeint sind damit: Barbaria Sportgemeinschaft; Deutscher Zivilschutz; Flieder Volkshaus; Gedächtnisstätte; Lebenskurve; Schlesische Jugend. Näheres dazu in Michelsen et al. 2020, 21.

(Rechercheportal Jena-SHK 2020a) und zuletzt im Juni 2022 am Burschentag der Deutschen Burschenschaft in Eisenach teil<sup>9</sup>. Außerdem wirkt ein Teil bei „Sache des Volkes“ mit (siehe Abschnitt 3.3).

Die „**Alte Burschenschaft Burgkeller Jena in der DB**“ ist weiterhin als neu rechts einzuordnen (Dieckmann et al. 2022, 18f.; Michelsen et al. 2020, 22). Laut Eigenangaben nahmen im Zeitraum Mitglieder mehrfach an Veranstaltungen des „Institut für Staatspolitik“ (IfS) in Schnellroda (Sachsen) teil. Im November 2021 hielt Jonas Schick einen Vortrag bei der Burschenschaft.<sup>10</sup> Schick ist unter anderem regelmäßiger Autor bei *Sezession*, der IfS-Zeitschrift unter Chefredaktion von Götz Kubitschek. Das neu rechte IfS wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall, vom sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft und ist eng verzahnt mit der AfD (BfV 2022, 78 f.; 2021, 84 f.; VfS Sachsen-Anhalt 2022, 79 ff.; 2021, 66 ff.). Ein Burgkeller-Burschenschafter soll nach SPIEGEL-Informationen (Müller 2022) mittlerweile Alice Weidel (Fraktionschefin der AfD-Bundestagsfraktion) zuarbeiten.<sup>11</sup>

### 3.3 Informell organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen

Informell organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen sind fluidere Strukturen mit geringeren Zugangshürden und weniger Hierarchien (z.B. Kameradschaften, Bürgerwehren, Netzwerke, Kampagnen). Bei diesen hat sich in den letzten Jahren und im Vergleich zur vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) relativ wenig geändert.

Die Angaben zu **Bürgerwehren mit rechtsextremen Bezügen** in Thüringen, die in der vorherigen Gefährdungsanalyse in Tabelle 7 zusammengefasst sind (Michelsen et al. 2020, 22 f.), haben sich nicht geändert, d.h. die damals noch überwiegend virtuell aktiven Bürgerwehren mit rechtsextremen Bezügen in Thüringen sind im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 nach Quellenlage weiterhin ausschließlich virtuell aktiv gewesen. Zusammen mit weiteren nur noch rein virtuell aktiven Diskussionsgruppen mit rechtsextremen Bezügen in den sozialen Medien, die ohne erkennbare Gruppenorganisation im öffentlichen Raum nach außen auftreten, betrifft das nach Quellenlage: „Bürgerforum Meuselwitz“, „Apolda steh auf!“, „Für Arnstadt“ (vormals „Stadtwa- che“ bzw. „Bürgerwehr Arnstadt“, ursprünglich NPD-nahe „Patriotische Bürger für Arnstadt“), „Nationale Front Deutschland“ (virtuell, Schwerpunkt Gotha) und „Bürgerwehr Piesau-Lichte“ (Michelsen et al. 2020, 22 f.).

Neu hinzugekommen sind netzwerk-artige, AfD-nahe Mimikry-Organisationen bzw. Strukturen in Ostthüringen um den rechtsextremen, antisemitischen Reichsbürger und Verschwörungsideologen Frank Haußner, dessen Aktivitäten in Thüringen im Zuge der Corona-Proteste wieder deutlich zunahmen (rechercheostthueringen 2022a; 2022b; Rechercheportal Jena-SHK 2021c; 2020b). Der Schwerpunkt der Aktivitäten ist Zeulenroda (Landkreis Greiz), Gera und das Bundesländergrenzen überschreitende Vogtland. Bereits während der sogenannten Flüchtlingskrise war Haußner in der asyl- und fremdenfeindlichen Gruppe „Bürgerprotest Ostthüringen“ aktiv beteiligt. Seit 2018 führt er die Nachfolgegruppe „**Patrioten Ostthüringen**“ an. Unter diesem Label nahm Haußner an Corona-Proteste unter anderem in Thüringen teil (z.B. am 31.10.2020 in Schmalkalden, siehe hierzu Themenfeld „antisemitische Chiffren“ in Tab. 5; Beilmann et al. 2022) oder er organisierte solche Demonstrationen selbst (unter anderem in Zeu-

<sup>9</sup> <https://twitter.com/korpokritik/status/1536102764270477313> (Abruf: 22.08.2022).

<sup>10</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=2807440316219669&id=1409585032671878](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=2807440316219669&id=1409585032671878) (Abruf: 18.08.2022).

<sup>11</sup> Außerdem dazu: <https://twitter.com/LSARechtsaussen/status/1539332541978750976> (Abruf: 22.08.2022).

lenroda; Börner 2020a; 2020b; 2020c; Rechercheportal Jena-SHK 2021c). Bei seinen Äußerungen und Reden waren antisemitische und Reichsbürger-Bezüge offensichtlich erkennbar (ebenda; Beelmann et al. 2022; Richter/Salheiser 2021a, 81). Außerdem nahmen bei den Protesten in Zeulenroda Akteure von „Der III. Weg“ sichtbar bzw. erkennbar teil. Diffamierende Plakate, auf denen Politiker\*innen wie Karl Lauterbach, der Virologe Christian Drosten, die ZDF-Journalistin Dunja Hayali oder Bill Gates in Sträflingskleidung mit der Aufschrift „Schuldig“ abgebildet sind, stammen aus dem Umfeld der Gruppe. Haußner, Robby Schlund (damals noch MdB und Mitglied der AfD Thüringen) und Teile des AfD-Kreisverbandes Saale-Orla führten diese erstmals bei einer Querdenken-Demonstration in Berlin im August 2020 mit (DJV 2020; Hagen 2020). Haußner gehört ebenfalls zu den Führungspersonen, die Ende 2021 „**Freies Thüringen**“ und „**Freie Jugend**“ gegründet haben. Es handelt sich dabei um einen Ableger der rechtsextremen Gruppe „Freie Sachsen“. Zwischen den Gruppen bestehen Kooperationen (v.a. durch gegenseitige Teilnahme bei Demonstrationen). „Freies Thüringen“ betreibt wie „Freie Sachsen“ eine Strategie der Mimikry: Sie versuchen, über ihre politische Zugehörigkeit zur rechtsextremen Bewegung hinwegzutäuschen und geben sich nach außen selbstverharmlosend als vermeintlich bürgerliche Gruppe. Ziel ist es, eine bessere Anschlussfähigkeit an nicht-rechtsextreme Milieus zu erlangen und dadurch mehr Personen bei Protesten zu mobilisieren. In der Telegram-Gruppe von „Freies Thüringen“ wird in einem Beitrag (vgl. Abb. 9) nicht nur der Holocaust hinterfragt und mit antisemitischen Topoi verknüpft („dämonische Menschen“ würden die „Wahrheit“ unterdrücken). Sondern es wird so argumentiert, als sei die *gesellschaftliche* Sanktionierung und Ächtung der Leugnung von Corona oder des anthropogenen Klimawandels (beides Äußerungen, die im Rahmen der Meinungsfreiheit gem. Art. 5 GG erlaubt und straffrei sind) nun auf einer Ebene wie die der Holocaustleugnung (eine *strafbare*, weil volksverhetzende Meinungsäußerung) angelangt. Damit wird die Holocaustleugnung verharmlost und soll salonfähiger werden. Bei einem Protest von „Freies Thüringen“ im Juli 2022 bedankte sich Haußner für ein Lied des rechtsextremen Liedermachers Frank Rennicke über das Vogtland.<sup>12</sup> Strukturen wie „Patrioten Ostthüringen“ und „Freies Thüringen“ versuchen als rechts-extreme, antidemokratische Reichsbürger\*innen-Mimikry, das eigene, ideologisch nahestehende Klientel zusammen mit eher bürgerlichen Milieus zu mobilisieren, zu vermischen und sodann daran anzudocken, um die eigene Ideologie verbreiten und normalisieren zu können. Außerdem war Haußner ursprünglich namentlich als Diskutant von „Patrioten Ostthüringen“ aufgelistet für die „Diskussion: ‚Braucht Widerstand Parteien und Organisationen?‘“ auf dem 1. Netzwerktag von der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“, die im September 2022 in Eisenach stattfinden soll.<sup>13</sup> Mittlerweile fehlt sein Name als Diskutant, nicht aber der von „Patrioten Ostthüringen“.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> <https://twitter.com/ostdivan/status/1551901629842132994> (Abruf: 22.08.2022).

<sup>13</sup> <https://twitter.com/SWAProtest/status/1547920775729987590> (Abruf: 22.08.2022).

<sup>14</sup> <https://deutsche-stimme.de/netzwerktag/> (Abruf jeweils: 22.08.2022).

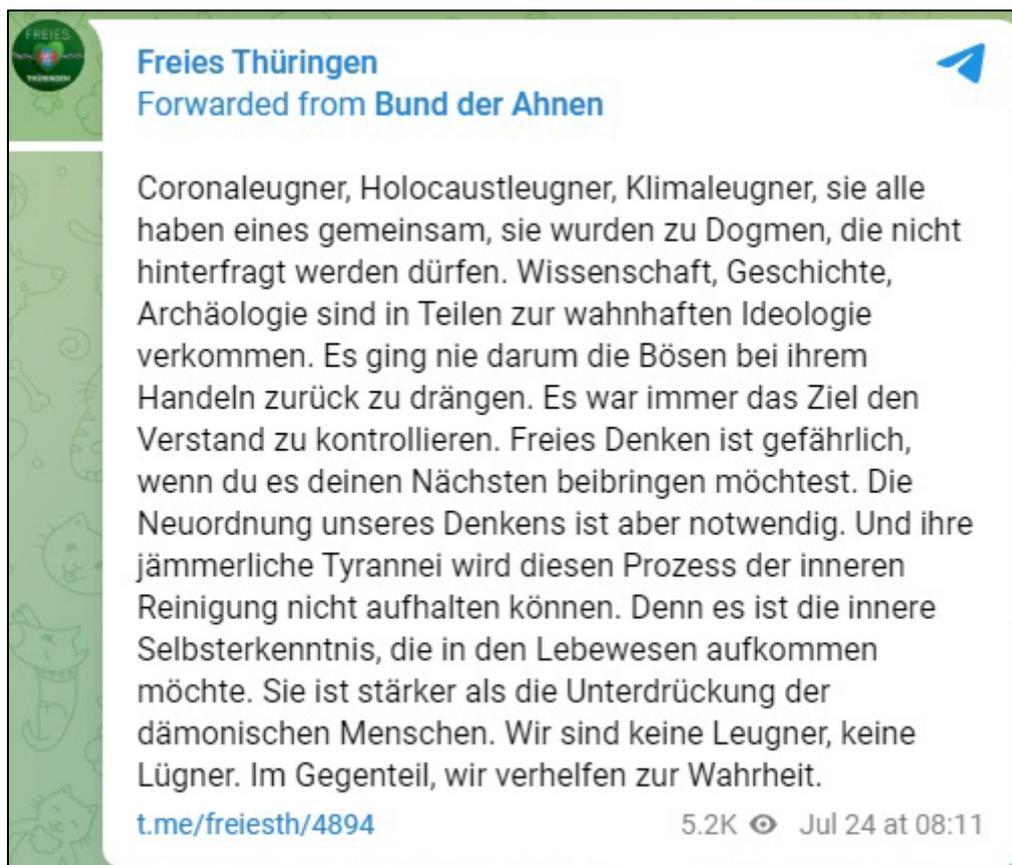


Abb. 9: Verharmlosung des Holocausts im Telegram-Kanal von Freies Thüringen (Ausschnitt)

Bildquelle: Telegram Gruppe „Freies Thüringen“, 24.07.2022, <https://t.me/freiesth/4894> (Abruf: 20.08.2022)

Ebenfalls neu hinzugekommen ist die Gruppe „**Aufbruch und Erneuerung**“, die seit Mai 2020 im Großraum Kahla aktiv ist und sich Anfang 2022 in „**Sache des Volkes**“ umbenannt hat (Aufbruch-Erneuerung.org 2022). Die Gruppe nimmt hierbei bewusst („In dieser Tradition stehend“, ebenda) Bezug auf die westdeutsche neu rechte Querfront-Organisation „Sache des Volkes“ aus den 1970ern, an der unter anderen Henning Eichberg beteiligt war (apabiz 2005). Eichberg ist Vordenker des neu rechten Konzeptes des Ethnopluralismus (Eichberg 1978, 7-36).

Die Gruppe „Aufbruch und Erneuerung“ soll von genuin neu bis extrem rechten Personen aus dem Umfeld der rechtsextremen Wohngemeinschaft und Szene-Immobilie „Burg 19“ in Kahla (Saale-Holzland-Kreis) gegründet und organisiert worden sein (Rechercheportal Jena-SHK 2021b; dazu außerdem: Aufbruch-Erneuerung.org 2021). Nach Eigenangaben seien „einzelne Mitglieder“ der rechtsextremen Burschenschaft Normannia zu Jena „an Aktionen beteiligt“ (ebenda) und Personen „aus dem fränkischen Raum“ (Aufbruch-Erneuerung.org 2022) Teil der Gruppe. Die Gruppe veranstaltet neben geschichtsrevisionistischen Gedenken zum Volkstrauertag häufig Lesungen und Buchbesprechungen. Diese Aktivitäten, die ursprünglich breitenwirksame Selbstbezeichnung und Umbenennung sowie die Beiträge im eigenem Webblog der Gruppe geben sich als rechtsintellektuell und sind von einer Kapitalismuskritik von rechts geprägt. Dadurch sollen die rechtsextrem-neonazistischen Wurzeln durch eine nationalrevolutionäre Querfrontstrategie verschleiert werden, um größere Anschluss- und Diskursfähigkeit zu

erlangen. Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gruppe in ihrem Blog beispielsweise dem rechtsextremen Publizisten Jürgen Schwab eine Plattform bietet,<sup>15</sup> oder auf Benedikt Kaiser verweist.<sup>16</sup> Kaiser ist ein neu rechter Querfrontler und regelmäßiger Autor bei *Sezession*, der IfS-Zeitschrift unter Chefredaktion von Götz Kubitschek. Außerdem veröffentlichte die Gruppe im Juli 2022 zum gleichen Zeitpunkt dieselbe Art von Pressemitteilung über ein Gründungstreffen des „Koordinierungsrat in Thüringen“,<sup>17</sup> die nach Quellenlage nur noch von der teilnehmenden Thüringer NPD veröffentlicht wurde. Diese konzertierte Aktion weist darauf hin, dass die Gruppe dieses Vorhaben zumindest unterstützt und womöglich an dem Gründungstreffen teilnahm.

Erstmal fanden 2019 im Altenburger Land sogenannte **Impfkritische Stammtische** statt. Diese werden aus dem Umfeld des völkisch-neonazistischen Hammerskin Thomas Gerlach organisiert (Altenburg Rechtsaußen 2022; EXIF Recherche 2021b). Gerlach war Zeuge im NSU-Prozess, weil er sich Jahre lang „im politischen Umfeld der NSU-Angeklagten Ralf Wohlleben und André Eminger“ bewegte (ZEIT Störungsmelder 2014). Er arbeitete mit dem verurteilten NSU-Unterstützer Wohlleben „jahrelang politisch eng zusammen“ (Röpke 2015) und hielt ihn für ein „Bauernopfer“, dass „Hochachtung“ dafür verdiene, dass er im NSU-Prozess an seinen „Ideen“ festhielt (Thomas Gerlach, jeweils zit. nach Litschko 2017). Während der Corona-Pandemie führte die Gruppe um Gerlach Protestaktionen in Altenburg gegen die Corona-Maßnahmen durch. Im November 2021 gründete Gerlach, beruflich Altenpfleger, den „**Arbeitskreis kritische Pflegekräfte**“ mit (Altenburg Rechtsaußen 2022).

### 3.4 Angebotsstrukturen im sub- und jugendkulturellen Feld

Bei den sub- und jugendkulturellen rechtsextremen Angebotsstrukturen in Thüringen gab es seit der vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) einige Veränderungen.

Erstens sind der Staatsschutz und der Rechtsstaat gegen drei subkulturelle rechtsextreme Gruppierungen gerichtlich vorgegangen bzw. geht gegen diese vor (d.h. Verfahren sind mit rechtskräftigem Gerichtsurteil abgeschlossen oder noch im Gange). Das betrifft:

- die rechtsextreme (dezidiert neonazistische, antisemitische, rassistische und homophobe) Hooligangruppe „**Jungsturm Erfurt**“ (überregional aktiv/organisiert)
- die neonazistischen, rockerähnlichen organisierten Strukturen der „**Bruderschaft Thüringen**“ bzw. die „**Turonen**“ und „**Garde 20**“ (Großraum Gotha)
- die neonazistische NPD-nahe Kampfsportgruppe „**Knockout 51**“ aus Eisenach (Wartburgkreis)

Durch die Razzias und Gerichtsverfahren sowie (Untersuchungs-)Haft sind die Aktivitäten und Strukturen dieser Gruppen vorläufig bzw. gegenwärtig und zeitweise stark eingeschränkt bzw. geschwächt. Unklar ist, ob und inwiefern sich die weiteren Mitglieder der jeweiligen Gruppen, die nicht von den Maßnahmen betroffen gewesen sind, verhalten bzw. organisieren und ggf. umgruppieren könnten (siehe unten).

<sup>15</sup> Beispielsweise in <https://aufbruch-erneuerung.org/2022/02/06/sache-des-volkes/> und <https://aufbruch-erneuerung.org/2022/05/20/kriegsschuld/> (Abruf jeweils: 22.08.2022).

<sup>16</sup> Beispielsweise in <https://t.me/AundE/432> und <https://aufbruch-erneuerung.org/2022/02/19/das-bewaffnete-wort-zur-erinnerung-an-gunter-maschke/> (Abruf jeweils: 22.08.2022).

<sup>17</sup> Vergleiche <https://aufbruch-erneuerung.org/2022/07/20/koordinierungsrat-in-thuringen-gegrundet/mit> <https://npd-thuringen.de/?p=6430> (Abruf jeweils: 22.08.2022).

Zweitens ist im Phänomenbereich der rechtsextremen Reichsbürger\*innen eine Gruppierung neu hinzugekommen, die in Thüringen im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 aktiv gewesen ist („Vaterländischer Hilfsdienst“, siehe weiter unten). Drittens ließen sich nach Quellenlage drei neue rechtsextreme Jugendgruppen identifizieren, die im oben genannten Zeitraum in Thüringen aktiv waren (in Weimar, in Arnstadt im Ilm-Kreis und in Ostthüringen, siehe weiter unten).

### Rechtsstaatliche Maßnahmen gegen drei subkulturelle rechtsextreme Gruppierungen in Thüringen

Im Februar 2021 hat das Landgericht (LG) Gera vier Mitglieder von „**Jungsturm Erfurt**“ unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch zu Haftstrafen von jeweils über zwei Jahren verurteilt. Das Gericht stufte die Gruppe als gewaltbereit und kriminelle Vereinigung (§ 129 StGB) ein, d.h. die Gruppe war darauf ausgelegt, Straftaten zu begehen. Mitglieder von „Jungsturm Erfurt“ haben beispielsweise an Bahnhöfen in Saalfeld und Gotha 2018 und 2019 gegnerische, als links geltende Fußballfans gezielt angegriffen und verletzt. Bei einem dieser Überfälle wurden diese „zum Teil bewusstlos geprügelt, sexistisch beleidigt und um einiger Fan-Utensilien beraubt.“ (EXIF Recherche 2021a) Außerdem nahm die Gruppe mehrfach an sogenannten Ackermatches teil (Haak 2021; EXIF Recherche 2021a). Solche abgesprochenen Schlägereien unter Hooligans hat der Bundesgerichtshof (BGH) bereits 2015 als organisierte, gemeinschaftliche Körperverletzung verboten (BGH, 22.01.2015 - 3 StR 233/14). Im Revisionsprozess vor dem BGH wurde das Urteil des LG für drei der vier Mitglieder bestätigt. Im anschließenden Revisionsverfahren vor dem LG wurde der vierte Angeklagte erneut verurteilt. Seine Haftstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Damit sind die Urteile rechtskräftig (MDR Thüringen 2022b; 2022d).

Das Gerichtsverfahren gegen die Führungsriege der „**Turonen**“ hat im Juni 2022 begonnen. Nach dem Ende des Ballstädt-Prozesses, bei dem die damaligen Angeklagten nach einem brutalen Überfall auf eine Kirmesgesellschaft am Ende gegen Geständnis eine Bewährungsstrafe erhielten (Litschko 2021; kritisch zum Prozess und Urteil: Kahlen/Pietrzyk 2022; ezra 2022), ist das das zweite größere Gerichtsverfahren gegen die Gruppierung aus dem Großraum Gotha. Dieses Mal geht es um organisierte Kriminalität, d.h. Straftaten wurden planmäßig und arbeitsteilig begangen, um dadurch unter anderem finanzielle Gewinne zu erzielen.<sup>18</sup> Den neun Angeklagten wird vorgeworfen, mit Drogen gehandelt sowie Geldwäsche und Zwangsprostitution betrieben zu haben. Der Prozess ist vorerst bis Dezember 2022 terminiert (Budler 2022; Ertl 2022; Exakt - Die Story 2022; Litschko 2022).

Im April 2022 gab es eine bundesweite Razzia gegen die verbotene, militant-neonazistische Gruppe „**Combat 18**“ (übersetzt etwa: „Kampfgruppe Adolf Hitler“), gegen die rassistische, mutmaßlich terroristische „Atomwaffendivision Deutschland“ und gegen die NPD-nahe Neonazi-Kampfsportgruppe „**Knockout 51**“ aus Eisenach (Wartburgkreis) (Bräutigam et al. 2022; Lauer/Manemann 2022; MDR Thüringen 2022a). Die Führungspersonen von „Knockout 51“, darunter Leon R., sitzen derzeit in Untersuchungshaft (GBA 2022b). Der Generalbundesanwalt (GBA) bzw. die Bundesanwaltschaft wirft ihnen vor, mutmaßliche Mitglieder einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung zu sein und seit März 2020 „auf die Begehung von erheblichen Straftaten ausgerichtet“ gewesen zu sein (darunter gefährliche Körperverletzung, auch unter Einsatz von Hieb- und Stichwaffen) (GBA 2022a). Beispielsweise wollten sie auf Anti-Corona-Demos, Linke und „Bullen“ „klatschen“ (zitiert nach Spilcker 2022). Die Bundesanwalt-

<sup>18</sup> Definition des Bundeskriminalamtes zu „Organisierte Kriminalität“ unter: [https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/OrganisierteKriminalitaet/organisiertekriminalitaet\\_node.html](https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/OrganisierteKriminalitaet/organisiertekriminalitaet_node.html) (Abruf: 22.08.2022).

schaft (GBA 2022a) führt weiter aus, dass „Knockout 51“ „unter dem Deckmantel des gemeinsamen körperlichen Trainings junge, nationalistisch gesinnte Männer anlockt, diese bewusst mit rechtsextremem Gedankengut indoktriniert und für Straßenkämpfe ausbildet. Die Trainings finden [...] in Eisenach regelmäßig in den Räumlichkeiten der Landesgeschäftsstelle der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), dem ‚Flieder Volkshaus‘, statt.“ Sie haben versucht, in Eisenach „einen sogenannten ‚Nazi-Kiez‘ zu schaffen und sich dort als bestimmende Ordnungsmacht zu etablieren.“ Dabei ging es ihnen „auch um die gezielte Provokation von Gewalt sowie den aktiven Kampf gegen den politischen Gegner.“ Die Gruppe wurde im November 2021 zum Schein aufgelöst. „Seitdem treten Anwärter auf Geheiß von Leon R. in die Jugendorganisation der NPD, ‚Junge Nationalisten‘ (JN) ein.“ (GBA 2022a) Zwischen Mitgliedern von „Jungsturm Erfurt“ und „Knockout 51“ gibt es durch persönliche Kontakte eine enge Verbindung (AGST 2021; EXIF Recherche 2020).

### Weitere Angebotsstrukturen in der rechtsextreme Hooligan- und Kampfsportszene in Thüringen

Neben der rechtsextremen Hooligan-Gruppe „Jungsturm Erfurt“ (siehe oben) sind rechtsextreme **Hooligans in einer Fußball-Kameradschaft in Jena** organisiert (Rechercheportal Jena-SHK 2021a).

Neben „Knockout 51“ (siehe oben) sind die Kampfsportgruppen, die in der vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) aufgrund ihrer Aktivitäten und Kämpfer\*innen in Teilen bis gänzlich als rechtsextrem eingeordnet worden sind (z.B. wegen Teilnahme an rechtsextremen Kampfsportevents), im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 weiterhin in Thüringen aktiv gewesen. Das betrifft die **„Barbaria Sportgemeinschaft Schmölln“** (Altenburger Land) und **„Wardon 21“** (Südthüringen). Im Fall des in ebenda genannten „Team Bäumler“ vom „ASC Ronneburg“ (Greiz) ist einschränkend hinzuzufügen, dass aufgrund der Corona-Pandemie kaum bis keine Wettbewerbsaktivitäten möglich waren, sodass deren erneute Nennung nach aktueller Quellenlage unter Vorbehalt zu betrachten ist.

### Rechtsextreme Angebotsstrukturen aus dem Bereich des Reichsbürger\*innen-Phänomens in Thüringen

In Thüringen sind einige Reichsbürger\*innen-Gruppen aktiv (AfV 2021, 55; Michelsen et al. 2020, 26 f.). In Ilmenau (Ilm-Kreis) ist weiterhin ein Ableger des rechtsextremen, antisemitischen (BfV 2022, 104) Reichsbürger\*innenprojektes **„staatenlos.info“** aktiv (Beelmann et al. 2020, 26). Bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen in Südwestthüringen nahmen häufig Personen aus dem Umfeld der sogenannten **„Verfassungsgebenden Versammlung“** teil. Der Betreiber einer Gaststätte in Saalfeld (Saalfeld-Rudolstadt) hat sich im November 2019 dem Reichsbürger-Fantasiestaat **„Königreich Deutschland“** von Peter Fitzek angeschlossen. Er meldete sein Gewerbe ab, betrieb die Gaststätte aber rechtswidrig weiter. Im November 2020 fand dort ein bundesweites Vernetzungstreffen des selbsternannten Fitzek-Königreiches statt, an dem auch Personen aus dem Querdenker\*innen-Umfeld teilnahmen (unter anderem Michael Ballweg). Im August 2021 hat das Landesverwaltungsamt dem Betreiber das Gewerbe untersagt. Seit November 2021 versucht der Reichsbürger-Gastwirt das Objekt zu verkaufen (Berg 2021).

Neu hinzu gekommen ist der **„Vaterländischer Hilfsdienst“** (VHD). Das ist eine im August 2019 gegründete Unterorganisation der Reichsbürger\*innen-Gruppierung **„Bismarcks Erben“** (auch: „Ewiger Bund“ und „Preußisches Institut“). Diese Gruppierung existiert seit 2018 und wird vom

Verfassungsschutz beobachtet (BfV 2022, 105; 2021, 116).<sup>19</sup> Grundannahme der Gruppe ist, dass das Bismarck'sche bzw. Deutsche Kaiserreich im Gebietszustand von 1914, die Monarchie und dessen Rechtsordnung noch heute unverändert existiert bzw. gültig ist (vgl. Abb. 10). Mit Hilfe des VHD und sogenannte Armeekorpsbezirke wollen sie dieses Kaiserreich „reorganisieren“ bzw. „wiedererwecken“.<sup>20</sup> Um mitwirken zu können, müssen Personen einen Abstammungsnachweis gem. RuStAG 1913 (Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetz von 1913)<sup>21</sup> erbringen. Thüringen existiert in der Vorstellung dieser Gruppe nicht, weil das Staatsgebiet als Bestandteil der sogenannten Armeekorpsbezirke IV und XI sowie früherer Herzog- oder Fürstentümer etc. angesehen wird. Laut Eigendarstellung fanden zwischen November 2020 und Juli 2022 fast zwei Dutzend Treffen in Thüringen statt (am meisten im Wartburgkreis und Kyffhäuserkreis). Die Gruppe soll inhaltlich „offensichtlich[e]“ (Richter/Salheiser 2021b, 54) Bezüge in das rechtsextreme Spektrum der Reichsbürger\*innen haben. Neben den für Reichsbürger\*innen üblichen Überschneidungen zum Rechtsextremismus (Geschichtsrevisionismus; Ablehnung der bestehenden Bundesrepublik, des politischen Systems etc.; Michelsen et al. 2020, 26) sind es beim VHD noch die folgenden Aspekte: die Art des Abstammungsnachweises gem. RuStAG 1913 weist nationalistisch-völkische Züge auf, weil das Abstammungsprinzip der VHD vereinfacht lautet, Deutsche\*r kann nur sein, wer als Kind deutscher Eltern geboren ist. Die Vorstellung von Deutschland in den Grenzen von 1914 ist gebietsrevisionistisch. Grafiken des VHD sprechen „Patrioten, Nationalisten und identitäre“ [sic!] an oder werben damit, „Auch Du kannst ein Hermann sein“.<sup>22</sup> Zuletzt können die positiv-affirmative Berufung auf die kaiserliche Monarchie und das Kaisertum als Diktaturaffinität gedeutet werden.

In Thüringen traten die oben genannten Reichsbürger\*innen-Gruppen im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 nicht erkennbar gewalttätig auf. Allerdings tragen sie ihre Vorstellungen nicht selten in aggressiver und apodiktischer Art und Weise vor. Sie misstrauen nicht nur dem bestehenden politischen System und dessen Repräsentant\*innen, sondern sie legitimieren und propagieren auch Gewalt in Form einer angeblichen Pflicht zum Widerstand gegen jene, weil diese in den Augen der Reichsbürger\*innen beispielsweise illegitim handeln würden.

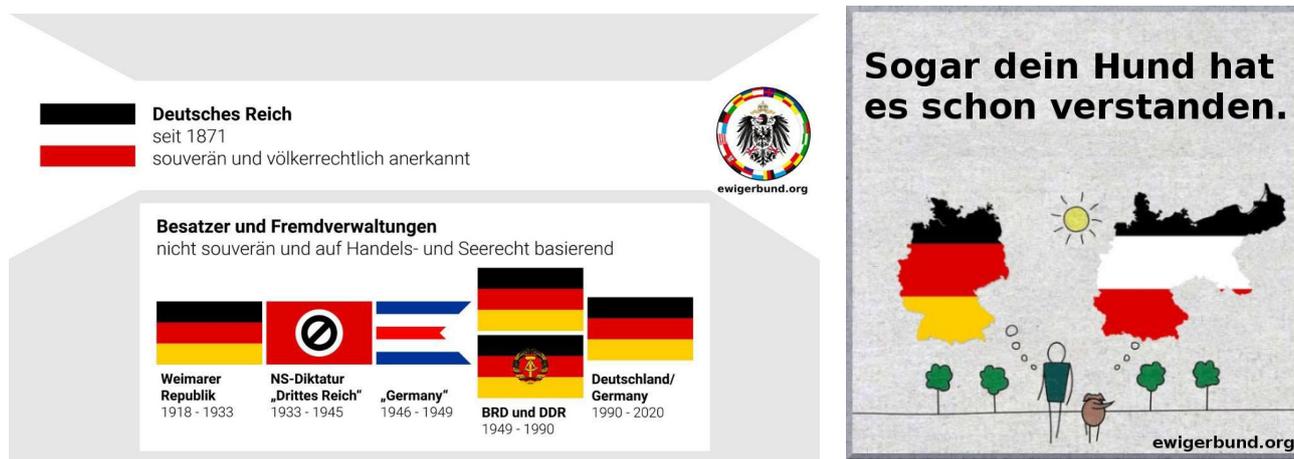


Abb. 10: Grundvorstellungen des Vaterländischen Hilfsdienstes

Bildquellen: VHD/Ewiger Bund, <https://www.hilfsdienst.net/grafiken.html> (Abruf: 19.08.2022).

<sup>19</sup> Dazu außerdem: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/reichsbuerger-und-selbst-verwalter/bismarcks-erben-eine-schnell-wachsende-reichsbuerger-gruppierung.html> (Abruf: 22.08.2022).

<sup>20</sup> <https://www.hilfsdienst.net/wiedererweckung-des-vhd.html> (Abruf: 22.08.2022).

<sup>21</sup> Das RuStAG regelte, wie eine Person die deutsche Staatsangehörig erwirbt (erhält). Das RuStAG trat erstmals 1913 in Kraft und wurde seither mehrfach durch Gesetz geändert, ergänzt und inhaltlich überarbeitet. Das Staatsangehörigkeitgesetz (StAG) löste das RuStAG zum 1. Januar 2000 ab.

<sup>22</sup> Vgl. <https://www.hilfsdienst.net/grafiken.html> (Abruf: 22.08.2022).

### Rechtsextreme Akteure und Angebotsstrukturen im jugendkulturellen Bereich in Thüringen

Im Bereich der jugendkulturellen rechtsextremen Angebotsstrukturen sind formal weiterhin die „Schlesische Jugend“ (Arnstadt-Marlishausen, Ilm-Kreis) und die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationalisten“ (JN), in Thüringen aktiv. Für Erstgenannte sind für bzw. in Thüringen im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 keine eigenständigen Aktivitäten bekannt. Für die JN und dessen Mimikry-Kampagne „schülersprecher.info“ gilt dasselbe. Bekannt ist, dass es eine interaktive Diskussionsrunde im Mai 2020 mit Sanny Kujath von „Junge Revolution“ (siehe unten) gab. Dafür warben aber lediglich die JN-Deutschland und JN-Sachsen.<sup>23</sup> Allerdings sind die JN-Strukturen zuletzt als Tarnung für Anwärter von „Knockout 51“ genutzt worden (siehe oben).

Das 2019 gegründete neonazistische Medienprojekt „**Junge Revolution**“ von Sanny Kujath soll sich wegen der Beobachtung durch den Verfassungsschutz (AfV 2021, 41 f.) mittlerweile aufgelöst haben (Arnold et al. 2021).

Es gibt Hinweise auf zwei lose organisierte Jugendgruppen in **Weimar** und **Arnstadt** (Ilm-Kreis). In Weimar kam es wiederholt zu Sachbeschädigungen an einem lokalen antirassistischen, antifaschistischen und queerelementarischen Kleincafé. Bei einem Übergriff auf das Lokal im Juni 2022 geschah dies aus einer kleinen Gruppe von Jugendlichen heraus (Hasselmann 2022; Wiemann 2022). Nach Einschätzung zivilgesellschaftlicher Akteure im Ilm-Kreis gibt es „Hinweise auf eine sich formierende kampfsportaffine und rechtsextreme Jugendclique in Arnstadt“ (Richter/Salheiser 2021b, 48).

Die rechtsextreme Gruppe „**Freie Jugend**“ ist ein Ableger von „Freies Thüringen“ und dem Umfeld „Patrioten Ostthüringen“ zuzuordnen (siehe Abschnitt 3.3).

### 3.5 Fazit: Keine Erosion rechtsextremer Strukturen und der Problemfall AfD

In Thüringen sind gegenwärtig weiterhin dutzende extrem und neu rechte Organisationen, Gruppen etc. aktiv (siehe Tab. 5). Deren Anzahl, Aktivitätsgrad, Erscheinungs- und Organisationsform unterscheiden sich (siehe Abschnitt 3.2 bis 3.4). Zu beobachten ist, dass sich einige davon in den letzten Jahren in einzelnen Regionen in unterschiedlicher Art und Weise weiter verfestigt und verankert haben (Best et al. 2018: 131 ff.) sowie versucht haben, sich überregional zu vernetzen. Allerdings mangelt es gegenwärtig (unter Ausblendung der völkisch-nationalistischen AfD) an einem organisationsübergreifenden, aktions- und kampagnenfähigen, identitätsstiftenden rechtsextremen Akteur (Person, Organisation, Struktur etc.), der bzw. die landesweit aktiv und vernetzt ist bzw. sind. Fraglich ist, ob der neu gegründete „Koordinierungsrat in Thüringen“ daran etwas ändern wird. Statt einer Erosion, Zersplitterung oder Fragmentierung sollte eher von einer zunehmenden organisationalen Regionalisierung und Parzellierung gesprochen werden: Unterschiedliche rechtsextreme Strukturen sind regional verteilt und haben sich dort jeweils als maßgebliche Akteure verfestigt und vernetzt. Anstatt einer tatsächlichen Vergrößerung der rechtsextremen Bewegung fand eher eine räumliche Aufteilung statt. Die rechtsextremen Akteure haben sich organisatorisch aufgeteilt (parzelliert) ohne die rechtsextreme Bewegung damit tatsächlich zu vergrößern. Als Gründe für diese Aufteilung können Unterschiede in der strategischen und programmatisch-ideologischen Ausrichtung und der Einstellung gegenüber dem Einsatz von Gewalt sowie persönliche Befindlichkeiten und Animositäten angesehen werden. Dies hat dazu geführt, dass die Bereitschaft zur Kooperation

<sup>23</sup> <https://twitter.com/JNDeutschland/status/1263149612619137025> und <https://twitter.com/JnBuVo/status/1263144289749663746> (Abruf jeweils: 22.08.2022).

unter- bzw. miteinander gering ist. Gegen eine Erosion spricht, dass ein Großteil dieser Akteure seit Jahrzehnten innerhalb der rechtsextremen Bewegung aktiv ist. Es sind erklärte, häufig neonazistisch-rassistisch ideologisierte sowie nicht selten gewaltbereite bis gewalttätige Personen und Gruppen, die letztlich als notorische Feinde der liberalen, pluralistischen Gesellschaft und Demokratie gelten können. Die Hintergründe für rechtsstaatliche Maßnahmen gegen drei kriminelle Gruppierungen aus dem Bereich der rechtsextremen Subkultur (siehe Abschnitt 3.3) verdeutlichen noch einmal die konkrete Gefahr von Rechtsextremismus für die Gesellschaft und den Staat. Außerdem spricht gegen die Erosion, dass einige rechtsextreme Gruppen im Zuge der Corona-Pandemie einen neuen Aufschwung erlebten (z.B. „Erfurt zeigt Gesicht“ und „Patrioten Ostthüringen“).

Unter Ausblendung der AfD sind die vorhandenen rechtsextremen, zumeist dezidiert neonazistischen Kleinstparteien in Thüringen landesweit absolut bedeutungslos. Allerdings erhalten sie in einigen Regionen größeren und z.T. bedenklichen elektoralen Rückhalt, wenngleich sie machtpolitisch keine Rolle spielen. Ihr politischer Einflussbereich beschränkt sich auf kommunalpolitische Bereiche. Auffällig ist, dass vornehmlich die verfassungsfeindliche NPD und die Akteure hinter der NSP das Parteienprivileg immer unverhohlener auszunutzen scheinen, um gewalttätige und kriminelle Aktivitäten zu decken bzw. Vereinigungs- und Aktivitätsverbote zu erschweren.

Punktuell angeklungen ist, dass bei der Betrachtung und Analyse von rechtsextremen Strukturen in Thüringen im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 der Landesverband der AfD eine wichtige Rolle einnimmt (Quent et al. 2016, 53 ff.; Best et al. 2018, 61 ff., 134 ff.; 2019, 30 ff.; Salheiser 2019; Michelsen et al. 2020, 34 ff.; AfV 2021, 21 ff.; Michelsen/Steiner 2021; Miehle 2021, MOBIT 2022, 37. So kokettierte die Thüringer NPD zur neu aufgesetzten Kreistagswahl 2021 im Wartburgkreis damit, dass sich die AfD „programmatisch der NPD immer weiter annähert und in einigen wesentlichen Punkten kaum mehr von uns unterscheidet“.<sup>24</sup> Der Neonazi Tommy Frenck (BZH) empfahl zur Bundestagswahl 2021 mit der Zweitstimme „ganz klar“ die AfD zu wählen.<sup>25</sup> Ein Mitglied einer neu rechten Jenaer Burschenschaft soll Alice Weidel in der Bundestagsfraktion der AfD zuarbeiten (siehe Abschnitt 3.2). Neu und extrem rechte Gruppen in Thüringen biedern sich immer wieder erfolgreich der Thüringer AfD an, bzw. kooperieren miteinander („Bürgerforum Altenburger Land“, „Erfurt zeigt Gesicht“, „Patrioten Ostthüringen“). Solche Ereignisse und Verbindungen sind kein Zufall.

Mögliche Einwände gegen die geschilderten Verbindungen zu extremistischen Gruppen, wie etwa die AfD sei nicht verboten oder eine demokratisch gewählte Partei, dienen eher der Ablenkung oder als Feigenblatt, um sich vor Kritik zu immunisieren. Demokratisch wählbar zu sein bzw. gewählt zu werden, bedeutet nicht, eine demokratische Partei zu sein. Hier wird Demokratie als Methode im Sinne eines bestimmten Auszählungsmechanismus verwechselt mit Demokratie als Wert und Ziel (z.B. demokratische Werte vertreten). Plastischer lässt sich das am Beispiel der NPD verdeutlichen: Die NPD ist nicht verboten (weil nicht verfassungswidrig) und kann demokratisch gewählt werden. Mitglieder der NPD sind in parlamentarische Gremien demokratisch hineingewählt worden. Allerdings ist die Partei gemessen am Grundgesetz ihrem Inhalt und ihren Zielen nach keine demokratische, sondern eine verfassungsfeindliche Partei (BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 -2 BvB 1/13). In ähnlicher Weise

<sup>24</sup> <https://www.facebook.com/npdwartburgkreis/posts/pfbid0a9yBvo3uf-CeiUo17sTeXEDYnqQWUbHu2dvZnWBwkaz3d5Krl1rSWG37eZ9QeA9VRI> (Abruf: 15.08.2022).

<sup>25</sup> <http://www.tommyfrenck.de/2021/09/11/wahlempfehlung-zur-bundestagswahl-2021-im-wahlkreis-196-suhl-schmalkalden-meiningen-hildburghausen-sonneberg/> (Abruf: 22.08.2022).

vertritt die AfD „verfassungsfeindliche Positionen, die sich gegen die Menschenwürde, das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip“, d.h. „gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten“ (AfV 2020: 21). Daher ist die Beschreibung und Analyse von rechtsextremen Strukturen, die im Zeitraum zwischen 2020 und Juli 2022 in Thüringen aktiv waren, die Nennung der Aktivitäten der Thüringer AfD als unvollständig anzusehen.

*Tab. 5: Extrem und neu rechte Organisationen und Gruppierungen in Thüringen*  
(zwischen Januar 2020 und Juli 2022 mindestens einen Monat aktiv)

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Name bzw. Kurzbezeichnung	Änderung zu Best et al. 2018, 235
Altenburger Land	<ul style="list-style-type: none"> <li>• neu rechte, AfD-nahe Strukturen um Bürgerforum Altenburger Land (unter anderem Deutscher Zivilschutz e.V.)</li> <li>• Barbaria Sportgemeinschaft (Kampfsport)</li> <li>• Strukturen um den völkisch-neonazistischen Hammerskin Thomas Gerlach (Impfkritischer Stammtisch bzw. Impfkritik Altenburg; Arbeitskreis kritische Pflegekräfte)</li> </ul>	gleich, aber anders bzw. umstrukturiert
Eichsfeld	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strukturen um NPD-Neonazi Thorsten Heise (NPD Kreisverband; Kameradenkreis; Freie Kräfte; Arische Bruderschaft)</li> </ul>	gleich
Erfurt	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strukturen um die Neonazis Enrico Biczysko und Michel Fischer (Neue Stärke Partei (NSP), Ortsgruppe Erfurt; zuvor: Volksgemeinschaft Erfurt e.V. und Der III. Weg; davor: Die Rechte; NPD Kreisverband)</li> <li>• Der III. Weg, Stützpunkt Erfurt/Gotha (Neugründung nach Austritt von Gruppe um Biczysko/Fischer)</li> <li>• Erfurt zeigt Gesicht</li> <li>• regelmäßig protestierende, lose Gruppierung gegen örtliche Moschee</li> <li>• Freies Thüringen, Ortsgruppe Erfurt</li> <li>• Patriotischer Widerstand Deutschland Thüringen/Sachsen</li> <li>• Jungsturm Erfurt (überregional)</li> <li>• Identitäre Bewegung Thüringen (vermutl. als „Kontrakultur Erfurt“ kurzfristig fortgesetzt)</li> </ul>	mehr
Gera	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strukturen um Neonazi Nico Metze (Neue Stärke Partei (NSP), Ortsgruppe Gera (MSG); zuvor: Der III. Weg)</li> <li>• Strukturen um den AfD-nahen, rechtsextremen Reichsbürger Frank Haußner (Patrioten Ostthüringen; zuvor: Bürgerproteste Ostthüringen; außerdem: Freies Thüringen und Freie Jugend)</li> </ul>	weniger
Gotha	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der III. Weg, Stützpunkt Erfurt/Gotha (siehe Erfurt)</li> <li>• Bruderschaft Thüringen (Turonen; Garde 20; im Großraum um Stadt Gotha; zuvor: Hausgemeinschaft Jonastal (HJ))</li> <li>• Bündnis Zukunft Landkreis Gotha (BZLG)</li> </ul>	weniger
Greiz	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der III. Weg</li> <li>• Strukturen um den AfD-nahen, rechtsextremen Reichsbürger Frank Haußner (Patrioten Ostthüringen; zuvor Bürgerproteste Ostthüringen; außerdem: Freies Thüringen und Freie Jugend)</li> </ul>	weniger

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Name bzw. Kurzbezeichnung	Änderung zu Best et al. 2018, 235
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kampfsportgruppe mit rechtsextremen Bezügen in Ronneburg</li> </ul>	
<b>Hildburghausen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strukturen um Neonazi Tommy Frenck (Bündnis Zukunft Hildburghausen (BZH))</li> <li>• BZH-nahe Strukturen um Neonazi Sven Kujath (zuletzt: Junge Revolution)</li> <li>• Wardon 21 (Raum Südthüringen)</li> </ul>	mehr
<b>Ilm-Kreis</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schlesische Jugend</li> <li>• Ortsgruppe des Reichsbürger*innen-Projektes staatenlos.info (anfänglich als Gelbwesten-Mimikry)</li> <li>• Kampfsportaffine Jugendclique in Arnstadt</li> <li>• Jungsturm Erfurt (überregional)</li> </ul>	mehr
<b>Jena</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Burschenschaft Normannia zu Jena</li> <li>• Alte Burschenschaft Burgkeller Jena in der DB</li> <li>• Normannia-nahe „Sache des Volkes“ (gegründet als „Aufbruch &amp; Erneuerung“; Großraum Jena/Kahla)</li> <li>• rechtsextreme Hooligans in einer Fußball-Kameradschaft</li> </ul>	gleich, aber anders bzw. umstrukturiert
<b>Kyffhäuserkreis</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NPD Kreisverband</li> </ul>	weniger
<b>Nordhausen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NPD Kreisverband</li> <li>• Nordadler</li> </ul>	weniger
<b>Saale-Holzland-Kreis</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Burschenschaft Normannia zu Jena</li> <li>• Normannia-nahe „Sache des Volkes“ (gegründet als „Aufbruch &amp; Erneuerung“; Großraum Jena/Kahla)</li> </ul>	weniger
<b>Saale-Orla-Kreis</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• neonazistische Jugendclique in Pößneck (zuletzt: AHJ Thüringen [meint vermutlich „Adolf Hitler Jugend“], davor: Patriotische Gruppe Thüringen (PGT) und Neue Hitler Jugend (NHJ))</li> <li>• Strukturen um den AfD-nahen, rechtsextremen Reichsbürger Frank Haußner (Patrioten Ostthüringen; zuvor: Bürgerproteste Ostthüringen)</li> </ul>	gleich, aber anders bzw. umstrukturiert
<b>Saalfeld-Rudolstadt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Stärke Partei, Ortsgruppe Saalfeld-Rudolstadt</li> <li>• Jungsturm Erfurt (überregional)</li> <li>• Patriotische Gruppe Thüringen (PGT) (siehe Saale-Orla-Kreis)</li> <li>• Normannia-nahe „Sache des Volkes“ (gegründet als „Aufbruch &amp; Erneuerung“; Großraum Jena/Kahla)</li> <li>• Bruderschaft Thüringen (Turonen; Garde 20)</li> </ul>	weniger
<b>Schmalkalden-Meinungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wardon 21 (Raum Südthüringen)</li> <li>• Bruderschaft Thüringen (Turonen; Garde 20)</li> </ul>	gleich, aber anders bzw. umstrukturiert
<b>Sömmerda</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gedächtnisstätte e.V.</li> <li>• NPD Kreisverband</li> <li>• Gelbwesten Sömmerda</li> </ul>	mehr
<b>Sonneberg</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gruppen bzw. Organisationen um neonazistische, NPD-nahe Einzelpersonen (Thing-Kreis; NPD Kreisverband)</li> </ul>	weniger
<b>Suhl</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der III. Weg</li> </ul>	weniger

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Name bzw. Kurzbezeichnung	Änderung zu Best et al. 2018, 235
	• Wardon 21 (Raum Südthüringen)	
Unstrut-Hainich-Kreis	• Bruderschaft Thüringen (im Großraum um Stadt Gotha, siehe Landkreis Gotha)	weniger
Wartburgkreis (mit Eisenach)	• NPD-Strukturen (Kreisverband; Flieder Volkshaus e.V.; Junge Nationalisten) • NPD-nahe „Knockout 51“ (z.T. eng verstrickt mit Junge Nationalisten; zuvor z.T. „Nationaler Aufbau Eisenach“)	gleich, aber anders bzw. umstrukturiert
Weimar	• lose organisierte Jugendgruppe	weniger
Weimarer Land	• Gelbwesten Apolda • lose organisierte neonazistische, Kampfsport-affine Freundeskreise und Jugendclique in Apolda (unter anderem aus dem Umfeld von vormals Wir lieben Apolda/Bürgerinitiative Apolda und Freie Kräfte Apolda)	weniger

Eigene Darstellung. Wichtigsten Quellen (passim): Antworten auf Parlamentarische Anfragen; MOBIT; AfV 2021; haskala; Zeitungen (unter anderem TLZ, OTZ, taz, Die Zeit); MDR; Watchblogs (unter anderem EXIF, Endstation rechts, runtervondermatte, Antifa-Rechercheblogs); Situations- und Ressourcenanalysen; Der Rechte Rand; Kom-Rex-Recherchen.

## 4 Sekundäre Viktimisierung und Gefährdung der demokratischen Kultur

Zum Schutz der demokratischen Kultur zählt auch, dass Opfer rechtsextremer Taten wahrgenommen und geschützt werden müssen. Es ist davon auszugehen, dass Personen, die sich insbesondere im Zusammenhang von staatlichen Institutionen unsicher fühlen, eine höhere Gefahr haben, sich von einer demokratischen Kultur zu entfremden. Hinweise, aus denen diese Vermutung abgeleitet werden kann, werden im Folgenden dargestellt.

Im Kontakt von Opfern mit staatlichen Institutionen, insbesondere Polizei und Gerichten im Nachgang von Taten entstanden in der Vergangenheit immer wieder Missverständnisse. Nach Einschätzung der Opfer und zivilgesellschaftlicher Akteure wurden wiederholt Fehler bei der Einschätzung zum politischen Hintergrund von Taten begangen (Quent et al. 2014, 7). Dies zeigte auch der Vergleich der Daten einer Studie von ezra zur sekundären Viktimisierung aus dem Jahr 2014 (ebd.) mit Daten des THÜRINGEN-MONITORS.

Das Alter dieser Studie zum einen, als auch die geringe Stichprobe zum anderen führen jedoch zu Einschränkungen der Aussagekraft für die derzeitige Situation. Für aktuellere Daten wird am IDZ derzeit eine neue Befragung zu dem Thema durchgeführt (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft 2022). Insbesondere die geringe Stichprobengröße muss zum Schluss führen, dass die Ergebnisse nicht repräsentativ für die Erfahrungen von Opfern rechtsextremer Gewalt sind. Dennoch sollten die Befunde Grund genug sein, sich für die Probleme durch sekundäre Viktimisierung und deren Implikationen für die demokratische Kultur zu sensibilisieren. Im Rahmen der Enquete-Kommission gegen Rassismus und Diskriminierung wurde auch sekundäre Viktimisierung thematisiert (Thüringer Landtag 2019, 202). Hier forderte ezra die Durchführung einer repräsentativen Studie, um gesicherte Daten zu erhalten (ebd., 210).

In der oben genannten Studie wurden Befragungsergebnisse von 44 Personen ausgewertet, die Opfer einer rechtsextremen Tat geworden waren und eine Opferberatung bei ezra in Anspruch genommen hatten. Im Kontakt mit der Polizei zeigten sich in einigen Fällen Probleme. Insbesondere bei der Beschreibung des politischen Hintergrunds der Tat war die Zufriedenheit mit der Polizeiarbeit deutlich niedriger als bei anderen Themen. So lehnten 52 % der Befragten eher oder völlig ab, dass es den Polizist\*innen wichtig war, den politischen Hintergrund der Tat aufzuklären (siehe Abb. 11) (Quent et al. 2014, 28).

Insgesamt zeigten Personen, die Opfer rechtsextremer Gewalttaten geworden waren ein geringeres Vertrauen in die Polizei. Der Vergleich des Vertrauens der Opfer recht(sextrem)er Gewalt 2014 mit den Angaben der Thüringer Bevölkerung vom THÜRINGEN-MONITOR 2013 ergab,

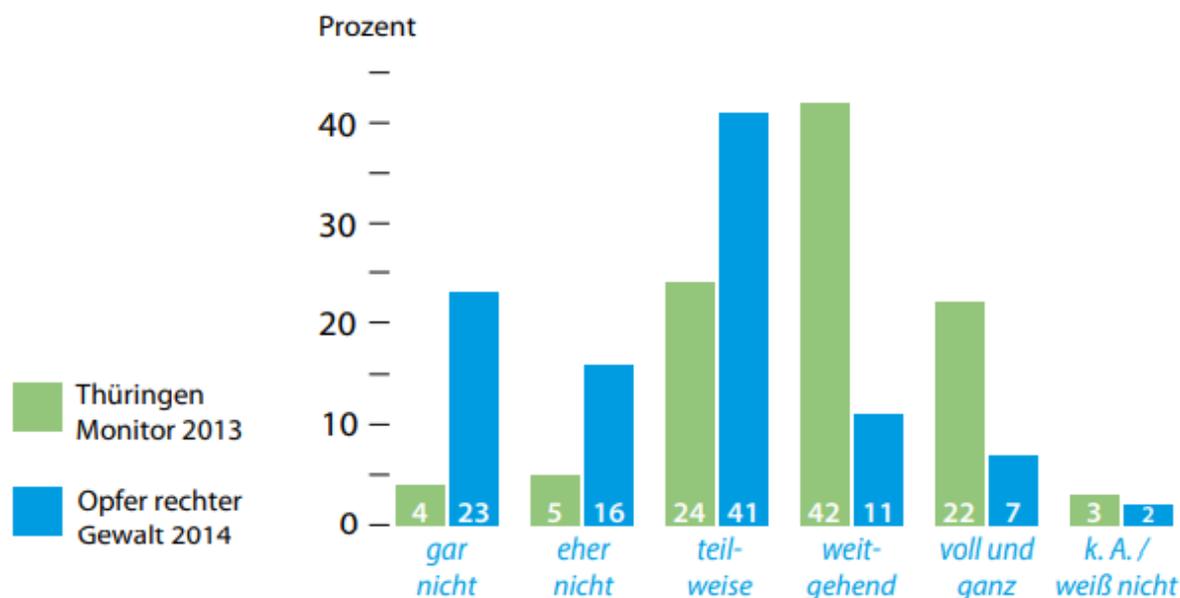


Abb. 12: „Vertrauen in die Polizei bei Opfern rechter Gewalt und der Thüringer Bevölkerung im Vergleich in Prozent“ (Quent et al. 2014, 47).

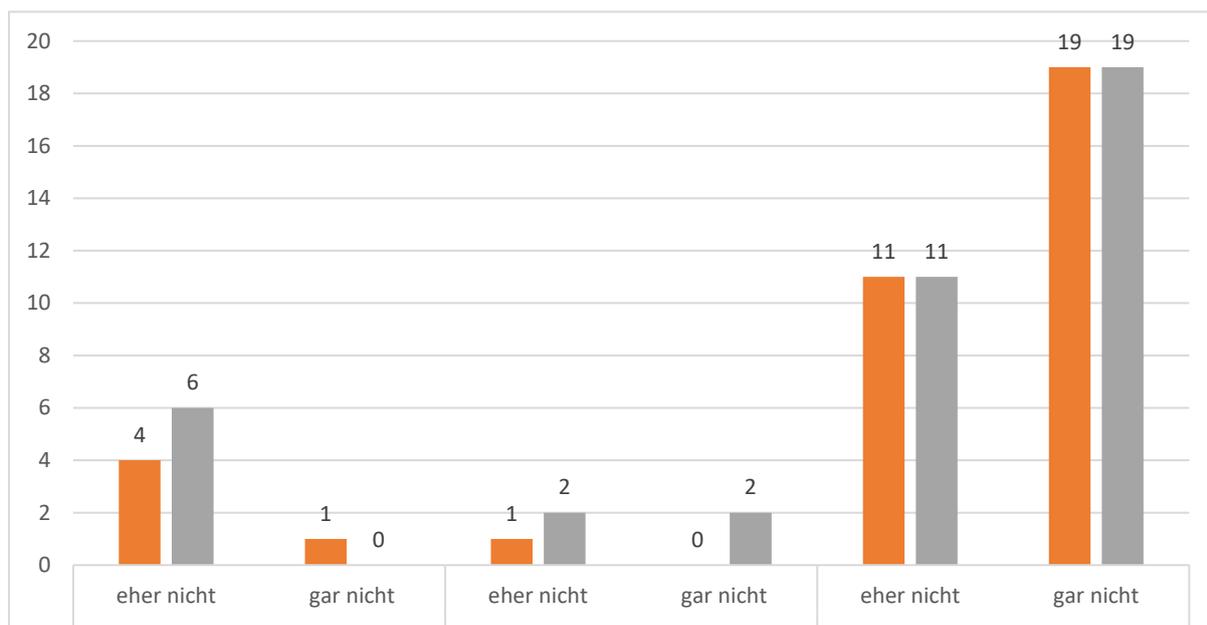


Abb. 13: Prozentpunkte, um die die abgebildeten Antwortmöglichkeiten zum Institutionenvertrauen („Vertrauen in:“) bei den Befragten Opfern öfter gewählt wurde als bei den Befragten der THÜRINGEN-MONITORE 2013 und 2021.

dass Erstere ein deutlich geringeres Vertrauen in die Polizei hatten (vgl. Abb. 12). Auch beim Vertrauen in andere Organisationen zeigten sich Unterschiede, allerdings ist die Höhe der Antworten in den Kategorien „eher nicht“ und „gar nicht“ bei der Frage zum Vertrauen in Bundesregierung und Gerichte ähnlich gelagert wie in den THÜRINGEN-MONITOREN 2013 und 2021. Stärkere Abweichungen gab es bei der Antwortmöglichkeit „voll und ganz“. Hier zeigte sich ein deutlich geringerer Wert bei den ezra-Daten als bei der Befragung im THÜRINGEN-MONITOR, sowie auch bei den Daten zum Vertrauen in die Gerichte.

Abb. 13 gibt diese Unterschiede noch deutlicher wieder: Die Abbildung zeigt, wie stark die Antworten der befragten Opfer rechter Gewalt im Bereich Institutionenvertrauen („Vertraue der Bundesregierung/den Gerichten/der Polizei“) bei den Antwortmöglichkeiten „eher nicht“ und „gar nicht“ von denen der THÜRINGEN-MONITORE 2013 und 2021 abwichen.

Auch wenn die Ergebnisse der ezra-Studie keine repräsentativen Daten abbilden, dürfte der starke Unterschied im Vertrauen in demokratische Institutionen zwischen den Ergebnissen der Studie und den Daten des THÜRINGEN-MONITORS die Fragen aufwerfen, wie Taten mit politischen Motiven besser erkannt werden können und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, dass Fälle mit rechtsextremer Täter\*innenmotivation im Nachgang mit der notwendigen Sensibilität für das Thema behandelt werden.

## 5 Reaktionen auf die Corona-Pandemie: Narrative und Einstellungen

Die Corona-Pandemie war und ist für viele Bürgerinnen und Bürger ein Einschnitt in das alltägliche Leben. Dies lag vorwiegend an den notwendig gewordenen Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Viele Personen in Thüringen und deutschlandweit mussten unter anderem wirtschaftliche Einbußen hinnehmen. Auch die Rahmenbedingungen für persönliche Begegnungen veränderten sich durch Vorgaben zur Kontaktreduzierung und Gebote zum Einhalten von Abständen und dem Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen.

Wie beeinflusste diese Zäsur die demokratische Kultur in Thüringen? In den Monaten nach Einführung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung formierten sich in mehreren Orten Thüringens Gruppierungen, die regelmäßig Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung organisierten. Die Beteiligten schienen sich am demokratischen Diskurs beteiligen zu wollen, denn das Demonstrationsrecht ist ein Ausdruck demokratischer Teilhabe. In den vergangenen Jahren gaben jeweils rund 20% der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS an, bereits bei einer Demonstration teilgenommen zu haben (vgl. z.B. Reiser et al. 2021, 42). Bei vielen Demonstrationen im Rahmen der Corona-Pandemie stand der Wunsch nach politischer Partizipation jedoch nicht im Vordergrund. Schaut man auf die Redebeiträge bei diesen Demonstrationen, so waren sie mehrheitlich ein Ausdruck von Frustration und Ohnmacht gegenüber den verhängten Maßnahmen und Kennzeichen eines tiefen Misstrauens gegenüber entscheidungstragenden Personen in der Politik und staatlichen Institutionen. Teilweise kamen auch (z.T. eindeutig rechtsextreme) Verschwörungsmymen zum Ausdruck. Wie in den Untersuchungen der THÜRINGEN-MONITORE 2020 und 2021 nachgewiesen, betraf dies allerdings nur einen kleineren Teil der Bevölkerung. Nichtsdestotrotz formierte sich innerhalb weniger Monate eine Bewegung, die auf Kundgebungen und Demonstrationen auf Redner\*innen traf, die passende Narrative anbieten konnten und sich so anfängliches Misstrauen und Gefühle von Bedeutungslosigkeit im demokratischen Diskurs weiter konsolidierten. Die Kundgebungen und Demonstrationsereignisse – insbesondere auch die, die im Abschnitt 5.2 näher besprochen werden, sind somit in großen Teilen als Ausdruck einer Entfremdung von der Demokratie und

damit als Gefährdung der demokratischen Kultur zu bewerten. Ein Prozess der politischen Entfremdung, gekennzeichnet durch „Unzufriedenheit mit der Politik sowie [dem] Empfinden, diese und damit die Geschicke der Gesellschaft nicht beeinflussen zu können“ (Edinger 2010, 17) begünstigen im Zusammenhang mit anderen Merkmalen wie relativer Deprivation und autoritärer Prägung schlussendlich eine Affinität zum Rechtsextremismus (ebd.).

Eine Entfremdung vom demokratischen Prozess und demokratisch legitimierten Personen und Institutionen kann darüber hinaus ein Schritt zur Empfänglichkeit von Verschwörungsmythen zu sein, die Politiker\*innen, Eliten und „die da oben“ zum Gegenstand haben. Sobald eine Offenheit für derartige Narrative entsteht und mit anderen Personen und Gruppen Kontakt aufgenommen wurde, die diese Einstellungen teilen, kann dies Radikalisierungsprozesse begünstigen oder gar auslösen (Beelmann 2022).

## 5.1 Einstellungen der Bevölkerung zur Corona-Pandemie

Die Ersteller\*innen des THÜRINGEN-MONITORS nahmen die Einstellungen der Bevölkerung zur Pandemie als Fokusthema in die THÜRINGEN-MONITORE 2020 und 2021 auf, nachdem sich durch die Protestbewegungen und damit verbundene Narrative eine aktuelle Relevanz für die politische Kultur in Thüringen ergab (vgl. Reiser et al. 2021, 1). Für diese Expertise sollen einerseits die Ansichten der Corona-Skeptiker\*innen und Maßnahmegegner\*innen in Bezug auf die demokratische Kultur und ihre Gefährdung gesetzt werden und gemäß dem Auftrag für diese Expertise auch auf Zusammenhänge mit rechtsextremen Einstellungen eingegangen werden.

Die Untersuchungen des THÜRINGEN-MONITORS schlossen die Unterthemen Risikowahrnehmung während der Covid-19-Pandemie, corona-skeptische Einstellungen und pandemiebezogenes Verschwörungsdenken ein. Zur Risikowahrnehmung wurden unter anderem. Selbsteinschätzungen über Gefahren für die Bildungschancen junger Menschen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die demokratischen Grundrechte, die eigene Gesundheit und die persönliche wirtschaftliche Situation erfragt. Dabei sahen jeweils über 50 % der Befragten eine große Gefahr für die Bildungschancen junger Menschen (77 %) und den gesellschaftlichen Zusammenhalt (60 %) (ebd., 48). Corona-Skeptiker\*innen (Definition im nächsten Absatz) und Anhänger\*innen von Verschwörungsmythen schätzten die Gefährdungen noch größer ein. (ebd., 64).

Für die folgenden Auswertungen wurde das Antwortverhalten von corona-skeptischen und zugleich rechtsextrem eingestellten Personen mit den Einschätzungen von allein corona-skeptischen Personen verglichen. Als Corona-Skeptiker\*innen wurden im THÜRINGEN-MONITOR Personen bezeichnet, die die Aussage bejahten, dass das Corona-Virus nicht schlimmer als eine Grippe sei (22 % der Befragten, ebd., 51f.). Die Messung rechtsextremer Einstellungen orientierte sich an der zu Beginn von Abschnitt 2.2 erläuterten Definition (u.a. Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Affinität zu undemokratischen Regierungsformen). Die Befunde ergaben, dass Verschwörungsmythen bei rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker\*innen nochmals stärker vertreten waren als bei nicht rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker\*innen. So bewertete ein höherer Anteil der rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker\*innen die Corona-Maßnahmen als übertrieben, auch die Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Bildungschancen für Kinder schätzten sie im Vergleich zu nicht rechtsextremen Corona-Skeptiker\*innen als höher ein. Insgesamt fühlten sich rechtsextreme Corona-Skeptiker\*innen somit stärker von den Auswirkungen der Pandemie betroffen und zeigten zugleich ein geringes Vertrauen in die Fähigkeiten von staatlichen Organisationen, die Pandemie zu bewältigen. Darüber hinaus stimmten die meisten von Ihnen zu, dass die Regierung die Bevölkerung gezielt in Angst und Schrecken versetzen würde und geheime Organisationen einen großen Einfluss auf die Situation ausüben würden (ebd., 64).

Auch die Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen von Corona-Skeptiker\*innen wurden im Rahmen der Auswertungen des THÜRINGEN-MONITORS untersucht. Die Ergebnisse zeigten, dass deutlich weniger Corona-Skeptiker\*innen (46 % gegenüber 72 %) mit der Demokratie, wie sie in der Praxis funktioniert, zufrieden waren. Eine Demokratiefeindlichkeit oder Ablehnung der Demokratie als politisches System, wie es in rechtsextremen Kreisen zu beobachten ist, war allerdings nur im geringeren Ausmaß zu beobachten. 82 % der Corona-Skeptiker\*innen bewerteten die Demokratie als beste Staatsidee (92 % bei Nicht-Skeptiker\*innen)<sup>26</sup>. Bei rechtsextrem Eingestellten fiel die Zustimmung deutlich geringer aus (68 %). Dabei zeigte sich eine gewisse Ambivalenz: Corona-Skeptiker\*innen lehnen die Demokratie mehrheitlich nicht ab. Vielmehr haben sie den Wunsch, die praktische Form der Demokratie zu reformieren und Alternativen zu finden (vgl. ebd., 68). Im Gesamtbild ergab sich eine Mischung aus überwiegender Unterstützung der Demokratie in Verbindung mit dem Glauben an Verschwörungsmythen und Demokratieentfremdung, was die praktische Umsetzung der Demokratie betraf. In diesem Zusammenhang fiel auf, dass vermutlich durch die zusätzliche negative Konnotation von Diktatur das Item „Diktatur ist im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform“ ein neues Minimum erreicht hat (ebd., 37). 61 % der Corona-Skeptiker\*innen äußerten, Angst vor einer „Corona-Diktatur“ zu haben (ebd., 66). Eine mögliche Erklärung liegt nach Einschätzung der Autor\*innen des THÜRINGEN-MONITORS darin, dass Personen in dieser Gruppe ein Meinungsdictat wahrnehmen und ein höheres Bedürfnis danach hatten, dass Politiker\*innen ihre Entscheidungen erklären und an den Wünschen der Bürger\*innen ausrichten (ebd.). Ein höherer Anteil von ihnen favorisierte deliberative Verfahren, also Verfahren, die ermöglichen, die eigene Meinung einfacher in den Diskurs einbringen zu können (ebd., 67).

Auf die Inhalte und Bedeutung von Verschwörungserzählungen, die auf Demonstrationen und Kundgebungen gegen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung geäußert wurden, wird im Abschnitt 5.2 eingegangen. In den THÜRINGEN-MONITOREN 2020 und 2021 wurden diese Narrative durch zwei Fragen abgebildet, die jeweils etwa gleiche Zustimmungsraten aufwiesen. (32 % Zustimmung bei Aussage: „Es gibt geheime Organisationen, die während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“, 33 % Zustimmung bei der Aussage: „Die Regierung hat die Bevölkerung in der Corona-Krise gezielt in Angst und Schrecken versetzt“). Weitere Analysen ergaben, dass sowohl rechtsextreme Einstellungen als auch ein geringeres Vertrauen in die Bundesregierung Einflussfaktoren waren, die die Zustimmung zu diesen Aussagen begünstigten. Der Glauben an „geheime Organisationen“ wurde zudem durch das Persönlichkeitsmerkmal Autoritarismus beeinflusst (ebd., 61).

Die Auswertungen des THÜRINGEN-MONITORS zur Corona-Pandemie zeigten insgesamt, dass nicht nur die Ablehnung von Demokratie, sondern auch unrealistische Vorstellungen von und Anforderungen an die demokratische Verfassung zu Problemen im gesellschaftlichen Diskurs führen können. Wenn ein nicht konsensfähiges Demokratieverständnis vorherrscht und Vorstellungen dominieren, die die Bereitschaft verhindern, Entscheidungen von durch Wahlen legitimer Vertreter\*innen anzuerkennen, kann dies als Zeichen von politischer Entfremdung gewertet werden. Dazu zählt auch, dass Personen keine Gegenpositionen akzeptieren, insbesondere dann nicht, wenn Maßnahmen durch Beschlüsse gewählter Vertreter\*innen gegen ihren Willen durchgesetzt werden. Das garantiert, dass der eigene Unmut maßvoll und im Rahmen eines legitimen demokratischen Ausdrucks geäußert wird. Bei den Corona-Skeptiker\*innen besteht mit ihrem nicht konsensfähigen Demokratieverständnis und ihrem Umgang mit Krisen die Gefahr, entweder in ohnmächtige Passivität zu verfallen oder sich stärker zu radikalisieren.

---

<sup>26</sup> Eigene Auswertung, Erhebungsjahr: 2021

## 5.2 Narrative auf Demonstrationen gegen Pandemiemaßnahmen

Im Rahmen des Topografie-Projektes wurden Proteste gegen die Corona-Politik untersucht, die in Südwestthüringen von vier Gruppen<sup>27</sup> regelmäßig organisiert wurden. Es galt aufgrund verschiedener Hinweise (MOBIT 2021a, 92; 2021b, 76) festzustellen, ob das Demonstrationsgeschehen innerhalb des Zeitraumes von Mai bis November 2020 als rechtsextrem einzuordnen waren (Beelmann et al. 2022). Konkret wurde untersucht, inwieweit die Proteste rechtsextreme Elemente und Aspekte von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit enthalten und damit eine Gefährdung für die demokratische Kultur in Thüringen darstellen können. Zu diesem Zweck wurden Aussagen von Sprecher\*innen auf Demonstrationen im Hinblick auf Inhalte und Formulierungen untersucht, die auf Deprivation, Institutionenfeindlichkeit, politischer Entfremdung, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und anderen Faktoren, die das Potential zur Gefährdung der demokratischen Kultur haben, schließen ließen. Die Einstufung der Äußerungen erfolgte in den Abstufungen *unbedenklich*, *bedenklich*, *kritisch* und *extremistisch*.

Als *unbedenklich* wurden Äußerungen gewertet, die

- dialogorientiert,
- gewaltlos bzw. gewaltfrei,
- nicht diskriminierend waren.

Demzufolge wurden bspw. konstruktive, satirische oder agonale, wettkämpferische Äußerungen (z.B. als Reaktion, Kritik, Provokation zum bestehenden politischen System, zur repräsentativ-liberalen Demokratie oder den Grundrechten im Sinne des Grundgesetzes) als unbedenklich gewertet.

Als *bedenklich* galten Äußerungen, die

- einen desinformierenden, abwertenden, apodiktischen, dogmatischen, manichäischen oder verschwörungsideologischen Impetus bzw. Stil hatten,
- die grundlegenden Prinzipien des liberal-demokratischen Gesellschaftssystem in Frage stellten (z.B. Menschenwürde, Rechtsstaats- oder Demokratieprinzip, Pluralismus, Grundrechte),
- die Gewalt (z.B. Beleidigungen, Bedrohungen, Einschüchterungen, Körperverletzung, Sachbeschädigungen) und dessen Botschaftscharakter als politisches Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen billigten bzw. nicht ablehnten,
- anschlussfähig an rechtsextreme Narrative oder Ideologeme waren.

Als *kritisch* galten Äußerungen, die

- die Unterscheidung in Eigen- und Fremdgruppe mit einer Höher- und Abwertung verbunden und behaupteten, Konflikte zwischen diesen Gruppen könnten nur durch Gewalt verschwinden bzw. gelöst werden,
- das politische System, die Verfassung oder Grundrechte im Sinne des Grundgesetzes oder Demokratie oder Pluralismus delegitimierten,
- Diskriminierung, Vorurteile, Abwertungen oder Ressentiments gegen Menschen beidienten oder schürten,

---

<sup>27</sup> Gemeint sind die Gruppierungen „Der Neue Schmalkaldischer Bund“ in Schmalkalden, „Mut zur Wahrheit“ in Meiningen, „Salzunger Montagsspaziergänge“ in Bad Salzungen und „Sonneberg zeigt Gesicht“ in Sonneberg.

- die Gewalt unterhalb der Schwelle der Körperverletzung und Sachbeschädigung propagierten, legitimierten oder anwendeten (z.B. Beleidigungen, Bedrohungen oder Einschüchterungen, z.B. gegen Journalist\*innen vor Ort),
- Schlüsselbegriffe, Chiffren oder Hilfsideologien für rechtsextreme Narrative, Demagogie oder Ideologie benutzten.

Als *extremistisch* galten Äußerungen, die

- offen demokratiefeindlich waren,
- gegen das Grundgesetz verstießen bzw. sich dagegen richteten,
- gruppen- bzw. minderheiten- bzw. menschenfeindlich waren,
- Gewalt in Form von Körperverletzung oder Sachbeschädigung propagierten, legitimierten oder anwendeten,
- als einschlägig rechtsextrem einzuordnen waren.

### Die wesentlichen Befunde im Überblick

Die Reden und andere dokumentierte Äußerungen (z.B. Banner, Reaktionen des Publikums, nonverbale Meinungskundgaben) wurden inhaltsanalytisch untersucht. Daraus entstanden auf induktivem Wege 20 inhaltliche Themenfelder, die am Ende dieses Abschnitts (Tab. 8) aufgelistet und anhand von Beispielen erläutert werden. Die Auflistung einer Sammelkategorie „Sonstiges“ mit Residuen erwies sich wegen einer geringen Häufigkeit entsprechender Aussagen entbehrlich.<sup>28</sup> Das Thema „Impfung“ war im Untersuchungszeitraum (Mai bis Dezember 2020) noch nicht so prominent wie nach dem Beginn der Impfkampagne in Deutschland Ende 2020 und taucht daher nicht als eigenständiges Themenfeld auf.

Die Themenfelder und die darin enthaltenen Äußerungen wurden nach ihrem Potential für die Demokratiegefährdung eingestuft (siehe Tab. 6). Keines der zwanzig Themenfelder konnte aufgrund der zugeordneten Äußerungen als *unbedenklich* eingestuft werden. Neun und damit die Mehrheit der Themenfelder wurden als *bedenklich*, sechs Themenfelder als *kritisch* und vier Themenfelder als *extremistisch* eingeschätzt.

Besonders bemerkenswert ist, dass auch das Themenfeld „Narrative zu Grundrechten, insbesondere zur Meinungsfreiheit“ nicht als *unbedenklich* eingeordnet werden konnte. Entscheidend war, dass auf den einschlägigen Demonstrationen behauptet wurde, die „GEZ-Medien“ – also öffentlich-rechtliche Sendeanstalten - würden die Meinungsfreiheit abschaffen oder sie würde durch „politische Korrektheit“ beschränkt. Solche Äußerungen enthalten nicht nur einen verschwörungsideologischen Duktus und waren nicht nur anschlussfähig an rechtsextreme Narrative, sondern sie bedienten auch rechtsextreme Themenfelder und Schlüsselbegriffe. Damit waren solche Äußerungen nach unserer Einschätzung nicht mehr unbedenklich.

---

<sup>28</sup> Betraf Aussagen, die in keines der anderen Themenfelder zugeordnet werden konnten und die vereinzelt oder sehr selten und sporadisch auftraten, bspw. ein direkter Bezug zur Anthroposophie, explizite Kritik an der Pharmaindustrie oder Aussagen, die sich als Querfrontstrategie deuten ließen.

Tab. 6: Einordnung der Themenfelder in die Bewertungskategorien

bedenklich	kritisch	extremistisch
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Widerstand und Kampf gegen „Corona-Diktatur“</li> <li>▪ Ablehnung und Abwertung von politischen Eliten</li> <li>▪ gegen Bill Gates</li> <li>▪ gegen sogenannte Mainstream-Medien</li> <li>▪ positive Bezüge zum Patriotismus, Nationalismus und Volk</li> <li>▪ gegen Corona-Pandemie und Maßnahmen</li> <li>▪ Ablehnung Maske</li> <li>▪ Verschwörungsideologien bzw. verschwörungsideologischen Denken gegen „Corona-Plandemie“</li> <li>▪ Narrative zu Grundrechten, insbesondere zur Meinungsfreiheit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ antisemitische Chiffren</li> <li>▪ Geschichts-revisionismus und sekundärer Antisemitismus</li> <li>▪ Systemopposition bis -umsturz</li> <li>▪ Reichsbürger-Ideologeme</li> <li>▪ Angst- und Feindbild Antifa</li> <li>▪ Verharmlosung von Rechtsextremismus und gegen Linksgrün</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ rechtsextreme Verschwörungsideologien</li> <li>▪ Freund-Feind-Markierung, Bestrafung und Gegengewalt</li> <li>▪ Xenophobie, Rassismus, Ethnopluralismus.</li> <li>▪ Q-Anon-Ideologie</li> </ul>

Die inhaltsanalytisch-kategoriale Trennung in Themenfelder sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Aussagen bei den Demonstrationen und in den Reden häufig miteinander verknüpft waren. Einige Beispiele für die inhaltlichen Verschränkungen sind in Tab. 7 aufgelistet.

Tab. 7: Beispiele für fließende Übergänge bei Themenfeldern

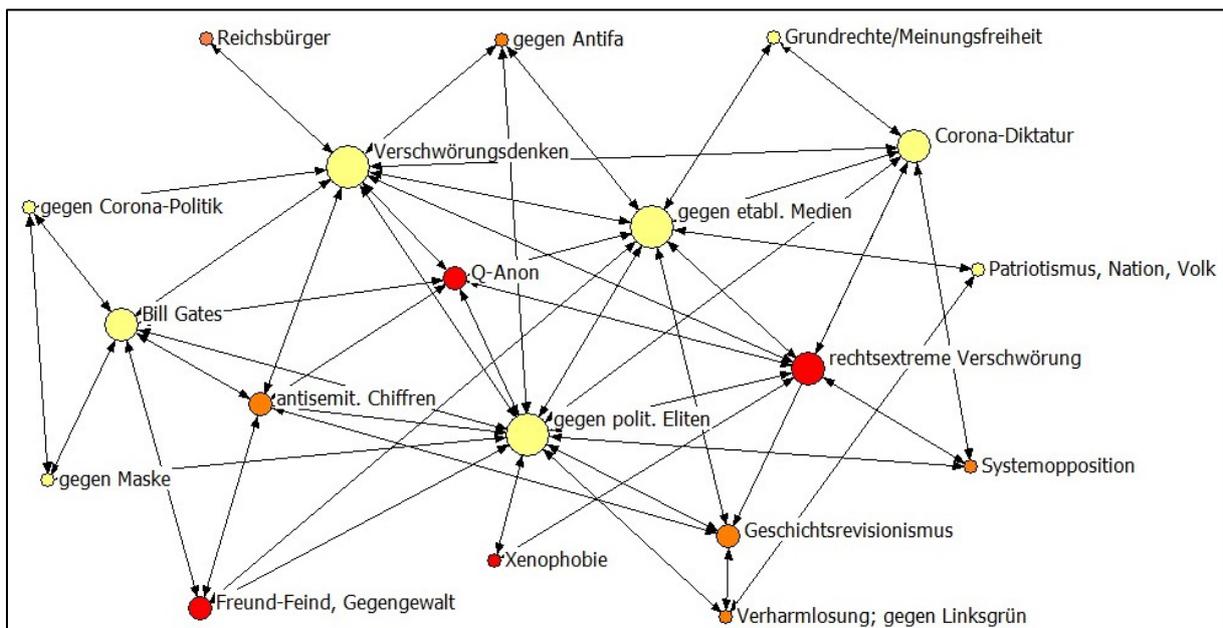
**Schmalkalden, 01.06.2020:** Eine rechtsalternative Youtuberin, die sich als eine unter Vielen im „Widerstand“ befinde und „die Wahrheit“ verbreiten wolle, erstellte „Videos gegen das Unrecht, was uns die gefährlichste Politikerin in Europa antut“. Gemeint war die damalige Bundeskanzlerin Merkel, die als „selbstgekrönte Kanzlerin“, „opportunistischer Wendehals“ und „Terminatorin“ bezeichnet wurde. Behauptet wurde, Merkel würde andere Meinungen unterdrücken und wegzensieren und öffentlichen Diskurs nicht mehr zu lassen. Sie „züchte Diffamierer im ganzen Land“ und ihre Schlägertruppe sei die Antifa. Wir würden uns bereits in einer Diktatur und „DDR 2.0“ befinden sowie „in einem Land, in dem Muttis Herzensanliegen Multikulti und auf ewige offene Grenzen sind“. Medien würden die Korruption von Regierungspolitikern nicht aufdecken. Die Rednerin beendete ihre Rede mit dem Aufruf: „Wir holen uns unsere Freiheit und Demokratie und freie Meinungsäußerung wieder zurück.“

**Sonneberg, 17.08.2020:** Ein Redner äußerte sich in einer etwa 15-minütigen Rede eingangs zur der sich verschlechternden Wirtschaftslage. Schuld daran seien ihm zufolge Politiker\*innen. Sie seien „Teil des Problems“, sie würden Falschinformationen, Wahlfälschungen und gar Gewalt anwenden, um ihre Ziele durchzusetzen. „Wenn der Politiker also nicht, wie er sollte, auf den Bürger hört, auf wen hört er dann? Ein Heer von Lobbyisten [...] stehen den Politikern zur Seite. Heute im Zusammenhang mit Corona tauchen Namen wie George Soros und Bill Gates auf.“ Im weiteren Verlauf seiner Rede redete er davon, andere, nicht weiter namentliche genannte Akteure (vermutlich die oben genannten Soros und Gates) wollten die komplette Weltbevölkerung steuern, diese zwangsimpfen und zwangschippen, das sei krankhaft und boshaft. „Dann ist diesen jemanden [sic] etwas wesentlich Menschliches abhandengekommen. Dann kann er das Wesen Mensch wohl gar nicht wahrnehmen [...]. Man kann also von diesen Personen kein menschliches, verantwortungsvolles Handeln erwarten. Das wiederum bedeutet, dass nun die Umgebung dafür zu sorgen hat, dass diese Person keinen Schaden anrichtet.“ Politik und Medien würden dabei helfen, ein „Unheil“ über die Menschheit zu bringen. Es gelte, sich dagegen zu wehren, dass der Widerstand gegen „unser Widerstand gegen eine zentral geführte globale Welt“ gebrochen wird.

**Bad Salzungen, 17.08.2020:** Der Organisator von „Wir lieben Meiningen“ thematisierte in einer etwa 17-minütigen Rede unter anderem, dass die Teilnehmer\*innen gegen die „dekadenten Eliten kämpfen müssten, die uns als Personal in einer scheinbaren Demokratie in ein Wandel zu einer global gesteuerten Welt von Gates, Soros und anderen dunklen Typen führt, [...] in deren wir durch Bargeldverbot, genverändernde Impfungen und chippen unserer Grundrechte beraubt werden.“ Später führte er in seiner Rede aus, Corona solle von der „Invasion von Menschen und einer daraus resultierenden Umvolkung“ und dem „ganzen Zustrom von andersartigen Menschen sag ich mal“ ablenken. „Aber die Umvolkung geht weiter.“ Gegen Ende las der Redner die sog. Meininger Punkte vor. „Jetzt kommt mein liebster Satz: Wir befreien uns von der ewigen Schuld und der ewigen Verschuldung“ (Publikum applaudiert). Die bestehende Parteiendemokratie sei „so grundtief böse“. „Die Parteien gehören auf die Müllhalde der Geschichte“. Außerdem fordern sie unter anderem „den Friedensvertrag und die Verfassung gem. Art. 126 GG“, dass Medien wieder „auf die Herrschenden einschlagen“ statt ihnen den „Arsch“ „zu lecken“ oder „auf das Volk“ einzuschlagen, und sie fordern wie die sogenannte Querdenken-Bewegung einen Corona-Untersuchungsausschuss.

**Meiningen, 25.10.2020:** Ein Taubenzüchter kritisierte, er könnte wegen der Corona-Maßnahmen keine vereinsbezogenen Veranstaltungen und Reisen mehr machen. Er argumentierte über Analogieschlüsse aus seiner Taubenzüchterfahrung unter anderem gegen Medikamente (diese würden eher krank als gesund machen), den Mobilfunkstandard 5G (der beeinflusse Tauben in ihrer Orientierung, daher sei es auch für Menschen gefährlich) und genmanipulierte Sojabohnen (Tauben würden diese als unverträglich zurückweisen, daher sei es auch für Menschen nicht gesund). Außerdem beherrsche die Pharmedia in den USA das Fernsehen.

Hilfreicher als die Aufzählung vieler solcher Einzelbeispiele ist daher eine Visualisierung der Verknüpfungen in Form eines Netzwerkes. Damit können die vorgefundenen Verknüpfungen zwischen den Themenfeldern besser dargestellt und hervorgehoben werden (siehe Abb. 14). Es gilt zu beachten, dass die Linien die thematische Verbindung lediglich nominal darstellen und nicht deren Stärke, Richtung oder Häufigkeit wiedergeben.



**Abb. 14: Thematische Netzwerkvisualisierung (Themenfelder abgekürzt)**

Hinweis: Je größer ein Knotenpunkt ist, desto mehr Verknüpfungen hat er zu anderen Themenfeldern. Gelbe Knotenpunkte markieren *bedenkliche* Themenfelder; orange Punkte stehen für *kritische* und rot für *extremistische* Themenfelder. Zur besseren Darstellung der Verknüpfungen sind die vollständigen Bezeichnungen der Themenfelder aus Platzgründen kontextsensitiv abgekürzt worden.

Aus der Graphik ist erkennbar, dass die Themenfelder unterschiedliche viele Verknüpfungen aufweisen. Dabei ergaben sich drei zentrale thematische Knotenpunkte:

- Die Ablehnung und Abwertung von politischen Eliten [Abkürzung: „gegen politischen Eliten“]
- Der Protest gegen sogenannte Mainstream-Medien [Abkürzung: „gegen etablierte Medien“]
- Verschwörungsideologien bzw. verschwörungsideologisches Denken im Zuge der „Corona-Pandemie“ [Abkürzung: „Verschwörungsdenken“]

Diese Themen wiesen die meisten Verknüpfungen mit bzw. zu anderen Themen auf, wobei die moralisierende, pejorative Elitenkritik das zentrale Themenfeld mit den meisten Verknüpfungen darstellte. In Verbindung mit dem Themenfeld „positive Bezüge zum Patriotismus, Nationalismus und Volk“, in dem sich auch „symbolisch“ (Müller 2015, 47, 53) auf das Volk berufen wird, sind diese beiden Themenfelder Indikatoren für den Populismus gemäß des Ansatzes nach Mudde (2017). Die oben genannten drei zentralen Themenfelder sind als *bedenklich* einzuordnen (siehe Tab. 8).

Zusätzlich zu diesen drei zentralen Knotenpunkten stechen drei weitere Themenfelder heraus, die jeweils relativ viele Verbindungen aufwiesen:

- Widerstand und Kampf gegen die „Corona-Diktatur“ [Abkürzung: „Corona-Diktatur“]
- Polemiken gegen Bill Gates [Abkürzung: „Bill Gates“]
- Rechtsextreme Verschwörungsideologien [Abkürzung: „rechtsextreme Verschwörung“]

Bill Gates ist in der Anfangszeit der Pandemie vielfach als personifizierter Sündenbock und vermeintlicher Strippenzieher hinter der Corona-Pandemie konstruiert worden. Dieses Themenfeld und das zur „Corona-Diktatur“ sind als *bedenklich* eingeordnet worden. Das Themenfeld zu einschlägigen rechtsextremen Verschwörungsideologien (z.B. Äußerungen zur „Umvolkung“) wurde dagegen als *extremistisch* eingeordnet. Auffällig ist, dass weitere Themenfelder eine Nähe zum Rechtsextremismus aufwiesen (z.B. die Verwendung antisemitischer Chiffren; geschichtsrevisionistische und xenophobe Aussagen; Äußerungen, die dem Spektrum der sogenannten Reichsbürger\*innen und Q-Anon zugeordnet werden können). Zudem werden „die Antifa“ und „Linksrün“ als Gegner und Feinde der Protestbewegung und Verbündete der kritisierten Eliten dargestellt (z.B. „Merkel ist die Königin der Antifa“, siehe Tab. 8). All dies deutet darauf hin, dass es sich bei den analysierten Demonstrationen in Südwestthüringen zumindest um *rechts*-populistische Mosaik-Proteste handelt, die eine Anschlussfähigkeit an und Resonanzraum für den Rechtsextremismus bieten (Beelmann et al. 2022).

### **Gesamteinschätzung: Rechtspopulistisch-antipluralistischer Resonanzraum und bedenkliche, an den Rechtsextremismus anknüpfbare Reaktionsmuster**

Bezogen auf die Gefährdung der politischen Kultur und Demokratie der geschilderten Proteste ist zunächst festzuhalten, dass die untersuchten Demonstrationen der öffentlichen Meinungskundgabe und Partizipation am demokratisch-politischen Diskurs während der Corona-Pandemie dienten. Das ist demokratietheoretisch zunächst unproblematisch.

Von den Organisator\*innen der Proteste und einigen Redner\*innen sind die Demonstrationen dazu genutzt worden, um eine Art außerparlamentarische Oppositionsbewegung aufzubauen, die eine hohe inhaltliche und personelle Nähe und Affinität zur sogenannten Querdenken-Bewegung aufweist (z.B. indem Redner\*innen von Querdenken-Gruppen aus Thüringen auftraten oder Akteure aus dem Querdenken-Umfeld positiv rezipiert wurden). Sie sehen und verstehen sich als Teil einer Protest-Avantgarde wie zu DDR-Zeiten, die die Demokratie und (Meinungs-)

Freiheit vor vermeintlich korrupten, diktatorischen Eliten bzw. vor einer „Corona-Diktatur“ und gegen „Lügenmedien“ usw. verteidigen würden. Die Verwendung solcher Fahnen- und Stigmawörter dient dem Kampf um Deutungshoheit, der Selbsterhöhung und Immunisierung vor Gegenkritik.

Inhaltlich waren auf den Demonstrationen bzw. in den Reden zumeist negative, pejorative Kritik und Misstrauen gegenüber politischen Eliten, den sogenannten Mainstream-Medien („Lügenpresse“) und dem bestehenden politischen System, das diktaturverharmlosend als „Corona-Diktatur“ diffamiert wurde, geäußert worden. Auslöser und Katalysator dafür waren die Pandemiemaßnahmen, die vehement abgelehnt wurden. Allerdings ging es in den Veranstaltungen nicht nur um eine konstruktive, dialogorientierte Kritik an der Corona-Politik oder die Maskenpflicht. Sie dienten mehr eher als Vehikel im Sinne der oben genannten Themenfelder. Die Äußerungen, Deutungen, Narrative und Erklärungsversuche zur Pandemie und Politik waren vielfach von einem (rechts-)populistischen und verschwörungsideologischen Stil und Impetus getragen. Nicht selten wurde die Anwendung von (Gegen-)Gewalt gebilligt oder gar (indirekt) legitimiert (etwa indem Bedrohungsszenarien konstruiert wurden wie die Existenz von von Plänen, Ungeimpfte wegzusperren). Bei einem Teil der Redner\*innen konnte dies als Ausdruck der empfundenen Ohnmacht, Frustration und Verdrossenheit gegenüber dem politischen System und dessen Verantwortungsträger\*innen gedeutet werden. Bei einem anderen Teil, v.a. von Redner\*innen aus dem rechtsalternativen bis rechtsextremen Spektrum, waren die Reden und Demonstrationen dazu genutzt worden, um (1) rechtsextreme, v.a. antisemitisch chiffrierte, geschichtsrevisionistische und ethnopluralistische Kampfbegriffe und Narrative zu verbreiten, und (2) um zum nicht bloß politischen, sondern gewaltsamen Kampf gegen das System, die Demokratie und dessen Repräsentant\*innen aufzurufen. Von diesen Absichten ging und geht unweigerlich eine Gefahr für die politische Kultur und Demokratie aus, denn der Fokus lag nicht auf einem gewaltlosen oder gar konstruktiven Dialog mit Andersdenkenden oder politischen Mandatsträgern.

Auffällig und zunächst widersprüchlich war, dass die Redner\*innen die Demokratie als Staatsform mehrheitlich nicht ablehnten. Sie bezogen sich im Gegenteil darauf, „unsere“ Demokratie retten und mehr mitbestimmen und mitentscheiden zu wollen, wobei die Betonung auf *Bestimmen und Entscheiden* lag. Unzufrieden waren sie offensichtlich mit der Funktionsweise und Praxis der bestehenden Demokratie. Das Demokratieverständnis ist nach Auswertung der Reden eher plebiszitär und direktdemokratisch sowie deutlich gegen die repräsentative Parteidemokratie gerichtet. Allerdings enthalten die Aussagen mehr als nur eine Forderung nach demokratischen Alternativprozessen. So wurden gegenüber Parteien Positionen geäußert, die im Widerspruch zu Art. 21 GG stehen. Sie (die Parteien) seien „nicht mehr zu reformieren“, „grundtief böse“ und gehörten „auf die Müllhalde der Geschichte“ (Bad Salzungen, 17.08.2020; Publikum applaudiert) oder das bestehende „widerlicher Parteiensystem“ solle überwunden werden (Bad Salzungen, 18.10.2020). Auch die Forderung nach mehr direktdemokratischen Elementen wies eine problematische Konnotation auf. So wurde gefordert, dass mehr für das eigene deutsche Volk getan werden sollte, und dass über Gesetze das deutsche Volk abstimmen müsse (Bad Salzungen, 18.10.2020; sogenannte „Meininger Erklärung“ der Gruppe „Mut zur Wahrheit“ aus Meiningen). Volk ist hierbei jeweils eher ethno-kulturell bzw. als Ethnos und nicht als Demos gedacht. Diese Reduktion des deutschen Staatsvolkes auf eine ethnische Volkszugehörigkeit und die autochthone Bevölkerung widerspricht dem Volksverständnis des Grundgesetzes (Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags 2019).

Für den demokratisch-politischen Diskurs und die politische Kultur äußerst bedenklich waren die vielfachen komplexreduzierenden, verschwörungsideologisch aufgeladenen Angstvorstellungen und Behauptungen, dass (einfluss-)reiche Eliten im Geheimen sinistere Pläne verfolgen

würden, die dem deutschen Volk und Nationalstaat entgegenstehen und bei der die Eliten die Politik (korrupte Politiker\*innen etc.) und Medien („Lügenpresse“ etc.) einseitig kontrollieren und steuern würden. Diese Denk- und Sichtweise konstruierte die Corona-Pandemie als einen Konflikt zwischen einer geschädigten Eigen- und einer volksschädlichen Fremdgruppe. Letztere wurde als Usurpator und Bedrohung für die Eigengruppe diagnostiziert und dadurch als Feindbild markiert, gegen die Widerstand, notfalls mit Gewalt, geleistet werden müsse. Solche Abstraktionen und Projektionen sind nicht nur inhaltlich beliebig austauschbar (heute Corona, gestern Geflüchtete, morgen steigende Preise, Wirtschafts- und Energiekrise) und sondern auch anschlussfähig an demokratie-, menschen- oder verfassungsfeindliche (z.B. Reichsbürger\*innen- oder Q-Anon-Ideologie), explizit rechtsextreme, häufig antisemitisch chiffrierte Ideologien, Narrative und Schlüsselbegriffe. Sie bedienen, verbreiten, tradieren und normalisieren diese Vorstellungen ferner auch aktiv (z.B. durch wiederholte Verwendung von Signalwörtern wie „Umvolkung“, „Umerziehung“, „Lügenpresse“, „Marionettenregierung“, die jeweils politische Vorkommnisse vermeintlich erklären sollen). Die häufige Verbreitung und Akzeptanz dieser Ideen ohne eine erkennbare Gegenrede oder Widerspruch auf den untersuchten Protesten deutete darauf hin, dass unter den Organisator\*innen und Teilnehmenden ein hohes Maß an Duldung, bis Zustimmung bestand. Insgesamt schien bei den untersuchten Demonstrationen in Südwestthüringen ein rechtspopulistischer, antipluralistischer Resonanzraum zu existieren, der etliche Anknüpfungspunkte und wenig Berührungspunkte mit Ideologemen und Strategien des Rechtsextremismus aufwies sowie das Misstrauen gegenüber dem bestehenden politischen System und dessen Institutionen verstärkte. Dieser Umstand und die hier beschriebene Art und Weise, wie auf eine Gesundheitskrise reagiert wurde, sind aus demokratietheoretischer Sicht hoch problematisch.

Fraglich ist, wie repräsentativ, verallgemeinerbar und übertragbar die Befunde dieser Protestanalyse für andere Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen in Thüringen sind. Gemeinsamkeiten bestanden nach unserer Ansicht in der Verwendung ähnlicher, einschlägiger und identitätsstiftender Signalwörter (z.B. gegen „die Eliten“, „Lügenpresse“, „Meinungs-“ oder „Corona-Diktatur“ und „Corona-Plandemie“; Aufruf zum „Widerstand“; positive Bezüge auf „das [deutsche] Volk“). Diese wurden in einem Duktus vorgetragen, der populistisch, komplexreduzierend, verschwörungsideologisch sowie von Misstrauen und Ressentiments aufgeladenen war. Es wurden ebenso verschiedene Inhalte und Themen miteinander vermischt (z.B. Kritik an Maßnahmen wurde vermengt mit Reichsbürger\*innenideologie, Elementen der Anthroposophie, Kritik an Lobbyismus mit antisemitischen Chiffren). Daran knüpften rechtsextreme Akteure (Redner\*innen und Organisationen) gezielt an. Für diese Gemeinsamkeiten dürften zwei Faktoren ausschlaggebend sein: Zum einen traten einige Redner\*innen bei mehreren Demonstrationen bzw. bei Demonstrationen an verschiedenen Orten und von verschiedenen Organisationen auf. Zum anderen dürften die Vernetzungen und Diskurse in den sozialen und alternativen Medien, für die immer wieder geworben wird, zu einer gruppenspezifischen und informationsfilternden Selbstreferentialität und Selbstvergewisserung geführt haben. Auf diese Weise wiederholen und normalisieren sich bestimmte Äußerungen, die das oben genannte Konzentrat an Gemeinsamkeiten ergeben. Ein Unterschied der Proteste in Südwestthüringen im Vergleich zu anderen Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen in Thüringen (z.B. in Heilbad Heiligenstadt) ist, dass nach vorliegender Quellenlage und für den analysierten Zeitraum auf den untersuchten Protesten in Südwestthüringen, Journalist\*innen *vor Ort* nicht erkennbar bedroht oder angegriffen wurden. Allerdings gab es im April 2021 einen Übergriff auf Polizeikräfte bei einem sogenannten Spaziergang in Schmalkalden, der dem Umfeld der untersuchten Gruppen zugeordnet werden kann (MDR Thüringen 2021). Insofern ist davon auszugehen, dass eine hohe Gefährdungslage für gewalttätige Auseinandersetzungen bei allen Veranstaltungen dieser Art vorlag.

Das oben beschriebene Reaktionsmuster (Eliten- und Medienkritik wird rechtspopulistisch und verschwörungsideologisch aufgeladen und verknüpft mit weiteren Ressentiments, um eine bedrohte Eigen- und bedrohliche Fremdgruppe zu konstruieren) und die Möglichkeit für unterschiedliche demokratiefeindliche Akteure, daran anzuknüpfen und es persuasiv in Richtung Rechtsextremismus, Reichsbürger\*innen-Ideologie, Umsturzfantasien usw. umzulenken, macht solche Proteste hoch problematisch. Sie stellen eine Gefahr für die politische Kultur und Demokratie dar, weil diese Reaktionsmuster in der nächsten Krise in abgewandelter Form erneut angesprochen und reaktiviert werden können (z.B. bei Protesten zum Thema Energiepreise, Inflation und Wirtschaftskrise infolge Krieges in der Ukraine). Daher sollten solche Proteste nicht als bloße Maßnahmenkritik verharmlost oder fehlgedeutet werden. Sie stellen im Kern keine Form des kritischen Dialogs dar, bei der es angeblich um den sachlichen Austausch zu politischen Entscheidungen geht. Auch die Verbreitung von Desinformation und Verschwörungsideologien sollte aus Perspektive der Demokratieförderung nicht als ‚Missverständnisse‘, denen vermeintlich mangelnde Bildung oder Medienkompetenz zugrunde liegt [...]“ relativiert werden „Vielmehr gilt es, diese als politische Konflikte ernst zu nehmen und ihnen entschlossen zu begegnen“ (Kumkar/Trautmann 2021, 44).

Tab. 8: Bei den untersuchten Demonstrationen angesprochene Themenfelder

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Widerstand und Kampf gegen „Corona-Diktatur“	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nach Einschätzung einiger Redner*innen befinden wir uns auf dem Weg von der Demokratie in die „Corona-Diktatur“, für andere ist dieser Zustand schon erreicht (diese wohl eher ungewollte Uneinigkeit bei den Redner*innen zeigte, dass es eher um Ablehnung eines gegenwärtigen Zustandes ging, d.h. der Begriff „Corona-Diktatur“ ist eine austauschbare, aber identitätsstiftende Phrase).</li> <li>- Verwendung von Synonymen für „Corona-Diktatur“: „Gesinnungsdiktatur“, „DDR 2.0“; „Merkel-Diktatur einer ehemaligen FDJ-Sekretärin“ (01.06.2020, Schmalkalden)</li> <li>- Aufforderung, gegen „Corona Diktatur“ und die Verantwortlichen (z.B. Regierung Merkel, Bill Gates) Widerstand zu leisten bzw. zu kämpfen</li> <li>- Redner*innen sehen sich selbst als Demokraten und Protest-Avantgarde wie zu DDR-Zeiten, die die Demokratie verteidigen</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> Vergleiche der Bundesrepublik mit Diktaturen ist diktaturverharmlosend, diffamierend und geschichtsrevisionistisch; „DDR 2.0“ wird auch als politisches Schlagwort von der AfD genutzt (AfD Landesverband Thüringen 2019, 7)</p>
Ablehnung und Abwertung von politischen Eliten	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Politiker*innen werden pauschal und undifferenziert abgewertet und als „heuchlerisch“ oder „Lügner“ bezeichnet. Sie seien kriminell, käuflich, egoistisch und stünden im Antagonismus zum Volk (z.B. Politiker*innen hätten „chronische Posten- und Machtsucht“; sie seien „Verbrecher“, die uns mit der Maskenpflicht „zu Sklaven“ machen wollten; es gebe eine „Einheitspartei-regierung“, diese „demütige ihr Ernährer“; Bundesregierung sei eine „Verbrecherbande“ und „Bandenregierung“; „verbrecherische Clique, die sich Politiker schimpft“)</li> <li>- negative Projektionsfläche der Ablehnung und Abwertung war zumeist die damalige Bundeskanzlerin Merkel: Merkel sei so „weltfremd“ und „abgehoben“ wie Honecker; wir hätten neben Covid-19 ein „Angela 2020“-Virus, die auch eine „Bedrohung für Gesellschaft und Gesundheit“ sei; Merkel sei „gefährlichste Politikerin in Europa“, „Terminatorin“, „Hosenanzug des Todes“; Teilnehmende tragen „Nieder mit dem Merkel-Regime“-Westen; Schild im Publikum „Die Krise hat einen Namen Angela Merkel“. Häufiger wurde der damalige Bundesgesundheitsminister Spahn (z.B. „Spahndemie“), seltener die Thüringer Landesregierung oder kommunale Politiker*innen angegriffen; allerdings: Redner*innen aus Bayern diffamieren stets den bayerischen Ministerpräsidenten Söder (z.B. „Söldolf“).</li> <li>- Einstellung, corona-bezogenen Einschränkungen bzw. Maßnahmen dürften nicht „ungestraft“ bleiben</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> Narrative gegen „ihr da oben“ und als homogen verstandene Eliten als Indikator für Populismus; Elitenkritik ist nicht konstruktiv, sondern diskriminierend (z.B. wird Kritik an möglichen Interessenskonflikten bei Spahn mit homophober Äußerung verknüpft); politische Eliten werden zu Feindbildern aufgebaut, denen gegenüber die Anwendung von Gewalt legitimiert wird; seit der sogenannten Flüchtlingskrise ist Merkel eine negative Projektionsfläche und ein Feindbild innerhalb der populistischen bis extremen Rechten („Merkel muss weg!“), dadurch Anschlussfähigkeit und Resonanzraum vorhanden</p>
gegen Bill Gates	<ul style="list-style-type: none"> <li>- zu Bill Gates äußern sich zumeist, aber nicht ausschließlich Q-Anon-Anhänger</li> <li>- Gates wird als Sündenbock und Strippenzieher hinter der Corona-Pandemie („Virenverkäufer Bill Gates“, 12.07.2020, Schmalkalden) und (Welt-)Politik dargestellt (er „gibt in der Politik Ton und Text an“, 01.06.2020, Schmalkalden; Maskenpflicht sei „der Merkel von Bill Gates aufgeschwatzt“ worden, 29.06.2020, Bad Salzungen), der eigene Pläne verfolge („die totale Kontrolle der Völker unter Herrschaft reicher Weltkonzerne, denken wir nur an Bill Gates, die Bevölkerungsreduzierung und die Versklavung der Menschen“, 29.06.2020, Bad Salzungen),)</li> <li>- diffamierender „Gib Gates keine Chance“-Slogans vielfach auf Bannern oder Kleidungsstücken im Publikum</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> die Vorstellung, (einfluss-)reiche Wirtschaftseliten oder Konzerne würden sinistere Pläne verfolgen, die dem Volk entgegenstehen und bei der die Eliten die Politik (korrupte Eliten etc.) im Geheimen einseitig steuern und kontrollieren, ist eine verkürzte, unterkomplexe Lobbyismuskritik und eine Blaupause für Verschwörungsideologien, dessen Denkweise strukturell der antisemitischen Vorstellung von der jüdischen Weltverschwörung ähnelt, womit solche Äußerungen daran anschlussfähig sind; Analogie zu „Gib AIDS keine Chance“ setzt die Aktivitäten von Gates biologistisch mit einer gefährlichen, das Immunsystem schädigenden Krankheit gleich</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
gegen sogenannte Mainstream-Medien	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Redner*innen sagen wiederholt, die klassischen, sogenannten Mainstream-Medien würden lügen („Lügenmedien/-funk/-presse“), manipulieren, Informationen verheimlichen und Propaganda verbreiten; sie seien von Politik und Eliten gesteuert und gleichgeschaltet, „sind überwiegend stramm auf Regierungslinie, ganz wie zu unzähligen Zeiten der deutschen Geschichte“ (25.10.2020, Meiningen), würden „Gefälligkeitsjournalismus“ und „regierungstreue Hofberichterstattung“ betreiben, Korruption von Regierungspolitiker*innen nicht aufdecken und das Volk spalten, kurzum: „Die Medien sind die schlimmsten.“ (24.05.2020, Meiningen)</li> <li>- Ablehnung und Abwertung richtet sich v.a. gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk („GEZ-Medien“, „Zwangsgebühren-Märchen“; RBB sei „Lügenfunk“)</li> <li>- Doppelbotschaft: „Die da oben und auch die Medien müssen ihre Deutungshoheit verlieren.“ (20.07.2020, Bad Salzungen) und Werbung für alternative Medien; wenn sogenannte Mainstream-Medien positiv und affirmativ über Proteste o.ä. berichten, dann erfolgt Lob, wenn negativ berichtet wird, wird im Anschluss diffamiert und attackiert</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> „Lügenpresse“ u. ä. Begriffe sind medienfeindliche, verschwörungsideologische Diffamierungen, die über konstruktive Medienkritik hinausgehen; sie werden seit den Pegida-Protesten einschlägig als Kampfbegriffe von populistischen bis extrem Rechten verwendet und dienen als Legitimation für Gewalt gegenüber Medienschaffende (Rathje 2019); Behauptung und Vorstellung, Eliten würden Medien kontrollieren, ist eine Blaupause für Verschwörungsdenken; Äußerung, die Medien seien „von Manipulation zu knallharten Lügen“ übergegangen „was Trump betrifft und das permanente Putin-Bashing“ (13.09.2020, Schmalkalden), verharmlost antiliberaler Staatsoberhäupter, die autoritär bis autokratisch herrschen wollen</p>
positive Bezüge zum Patriotismus, Nationalismus und Volk	<ul style="list-style-type: none"> <li>- meist genutzt als spiegelbildliches Narrativ zur Ablehnung und Abwertung von Eliten, die gegen das bzw. „unser“ Volk agieren würden (z.B. „die Politik mit ihrem Tiefstaat bedient sich am deutschen Volk und bemerkt nicht einmal, wie es in der Bevölkerung brodelt“, 12.07.2020, Schmalkalden; „Wir befinden uns seit vielen Monaten im Krieg mit unserer Regierung gegen das eigene deutsche Volk ...“, 13.09.2020, Schmalkalden)</li> <li>- Beispiel für positive Bezüge: „Heimatliebe ist kein Verbrechen“-Banner hinter dem Redner*innenpult; Redner*innen begrüßen und bezeichnen das Publikum vielfach als „Patrioten“ oder sehen sich und diese als „Patrioten, die sich gegen das System auflehnen“ (20.07.2020, Bad Salzungen); Buh- und Pfui-Rufe sowie Pfiffe nach Aussage, Merkel habe eine Deutschlandfahne in die Ecke geworfen (01.06.2020, Schmalkalden; bezieht sich vermutlich auf eine CDU-Wahlparty nach der Bundestagswahl 2013; Roßmann 2016); „Wir sind das Volk“-Chöre und Beschriftungen auf Flaggen; „übermächtige mediale Gehirnwäsche, die schon seit Jahrzehnten die Gehirne der Menschen umgedreht hat“, hätte uns „über Jahrzehnte unsere eigene Identität“ „abtrainiert“, man solle wieder selbstbewusster zur deutschen Identität bzw. zum „Deutsch-sein“ stehen (18.10.2020, Bad Salzungen)</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> solche und ähnliche Bezüge sind anschlussfähig für Rechtsextreme oder werden von ihnen verwendet; der Heimatliebe-Slogan wird insbesondere von der Identitären Bewegung genutzt; Fahnenwort „Identität“ ist für Rechtsextreme eine diffuse, positive Projektionsfläche für völkisches und ethnopluralistisches Denken (Bruns et al. 2019)</p>
gegen Corona-Pandemie und Schutzmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verharmlosung bis Leugnung der Gefährlichkeit oder Existenz des Corona-Virus (sei wie „bessere Grippe“ oder „Einzelfälle“ „wie bei jeder Grippe“; sei nur eine „saisonale Erkältung“; Pandemie sei „riesengroße Lüge“ und „Massenhysterie“; „Panik-Pandemie“ sei „vorgegaukelt“; „Corona-Schwindel“, „Fake-Pandemie“; einmal unterschwellig rassistisch konnotiert: Corona sei eine „chinesische Mikrobe“, 26.07.2020, Meiningen)</li> <li>- häufig in Verbindung mit Verschwörungsdenken (Corona diene der Politik zur Verschleierung bestimmter Tätigkeiten, sei „nur Politik“ und kein „echtes Virus“; Corona sei eine „Ablenkung“ und das „Trojanische Pferd“, mit dem eine „Neue Weltordnung“ etabliert werden soll, 26.07.2020, Meiningen), das sich auch rechtsextrem äußert (Corona solle von „Invasion von Menschen“ und „Umvolkung“ ablenken, 17.08.2020, Bad Salzungen)</li> <li>- Banner mit „Wir fordern einen neutralen Corona-Untersuchungsausschuss“ (31.05.2020, Meiningen)</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> in den Einstellungen äußert sich ein wissenschaftsfeindlicher Duktus und Impetus, der häufig mit rechtsextremer Verschwörungsideologie verbunden ist</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Ablehnung der Maskenpflicht	<ul style="list-style-type: none"> <li>- quer durch alle Proteste und Reden ist der Mund-Nasen-Schutz (MNS) und die Pflicht zum Tragen einer Maske das zentrale, identitätsbildende Feindbild, mit dem nur Negatives und vehemente Ablehnung verbunden ist und dessen pejorative Sprachbilder sich ins Superlative überschlagen, v.a. bei (Schul-)Kindern. „Maulkorbverordnung“, d.h. das Tragen von MNS („Maulkorb“, „Lappen“ und „(Gesichts)Windel“) sei „Unterwerfung“ bzw. eine „demütigende Unterwerfungsgeste“, „Gehorsamkeitsprüfung“, „Symbol der Unterdrückung“ bzw. „Symbol der Versklavung“, wie eine „FDJ-Bluse“, ein „Folterinstrument“, gar ein „Anschlag ... auf die menschliche Würde“; bei (Schul-)Kindern sei es „Kindesmisshandlung“, Merkel und Söder betrieben „seelischen Missbrauch“ an ihnen</li> <li>- Ablehnung wird unterschiedlich (kombiniert) begründet: von rational (Masken seien wirkungslos; Corona sei harmlos; Verordnungen seien nicht wirksam) über emotional und mit unbelegten Behauptungen verbunden (mehrfach wird behauptet, unter anderem unter Berufung auf Bodo Schiffmann, Schüler*innen seien wegen des Tragens einer Maske gestorben; diese Behauptung ist nachweislich falsch und frei erfunden; Gensing 2020; Schwarzer 2020a; 2020b; Wesolowski 2020) bis hin zu narzisstischen Motiven (Redner*innen tragen gerne vor, dass sie sich deviant verhalten haben, z.B. beim Friseur oder Einkauf keine Maske getragen zu haben, und erhalten dafür stets Applaus und Zustimmung vom Publikum)</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> die pejorativen Sprachbilder, vehemente Ablehnung des MNS und Bereitwilligkeit zur Aufnahme und Weitergabe von frei erfundenen Falschmeldungen und Desinformation sowie die Vorstellung, die Regierung (der Staat, die Politiker*innen) würde(n) die Bevölkerung und Kinder absichtlich und vorsätzlich quälen etc., spiegelt ein hohes Maß an Irrationalität, Wissenschaftsfeindlichkeit und Misstrauen gegenüber der Regierung (dem politischen System und Politiker*innen) wider; oben genannte narzisstische Motive können dazu führen, dass „negative Gefühle auf Verschwörer externalisiert werden und ihnen die Schuld am Scheitern der eigenen Gruppe zugeschoben wird“ (Lamberty/Imhoff 2021, 204); all das macht sie anfälliger für Verschwörungsdenken</p>
antisemitische Chiffren	<ul style="list-style-type: none"> <li>- einige Redner*innen äußern bzw. nutzen Wörter und Begriffe, die antisemitisch chiffriert bzw. codiert sind</li> <li>- z.B. antisemitisches Bild der Marionetten und Strippenzieher (Regierung Merkel seien nur „Marionetten einer satanischen Globalistenclique, deren Ziel die Auflösung aller nationalen Strukturen“ und man sei „gegen die Fehlpolitik der Marionettentruppe in der Merkel Regierung“, <i>Frank Haußner</i> am 31.10.2020 in Schmalkalden; es gebe „einige Superreiche“ und mächtige Finanziere, die die Fäden ziehen, den Weltfrieden verhindern bzw. sabotieren, die sogenannten Mainstream-Medien steuern und eine Neue Weltordnung aufbauen wollen, „um noch mehr Geld abzuschöpfen.“, 12.07.2020, Schmalkalden)</li> <li>- z.B. antisemitische Angstvorstellung einer Weltverschwörung gegen das sogenannte Deutschland (in der Rede einer Person von „Querdenken“-Erfurt: Corona sei Teil des Plans zur Neuen Weltordnung des „grenzenlosen Profit[s]“, die nationale Grenzen abschaffen wolle und keine, „schon gar keine deutsche“ Kultur haben wolle, weil die „einst deutsche starke Kultur stören den Plan“, „ein starker deutscher Nationalstaat stört den Plan ganz gewaltig“, 12.07.2020, Schmalkalden)</li> <li>- z.B. antisemitische Teufelsmetapher bzw. Zoomorphismus in Verbindung mit Entmenschlichung („Wenn wir diese faschistisch-bestialischen Kreaturen mit samt ihrem Teufel von diesem Planeten jagen wollen, dann müssen wir nächste Woche [am 7.11.2020] in Leipzig ernst machen.“, 31.10.2020, Schmalkalden)</li> <li>- auffällig hierbei: viele der Redner*innen, die solche Chiffren nutzen, äußern sich auch geschichtsrevisionistisch (in Form des sekundären Antisemitismus) und/oder sind auch außerhalb der hier analysierten Demonstrationen als Verschwörungsideologen mit antisemitischen Einsprengseln bekannt bzw. einzuordnen</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> solche Chiffren können bewusst oder unbewusst genutzt werden und sie sind oft mit Verschwörungsdenken und Feindbildkonstruktion verknüpft; weil die Verwendung der Chiffren von Redner*innen zumindest teilweise bewusst erfolgte, ist davon auszugehen, dass diese Redner*innen wegen der Strafbarkeit und sozialen Ächtung von offenen, primären Antisemitismus auf diese Art ihr antisemitisches Gedankengut verbreiten wollen</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Geschichtsrevisionismus und sekundärer Antisemitismus	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Redner*innen betreiben verschiedene Formen des Geschichtsrevisionismus, am meisten bezüglich der DDR (siehe „Corona-Diktatur“) und in Form des sekundären Antisemitismus (Schuldabwehr und/oder Relativierung des Holocausts, z.B. gegen „Schuldkult“), sie verbinden dies häufig mit anderen Themenfeldern (z.B. Kritik an Eliten und Medien oder Verschwörungsdenken)</li> <li>- eine Rednerin erhält viel Applaus für die Frage: „[...] glaubt ihr immer noch an die Rassismusgrütze oder ist es nicht endlich an der Zeit, dieses Wort zu streichen und uns von der ewigen Schuld zu befreien?“ (12.07.2020, Schmalkalden)</li> <li>- ein Redner kritisiert, dass Spahn Masken ans Ausland „verschenkt“, „weit weg in die Welt“ und „nicht an sein eigenes Volk. Das ist so traurig. [...] Keine Ahnung, ob wir eventuell das auch noch in 100 Jahren, wir unsere nächste Generation permanent für irgendwas bezahlen müssen.“ (17.08.2020, Schmalkalden)</li> <li>- ein Redner verknüpft sekundären Antisemitismus mit einer Kritik an der Energiewende, Klima- und Corona-Politik: „Es folgt immer demselben Schema: Du und deine Eltern oder deine Ahnen haben folgendes Böses getan. Du hast deswegen Schuld an dies und jenem bzw. bist schuldig. Also mache Folgendes. Meistens wird's dann teuer oder man gibt irgendwas ab. [...] Die moderne Version ist die CO2-Klimasekte, die gesamte Ökodiktatur. [...] vor allem das unwidersprochen, jedes auch noch so selten dämliche Geschichtsbild über unsere Vergangenheit in den Medien hingenommen wird. [...] Deswegen ist es entscheidend, dass wir merken, dass unsere Geschichte manipuliert ist“, man müsse sich „informieren, über die Geschichte, über inszenierte Weltkriege, über die Kriege und das Chaos und Wirtschaftskrisen, welche immer von derselben Eliten geschaffen werden, wie jetzt auch die Corona-Krise, die gar keine ist.“ (20.07.2020, Bad Salzungen)</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> siehe Themenfeld „Corona-Diktatur“; Geschichtsrevisionismus ist eine maßgebliche „Hilfsideologie“ (Benz 2016, 210) bei der Verbreitung von rechtsextremer und menschenfeindlicher Ideologie (Salzborn 2018, 28 ff.; Vierregge 2008, insbesondere 334 f.); sekundärer Antisemitismus ist laut Thüringen Monitor (2021: 98 ff., 116 f.) im Freistaat relativ weit verbreitet und „umso gefährlicher als er vorgibt, rational und sachlich zu argumentieren, lediglich ‚Kritik‘ zu äußern oder ‚Fragen‘ zu stellen. Dies macht ihn anschlussfähig – über soziale und politische Milieus hinweg“ (ebd., 102); zielt nicht auf Erkenntnisgewinn ab, sondern wird instrumentell und taktisch eingesetzt, z.B. um Verwirrung zu stiften und um Ideologie zu verbreiten (Botsch 2020, 24 f.; Benz 2016)</p>
Systemopposition bis -umsturz	<ul style="list-style-type: none"> <li>- im Unterschied und als Ergänzung zur Feindmarkierung von Menschen und zum Widerstand gegen „Corona-Diktatur“</li> <li>- Redner*innen lehnen Bundesregierung, das politische und bestehenden Parteiensystem ab, stehen dem System oppositionell gegenüber, wollen dieses nicht selten abschaffen bzw. überwinden, meist mit Rekurs auf die friedliche Revolution 1989/90 in der DDR</li> <li>- eine Rednerin sagt: „Dieses ganze politische System ist keine Alternative für uns.“ (erhält Applaus) „Ist eine Partei zu wählen die letzte und einzige Lösung? Ist dieses Parteiensystem evolutionär überhaupt noch tragbar? [...] Ein Umdenken muss her. Mit diesem Parteiensystem werden wir zugrunde gehen.“ (erhält Applaus) (22.06.2020, Schmalkalden)</li> <li>- eine rechtsextreme Liedermacherin sagt: „89 haben wir schon einmal was geschafft [...] also lasst uns diesen Mist noch mal machen. Und dann richtig. Ich sage ganz klar: Wir müssen die Regierung abschaffen.“ (erhält Applaus) (31.10.2020, Schmalkalden)</li> <li>- ein ehemaliger AfD-Funktionär aus Bayern appelliert, sich auf „die Zeit der Mistgabel“, d.h. den Kampf gegen das System vorzubereiten (31.10.2020, Schmalkalden); bei einer längeren Rede sagt er, es gehe letztlich darum, dass seiner Meinung nach „marode“ politische System zu überwinden, in dem eine „verbrecherische Clique, die sich Politiker schimpft“, das Volk „ausgebeutet“ habe. „Wir brauchen ein Politikwechsel, wir brauchen einen Systemwechsel und wir müssen weg von diesem widerlichen Parteiensystem“ (erhält Applaus) (18.10.2020, Bad Salzungen)</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> das Widerstandsnarrativ gegen „Corona-Diktatur“ ist hier stärker gewaltgeladen und revolutionär; Adressaten ihrer Kritik sind nicht Elemente der repräsentativen Demokratie (Parteien und Berufspolitiker*innen werden als Grund des Übels gesehen und deswegen abgelehnt), sondern „das Volk“ solle sich erheben</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Reichsbürger-Ideologeme	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Reichsbürger*innen werden von Organisator*innen als Redner*innen, Ordner*innen und Teilnehmende aktiv geduldet</li> <li>- in vielen Reden werden verschiedene einschlägige Schlüsselbegriffe und -narrative geäußert (z.B. Werbung für „Verfassungsgebende Versammlung“, Begrüßungsfloskeln wie „Verfassungsvolk, Menschen und Souverän“; es bestünde noch eine Feindstaatsklausel und gebe keinen Friedensvertrag oder es brauche einen Friedensvertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges; Deutschland sei weder frei noch ein Staat, sondern sei noch besetzt oder ein „BRD-Konstrukt“; Grundgesetz sei wahlweise nicht gültig, außer Kraft gesetzt, gar „keine Verfassung [...], sondern nur ein Grundgesetz“ [sic!] oder nur ein „durch Okkupanten geschaffenen Verwaltungsgesetz“; man wolle Deutschland wieder souverän und frei machen)</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> Reichsbürger*innen sind ein heterogenes Milieu und bieten ein breites Spektrum von Verschwörungsideologien an, die das bestehende politische System und ihre Repräsentant*innen delegitimieren und Gewalt legitimieren; zwischen diesen Vorstellungen und dem Rechtsextremismus bestehen historisch enge und ideologisch viele Schnittpunkte, die als Türöffner und Scharnier zum Rechtsextremismus angesehen werden können (Michelsen et al. 2020, 26 f.).</p>
Verschwörungsideologien bzw. verschwörungsideologischen Denken gegen „Corona-Pandemie“	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Redner*innen versuchten Corona-Pandemie durch Bezug auf verschiedene Verschwörungsideologien zu erklären; das reicht von der Rezeption populärer Verschwörungsideologien über pseudowissenschaftliche oder irrational-abstruse Erklärungsversuche bis hin zu einschlägig rechtsextremen Verschwörungsideologien (siehe eigenes Themenfeld dazu)</li> <li>- es ginge um „Geld und Macht“; mit Impfstoffen (mRNA) wolle man nur Geld verdienen; einer der Ärzte für Aufklärung sei bei Eigenrecherche auf eine PowerPoint Präsentation von der WHO gestoßen, wie man Impfbereitschaft erhöhe; Bill Gates würde seinen Plan umsetzen, die Menschheit zu minimieren (siehe Themenfeld „Bill Gates“); es gebe einen „ganz perfiden“ „Plan“, wir würden in die „Sklaverei“ kommen, wenn man nichts dagegen mache; „Politik mit ihrem Tiefstaat bedient sich am deutschen Volk“ (12.07.2020, Schmalkalden); Corona-Politik diene als Ablenkung oder Vorstufe zur Bargeldabschaffung und der „Geldlüge“; mit PCR-Test könnte man gechipt werden, das könnte zum Tod führen, weil „Skalarwellen“-Zellen-Kommunikation gestört werden könnte (12.10.2020, Schmalkalden);<sup>29</sup> ein Organisator sagt, „die“ würden ein Internierungslager für Ungeimpfte planen und „uns wegstecken“, er traue es „ihnen“ zu</li> <li>- man wolle (1) davor warnen, (2) die „Schlafschafe“ bzw. „Corona-Matrix-Schlafschafe“ aufwecken, (3) sich vor den „Systemhörigen“ abgrenzen und (4) letztlich dagegen ankämpfen (haben sich zusammgefunden, um etwas „Grundböses“ aufzuhalten)</li> <li>- außerdem: Gegendemonstrationen bei einer Querdenken-Demonstrationen in Berlin werden damit erklärt, dass es „gewaltbereite Söldner, bezahlte Provokateure, skrupellose V-Leute“ gegeben habe, die den „friedlichen Protest“ als „kriegerischen Aufstand darzustellen“ versuchten (13.09.2020, Schmalkalden)</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> komplexreduzierte Denkweise und Behauptung, Corona-Pandemie sei nur ein Vorwand, um einen geheimen Plan von einflussreichen Eliten umzusetzen, bei dem Politiker*innen und Medien von jenen Eliten gesteuert würden wie Marionetten, dient als antisemitische Chiffre und weist eine strukturelle Nähe zur jüdischen Weltverschwörung auf; Personifizierung der Verschwörer in Form von George Soros (überspitzt: ein reicher jüdischer Banker) ist ein klassischer antisemitischer Topos, in Form von Bill Gates (via Spenden an WHO) ist eine ökonomische Umdeutung dieser antisemitischen Chiffre; eine jeweilige Instrumentalisierung dessen schafft eine strukturelle und inhaltlich-diskursive Anschlussfähigkeit an rechtsextreme Narrative</p>
rechtsextreme Verschwörungsideologien	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Redner*innen äußerten Schlüsselbegriffe und Narrative von verschiedenen rechtsextremen Verschwörungsideologien (z.B. „Umvolkung“, „Umerziehung“, „Großer Austausch“, „Migrationssteuern“; „gesteuerte und geplante Völkerwanderung nach Europa mit dem Ziel, die Nationalstaaten zu zerstören“, 06.07.2020, Schmalkalden) oder verknüpften verschwörungsideologische mit rechtsextremen Narrativen (z.B. „Neue Weltordnung“ oder „Great Reset“ werden verknüpft mit antisemitischen Chiffren oder ethnopluralistischen Narrativen: Corona sei ein „Baustein“ einer „globalen Politik“ des „Great Reset“ und der „One World Ideologie“, 31.10.2020, Schmalkalden; Corona sei Teil des Plans zur Neuen Weltordnung des „grenzenlosen Profit[s]“, die nationale Grenzen abschaffen wolle und keine, „schon gar keine deutsche“ Kultur haben wolle, weil die „einst deutsche starke Kultur stören den Plan“, „ein starker deutscher Nationalstaat stört den Plan ganz gewaltig“ (siehe Themenfeld „antisemitische Chiffren“))</li> </ul> <p><b>Einordnung:</b> komplexreduzierte Behauptung und Denkweise, globale Elite würden einen geheimen Plan verfolgen, durch gesteuerte Migration Nationalstaaten und ‚autochthone‘ Bevölkerungsstrukturen zu verändern, vermischt Antisemitismus, Rassismus, Ethnopluralismus, völkischen Nationalismus, Antiliberalismus und Antipluralismus und baut ein Bedrohungsszenario auf, gegen das sich auch mit Gewalt gewehrt werden kann bzw. soll</p>

<sup>29</sup> „Utter nonsense“ und „crazy science-fiction at best“ sind die Theorien, auf die sich der Redner bezieht, vgl. <https://retractionwatch.com/2013/02/22/way-out-there-paper-claiming-to-merge-physics-and-biology-retracted/> (Abruf: 22.08.2022).

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Freund-Feind-Markierung, Bestrafung und Gewalt	<ul style="list-style-type: none"> <li>- im Unterschied und als Ergänzung zu den Themenfeldern „Systemopposition bis -umsturz“ und zum Widerstand gegen „Corona-Diktatur“</li> <li>- Redner*innen markieren insbesondere Eliten und Medien (siehe oben) sowie Repräsentant*innen des Staates (z.B. Polizeibeamte „als willfähige Vollstrecker eines mittlerweile totalitären Regimes“, 18.10.2020, Bad Salzungen) als Gegner bis Feinde, vereinzelt auch normale Bürger*innen, die z.B. an Maskenpflicht erinnern („kleinen Nazis an der Kühltheke“; „diese kleinen Blockwarte“ in den Geschäften; „Spalter beseitigen“; 18.10.2020, Bad Salzungen; 13.09.2020, Schmalkalden), gegen die jeweils Widerstand geleistet bzw. an denen Rache geübt werden kann bzw. soll</li> <li>- Widerstand und Gegengewalt reicht von Bedrohung über vor Gericht zur „Rechenschaft ziehen, für das, was sie eigentlich verbrochen haben an ihrem eigenen Volk“ (17.08.2020, Bad Salzungen) oder „die Kriminellen und ihre Handlanger wegsperren“ bis hin zur Gewalt; vereinzelt mit Entmenschlichung verbunden (siehe Beispiel Sonneberg, 17.08.2020)</li> <li>- man solle Kinder mit Thema Corona nicht verängstigen, „ich sage immer scherzhaft: andernfalls habe ich eine eingeschmierte Axt“ (01.06.2020, Schmalkalden); „Und deshalb rufe ich dazu auf, auch wenn das [...] eine Straftat sein soll, nicht vor den Rathäusern zu demonstrieren, nicht vor den Landratsämtern, sondern endlich hineinzugehen und die Verbrecher herauszuholen.“ (erhält starken Applaus) (31.10.2020, Schmalkalden)</li> <li>- Bestrafung und Gewaltanwendung wird unterschiedlich legitimiert: als Widerstand gegen Corona-Diktatur; weil die markierten Gegner und Feindbilder kriminell seien, Verbrechen am eigenen Volk begingen, Kinder verängstigen; weil ihnen das Menschliche fehlt bzw. sie keine Menschen mehr sind; „in Notwehr“</li> </ul> <p><u>Einordnung:</u> Gewalt wird als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen angesehen, propagiert und legitimiert; das Widerstandsnarrativ richtet sich hier expliziter gegen Menschen und nicht bloß gegen das System; beinhaltet eine Denkweise der Entmenschlichung und des Freund-Feind-Denkens im Sinne von Carl Schmitt, d.h. die Eliminierung des Gegners als Ultima Ratio wird nicht explizit ausgeschlossen</p>
Xenophobie, Rassismus, Ethnopluralismus	<ul style="list-style-type: none"> <li>- wenn Redner*innen sich zum Thema Migration, Flüchtlingspolitik, Geflüchtete bzw. Migrant*innen äußern, dann überwiegend in negativ-kritischer, ablehnender, undifferenzierter und abwertender Art und Weise (z.B. gegen „Messerartisten“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“; „die Flüchtlingspolitik, die unsere Kultur zerstören und uns zu einem Multikultimischmasch machen soll“, 12.07.2020, Schmalkalden); in diesem Zusammenhang werden häufig Verschwörungsideologien bzw. Desinformation verbreitet und/oder rechtsextreme Schlüsselbegriffe und Narrativ rezipiert</li> <li>- es gebe eine „Migrationssteuerung“ durch Eliten; ein Redner behauptet, damit Flugzeuge in der ersten Welle der Corona-Pandemie nicht leer, d.h. mit zu wenig Passagieren fliegen müssten, würden Geflüchtete in Flugzeuge nach Deutschland kommen; „Lasst uns eine neue Welt erschaffen. Ich will keine bunte Welt. Ich will eine Welt in der alle Völker klar ersichtlich neben-, aber nicht miteinander leben.“ (Ethnopluralismus; 09.08.2020, Meiningen); eine Rede in Bad Salzungen vom 03.08.2020 ist durchsetzt von Fremdenfeindlichkeit und rassistischen Vorurteilen (Beelmann et al. 2022)</li> <li>- Publikum goutiert solche Aussagen mit Zuspruch und ohne Widerspruch; Organisator*innen verbreiten solche Äußerungen selbst oder widersprechen diesen ebenfalls nicht</li> </ul> <p><u>Einordnung:</u> die relativ häufige Verbreitung und Akzeptanz dieser Äußerungen bzw. der fehlende Widerspruch gegenüber xenophoben, rassistischen und ethnopluralistischen Äußerungen auf den analysierten Demonstrationen deutet daraufhin, dass unter den Teilnehmenden ein hohes Maß an Duldung bis Zustimmung existiert; damit verbreiten und normalisieren die Demonstrationen menschenfeindliche, rechtsextreme Einstellungsmuster und dienen ihnen als Resonanzraum</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Q-Anon-Ideologie	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Redner*innen verbreiten bzw. bedienen sich der Q-Anon-Verschwörungsideologie (zumeist durch Verweise auf Pädophilie, verschwundene Kinder, „Deep State“, Nennung von Donald Trump als Retter und George Soros als Gegner), verbinden das zumeist mit einer Kritik an Eliten, Medien und/oder der Demokratie und nehmen auch Bezug auf weitere, unter anderem rechtsextreme Verschwörungsideologien und nutzen antisemitische Chiffren</li> <li>- Beispiel: ein Redner sagt in zwei Reden in Bad Salzungen (06. und 20.07.2020): es finde ein „Großer Austausch“ statt, „vor ein paar Jahren“ habe es „eine gesteuerte und geplante Völkerwanderung nach Europa [gegeben] mit dem Ziel, die Nationalstaaten zu zerstören, [es] brach eine tödliche Lawine über uns herein“, es gebe eine „Weltdiktatur“, die EU seine „Krake“, er bezeichnet Hillary Clinton als „korrupte Killary“, verweist auf pädophile Kreise; „anonyme Eliten im Hintergrund“ würden ihren „letzten Kampf“ kämpfen. „Lasst uns diese Brut ans Licht führen“ (Publikum applaudiert); es gebe eine „Pädoszene“ und einen „Deepstate“ in den USA sowie ein „weltweites Medienkartell“ und Soros habe an Black Lives Matter „für Waffenkäufe“ gespendet, um den „Deepstate“ zu erhalten</li> <li>- einige Teilnehmende tragen Q-Anon-Kleidung</li> </ul> <p><u>Einordnung:</u> Q-Anon-Ideologie fungiert als Katalysator, Brückennarrativ, Vehikel und Baustein für menschen- und demokratiefeindliches Verschwörungsdenken</p>
Angst- und Feindbild Antifa	<ul style="list-style-type: none"> <li>- im Unterschied und als Ergänzung zum Themenfeld der „Freund-Feind-Markierung“ von Menschen, wird hier vielfach wiederholt „die Antifa“ als ein Feindbild markiert und diffamiert („Zacken“, 22.11.2020, Meiningen)</li> <li>- v.a. Redner*innen, die politisch rechts einzuordnen sind, nutzen den Begriff häufig (eine neu rechte Rednerin erwähnt „Antifa“ ein Dutzend Mal in ihrer Rede am 29.06.2020 in Sonneberg)</li> <li>- „die Antifa“ dient in den Reden als politischer Kampf- und Auffangbegriff für unbeliebte bis verhasste Gegendemonstrant*innen, die auf diese Weise diffamiert werden sollen, denn sie wären keine legitimen Demonstrierenden, sondern sie wären von der Regierung bezahlt/gekauft und/oder hätten keine Ahnung; das dient zugleich der Eigenaufwertung und -täuschung: „die Antifa“ wären für Krawalle bei Querdenken-Demonstrationen verantwortlich</li> <li>- „die Antifa“ wird häufig mit Regierung und damaliger Bundeskanzlerin Merkel in Verbindung gebracht (z.B. Staat bzw. Regierung finanziere Antifa; „Merkel ist die Königin der Antifa“, 29.06.2020, Sonneberg; Antifa seien Schlägertrupps von Merkel und würden unter Schutz der Regierung und Medien stünden)</li> </ul> <p><u>Einordnung:</u> „die Antifa“ wird hier als negativ konnotierter Kampfbegriff genutzt (gewaltbereite Linke) und neben „den Eliten“ als antagonistischer Gegenspieler konstruiert und diffamiert; dient der Verunsicherung und Delegitimierung von Akteur*innen, die sich gegen die Proteste von Querdenken u. ä. engagieren; erinnert und ist anschlussfähig an rechtsextreme „Anti-Antifa“-Konzepte</p>
Verharmlosung von Rechtsextremismus und gegen Linksgrün	<ul style="list-style-type: none"> <li>- einige Äußerungen verharmlosen den Rechtsextremismus: (ein Redner kritisiert den „Kampf gegen rechts“ als „Kampf gegen das eigene Volk“ (13.09.2020, Schmalkalden, eine Rednerin beschwert sich über die „Rassismusgrütze“ und „ewige Schuld“, d.h. sie will nicht mehr an Rassismus und die Verbrechen der NS-Zeit bzw. den Holocaust erinnert werden (12.07.2020, Schmalkalden); ein AfD-naher Redner nutzt B. Höckes geschichtsrevisionistischen, Holocaust-verharmlosenden Duktus vom „Denkmal der Schande“, um den Ausbau des Bundeskanzleramtes und Merkel zu kritisieren (31.10.2020, Schmalkalden); für eine Rednerin seien alle Parteien außer der AfD „ideologisch Linksaußen“ (31.10.2020, Schmalkalden)</li> <li>- die Nennung von linken und grünen Politiker*innen bzw. deren Parteien führt häufig zu Buh-Rufen im Publikum und ist meist mit abschätzigen Bezeichnungen verbunden (z.B. ist eine grüne Bundestagsabgeordnete aus Thüringen als „Kobold-Grüne“ bezeichnet worden; DIE LINKE wird mit der SED gleichgesetzt; „Das ist die Willkommenskultur der rot-grünen, versifften Leitkultur.“, 03.08.2020, Bad Salzungen; „Der links-grün-faschistische Genderwahn ruiniert uns.“, 09.08.2020, Meiningen)</li> </ul> <p><u>Einordnung:</u> Verharmlosung von Rechtsextremismus ist für sich bereits ein Problem; das in Verbindung mit den Antipathien gegenüber Linksgrün, dem Antifa-Angst- und Feindbild und den Themenfeldern, die eine Nähe bzw. Verknüpfung zum Rechtsextremismus aufweisen, deuten darauf hin, dass auf den untersuchten Protesten zumindest ein Resonanzraum existierte, der wenig Berührungspunkte mit dem Rechtsextremismus aufwies</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Narrative zu Grundrechten, insbesondere zur Meinungsfreiheit	<ul style="list-style-type: none"> <li>- wenn es um Grundrechte geht, dann zeigen Redner*innen oft ein verengtes, absolutes Verständnis von Grundrechten (dürften „nicht angetastet werden“, 01.06.2020, Schmalkalden) und Freiheit („Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen“, 20.07.2020, Bad Salzungen)</li> <li>- zumeist wird ein Bezug zur Meinungsfreiheit bzw. „freie Meinungsäußerung“ hergestellt, die angeblich durch „GEZ-Medien“ abgeschafft werden sollte, nicht mehr existiere oder durch „politische Korrektheit“ beschränkt sei (eine Rednerin behauptet, es finde Zensur und Löschungen durch ein „Ministerium für Zensur und Staatspropaganda“ statt, es gebe ein „Gesinnungsdiktat“ und „es herrscht der Faschismus und es gibt nur noch eine Meinung, die politische korrekte.“ (31.10.2020, Schmalkalden); ein Organisator distanziert sich von „denjenigen, welche die Meinungsfreiheit beschränken“ und er stört sich daran, dass Bücher auf dem „Index“ stehen (meint vermutlich die Liste der jugendgefährdenden Medien) (12.07.2020, Schmalkalden)</li> </ul> <p><u>Einordnung:</u> solche Bezüge zur Meinungsfreiheit sind eine „Verdrehungsstrategie“ (Gießelmann 2019, 291), enthalten einen verschwörungsideologischen Duktus, dienen dem Kampf um Deutungshoheit und der Immunisierung vor Kritik und sind mit Verweisen zur sogenannten politischen Korrektheit oder „Lügenpresse“ anschlussfähig an rechtsextreme Narrative und Schlüsselbegriffe (Häusler 2016; Gießelmann 2019; Rathje 2019; Virchow 2019)</p>

## 6 „Dambruch“ 2020 in Thüringen: Ein Beispiel für die Demokratiegefährdung durch die AfD

Zu Beginn des Jahres 2020 rückte im Thüringer Landtag ein bis dato ungeahntes Phänomen in den Bereich des Möglichen: Mit Hilfe der AfD wurde der FDP-Kandidat Thomas Kemmerich im dritten Wahlgang zum Ministerpräsidenten gewählt. Dieser als „Tabubruch“ bzw. „Dambruch“ bezeichnete parlamentarische Coup schlug Wellen in die gesamte Bundesrepublik. Die akute Empörung war groß, die langfristigen Konsequenzen blieben überschaubar. Was von dem Ereignis bleibt, sind Ikonografien, die der Provinzpolitik in Thüringen weltpolitischen Anstrich verleihen: Eine Fotografie zeigt, wie Susanne Hennig-Wellsows (Die Linke) Gratulationsblumenstrauß zu Kemmerichs Füßen liegt und sie mit einer knappen Verbeugung vor dem neuen Ministerpräsidenten steht. Ein anderes Bild zeigt, wie Björn Höcke (AfD) die Hand von Kemmerich schüttelt und ihn auffordernd, mit nach vorne gestrecktem Kopf, ansieht. Die Bilder haben gemein, dass von Kemmerich weder eine eigene Dynamik ausgeht, noch dass er aktiv an den Geschehnissen teilnimmt – dies ist wohl bezeichnend für seinen Fall nach Oben und die parlamentarische Aktivität in Thüringen.

### Die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen im Februar 2020

Am 05.02.2020 wurde Thomas Kemmerich (FDP) im dritten Wahlgang mit 45 Stimmen (eine Stimme mehr als Bodo Ramelow) zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt. Diese setzten sich zusammen aus Stimmen der FDP, CDU und den gesamten 22 Stimmen der AfD. Die damalige CDU-Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer zeigte sich entsetzt von der thüringischen CDU und das CDU-Präsidium empfahl einstimmig Neuwahlen. Der damalige Bundesvorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, bediente in diesem Zusammenhang den daraufhin häufig beschworenen, aber auch durchaus schiefen historischen Vergleich zwischen der politischen Kultur in Thüringen im Jahr 2020 und jener in den 1930ern, in denen Thüringen als sogenannter „Mustergau“ politische Experimentierarena der NSDAP war (Raßloff 2015). Die direkten Nachwehen der Wahl waren gegenseitiges Beschuldigen und Ausweichen der Thüringer Regierungsparteien: Während Kemmerich nach der Wahl betonte, er sei „Anti-AfD“ und „Anti-Höcke“, war die Verwirrung groß, inwiefern die Wahlentscheidung der AfD vorher mit den Wahlberechtigten anderer Parteien abgesprochen oder intern festgelegt war. Die Thüringer SPD wiederum zog aus dem Verhalten der CDU die Konsequenz, dass zukünftige Zusammenarbeit mit dieser Partei problematisch werden könnte (Deutsche Welle Online 2020b). Langfristige Folgen gab es bei der CDU: Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Christian Hirte (CDU), gratulierte Kemmerich zu seiner Wahl via Twitter und bezeichnete diesen als „Kandidat der Mitte“ (taz online 2020) – was ihn sein Amt kostete. Neben Hirte mussten auch Annegret Kramp-Karrenbauer und Mike Mohring als CDU-Vorsitzender zurücktreten. Angela Merkel bezeichnete die Wahl-Akzeptanz als „unverzeihlich“, was in der Folge ein juristisches Nachspiel hatte. CSU-Chef Markus Söder hingegen sprach lediglich von einem „Missgeschick“ (ebd.).

Während der Fokus des „Dambruchs“ primär auf die Verflechtung und Nähe zwischen AfD und CDU lag, fiel die Betrachtung der FDP in den Hintergrund. Kemmerich und die Thüringer FDP stilisierten sich zu überrumpelten Protagonisten. Wie ist die Dynamik zwischen CDU, FDP und AfD im Allgemeinen und in Thüringen im Speziellen einzuordnen? Bei einer Befragung des Instituts für Parlamentarismusforschung vor der Bundestagswahl 2017 nahmen 19.785 Mitglieder von Bundestagsparteien teil. Die Befragten sollten sich auf einer Skala von 1 „links“ bis 11 „rechts“ zu ihren politischen Ansichten positionieren und es ergab sich folgendes Bild: Die

Linke bei ungefähr 2.0, SPD und Grüne bei 3.4, FDP bei 6.0, CDU bei 6.9, CSU bei 7.3 und AfD bei 7.8 (Höhne 2020, 160f.). Eine Nähe zwischen AfD und CDU ist vor allem in der Wirtschaftspolitik zu finden. Getrennt werden die Parteien durch ihr Verhältnis zu rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Positionen und Einstellungen zur Demokratie. Während die CDU darauf bedacht ist, ihre konservativen Wähler\*innen zu halten, wäre ein Abdriften in rechtskonservativen Populismus wie beim Flügel der AfD kontraproduktiv, da ihr Ziel als Volkspartei die Stimmmaximierung im Sinne des Ansprechens möglichst vieler Bürger\*innen ist. Des Weiteren stehen die Mitglieder der CDU unter den Befragten der Studie hinter dem Bundestag und der repräsentativen Demokratie, während ein Großteil der AfD-Mitglieder diese ablehnt (ebd., 162f.). Auf dem Bundesparteitag der CDU 2018 wurde dann der *Unvereinbarkeitsbeschluss* verabschiedet, der eine Koalition oder ähnliche Zusammenarbeit mit den Parteien AfD und Die Linke kategorisch ablehnt. Die CDU ist als wahlkampf- und regierungserfahrene Volkspartei, die ein breites konservatives Spektrum abdeckt, vor allem in Westdeutschland eine gesetzte Größe, mit alt-republikanischer und vorrangig katholischer Prägung. In den Neuen Bundesländern ist ihre Genese anders verlaufen: Diejenigen CDU-Mitglieder, die dies schon zu DDR-Zeiten waren, wurden nach der Wende als Opposition zum SED-Regime gesehen und heute infolgedessen als Gegenpol zur Partei Die Linke. Nach der Wende bot die CDU dann für viele Menschen der ehemaligen DDR einen konservativen und sicheren Ort, „auch wenn diese Menschen bis dahin wenig bis keine Berührungspunkte mit christdemokratischen Inhalten hatten (ebd., 164ff.). In Anbetracht der derzeitigen Krisen sollte der Aspekt der Sicherheitsvermittlung durch konservative Standpunkte für das Wahlverhalten und die Parteienzustimmung nicht unterschätzt werden. Neben CDU und FDP steht auch die AfD für diese Werte, was bei Gleichsetzung der Parteien in der Wahrnehmung der Wähler\*innen wiederum eine Gefahr für die demokratische Kultur in Thüringen darstellt, wenn die AfD deswegen erhöhten Zuspruch bei Wahlen bekommt.

In der Causa Kemmerich bleibt der Fakt, dass Thomas Kemmerich die Wahl zum Ministerpräsidenten annahm. Darin liegt der eigentliche Grund für die Empörung und deutet gleichzeitig auf das verräterische Indiz der Tolerierung von Stimmen der AfD für den Machtgewinn. Der ehemalige FDP-Bundesinnenminister Gerhart Baum sagte dazu, dass Kemmerich sich weder zur Wahl stellen, noch diese hätte annehmen dürfen (Deutsche Welle Online 2020b). Thomas Kemmerich kündigte am 06.02.2020 seinen Rücktritt mit der Begründung an, dass nur Mehrheiten von Demokrat\*innen eine legitime Wahl darstellen und dass er das Amt des Ministerpräsidenten von der AfD-Beteiligung lösen wolle. Christian Lindner sprach in diesem Zusammenhang von einer „Brandmauer gegen rechts“ (taz online 2020). Nach dem Rücktritt Kemmerichs sagte Christian Lindner bei der Aktuellen Stunde im Bundestag zu dem Thema: „Erfurt war ein Fehler, aber wir unternehmen alles, damit es sich nicht wiederholen kann.“ (tageschau.de 2020). Direkte Konsequenzen für Kemmerich und die Thüringer FDP blieben jedoch aus, ihm wurde weder das Misstrauen ausgesprochen, noch wurde er als Landesvorsitzender abgewählt. Im Gegenteil: Im Juni 2021 gewann er erneut die Wahl zum FDP-Landesvorsitzenden Thüringens. Landesverbände sind eigenständig und werden nicht von Berlin aus regiert. Dies zeigt die fehlende Wirkung von Lindners Worten als FDP-Bundesvorsitzender. Diese Form von Uneinigkeit zwischen Bundes- und Landesverband einer Partei kann in diesem Fall demokratieschädigend sein und sich bspw. auf lange Sicht auf das Demokratievertrauen der Bürger\*innen auswirken. Dies zeichnete sich zwar überraschender Weise nicht im Thüringen Monitor 2021 ab, aber die Verfasstheit der politischen Kultur kann nicht allein per empirischer Meinungsforschung bewertet werden, auch die Funktionsfähigkeit und Integrität der Institutionen spielen eine Rolle.

Eine Grundproblematik an dem Rücktritt Kemmerichs ist der generelle Umgang mit und das Verständnis von Demokratie. Objektiv und verfassungsrechtlich betrachtet hat er eine Wahl

durch demokratisch gewählte Vertreter\*innen angenommen. Gleichzeitig wurden Grenzen überschritten und Absprachen übergangen, die eine Trennlinie zwischen demokratischen und demokratie- sowie verfassungsfeindlichen Werten markiert. Björn Höcke und Stephan Brandner (beide AfD Thüringen) bezeichneten den öffentlichen Druck und die Proteste nach der Wahl Kemmerichs, die neben parteiinternen und überparteilichen Forderungen mit zu seinem Rücktritt beitrugen, als „Putsch“ (AfD-Fraktion Bundestag 2020). Beide machten Angela Merkel dafür verantwortlich, die Demokratie in Deutschland zur Auslegungssache der etablierten Parteien zu machen, als sie Neuwahlen in Thüringen forderte (Deutsche Welle Online 2020a). Die Aussagen von Angela Merkel zur Wahl Kemmerichs wurden im Nachgang, nachdem die AfD beim Bundesverfassungsgericht entsprechende Anträge eingereicht hatte, von diesem als verfassungswidrig eingestuft, mit der Begründung, dass sie die Chancengleichheit der Parteien (Art. 21 Abs. 1 S. 1 GG) verletzt habe. Da sie während eines Auslandsbesuchs in Südafrika die Aussage tätigte, wird dies ihrer Person als Regierungspolitikerin und nicht als Parteipolitikerin zugeschrieben. Somit hat sie als Bundeskanzlerin gegen das Zurückhaltungsgebot verstoßen (Zimmermann 2022).

### **Die AfD im Thüringer Landtag nach dem „Dambruch“**

Die Thüringer AfD besitzt keine negative Mehrheit, könnte aber das parlamentarische Verhalten der CDU beeinflussen, wenn sich diese darauf einlassen würde und sich nicht als kooperative Oppositionspartei verstünde. Laut des Fraktionsvorsitzenden Mario Voigt kann und will die Thüringer CDU nicht mit Hilfe der AfD Siege erzielen (Hackenbruch 2022). Somit lähmt die AfD die Thüringer Politik und führt dadurch in Manier einer selbsterfüllenden Prophezeiung den Stillstand der Demokratie herbei, die sie selbst verurteilt. Die Parlamentsstrategie der AfD ist nach dem neu rechten und selbsternannten rechtsintellektuellen Publizisten Götz Kubitschek „konstruktiv-destruktiv“, mit dem Ziel Parlamente lahm zu legen (Kubitschek 2020). Wie das Beispiel Thüringen zeigt, ist sie erfolgreich in dem Modus, Landespolitik auszubremsen, basierend auf der Furcht, dass die AfD parlamentarische Mittel nutzt, um eine ähnliche Situation hervorzurufen wie im Februar 2020.

Gravierend für den Thüringer Parlamentarismus waren die Streitigkeiten im Sommer 2021 rund um die Auflösung des Landtages, um nach Kemmerichs Rücktritt Neuwahlen durchführen zu können. Ende Juni 2021 reichte Die Linke den Antrag auf vorzeitige Auflösung des Landesparlaments ein. Die Neuwahlen sollten am 26.09.2021 zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfinden (Spiegel Online 2021). So wurde zwar am 16.07.2021 die für die im September geplante Neuwahl des Landtages verhandelt, dazu wäre aber die Auflösung des Landtags nötig gewesen. Dafür wollte die rot-rot-grüne Minderheitsregierung mit der CDU die notwendige Zweidrittelmehrheit aufbringen. Von vornherein war jedoch unklar, ob die Mehrheit zustande gekommen wäre. Daraufhin zogen die Linksparteien und Grünen die Unterschriften auf dem Antrag aus Sorge zurück, dass ein ähnlicher Vorgang wie bei der Wahl von Kemmerich stattfindet und die AfD am Ende die ausschlaggebende Stimmenmehrheit besteuert (Mitteldeutscher Rundfunk 2021). Die Rechnung war, dass 60 Stimmen zur Auflösung des Landtags notwendig waren und Die Linke, SPD, Grüne und CDU zusammen auf 63 Stimmen kämen. Der Anteil der CDU Stimmen sollte durch einen im März 2020 beschlossenen „Stabilitätspakt“ gewährleistet werden. Da aber Mike Mohring als CDU-Vorsitzender nach dem „Dambruch“ zurücktrat und es dem neuen Landesvorsitzenden Mario Voigt an Anhängern innerhalb seiner Partei fehlte, war dieser Pakt brüchig. Des Weiteren hatte sich die FDP-Abgeordnete Ute Bergner dazu bereit erklärt, ihre Stimme beizutragen was bei zwei Abgeordneten der Partei Die Linke zu der Ankündigung führte, ihre Stimme zu verweigern. In der Rechnung kamen damit diejenigen, die für die Auflösung stimmen würden, auf insgesamt 58 Stimmen (Decker 2021).

Dieser Mechanismus der Zurückhaltung von Anträgen aus Angst vor der imaginierten Unterstützung durch die AfD lässt sich mit zwei Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit – genauer Juli 2022 – illustrieren: Die CDU forderte von der rot-rot-grünen Minderheitsregierung eine Regelung festzulegen, dass Windkraftträder 1.000 Meter Abstand zu Wohngebäuden haben müssen. Angesicht der angespannten Energielage aufgrund des Krieges in der Ukraine drängte Die Linke auf einen Windkraftausbau in Thüringen und war gegen den Vorschlag der CDU. Die zweite Forderung der CDU war, dass mit sofortiger Wirkung eine Schulgeldfreiheit für Gesundheitsberufe eingeführt werden soll. In beiden Fällen signalisierte die AfD ihre Unterstützung für die Ideen der CDU. Diese wiederum kann aufgrund des Unterlassungsbeschlusses nicht ihre Anträge einbringen und ist auf die Unterstützung der Minderheitsregierung angewiesen (Hackenbruch 2022).

Mittels dieser Vorfälle profilierte sich die AfD und erhielt Anerkennung aus den Reihen ihrer Unterstützer\*innen. Götz Kubitschek, dessen *Institut für Staatspolitik* (vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft) mit Einzelpersonen der AfD affiliert ist, resümierte in seiner Betrachtung des „Damnbruchs“: „In Thüringen jemanden so auf einen Stuhl setzen, daß [sic!] es in Berlin einem anderen Stuhl die Beine abschlägt: Das taktische Arsenal der AfD ist um eine feine Variante reicher.“ (Kubitschek 2020) Wobei es schmeichelhaft ist, von einer feinen Variante zu sprechen – es war eher ein Versuch, die Grenzen auszuloten und daraus die Erkenntnis zu gewinnen, dass allein die imaginierte Möglichkeit der anderen Parteien, dass die AfD das Zünglein an der Waage sein kann, ausreichend ist, um eine Vermeidungsstrategie der Regierungsparteien auszulösen, die wiederum zu einer Lähmung führt. An dieser Stelle sei hervorgehoben, dass unklar ist, ob es sich um eine langfristig durchdachte Strategie handelt oder eine Idee, die der AfD durch Zufall vor die Füße fiel.

### Die AfD als Verdachtsfall

In einer Pressemitteilung vom 12.03.2020 teilte der Thüringer Verfassungsschutz mit, dass die AfD-Teilorganisation „Der Flügel“ als rechtsextremistische Bestrebung eingestuft und mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werde. In der Pressemitteilung heißt es weiter:

„Zu dem bundesweit auftretenden Personenzusammenschluss innerhalb der AfD ‚Der Flügel‘, der bisher als Verdachtsfall, und mit dem heutigen Tag als erwiesenes rechtsextremistisches Beobachtungsobjekt beim Bundesamt für Verfassungsschutz geführt wird, liegen im Landesverband Thüringen zahlreiche Personenüberschneidungen insbesondere zu zentralen Thüringer Führungspersonen vor.“ (Amt für Verfassungsschutz 2020a)

Im März 2021 wurde die gesamte AfD von Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall im Bereich Rechtsextremismus eingestuft. Der Zeitpunkt wurde von der Thüringer AfD scharf kritisiert, da kurz darauf Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz anstanden und das Bundesamt für Verfassungsschutz ihrer Meinung nach eine Behörde ist, die im Sinne der etablierten Parteien agierte (ntv online 2021). Auch die Thüringer AfD wurde zum Verdachtsfall erklärt. Laut Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang dürfen Björn Höcke, Vorsitzender der AfD und des Flügels, sowie Andreas Kalbitz, Vorsitzender der Brandenburger AfD, als Rechtsextremist bezeichnet werden (Bubrowski 2020). Laut Bundesamt für Verfassungsschutz lagen zu diesem Zeitpunkt Hinweise auf Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung vor. Vor allem „Der Flügel“ zeigt durchweg rechtsextreme Positionen und eine Radikalisierung, die mit rassistischen und fremdenfeindlichen Aussagen offen arbeitet (Spiegel Online 2020).

## Einordnung

Es war nicht die Wahl Kemmerichs an sich, sondern die Annahme des Amtes, was Barbara Junge als „historischen Sündenfall“ (Junge 2020) bezeichnete, weil dies der AfD zeigte, wo die Schwachstellen in der Abgrenzung der Parteien liegen. Somit bleibt die Erkenntnis, dass Machtstreben von Individuen und auch Teile von sich selbst als „überzeugt demokratisch“ bezeichnenden Parteien korrumpierbar sind. Der eigentliche Gewinner dieses Ereignisses war Björn Höcke, dessen Einladung zur „bürgerlichen“ Kandidatur und Zusammenarbeit angenommen wurde (ebd.). In Sachen Außenwirkung bleibt die Vermutung, dass er aufgrund der nachfolgenden Ereignisse und Diskurse als überlegenen Akteur in den Augen vieler Thüringer\*innen dastand.

Laut Thüringen-Monitor ist das Vertrauen der Thüringer\*innen in die staatlichen Institutionen wie Polizei und Justiz stabil geblieben. Das Vertrauen in die Landes- und Bundesregierung nahm jedoch in den Jahren 2020 und 2021 ab. Eine tiefe Vertrauenskrise ist jedoch nicht zu beobachten (siehe hierzu auch Kapitel 02, Unterpunkt Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung). Die Abnahme ist weder singulär mit dem „Dammbruch“ noch mit der Corona-Pandemie zu erklären, sondern Resultat aus vielen Faktoren und dem individuellen Demokratieverständnis von politischen Akteur\*innen. Nichtsdestotrotz sollten diese Werte im Fokus bleiben und Menschen in Thüringen durch politische Teilhabe und die Möglichkeit, ihre Ängste, Sorgen, Wünsche und Hoffnungen an die Politik kommunizieren zu können, verstärkt werden. Auch sollte durch Demokratiebildung, Aufklärung und transparente Verfahren das Verständnis politischer Prozess begleitet und ggfs. fundiert werden. Trotz des „Tabubruchs“ ist das Vertrauen der Thüringer\*innen in die Demokratie vorhanden – eine mögliche Erklärung hierfür könnte die einsetzende Corona-Pandemie und deren Auswirkungen sein, die von einer langfristigen Auseinandersetzung mit den Ereignissen rund um den 05. Februar 2020 ablenkten und die parteipolitischen Folgen aufgrund des benötigten Zusammenhalts zur Bekämpfung der Pandemie aufhob.

Thüringen bietet sich aufgrund seiner Geschichte eines NSDAP-„Mustergaus“ von 1930 an, öffentlichkeitswirksame und appellierende Vergleiche zwischen der damaligen Wahl und dem Beitrag der AfD zur Ministerpräsidentenwahl 2020 zu ziehen. Da Thüringen zu dem Zeitpunkt Heimat des völkisch-nationalen Flügels der AfD (verkörpert durch Björn Höcke) war, wurden ebenfalls Parallelen zwischen politischer Taktik der demokratieablehnenden Akteure damals und heute gezogen (Deutsche Welle Online 2020a). Gleichzeitig ist diese Deutung stark vereinfacht und als ebenso emotional aufgeladen zu werten, wie die Idee der AfD, dass es sich bei den Protesten im Februar 2020 um einen „Putsch“ gehandelt habe. Die Thüringer-AfD sieht sich bis heute um den Wahlsieg Kemmerichs und ihre Legitimation betrogen. Die Proteste und öffentliche Aufregung bezeichnet sie als von den etablierten Parteien angeleitet und nicht vom freien Willen der Bürger\*innen bestimmt. Weiter gefasst ist dieses Opfer-Narrativ gleichzeitig ein Bedrohungsszenario, worin die AfD Demokratieprojekte und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen Thüringens als Ausführende begreift.

Das demokratische System in Thüringen ist funktionsfähig und aus verfassungsrechtlicher Sicht war die Wahl von Thomas Kemmerich nicht unlauter. Das Parlament war und ist arbeitsfähig. Die rot-rot-grüne Minderheitsregierung braucht, um Gesetze beschließen zu können, eine parlamentarische Mehrheit. Hierfür ist sie jeweils auf die Unterstützung der FDP oder CDU angewiesen, mit denen sie sich koordinieren muss. Angesichts dieser Ausgangssituation resultiert die (imaginierte) Mehrheit mit Hilfe der AfD immer in einem Dilemma: Eine mit der AfD erreichte Mehrheit wäre verfassungsrechtlich legitim, ist aber in Anbetracht des „Dammbruchs“ für die anderen Fraktionen im Landtag nicht erstrebenswert. Wichtiger ist, dass die AfD

nicht allein Grund für die Mehrheit sein sollte. Allerdings würde das Hervorheben von deren Anteil jeden Beschluss zu einem besonderen machen, den die AfD sich aneignen könnte – unabhängig davon, wer noch zu der Mehrheit gehört und ob die Stimmen der AfD überhaupt notwendig gewesen wären, um diese Mehrheit herzustellen. Hinsichtlich der sachpolitischen Zusammenarbeit könnte so eine Normalisierung der Zusammenarbeit mit der AfD eintreten. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es sich um eine nachgewiesen unter Rechts-extremismusverdacht stehende Partei handelt. Die kategorische Stigmatisierungs-Ablehnungsstrategie der Regierungsparteien in Thüringen gegenüber der AfD entspringt aus eben diesem Gedankengang, kann jedoch zur politischen Lähmung führen und vermengt parteipolitische Zwänge und Handlungen mit staatstragenden Notwendigkeiten und Interessen.

Was die AfD in den politischen Alltag mitgebracht hat, ist die Salonfähigkeit ihres Rechtspopulismus:

„Verrohung der politischen Sprache, hemmungslos verbreitete Lügen, das Schüren von Ressentiments, offen zur Schau getragener Hass und Hetze sowie die Verharmlosung rechtsextremer Gewaltakte als Angelegenheit fehlgeleiteter Einzeltäter haben einen kommunikativen Resonanzraum geschaffen, in dem extremistische Gedankenwelt stimuliert, aus selbstbezogener Isolation herausgeführt und verstärkt werden.“ (Höhne 2020)

## 7 Analyse der Wahlergebnisse

### Die Thüringer AfD bei der Bundestagswahl 2021<sup>30</sup>

Mit der Bundestagswahl 2021 haben sich die politischen Kräfteverhältnisse im Osten Deutschlands massiv verschoben. In den neuen Bundesländern, in denen die SPD während Angela Merkels Kanzlerschaft einen elektoralen Rückgang erlebte, bildete sich der bundesweite Stimmungsumschwung zugunsten der Sozialdemokraten und gegen die Union besonders deutlich ab: War die SPD 2017 in allen ostdeutschen Bundesländern – mit Ausnahme von Brandenburg, wo sie nur knapp Platz drei erringen konnte – noch auf dem vierten Platz gelandet, wurde sie nun in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg stärkste Kraft. In Thüringen und Sachsen, wo sie traditionell sehr schwach ist, kam sie zum ersten Mal nach 2005 auf Platz zwei. Aufgrund des fortgesetzten Bedeutungsverlustes der CDU in den ostdeutschen Bundesländern gelang es der AfD, ihre Position in ihren Hochburgen Sachsen und Thüringen auszubauen. Bereits 2017 waren die Rechtspopulist\*innen in Sachsen knapp stärkste Partei geworden, nun gelang ihnen das auch 2021 in Thüringen, wo sie die Hälfte der zu vergebenden Direktmandate errangen.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 in Thüringen zeigten, dass fast ein Viertel der Thüringer Wahlberechtigten die Bereitschaft hat, eine vom Verfassungsschutz beobachtete und als rechtsextremer Verdachtsfall eingestufte Partei zu wählen. Hierbei sollte beachtet werden, dass Bundestagswahlen andere Mechanismen als Landtagswahlen bedienen: Die Politik auf Landesebene ist näher an der Lebenswelt der Wähler\*innen als die abstrakteren politischen Diskussionen und Entscheidungen auf Bundesebene; nicht zuletzt auch wegen des föderalen Implementationsprozesses in den einzelnen Bundesländern. Natürlich ist es Spekulation zu behaupten, dass die Wahlergebnisse bei Land- und Bundestagswahl in Thüringen identisch gewesen wären. Als Tatsache bleibt jedoch der stabile Zuspruch, den die AfD in den letzten Jahren in Thüringen im Gegensatz zu den anderen Parteien verzeichnen konnte.,

---

<sup>30</sup> Stand: 05.09.2022

Aber warum ist die Betrachtung der Ergebnisse der AfD in Thüringen im Rahmen der Bundestagswahl relevant? In Anbetracht der zunehmend völkisch-rechtsextremen Ausrichtung der AfD ist durchaus von einer Gefährdung der Demokratie auszugehen, zum einen von der Partei selbst, aber auch durch die Normalisierung ihrer Inhalte in den öffentlichen Diskussionen. Ein weiterer Grund sind die Kontaktpunkte von Thüringer AfD-Politiker\*innen in die rechtsextremistische Szene. Einige AfD-Mitglieder haben eine rechtsextremistische Vergangenheit, was unter anderem in der Analyse zur Gefährdung der demokratischen Kultur in Thüringen [(Michelsen et al. 2020, 36ff.) und (Michelsen/Steiner 2021, 79ff.)] dargestellt ist. In den genannten Analysen wird ebenfalls die sich seit Jahren verstärkende Verschiebung der AfD auf Themen mit völkisch-nationalistischer Ausrichtung besprochen.

### **AfD-Wahlergebnisse und -verhalten<sup>31</sup> in Thüringen 2013 – 2017 – 2021**

Die nachstehende Betrachtung der AfD-Wahlergebnisse bei den letzten drei Bundestagswahlen in Thüringen soll helfen, die Entwicklung darzustellen und zu interpretieren (siehe Tab. 9). Bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 gaben in Thüringen fast 24.000 Menschen der AfD ihre Erststimme, was einen Anteil von 2 % der Wähler\*innen entsprach. Weiterhin erhielt die AfD 6,2 % der Zweitstimmen und somit den Zuspruch von etwa 76.000 Wähler\*innen. Als die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2017 in Thüringen verkündet wurden, hatte die AfD im Vergleich zu 2013 signifikant zugelegt: Zur Bundestagswahl 2017 ging die AfD in Thüringen bei den Erst- und Zweitstimmen überraschend als zweitstärkste Kraft hervor. So gaben in Thüringen rund 291.500 Menschen der AfD ihre Erststimme, was einem Stimmenanteil von 22,5 % entsprach und einem Zuwachs von 20,5 Prozentpunkten im Vergleich zu 2013 darstellte. Die AfD erhielt bei der Wahl 22,7 % der Zweitstimmen und damit 16,5 Prozentpunkte mehr als 2013. Die Bundestagswahl 2021 war geprägt von der Pandemiebekämpfung und der allgemeinen Veränderung der politischen Landschaft in Deutschland. Bei der Bundestagswahl 2021 waren in Thüringen 1,7 Mio. Menschen wahlberechtigt, davon gingen rund 1,3 Mio. zur Wahl, was einer Beteiligung von 74,9 % entsprach – eine Steigerung um 0,7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017. Die AfD wählten mit der Erststimme fast 300.000 Menschen (ein Anteil von 23,7 %). Dies stellte einen Zuwachs um 1,2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017 dar. Somit entfielen, prozentual gesehen, genauso viele Erststimmen auf die AfD wie auf die SPD. Bei den Zweitstimmen überholte die AfD in Thüringen sogar die SPD: Sie schaffte es, auch hier den Zuspruch von rund 303.000 Menschen zu erhalten, was einen Anteil von 24,0 % ausmachte und einen Zuwachs von 1,3 Prozentpunkten im Vergleich zu 2017 bedeutete.

Bei der letzten Bundestagswahl erreichte die AfD in Thüringen ein Plateau (siehe Abb. 15). Dieses muss zum einen in Relation zu der Art der Wahl und den absoluten Erst- und Zweitstimmen gesehen werden. Zum anderen muss in Hinblick auf das vorhandene Wählerpotenzial konstatiert werden, dass sie eine Stammwählerschaft ausgeschöpft zu haben scheint. Die AfD erhielt bei Bundestagswahl 2017 und 2021 zwar die meisten absoluten AfD-Zweitstimmen (295.00 bis 303.000), aber jeweils ähnlich viel Prozent der Stimmen (23 bis 24 %). Dabei war die Wahlbeteiligung deutlich höher als bei Europa- oder Landtagswahlen. Dort erhielt AfD zwar weniger absolute Zweitstimmen, aber auch bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung blieb das Ergebnis relativ gesehen gleich (etwa 23 %). Die AfD-Prozente sind in Thüringen bei ca. 23 bis 24 % relativ stabil über die letzten landesweiten Wahlen. Der Uneinigkeit der Thüringer Regierung bzw. Minderheitsregierung ist es wohl zu verdanken, dass die AfD im September 2021 nicht Regierungspartei in Thüringen wurde. Wie im Kapitel 0 bereits beschrieben, reichte die Möglichkeit, dass die AfD an dem Beschluss zur Auflösung des Parlamentes beteiligt sein

---

<sup>31</sup> siehe Der Bundeswahlleiter 2021a

könnte, aus, dass die Linksparteien und Grünen ihren Antrag zurückzogen. Dementsprechend ist die AfD-Strategie der Lähmung an dieser Stelle aufgegangen.

Tab. 9: Entwicklung AfD-Stimmverteilung in Thüringen (Bundestagswahlen)

Jahr	Anzahl Erststimmen	%	Differenz zu vorherigen Wahl in %-Pkt.	Differenz Anzahl zu vorherigen Wahl	Anzahl Zweitstimmen	%	Differenz zu vorherigen Wahl in %-Pkt.	Differenz Anzahl zu vorherigen Wahl
2013	23.981	2,0			76.013	6,2		
2017	291.466	22,5	+20,5	+267.485	294.069	22,7	+16,5	218.056
2021	298.971	23,7	+ 1,2	+ 7.505	303.233	24,0	+ 1,3	9.164

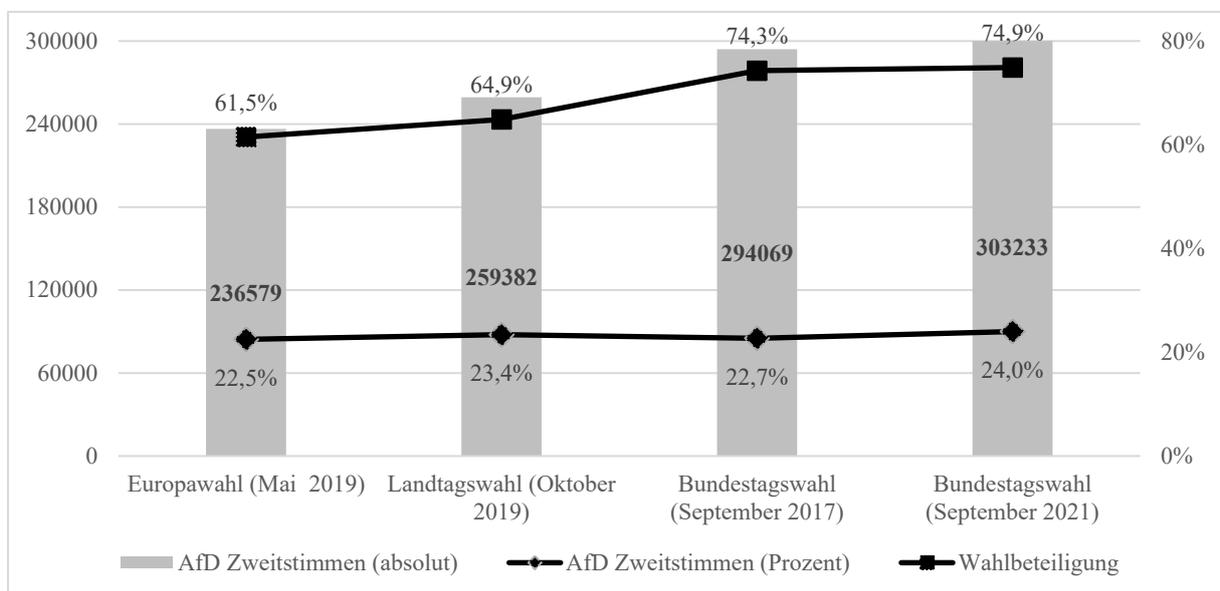


Abb. 15: Verhältnis zwischen Wahlbeteiligung und AfD-Zweitstimmen

Hinweis: Zur besseren Nachvollziehbarkeit sind die Daten nach der Höhe der Wahlbeteiligung bei den letzten vier landesweiten Wahlen geordnet.

### AfD-Zweitstimmenergebnisse und ethnozentrische, rechtsextreme und neo-nationalsozialistische Einstellungsmuster

Die zentrale Entwicklung im AfD-Wahlergebnis in Thüringen seit der Bundestagswahl 2017 liegt im Auseinanderdriften von Wahlergebnissen in den kreisfreien Städten Erfurt, Weimar und Jena und den Landkreisen und übrigen kreisfreien Städten. Darüber hinaus zeigten sich insbesondere in den südöstlichen Landkreisen sowie in Erfurt, Weimar und Jena, deutliche Zusammenhänge zwischen den AfD-Wahlergebnissen und den Einstellungsdaten des Thüringen-Monitors zu ethnozentrischen, rechtsextremistischen und neo-nationalsozialistischen Einstellungen (siehe Abb. 16).

Bei der Bundestagswahl 2017 gewann die CDU alle Direktmandate in Thüringen. In der Bundestagswahl 2021 verlor die CDU in Thüringen – wie im übrigen Bundesgebiet – im Vergleich zu 2017 stark an Zustimmung. Abgesehen vom Wahlkreis Eichsfeld-Nordhausen-Kyffhäuserkreis gingen nun alle Direktmandate an andere Parteien, drei an die SPD und vier an die AfD.

Das Erststimmenergebnis der AfD schwankte bei der Bundestagswahl 2021 in den Landkreisen überwiegend zwischen 20 und 30 %. In den meisten kreisfreien Städten war die AfD weniger erfolgreich. In Gera holte sie jedoch entgegen diesem Trend knapp 30 %, was ungefähr ihrem Ergebnis bei der dortigen Stadtratswahl 2019 entsprach. Gera bildet damit unter den kreisfreien Städten eine Ausnahme. In Erfurt, Suhl, Weimar und Jena gelang es der AfD in keinem Fall mehr als 20 % der Stimmen zu holen. In Jena war der AfD-Erststimmenanteil mit 11 % am niedrigsten.

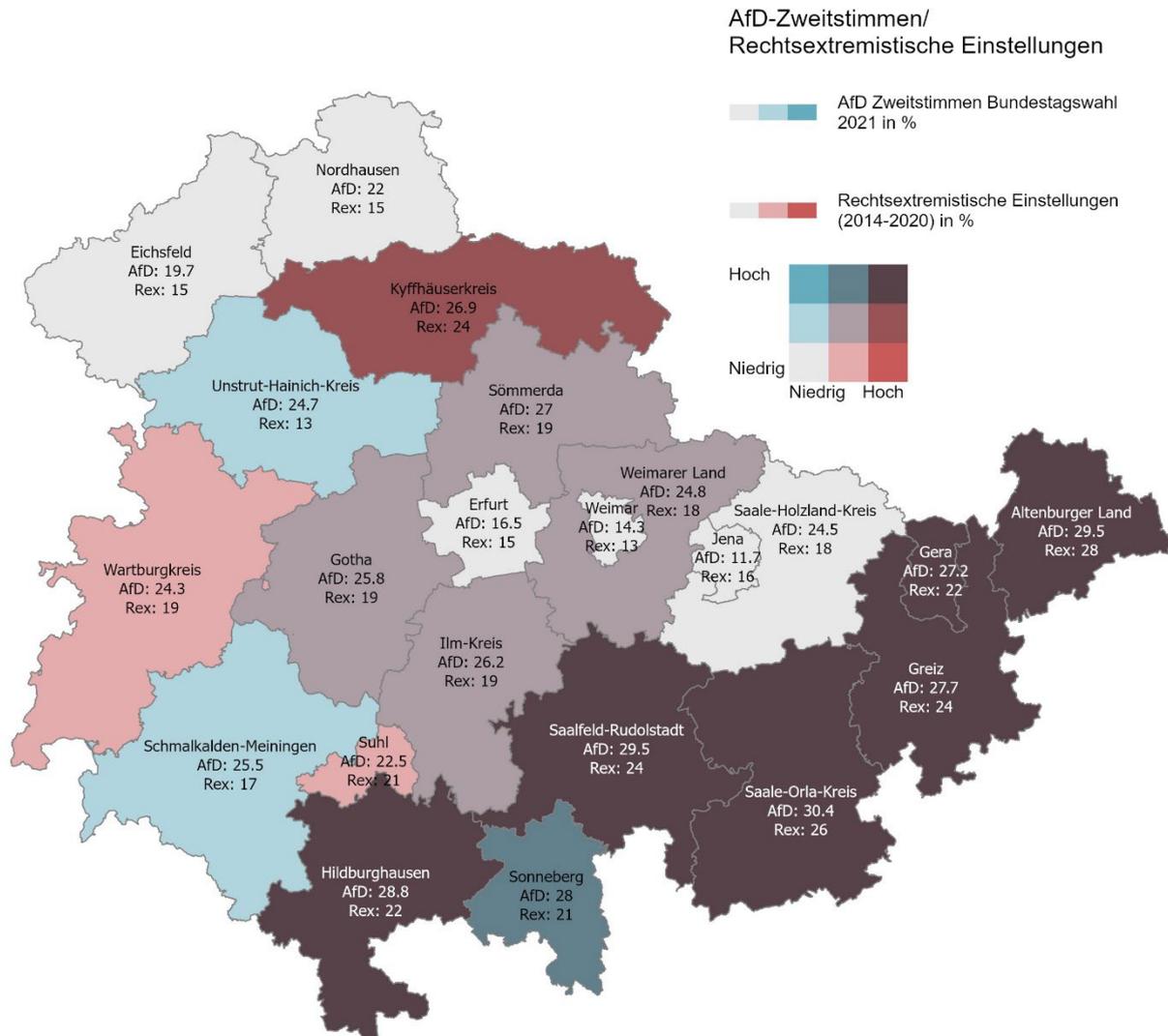


Abb. 16: Bivariate Darstellung – AfD-Zweitstimmen Bundestagswahl 2021/Rechtsextremistische Einstellungen in Prozent.

Daten: Wahlleiter Thüringen, THÜRINGEN-MONITOR; Geodaten: TLBG

Was nun den Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und politischen Einstellungen angeht, so waren die Ergebnisse in den südöstlichen Landkreisen und der kreisfreien Stadt Gera sowie den kreisfreien Städten Mittelthüringens eindeutig: Während im Südosten hohe AfD-Zweitstimmenergebnisse auf hohe rechtsextremistische Einstellungen trafen, waren die Zusammenhangswerte in den kreisfreien Städten niedrig. Kein grundsätzlich abweichendes Bild bietet sich bei der Betrachtung von ethnozentrischen Einstellungen und AfD-Zweitstimmen. Ethnozentristische Einstellungen zählen im Thüringen-Monitor zu den Facetten des Rechtsextremismus (siehe Abb. 18). Im Eichsfeld stand eine hohe Zustimmung zu ethnozentrischen Einstellungen einem vergleichsweise geringen Anteil an AfD-Zweitstimmen gegenüber. Beim Vergleich von neo-nationalsozialistischer Ideologie mit den AfD-Zweitstimmen wiederholte sich

das Muster abermals. Hier fällt jedoch der Wartburgkreis mit hohen neo-nationalsozialistischen Einstellungen bei einem gleichzeitig relativ niedrigen Ergebnis bei den AfD-Zweitstimmen auf. Entgegengesetzt dazu haben die Landkreise Hildburghausen und Sonneberg einen hohen AfD-Zweitstimmenwert bei niedrigen neo-nationalsozialistischen Einstellungen. Bei allen drei Einstellungsdimensionen sind die Landkreise Südostthüringens in den meisten Fällen in der "Hoch-Hoch"-Kategorie, die kreisfreien Städte in Mittelthüringen jedoch in der "Niedrig-Niedrig"-Kategorie.

Der einzige größere Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen zeigte sich in Südthüringen: Im Thüringer Wald ließen sich eine personenbezogene Wahlentscheidung und Stimmensplitting bei den Bundestagswahlen 2021 im Wahlkreis 196 (Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg) beobachten: Hier entfielen auf die AfD 21,2 % der Stimmen, was ein Minus von 1,7 Prozentpunkten im Vergleich zu 2017 entsprach und den dritten Platz bedeutete. Bei den Zweitstimmen jedoch kam die AfD auf Platz eins mit 26,4 % und dementsprechend einem Zuwachs von 3,3 Prozentpunkten. Hier lag der Verlust bei den Erststimmen vermutlich daran, dass der ehemalige Biathlet Frank Ullrich (SPD, Erstgewählter mit 33,6 %) eine Sonderrolle einnahm und eine personengebundene Wahl auslöste. An dem zweitgewählten, Hans-Georg Maaßen (CDU, 22,3 %), wurde im Vorfeld viel Kritik geübt, da er offensichtlich die thüringische Provinz zu seinem Vorteil nutzen wollte, um möglichst schnell in den Bundestag einzuziehen. Eine Erklärungsmöglichkeit für den zweiten Platz für Maaßen wäre, dass er eine prominente Figur ist, die als Projektionsfläche diente und seine Ansichten zur Migrationspolitik sowie seine ehemaligen Aktivitäten im Verfassungsschutz auf Zuspruch bei einem bestimmten Wähler\*innenklientel trafen.

### **Erst- und Zweitstimmensieger AfD 2021: Die Wahlkreise 192, 194 und 195<sup>32</sup>**

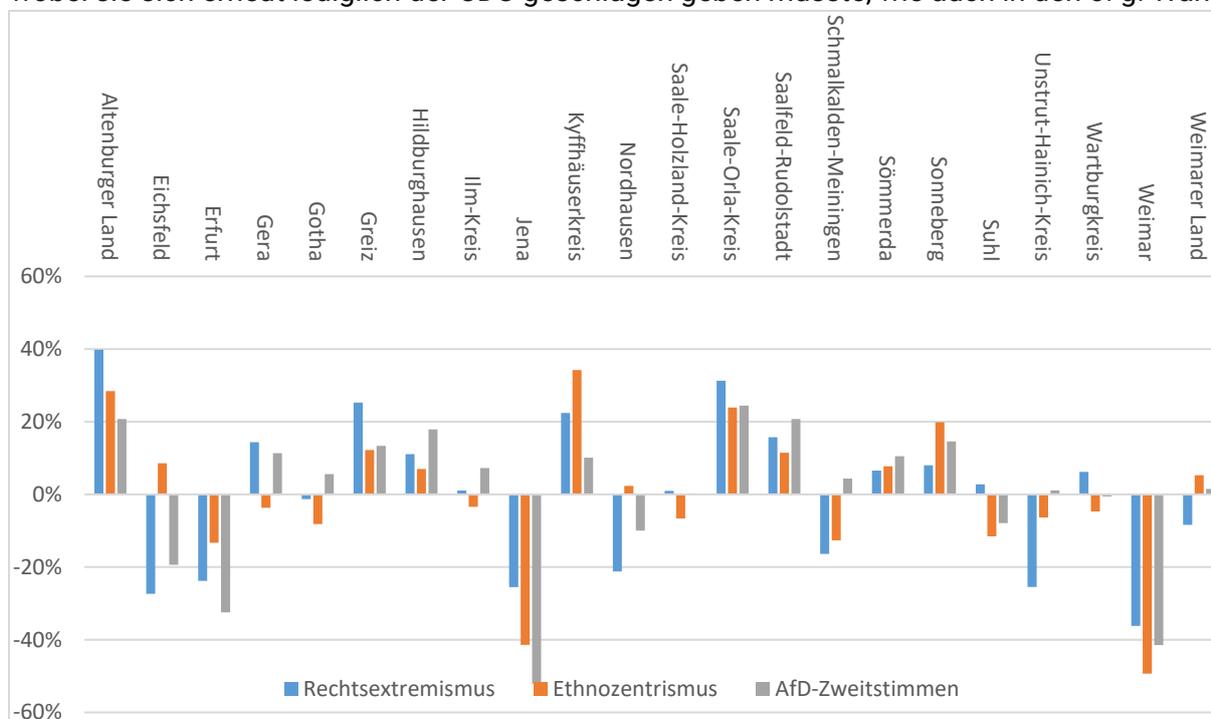
Der AfD gelang es bei der Bundestagswahl 2021 in Thüringen in drei von acht Wahlkreisen bei den Erst- und Zweitstimmen an erster Stelle zu stehen. Dies betraf die Wahlkreise 192 (Gotha – Ilm-Kreis), 194 (Gera – Greiz – Altenburger Land) und 195 (Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis). Eine nähere Betrachtung der ausgewählten Wahlkreise ergab deutliche Überschneidungen zwischen dem Zuspruch für die AfD und nachgewiesener Übereinstimmung mit ethnozentrischen Überzeugungen (siehe Abb. 17).

Im **Wahlkreis 192 (Gotha – Ilm-Kreis)** holte der AfD-Kandidat Marcus Bühl das Direktmandat des Wahlkreises. Die AfD erhielt 26,5 % der Erststimmen – ein Zuwachs von 2,6 Prozentpunkten gegenüber 2017 – und 26,0 % der Zweitstimmen, was ein Plus an 1,9 Prozentpunkten bedeutete. Bei der Bundestagswahl 2017 landete die AfD in diesem Wahlkreis noch auf Platz zwei bei den Erst- und Zweitstimmen, jeweils hinter der CDU. Damals erhielt die AfD 23,9 % der Erststimmen, ein Zuwachs um 18,1 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013, und 24,1 % der Zweitstimmen; dementsprechend ein Plus an 16,7 Prozentpunkten.

Im **Wahlkreis 194 (Gera – Greiz – Altenburger Land)** stärkte die AfD ihre Position als führende Partei und bekam 29,0 % der Erststimmen, was einen Zuwachs von 1,7 Prozentpunkten bedeutete, sowie 28,1 % der Zweitstimmen – ein Plus von einem Prozentpunkt im Vergleich zu 2017. In diesem Wahlkreis gewann der AfD-Kandidat Stephan Brandner das Direktmandat. Bei der Bundestagswahl 2017 erhielt die AfD 27,3 % der Erststimmen und machte somit 21,1 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013 gut. Bei den Zweitstimmen landete sie knapp hinter der CDU mit 27,1 % und einem Plus von 19,5 Prozentpunkten im Vergleich zu 2013.

<sup>32</sup> Siehe hierzu auch: Der Bundeswahlleiter 2021b für die Ergebnisse der Wahlkreise Thüringens

Im **Wahlkreis 195 (Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis)** wurde die AfD bei den Bundestagswahlen 2021 mit 29,3 % der Erststimmen – und somit mit einem Plus an 2,9 Prozentpunkten im Vergleich zu 2017 – zur stärksten Partei gewählt. Bei den Zweitstimmen setzte sie sich ebenfalls als stärkste Partei mit 28,2 %, durch, was einem Plus an 2,4 Prozentpunkten entspricht. Das Direktmandat erhielt der AfD-Kandidat Dr. Michael Kaufmann. Bei der Bundestagswahl 2017 ging die AfD in diesem Wahlkreis als zweitstärkste Kraft hervor, wobei sie sich erneut lediglich der CDU geschlagen geben musste, wie auch in den o. g. Wahl-



*Abb. 17: Rechtsextreme-, ethnozentrische Einstellungen und AfD-Zweitstimmen in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Prozentuale Abweichung vom jeweiligen thüringischen Mittelwert.*

*Daten: Wahlleiter Thüringen und THÜRINGEN-MONITOR*

kreisen. Damals kam die AfD auf 26,5 % der Erststimmen, mit einem Zuwachs von 24,7 Prozentpunkten im Vergleich zu 2013 und auf 25,8 % der Zweitstimmen, sodass sie dementsprechend ein Plus von 18,6 Prozentpunkten im Vergleich zu der Wahl 2013 verzeichnen konnte.

In der Summe schaffte es die AfD bei der Wahl im Jahr 2017 allein aus diesen drei Wahlkreisen 43,7 % aller in Thüringen vergebenen AfD-Erststimmen und 42,9 % der AfD-Zweitstimmen zu generieren. Auch bei der Bundestagswahl 2021 blieb die Stimmabgabe aus den Wahlkreisen Gotha – Ilm-Kreis, Gera – Greiz – Altenburger Land und Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis für die AfD stabil: So kamen aus diesen Wahlkreisen 44,6 % der gesamten Erststimmen und 42,7 % der gesamten Zweitstimmen – dies bedeutet einen Zuwachs von einem Prozentpunkt bei den Erststimmen und einen Rückgang von 0,2 Prozentpunkten der Zweitstimmen.

Wie lässt sich der beständige Zuspruch und die Zusammensetzung der AfD-Wähler\*innen erklären? Welche Motivation steckt dahinter? In der Leipziger Autoritarismus Studie von 2020 machen Kazim Celik, Oliver Decker und Elmar Brähler zwei Ursachen für die Unterstützung der AfD aus:

„Ein konstant bleibendes Kennzeichen der AfD-Wählerschaft ist das Gefühl der Benachteiligung und die Angst vor Verlust. Einerseits fühlen sie sich in Hinblick auf ihre politische Wirksamkeit depriviert, andererseits sind sie mit den wirtschaftlichen Verhältnissen unzufrieden.“ (Kazim et al. 2020, 170)

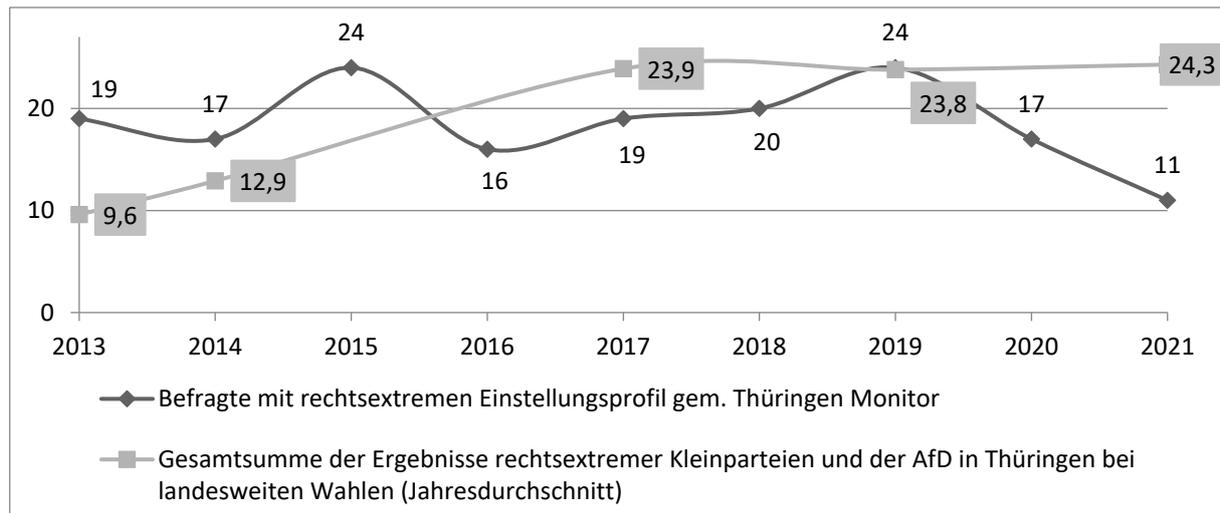


Abb. 18: Vergleich der Entwicklung der Wahlergebnisse rechtsextremer Kleinparteien und der AfD zu rechtsextremen Einstellungen in Thüringen (jeweils in Prozent)

Im Folgenden soll geklärt werden, ob diese Ursachen ebenfalls bei der AfD-Wähler\*innenschaft in Thüringen zu finden sind.

#### Gefühl der Benachteiligung/politische Deprivation: Wer wählt die AfD?

Zunächst wird die Zusammensetzung der AfD-Wähler\*innenschaft näher betrachtet, um demographische Besonderheiten innerhalb dieser Gruppe auszumachen. Bereits bei der Bundestagswahl 2017 waren insgesamt fast zwei Drittel der AfD-Wähler\*innen männlich. Die Hauptwähler\*innenschaft der AfD kam aus der Altersgruppe zwischen 35 und 59 Jahren (Decker 2020). In ihrem Beitrag zeichnen Celik, Decker und Brähler einen fortwährenden Trend der Dominanz von Männern in der Wähler\*innenschaft der AfD nach: Sie beziffern diesen Anteil mit 68,3 %, von denen 67,3 % mittleren Alters sind. Sie sehen mittlerweile einen Großteil der AfD-Wähler\*innen in der „bürgerlichen Mitte“ bzw. der „oberen Mittelschicht“. Im Vergleich zu ihren vorherigen Studien beschreibt dies eine Milieuerschiebung weg von Arbeiter\*innen und Menschen, die sich bereits länger dem politischen rechten Rand zuordnen (Kazim et al. 2020, 158). Motive für diese Veränderung sehen die Autoren in der gefühlten politischen Deprivation und wirtschaftlichen Verlustängsten. So gaben die Befragten an, dass sie als Einzelpersonen nicht das Gefühl haben, Einfluss auf die Politik nehmen zu können. Über diese Demokratieverdrossenheit lässt sich auch erklären, wie es der AfD gelang, in den vorigen Wahlen die hohe Anzahl der Nichtwähler\*innen für sich zu gewinnen. Diese sahen in der Wahl der AfD eine Ausdrucksmöglichkeit ihres Unmuts gegenüber den etablierten Parteien. Für die AfD-Wähler\*innen geht eine Bedrohung der deutschen Wirtschaft mit einer Gefährdung des Nationalgefühls einher, dabei wird ein ökonomisches Problem auf eine persönliche Ebene übertragen (ebd., 160ff.). Bei der Befragung im Jahr 2020 gaben zudem 84,3 % der AfD-Wähler\*innen an, sich politisch rechts zu sehen. Auch die Zustimmung zu menschenfeindlichen Aussagen in Bezug auf Muslim\*innen nahm zu (ebd., 163ff.). Diese Verlagerung hat Manfred Güllner, Geschäftsführer des Forsa-Instituts, bereits in einem Interview von 2019 mit Deutschlandfunk festgestellt: So sieht er in der Wahl der AfD nur oberflächlich einen Protest, tiefergehend jedoch eine Übereinstimmung mit rechtsextremen Einstellungen. Grundlage für diese Beobachtungen war eine Forsa-Umfrage aus dem gleichen Jahr zu rechtsextremen Überzeugungen in der AfD-Wähler\*innenschaft (Büükser 2019).

Güllner ergänzt:

„Und selbst völkisches Gedankengut schlägt immer durch bei den Wählern. Es sagen 42 Prozent [der AfD-Anhänger\*innen, Anm. CM] zum Beispiel, Deutschland braucht eigentlich wieder einen starken Mann als Führer, und auch 15 Prozent [der AfD-Anhänger\*innen, Anm. CM] sagen, da ist durchaus irgendwas dran, dass es eine Propaganda der Siegermächte sei, dass die Nazis Millionen Menschen umgebracht haben.“ (ebd.)

Des Weiteren gaben 87 % der AfD-Anhänger\*innen in dieser Umfrage an, dass es ihrer Meinung nach zu viele Ausländer in Deutschland gibt und 86 % sehen eine Gefahr der Überfremdung in Deutschland (ebd.).

Die AfD-Anhänger\*innen und somit Wähler\*innenschaft ist mittlerweile verstärkt in der bürgerlichen Mitte zu finden, die nach einem politischen Ventil ihrer rechtsgerichteten Orientierung sucht. Die Protestwähler\*innenschaft aus Anti-Establishment-Ressentiments wurde durch Überzeugung abgelöst und ist als Ausdruck ökonomischer (Zukunfts-)Angst, gekoppelt an nationale Identifikation und Ausländerfeindlichkeit, zu verstehen. Dabei findet die AfD Unterstützung vor allem durch Männer mittleren Alters und weniger durch Frauen oder junge Menschen. Es sind somit Männer in einem Alter, in dem Familien gegründet oder versorgt werden müssen. So denn ein klassisches Geschlechterrollenverständnis vorliegt und gelebt wird, befinden sich diese Männer in einer Lebensphase, die von hohem ökonomischem Druck geprägt sein kann. Kommen die Empfindungen der wirtschaftlichen Bedrohung und der Nichtbeachtung durch die Regierung zusammen, ist für diese Menschen die Befürwortung der AfD ein legitimer politischer Ausdruck – besonders, wenn Sympathien für rechte bis rechtsextreme Inhalte vorhanden sind.

### **Verlustängste und wirtschaftliche Benachteiligung: Erklärungsansatz Stadt-Land-Dimension in Thüringen<sup>33</sup>**

Wie lassen sich die Wahlerfolge der AfD in Thüringen hinsichtlich der Zweitstimmen erklären? Stefanie John (John 2021) vermutet einen bundesweiten Zusammenhang zwischen dem Zweitstimmen-Wahlergebnis der AfD und der Ländlichkeit der jeweiligen Wahlkreise. Ursächlich für die beständige Position der AfD ist laut John vor allem der demografisch bedingte überdurchschnittliche Anteil älterer Menschen in den ländlichen Regionen Deutschlands, von dem in Westdeutschland die CDU profitiert und in Ostdeutschland die AfD. Die AfD-Fraktion hat mit 51 Jahren den höchsten Altersdurchschnitt und generiert somit ein hohes Identifikationspotenzial für diese Altersgruppe von Wahlberechtigten. Diese Überlegung trifft nach den Auswertungen der Strukturdaten jedoch nicht auf Thüringen zu und steht im Widerspruch zu den Befunden der Leipziger Autoritarismus Studie.

Eine mögliche Erklärung für die zu beobachtende Stabilisierung der AfD hinsichtlich der Wahlergebnisse von 2021 zeichnet sich im Vergleich der ländlich gelegenen Wahlkreise 192 (Gotha – Ilm-Kreis), 194 (Gera – Greiz – Altenburger Land) und 195 (Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis) mit den urbaneren Wahlkreisen 191 (Jena – Sömmerda – Weimarer Land I) und 193 (Erfurt – Weimar – Weimarer Land II) ab. Für diese Analyse der ausgewählten Landkreise wurden folgende Strukturdaten verglichen: Alter und Geschlecht der Gesamtbevölkerung, Größe der Altersgruppe von 35 bis 59 Jahren, Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung, PKW-Bestand, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Unternehmensregister, Arbeitslosenquote. Bei diesem Vergleich zeigten sich insgesamt nur marginale Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Wahlkreisen. So lag das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 2018 in allen Wahlkreisen auf einem ähnlichen Niveau. In allen Wahlkreisen

---

<sup>33</sup> siehe Der Bundeswahlleiter 2021c

macht der Bevölkerungsanteil im Alter von 35 bis 59 Jahre gut ein Drittel aus. Wesentlicher scheint zu sein, dass die AfD in Landkreisen besonders erfolgreich war, die einen geringen Anteil ausländischer Bevölkerung und keine signifikant erhöhte Arbeitslosenquote aufwiesen – obwohl zu ihrem Standardrepertoire doch die Agitation gegen Migrant\*innen und der vermeintliche Kampf um Arbeitsplätze für „Deutsche“ (in der Begrifflichkeit der AfD: weiß, heterosexuell, westeuropäisch, christlich) gehört. Grund dafür ist vermutlich die imaginierte/gefühlte Angst vor einem zukünftigen wirtschaftlichen Abstieg infolge von Krisen in Kombination mit dem generellen Misstrauen gegenüber Migrant\*innen – ein Narrativ, welches sich nach der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015 festsetzte. Psychologische Erklärungen thematisieren in diesem Zusammenhang vor allem soziale Vergleichsprozesse, die insbesondere in vermeintlich gut situierten Kreisen zu Abstiegsängsten und verstärkten Abgrenzungsversuchen zur wahrgenommenen Unterschicht führen, in Verbindung mit mangelnden Erfahrungen mit ethnischer Diversität und geringen Kontakthäufigkeiten, die in urbanen Kontexten – selbst in Thüringen – deutlich größer ist (Petersen, L-E. & Six, B. 2020).

Eine weitere mögliche Erklärung des Stadt-Land-Differenz im Zuspruch zur AfD ist das Vorhandensein eines subjektiven Gefühls des „Abgehängtseins“ oder „Vergessenwerdens“ der Wahlberechtigten in den ausgewählten ländlichen Wahlkreisen. Zu diesem Zweck wurden Pendlerzahlen betrachtet (Thüringer Landesamt für Statistik 2021b): Da sich in Thüringen die Regionen links und rechts der Autobahn A4 durch ein größeres Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten und Freizeitgestaltung von den weiter entfernten Regionen unterscheiden, existiert ein reger Pendelverkehr. Im Vergleich von 2017 und 2020 wird allerdings ersichtlich, dass sich das Pendlersaldo, trotz der durch die Pandemie verstärkt genutzten Möglichkeit des Arbeitens aus dem Home-Office, nicht erheblich geändert hat. Während das Pendleraufkommen im Wahlkreis Jena – Sömmerda – Weimarer Land I sogar stieg, gab es, außer im Wahlkreis Erfurt – Weimar – Weimarer Land II, keine auffälligen Rückgänge. Das lässt erstens darauf schließen, dass in den ausgewählten Wahlkreisen kein Beschäftigungsverlust zu verzeichnen war und deutet zweitens darauf hin, dass ein Großteil der Pendler\*innen Berufe ausübt, die vermutlich nicht home-office-fähig sind. Die Wahlkreise Gotha – Ilm-Kreis, Gera – Greiz – Altenburger Land und Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis haben gemein, dass sie mehr Aus- als Einpendler\*innen haben – dort scheint das vorhandene Angebot an Arbeitsplätze folglich nicht auszureichen.

## Fazit

Thüringen ist mit 2,12 Mio. Einwohner\*innen (Thüringer Landesamt für Statistik 2021a) ein kleines Bundesland, welches keine bedeutenden Unterschiede zwischen ländlicher und städtischer Prägung aufweist. Ein Erklärungsansatz für die anhaltenden bzw. sich sogar verfestigenden Wahlerfolge der AfD bei den Erst- und Zweitstimmen ist mit einem subjektiven Gefühl des „Vergessenwerdens“ der AfD-Wähler\*innen in den Regionen außerhalb von Erfurt, Jena und Weimar zu finden. In diesen Regionen gibt es ausreichend Arbeitsplätze und die ländlichen Regionen sind deren Einzugsgebiete, was für manche eine Pendeldauer von insgesamt zwei Stunden pro Tag bedeuten kann. Der Zugang zu diesen urbanen Regionen ist, abseits individueller Mobilität erschwert, da der öffentliche Nahverkehr in Thüringen seit Jahren problematisch ist (Becker 2021). Gleichzeitig ist durch Protestereignisse (siehe Kapitel 5) abzuleiten, dass in Thüringen die Empfänglichkeit für und Unterstützung von rechtspopulistischen Inhalten gestiegen ist. Dies kommt offenbar der AfD zugute (siehe hierzu auch Kapitel 3). Man könnte von einem Synergieeffekt zwischen rechten Tendenzen in der Thüringer Bevölkerung und der offensichtlicher werdenden völkisch-rechtsextremen Ausrichtung der AfD sprechen.

Zugleich lassen sich der Wahlerfolg der AfD, unter der Annahme, dass die Bundestagswahl 2021 auch von der Zustimmung der Bürger\*innen mit den Pandemiemaßnahmen beeinflusst wurde, auch so verstehen, dass hier eine Plattform genutzt wurde, um die gefühlte Angst um die Demokratie, die in diesem Kontext mit nationaler Identität und Wohlstand verbunden wird, zum Ausdruck zu bringen – auch wenn dies paradox anmutet.

## 8 Zusammenfassendes Fazit

In den vorangegangenen Kapiteln dieses Berichts haben wir versucht, Daten, sozialwissenschaftliche Befunde und Ereignisse zusammen zu stellen, die für den Freistaat Thüringen auf besondere Weise eine Gefährdung der Demokratie oder der demokratischen Kultur darstellen. Wir haben dazu unterschiedliche Datenquellen wie die Ergebnisse der letzten Thüringen Monitore oder den Topographie-Berichten sowie Erkenntnisse von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, Forschungseinrichtungen und Demokratieprojekten genutzt, um ein möglichst vollständiges Gefährdungsbild zu erstellen. Dabei ergaben sich zum Teil widersprüchliche Befunde, zum Teil fallen Erklärungsmuster für einzelne Phänomene schwer. Dennoch lässt sich zur Gefährdung der Demokratie und der demokratischen Kultur im Freistaat Thüringen zusammenfassend folgendes feststellen:

- Insgesamt hat sich an der Gefährdungslage seit dem letzten Bericht (Michelsen et al. 2020) nichts Wesentliches verändert. 2020 wie heute können wir feststellen, dass die Demokratie und die demokratische Kultur in Thüringen und deutschlandweit ein sicheres Fundament in der Bevölkerung aufweist.
- Dies ist insofern bemerkenswert, als es zwischenzeitlich mit der Corona-Pandemie und den damit zusammenhängenden Schutzmaßnahmen eine Krisensituation gab, die mit großen Einschränkungen der persönlichen Freiheit einherging und das Risiko einer Erosion der demokratischen Kultur beinhaltete.
- Tatsächlich haben verschiedene Gruppen und Gruppierungen in zahlreichen Veranstaltungen diese Krise als Vehikel benutzt, um angeblich die Demokratie zu retten, tatsächlich aber zumeist die Absicht verfolgt, ihre undemokratischen und menschenfeindlichen Einstellungen und Narrative in der Bevölkerung zu verbreiten. Dies scheint jedoch bislang nicht in einem größeren Ausmaß – sieht man vielleicht von den Wahlerfolgen der AfD ab – zu fruchten.
- Im Hinblick auf rechtsextreme Gruppierungen ist in Thüringen ein überregionaler Bedeutungsverlust und eine weitgehende Regionalisierung und Parzellierung zu verzeichnen. Der Einflussbereich dieser Gruppen und die Gefährdungen der Demokratie und der demokratischen Kultur, die von ihnen ausgehen, ist somit vor allem auf kommunaler Ebene in den vorwiegend ländlichen Teilen des Freistaates gegeben.
- Problematisch für die Demokratie im Freistaat ist der in den letzten Jahren gestiegene Wähleranteil der rechtspopulistischen bis in Teilen rechtsextremen Thüringer AfD, der auch zu einer problematischen parlamentarischen Gesamtsituation beigetragen hat. Unsere Wahlanalysen zeigen, dass es sich bei den Wähler\*innen nicht allein um Bevölkerungsgruppen handelte, die den völkisch-nationalen, ausländergefeindlichen und rechtsextremen Inhalten dieser Partei zustimmen, sondern es sich mindestens zum Teil um eine schlichte Protestwählerschaft handelt, die mit der gegenwärtigen politischen Situation aus mehr oder weniger diffusen Statusverlustängsten unzufrieden sind, grundsätzlich aber zur Demokratie positiv eingestellt sind. Auffallend war jedoch das gesunkene Institutionenvertrauen, das ebenfalls zum Erfolg der AfD beigetragen haben dürfte.

- Die Feststellung, dass keine akuten Gefährdungen der Demokratie und der demokratischen Kultur vorliegen, bedeutet selbstverständlich nicht, dass Demokratieförderung und die Prävention von undemokratischen Einstellungen und Aktivitäten obsolet wären. Allein die Existenz von zahlreichen rechtsextremen Gruppen und die Aktivitäten der AfD zeigen, dass verstärkte Anstrengungen gegen das Risiko einer Radikalisierung der Bevölkerung weiter notwendig sind. Noch immer sind die Aktivitäten von offen rechtsextremen Gruppierungen und der AfD in Thüringen als bedrohlicher einzuschätzen als es in vielen anderen Bundesländern der Fall ist. Neben politischen Gegenmaßnahmen scheinen uns die Möglichkeiten von Demokratiebildung und insgesamt Präventionsangeboten noch nicht ausreichend ausgeschöpft zu sein (vgl. Beelmann et al. 2021). Dies ist in Teilen auch ein strukturelles Problem, das exemplarisch an den geringen Kontakten zwischen dem Landespräventionsrat im Innenministerium und dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Bildungsministerium illustriert werden kann.
- Ein verstärktes Engagement staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure wird neben wirtschaftlichen Kompensationsmaßnahmen unseres Erachtens nötig sein, damit die anstehenden Krisenmonate, die durch den Ukraine-Krieg verursacht wurden, nicht von undemokratischen, illiberalen und menschenrechtsfeindlichen Kräften genutzt werden, um die Grundwerte unserer Verfassung zu untergraben, Verschwörungsmymen und Fehlinformationen zu verbreiten, Minderheiten und Migrant\*innen zu diskriminieren und die Bevölkerung zu einer gewalttätigen Weise gegen die Vertreter\*innen des Rechtsstaats aufzubringen. Hier sollten die demokratischen Kräfte jenseits des politischen Klein-Kleins und innerparteilichen Befindlichkeiten unmissverständlich zusammenstehen.

## Literatur

- Ackermann, P. (1999) Der interventionsfähige Bürger als zukunftsfähiges Leitbild. In: *Bürger im Staat* 49(3): 170–173.
- AfD Landesverband Thüringen (2019) Meine Heimat, mein Thüringen. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Thüringen 2019. Verabschiedet auf dem Parteitag der AfD Thüringen. Arnstadt, 18.08.2019. <https://www.afd-thueringen.de/landtagswahl-2019/landtagswahlprogramm-2019/> (24.08.2022).
- AfD-Fraktion Bundestag (2020) *Putsch durch Merkel in Thüringen! - Stephan Brandner - Bürgerdialog in Leverkusen*.
- Altenburg Rechtsaußen (2022) Rechte Rattenfänger (Teil 1): Impfkritischer Stammtisch, Marlen und Thomas Gerlach, Hammerskins in Altenburg. <https://altenburgrechtsausen.noblogs.org/coronaleugner-1/> (22.08.2022).
- Amt für Verfassungsschutz (2020a) Pressemitteilung. Neueinstufung der AfD-Teilorganisation „Der Flügel“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistische Bestrebung. <https://verfassungsschutz.thueringen.de/rechtsextremismus/rechtsextremismus-thueringen/verdachtsfall-afd> (01.08.2022).
- Amt für Verfassungsschutz (2020b) *Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2019 (Pressefassung)*. Erfurt: Ministerium für Inneres und Kommunales. Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Amt für Verfassungsschutz (2021) *Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2020 (Pressefassung)*. Erfurt: Ministerium für Inneres und Kommunales. Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Antifaschistische Gruppen Südthüringen (2021) Knockout 51 (Eisenach): Eine militante Kleingruppe in den Netzwerken von NPD, Jungsturm Erfurt und Kampf der Nibelungen. <https://agst.noblogs.org/post/2021/04/28/knockout-51-eisenach-eine-militante-kleingruppe-in-den-netzwerken-von-ncp-jungsturm-erfurt-und-kampf-der-nibelungen/> (25.08.2022).
- antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum (2005) Profil: Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation (SdV/NRAO). <https://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/SDV-NRAO.htm> (22.08.2022).
- Arnold, B.; Schulz, T.; Siepmann, M. (2021) Ist Zwickau ein Zentrum der Rechtsextremen in Sachsen? <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/zwickau/bedrohung-neonazi-zwickau-galerie-werkstatt-100.html> (22.08.2022).
- Aufbruch-Erneuerung.org (2021) Stellungnahme zu einer „Antifa“-Recherche. <https://aufbruch-erneuerung.org/2021/05/09/stellungnahme-zu-einer-antifa-recherche/> (22.08.2022).
- Aufbruch-Erneuerung.org (2022) Sache des Volkes. <https://aufbruch-erneuerung.org/2022/02/06/sache-des-volkes/> (22.08.2022).
- Batzer, J.; Michelsen, D. (2022) Misstrauen als ambivalente Ressource liberaler Demokratien: Perspektiven der Demokratietheorie und der politischen Bildung. In: Beelmann, A.; Michelsen, D. (Hg.) *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen*. Wiesbaden: Springer VS: 265–284.
- Bedorf, T.; Herrmann, S. (Hg.) (2016) *Das soziale Band. Geschichte und Gegenwart eines sozialtheoretischen Grundbegriffs*. Frankfurt; New York: Campus.
- Beelmann, A. (2022) Radikalisierung als Problem der Sozialentwicklung: Bedingungen und Präventionsmöglichkeiten. In: Beelmann, A.; Michelsen, D. (Hg.) *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen*. Wiesbaden: Springer VS: 153–178.

- Beelmann, A.; Koch, M.; Miehle, M. (2020) *Topografie 2020: Rechtsextremismus und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht Dezember 2020*. Jena: KomRex.
- Beelmann, A.; Koch, M.; Miehle, M. (2022) *Topografie 2021/2022: Rechtsextremismus und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht Förderperiode 2021/2022 [Arbeitstitel]*. Jena: KomRex [im Erscheinen].
- Beelmann, A.; Lutterbach, S.; Rickert, M.; Sterba, L. (2021) *Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention. Was man tun kann und sollte*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena: Institut für Psychologie und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.
- Beelmann, A.; Michelsen, D. (Hg.) (2022) *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ben-Yehoshua, J. (2020) Antisemitismus in Thüringen. Erste Erkenntnisse der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen. In: *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Antisemitismus*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung: 128–143.
- Benz, W. (2016) Die Funktion von Holocaustleugnung und Geschichtsrevisionismus. In: Braun, S.; Geisler, A.; Gerster, M. (Hg.) *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten*. Wiesbaden: Springer VS: 211–228.
- Berg, G. (2021) Hacienda Mexicana in Saalfeld: Ex-Reichsbürger-Restaurant wird verkauft. <https://www.otz.de/regionen/saalfeld/saalfelder-ex-reichsbuerger-restaurant-wird-verkauft-id233978917.html> (25.08.2022).
- Best, H. (2018) Rechtsextremismus im Kontext der politischen Kultur des Freistaats Thüringen. Eine Metaanalyse von Befunden der Thüringen-Monitore 2000-2017. In: Oppeland, T. (Hg.) *Politik und Regieren in Thüringen. Institutionen, Strukturen und Politikfelder im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 99–113.
- Best, H.; Miehle, M.; Salheiser, A. (2018) *Topographie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen*. Jena: KomRex.
- Best, H.; Miehle, M.; Salheiser, A. (2019) *Topografie 2019: Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen*. Jena: KomRex.
- Blum, R.; Rahner, J. (2020) *Antifeminismus in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Politik und Gesellschaft.
- Börner, N. (2020a) Krude Theorien bei Corona-Demo. In: *Ostthüringer Zeitung. Ausgabe Zeulenroda-Triebes* v. 18.11.20.
- Börner, N. (2020b) Verschwörungstheorien und Antisemitismus bei Corona-Demo. <https://www.otz.de/regionen/zeulenroda-triebes/verschwoerungstheorien-und-gewaltfantasien-bei-corona-demo-in-zeulenroda-id230935572.html> (22.08.2022).
- Börner, N. (2020c) Rechtsextreme Unterstützer bei Corona-Demo. In: *Ostthüringer Zeitung. Ausgabe Zeulenroda-Triebes* v. 10.12.20.
- Botsch, G. (2020) Rechtsextremismus und "neuer Antisemitismus". In: *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Antisemitismus*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung: 16–29.
- Bräutigam, F.; Götschenberg, M.; Schmidt, H. (2022) Bundesweite Razzia gegen Neonazis. <https://www.tagesschau.de/inland/razzia-237.html> (22.08.2022).
- Bruns, J.; Glösel, K.; Strobl, N. (2019) Identität. In: Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Surermann, L.; Virchow, F. (Hg.) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag: 162-178.
- Bubrowski, H. (2020) „Flügel“ ist Beobachtungsfall. Im Kampf gegen die Brandstifter. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verfassungsschutz-zu-afd-hoecke-und-kalbitz-sind-rechtsextremisten-16675924.html> (05.09.2022).

- Buchstein, H. (2018) Demokratie und politische Selbstwirksamkeit. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31(1-2): 94–100.
- Budler, K. (2022) Prozessbeginn gegen mafiöse Neonazi-Strukturen. <https://www.endstation-rechts.de/news/prozessbeginn-gegen-mafioese-neonazi-strukturen> (22.08.2022).
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2021) *Verfassungsschutzbericht 2020*. Berlin: Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI).
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2022) *Verfassungsschutzbericht 2021*. Berlin: Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI).
- Bundeskriminalamt (2021) Polizeiliche Kriminalstatistik 2021. [https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2021/pks2021\\_node.html](https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2021/pks2021_node.html) (20.09.2022).
- Büükser, A.-K. (2019) AfD-Parteitag / Meinungsforscher. „Die AfD ist keine bürgerliche Partei“, Gespräch mit Manfred Güllner. <https://www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-meinungsforscher-die-afd-ist-keine-100.html> (14.02.2022).
- Canache, D. (2012) Citizens' Conceptualizations of Democracy: Structural Complexity, Substantive Content, and Political Significance. In: *Comparative political studies* 45(9): 1132–1158.
- Ceka, B.; Magalhães, P. (2016) How People Understand Democracy. A Social Dominance Approach. In: Ferrín, M.; Kriesi, H. (Hg.) *How Europeans view and evaluate democracy*. Oxford: Oxford University Press: 64–89.
- Decker, F. (2020) Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/> (14.02.2022).
- Decker, M. (2021) Problemland Thüringen: Warum die geplanten Neuwahlen auf der Kippe stehen. <https://www.rnd.de/politik/neuwahlen-in-thueringen-warum-stehen-sie-auf-der-kippe-SD2RNL2Q3RB3RMOQ4LWUS3Y634.html> (28.07.2022).
- Decker, O.; Brähler, E. (2006) *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O.; Brähler, E. (2020) Vorwort. In: Decker, O.; Brähler, E.; Celik, K.; Dischereit, C.; Handke, B.; Heller, A.; Hellweg, N.; Höcker, C. (Hg.) *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität / Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial Verlag: 11–12.
- Decker, O.; Brähler, E.; Celik, K.; Dischereit, C.; Handke, B.; Heller, A.; Hellweg, N.; Höcker, C. (Hg.) (2020a) *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität / Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial Verlag.
- Decker, O.; Kiess, J.; Schuler, J.; Handke, B.; Pickel, G.; Brähler, E. (2020b) Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, O.; Brähler, E.; Celik, K.; Dischereit, C.; Handke, B.; Heller, A.; Hellweg, N.; Höcker, C. (Hg.) *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität / Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial Verlag: 27–87.
- Demoreport (2021) Endstation Lagerhalle: Erneute Räumungsklage für Erfurter Neonazis. <https://demoreport.de/erfurter-neonazis-verlieren-immobilie-lagerhalle-raeumungsklage/> (22.08.2022).
- Der Bundeswahlleiter (2021a) Bundestagswahl 2021. Ergebnisse Thüringen. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99/land-16.html> (27.08.2022).
- Der Bundeswahlleiter (2021b) Bundestagswahl 2021. Ergebnisse Wahlkreise Thüringen. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/wahlkreiseinteilung/bund-99/land-16.html> (28.08.2022).

- Der Bundeswahlleiter (2021c) Bundestagswahl 2021. Strukturdaten Thüringen. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/strukturdaten/bund-99/land-16.html> (28.08.2022).
- Deutsche Welle Online (2020a) Tabubruch in Thüringen: Warum sich Deutschland so empört. <https://www.dw.com/de/tabubruch-in-th%C3%BCrtingen-warum-sich-deutschland-so-emp%C3%B6rt/a-52275978> (28.07.2022).
- Deutsche Welle Online (2020b) Thüringen: An die Macht mit den Stimmen der AfD. <https://www.dw.com/de/th%C3%BCrtingen-an-die-macht-mit-den-stimmen-der-afd/a-52269908> (28.07.2022).
- Deutscher Journalisten-Verband. Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten (2020) Schuldig! <https://www.djv.de/startseite/service/blogs-und-intranet/djv-blog/detail/news-schuldig> (22.08.2022).
- Dieckmann, J.; Kaiser, M.; Knospe, M. (2022) Situations- und Ressourcenanalyse als Grundlage für die Überarbeitung des „Jenaer Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz“. <https://www.idz-jena.de/forschung/situations-und-ressourcenanalyse-stadt-jena> (22.08.2022).
- Diner, D. (2014) Verschwörung. In: Diner, D. (Hg.) *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*. Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler: 272–277.
- Easton, D. (1975) A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science* 5(4): 435–457.
- Edinger, M. (2010) *Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Eichberg, H. (1978) *Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft*. München; Wien: Langen-Müller.
- Ertl, V. (2022) Organisierte Kriminalität, Crystal Meth und rechtsextreme Gewalt vor Gericht. <https://www.belltower.news/turonen-organisierte-kriminalitaet-crystal-meth-und-rechtsextreme-gewalt-vor-gericht-135817/> (22.08.2022).
- Exakt - Die Story (2022) Braunes Gift: Das Drogenkartell der Neonazis. <https://www.mdr.de/video/mdr-videos/reportagen-dokus/video-exakt-die-story-braunes-gift100.html> (22.08.2022).
- EXIF Recherche (2020) Prozessbeginn gegen Neonazis der Hooligangruppe «Jungsturm Erfurt». <https://exif-recherche.org/?p=6821> (25.08.2022).
- EXIF Recherche (2021a) Fussball bleibt Fussball, Politik bleibt Politik? - Die Entpolitisierung des "Jungsturm" vor Gericht. <https://exif-recherche.org/?p=6999> (22.08.2022).
- EXIF Recherche (2021b) Das geheime Netzwerk der Hammerskins - Chapter in Deutschland: Teil 1. <https://exif-recherche.org/?p=8573> (22.08.2022).
- ezra (2022) PM: Bundesamt für Justiz erkennt extrem rechten Hintergrund von brutalem Neonazi-Angriff in Ballstädt an – Anhörung zur Petition „Keine Deals mit Nazis“ der OMAS GEGEN RECHTS im Thüringer Landtag. <https://ezra.de/pm-bundesamt-fuer-justiz-erkennt-extrem-rechten-hintergrund-von-brutalem-neonazi-angriff-in-ballstaedt-an-anhoerung-zur-petition-keine-deals-mit-nazis-der-omas-gegen-rechts-im-thu/> (22.08.2022).
- ezra; MOBIT; KomRex; IDZ (Hg.) (2021) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena.
- ezra; MOBIT; KomRex; IDZ (Hg.) (2022) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena.
- Ferrín, M.; Kriesi, H. (Hg.) (2016a) *How Europeans view and evaluate democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Ferrín, M.; Kriesi, H. (2016b) Introduction: Democracy - the European verdict. In: Ferrín, M.; Kriesi, H. (Hg.) *How Europeans view and evaluate democracy*. Oxford: Oxford University Press: 1–20.

- Fielitz, M.; Schwarz, K. (2020) *Hate Not Found?! Das Deplatforming der extremen Rechten und seine Folgen*. Jena: Amadeu Antonio Stiftung.
- Frei, N. (2009) *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Frindte, W. (2021) "Aber sonst aber sonst. Alles Lüge!" - Fake News und Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.) *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Demokratiegefährdungen in der Coronakrise*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung: 14–27.
- Funke, H. (2009) Rechtsextreme Ideologien, strategische Orientierungen und Gewalt. In: Braun, S.; Geisler, A.; Gerster, M. (Hg.) *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten*. Wiesbaden: Springer Fachmedien: 21–44.
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (2022a) Festnahmen von vier mutmaßlichen Mitgliedern einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung sowie Durchsuchungsmaßnahmen in elf Bundesländern bei insgesamt 50 Beschuldigten wegen des Verdachts rechtsextremistischer Straftaten. <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/aktuelle/Pressemitteilung-vom-06-04-2022.html?nn=478184> (22.08.2022).
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (2022b) Haftbefehle gegen vier mutmaßliche Mitglieder einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung in Vollzug gesetzt. <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/aktuelle/Pressemitteilung-vom-07-04-2022.html;jsessionid=BC5D14A1BC01A584AFD0E2297D68F5EE.intranet672> (22.08.2022).
- Gensing, P. (2020) Gezielte Gerüchte über Todesfälle durch Maske. <https://www.tageschau.de/faktenfinder/corona-kritiker-101.html> (22.08.2022).
- Gießelmann, B. (2019) Political Correctness. In: Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Suermann, L.; Virchow, F. (Hg.) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag: 284–300.
- Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Suermann, L.; Virchow, F. (Hg.) (2019) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Gusy, C. (2021) Pandemien als Stresstest der Demokratie. In: *Die öffentliche Verwaltung* 74(17): 757–766.
- Haak, S. (2019) Rechtsextreme Burschenschaft fliegt aus Jena raus. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1112912.normannia-zu-jena-rechtsextreme-burschenschaft-fliegt-aus-jena-raus.html> (22.08.2022).
- Haak, S. (2021) Landgericht stuft Fußball-Fan-Gruppe als kriminelle Vereinigung ein. <https://www.insuedthueringen.de/inhalt.jungsturm-prozess-landgericht-stuft-fussball-fan-gruppe-als-kriminelle-vereinigung-ein.3e5d425f-1f48-46c1-9432-bc3e03dc6372.html> (22.08.2022).
- Hackenbruch, F. (2022) CDU in Thüringen hat wieder ein AfD-Problem. <https://www.tagespiegel.de/politik/der-naechste-tabubruch-cdu-in-thueringen-hat-wieder-ein-afd-problem/28404022.html> (28.07.2022).
- Hagen, P. (2020) AfD Saale-Orla ist stolz auf die Ereignisse von Berlin. In: *Ostthüringer Zeitung. Ausgabe Schleiz* v. 01.09.20.
- haskala (2021) Hammerskins bei rechter Aktion im Eisenacher Stadtrat beteiligt. <https://haskala.de/2021/02/03/hammerskins-bei-rechter-aktion-im-eisenacher-stadtrat-beteiligt/> (27.08.2022).
- Hasselmann, G. (2022) Café Spunk in Weimar: "Diese Stadt hat ein echtes Nazi-Problem". <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/weimar/caf%C3%A9-spunk-an-schlag-schliessung-102.html> (01.08.2022).

- Häusler, A. (2016) Themen der Rechten. In: Häusler, A.; Langebach, M.; Virchow, F. (Hg.) *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: 135–180.
- Heitmeyer, W. (2002) Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Heitmeyer, W. (Hg.) *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 15–34.
- Hemkentrax, J.; MDR Thüringen (2022) Nahezu ungestört: Militantes Neonazi-Netzwerk hat sich in Eisenach etabliert. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/eisenach/neonazi-netzwerk-gewaltbereit-volkshaus-100.html> (22.08.2022).
- Heyder, A.; Iser, J.; Schmidt, P. (2005) Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Heitmeyer, W. (Hg.) *Deutsche Zustände. Folge 3*. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 144–165.
- Himmelman, G. (2001) *Demokratie Lernen. Als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl.
- Höhne, B. (2020) Grenzen des Demokratielabors. Wie wahrscheinlich ist eine Parlamentskooperation von CDU und AfD in Ostdeutschland? In: *GWP - Gesellschaft Wirtschaft Politik* 69(2): 160–167.
- IHRA (2016) Arbeitsdefinition von Antisemitismus. <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus?focus=antisemitismandholocaustdenial> (31.08.2022).
- Inglehart, R. (1997) *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (2020) *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Antisemitismus*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (2022) Sekundäre Viktimisierung von Betroffenen rechter Gewalt. <https://www.idz-jena.de/forschung/sekundaere-viktimisierung-von-betroffenen-rechter-gewalt> (03.08.2022).
- Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (Hg.) (2020) *MEMO. Multidimensionaler Erinnerungsmonitor. Studie III*. o.V.
- John, S. (2021) Analyse der Bundestagswahl 2021. In: *böll.brief Demokratie und Gesellschaft*. Issue 25. [https://www.boell.de/sites/default/files/2021-10/BTW21\\_Analyse.pdf?dimension1=division\\_ppf](https://www.boell.de/sites/default/files/2021-10/BTW21_Analyse.pdf?dimension1=division_ppf) (24.02.2022).
- Junge, B. (2020) Tabubruch in Thüringen: Von Höckes Gnaden. <https://taz.de/Tabubruch-in-Thueringen/!5658092/> (05.09.2022).
- Kahlen, R.; Pietrzyk, K. (2022) Ballstädt - eine Tragödie in zwei Akten. In: ezra; MOBIT; Kom-Rex; IDZ (Hg.) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena: 64–75.
- Kazim, C.; Decker, O.; Brähler, E. (2020) Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In: Decker, O.; Brähler, E.; Celik, K.; Dischereit, C.; Handke, B.; Heller, A.; Hellweg, N.; Höcker, C. (Hg.) *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität / Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psycho-sozial Verlag: 149–175.
- Kerst, B. (2019) Islamisierung. In: Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Suermann, L.; Virchow, F. (Hg.) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag: 179–200.
- Kiess, J.; Schuler, J.; Decker, O.; Brähler, E. (2021) Comeback des Autoritarismus-Konzepts: autoritäres Syndrom und autoritäre Dynamik zur Erklärung rechtsextremer Einstellung. In: Quent, M.; Haldrich, S.; Salheiser, A. (Hg.) *Schwerpunkt: Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus*. Jena; Berlin: Amadeu Antonio Stiftung: 15–25.

- Klaus, F. (2020) Das ist Erfurts Neonazis-Schwerpunkt am Herrenberg. <https://www.tlz.de/regionen/erfurt/das-ist-erfurts-neonazi-schwerpunkt-am-herrenberg-id229996052.html> (22.08.2022).
- Kracher, V. (2020) *Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults*. Mainz a Rhein: Ventil Verlag.
- Kubitschek, G. (2020) Höckes Schachzug – drei Anmerkungen. <https://sezession.de/62123/hoeckes-schachzug-drei-anmerkungen> (18.08.2022).
- Kumkar, N.; Trautmann, H. (2021) Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook. In: *OBS-Arbeitspapier 49*. <https://www.otto-brenner-stiftung.de/alternative-fakten-im-gespraech/> (24.08.2022).
- Küpper, B.; Zick, A.; Rump, M. (2021) Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In: Zick, A.; Küpper, B. (Hg.) *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz: 76–111.
- Lamberty, P.; Imhoff, R. (2021) Verschwörungserzählungen im Kontext der Coronapandemie. In: *Psychotherapeut* 66(3): 203–208.
- Lauer, S.; Manemann, T. (2022) Razzien bei 50 Neonazis. <https://www.belltower.news/atomwaffen-division-knockout-51-combat-18-razzien-bei-50-neonazis-129941/> (22.08.2022).
- Litschko, K. (2017) Der Hundertprozentige. <https://taz.de/Ralf-Wohlleben-im-NSU-Prozess/15377688/> (22.08.2022).
- Litschko, K. (2021) Und sie grinsen. <https://taz.de/Milde-Strafen-fuer-Ueberfall-in-Ballstedt/!5784921/> (22.08.2022).
- Litschko, K. (2022) Wenn Nazis mit Drogen handeln. <https://taz.de/Prozessauftakt-gegen-Turonen/!5861181/> (22.08.2022).
- MDR Thüringen (2021) Corona-Demo in Schmalkalden: Teilnehmer greifen Polizei an. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/sued-thueringen/schmalkalden-meinigen/corona-demonstranten-polizei-angriff-100.html> (22.03.2022).
- MDR Thüringen (2022a) Bundesweite Razzia gegen Neonazis mit Schwerpunkt Eisenach - vier Beschuldigte in Haft. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/wartburgkreis/polizei-haftbefehl-razzia-eisenach-neonazi-100.html> (22.08.2022).
- MDR Thüringen (2022b) "Jungsturm"-Prozess: Strafe für einen der vier Verurteilten aufgehoben. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/jungsturm-hooligan-rot-weiss-erfurt-carl-zeiss-jena-100.html> (22.08.2022).
- MDR Thüringen (2022c) Rechtsextreme Partei "Neue Stärke" verliert ihr Büro in Erfurt. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/rechte-partei-neue-staerke-buero-100.html> (22.08.2022).
- MDR Thüringen (2022d) Revision im "Jungsturm"-Verfahren: Angeklagter erneut zu Jugendstrafe verurteilt. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/jungsturm-prozess-strafe-erfurt-hooligans-100.html> (22.08.2022).
- Merkel, W. (2020) Wer regiert in der Krise? Demokratie in Zeiten der Pandemie. In: *WSI-Mitteilungen* 73(6): 445–453.
- Michelsen, D.; Koch, M.; Miehke, M.; Dingfelder, J.; Beelmann, A. (2020) *Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Michelsen, D.; Steiner, F. (2021) Die AfD in Thüringen: Völkischer Nationalismus als Programm. In: ezra; MOBIT; KomRex; IDZ (Hg.) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena: 79–87.
- Miehke, M. (2021) Kleine Anfragen der AfD im Thüringer Landtag: zwischen rechten Identitätsthemen, Protestthemen-Piraterie und autoritären Gegenangriffen auf die Zivilgesellschaft und Demokratie. In: *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)* (10): 64–77.

- Miliopoulos, L. (2020) Sachsen – eine Hochburg der NPD? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung des sächsischen Landesverbandes. In: Backes, U.; Kailitz, S. (Hg.) *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht: 201–216.
- Mitteldeutscher Rundfunk (2021) Keine vorgezogene Landtagswahl: Werner für wechselnde Mehrheiten. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/landtagswahl/landtag-aufloesung-neuwahlen-landtagswahl-liveticker-100.html> (28.07.2022).
- MOBIT (2021a) Die extreme Rechte in Thüringen und Corona: zwischen Nachbarschaftshilfe, Verschwörungsmythen und Pandemielegnung. In: *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)* (9): 88–97.
- MOBIT (2021b) Die Neonaziszene in Thüringen: Strukturen, Pandemielegnung und Immobilien. In: ezra; MOBIT; KomRex; IDZ (Hg.) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena: 66–78.
- MOBIT (2022) Die extrem Rechte in Thüringen. In: ezra; MOBIT; KomRex; IDZ (Hg.) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena: 35–44.
- Mudde, C. (2017) Populism. An Ideational Approach. In: Kaltwasser, C.; Taggart, P.; Espejo, P.; Ostiguy, P.; Mudde, C. (Hg.) *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford University Press: 27–47.
- Müller, A.-K. (2022) Verwandter des rechtsextremen Verlegers Kubitschek arbeitet für Alice Weidel. In: *DER SPIEGEL* 25/2022.
- Müller, J.-W. (2015) *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Neue Stärke (2021a) Die Neue Stärke Partei stellt sich vor: Deutsch und aktivistisch. <https://xn--neue-strke-w5a.eu/die-neue-staerke-partei-stellt-sich-vor-deutsch-und-aktivistisch/> (22.08.2022).
- Neue Stärke (2021b) NSP Bundesparteitag in Magdeburg. <https://xn--neue-strke-w5a.eu/nsp-bundesparteitag-in-magdeburg/> (22.08.2022).
- Nonn, C. (2008) *Antisemitismus*. Darmstadt: WBG, Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- NPD Thüringen (2022a) Patrick Wieschke wieder an der Spitze der Heimatpartei NPD in Thüringen - Zielstellung: Netzwerker und Umbenennung der Partei. <https://npd-thueringen.de/?p=6393> (22.08.2022).
- NPD Thüringen (2022b) Koordinierungsrat in Thüringen gegründet - Partei- und Organisationsübergreifende Netzwerke in Thüringen bilden! <https://npd-thueringen.de/?p=6430> (22.08.2022).
- ntv online (2021) AfD wird Verdachtsfall: Kritik vom Thüringer Landesverband. <https://www.n-tv.de/regionales/thueringen/AfD-wird-Verdachtsfall-Kritik-vom-Thueringer-Landesverband-article22399696.html> (01.08.2022).
- Önnerfors, A. (2021) Der Grosse Austausch. Conspiratorial frames of terrorist violence in Germany. In: Önnerfors, A.; Krouwel, A. (Hg.) *Europe, continent of conspiracies. Conspiracy theories in and about Europe*. London; New York: Routledge, Taylor & Francis Group: 76–96.
- Peter, U.; Lühr, H. (Hg.) (2021) *Handbuch Digitale Teilhabe und Barrierefreiheit*. Wiesbaden; Baden-Baden: Kommunal- und Schul-Verlag; Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Petersen, L.-E. & Six, B. (Hg.) (2020) *Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung*. Weinheim: Beltz.
- Quent, M.; Geschke, D.; Peinelt, E. (2014) *Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei*.
- Quent, M.; Schmidtke, F.; Salheiser, A. (2016) *Gefährdung der demokratischen Kultur in Thüringen. Expertise zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (TLfDTW)*. Jena: Kompetenzzentrum Rechtsextremismus.

- Rahner, J. (2021) Tödlicher Antifeminismus. In: Henninger, A.; Birsl, U. (Hg.) *Antifeminismen. ›Krisen‹-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* Bielefeld: transcript Verlag: 337–352.
- Rasmussen, W. (2019) *Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft*. o.O.
- Raßloff, S. (2015) *Der "Mustergau". Thüringen zur Zeit des Nationalsozialismus*. München: Bucher.
- Rathje, J. (2019) Lügenpresse. In: Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Suermann, L.; Virchow, F. (Hg.) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wo-chenschau Verlag: 240–252.
- rechercheostthueringen (2022a) Abstandslos durch die Nacht: Pandemielegner\*innen und Neonazis in Ostthüringen. <https://rechercheostthueringen.noblogs.org/post/2022/01/22/abstandslos-durch-die-nacht-pandemielegnerinnen-und-neonazis-in-ostthuringen/> (22.08.2022).
- rechercheostthueringen (2022b) „Wer mit Nazis spaziert, hat nichts kapiert“ – Coronaproteste in Gera. <https://rechercheostthueringen.noblogs.org/post/2022/03/07/coronaproteste-in-gera/> (22.08.2022).
- rechercheostthueringen (2022c) Neue Stärke Gera – Zwischen „politischen Soldaten“ und militanter Nazi-„Resterampe“. <https://rechercheostthueringen.noblogs.org/post/2022/03/23/neue-staerke-gera/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Erfurt (2021) Über „Neue Stärke“ und alte Schwächen. <https://rechercheportal-erfurt.noblogs.org/post/2021/12/11/ueber-neue-staerke-und-alte-schwaechen/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2020a) NS-Ideologie und Fechtduelle: Überregionales Treffen extrem rechter Burschenschaften in Jena-Maua am 22.08.2020. <https://rechercheportal-jenashk.noblogs.org/post/2020/08/23/ns-ideologie-und-fechtduelle-ueberregionales-treffen-extrem-rechter-burschenschaften-in-jena-maua-am-22-08-2020/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2020b) Offener Antisemitismus bei der AfD in Gera. <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2020/10/18/offener-antisemitismus-bei-der-afd-in-gera/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2021a) Die alte Garde rechter Jenaer Hooligans: Kameradschaft Jena-Gladbach. <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2021/10/02/die-alte-garde-rechter-jenaer-hooligans-kameradschaft-jena-gladbach/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2021b) „Aufbruch und Erneuerung“ – Neues Projekt der Burschenschaft Normannia veranstaltet Treffen am 08.05.2021 in Uhlstädt. <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2021/05/07/aufbruch-und-erneuerung-neues-projekt-der-burschenschaft-normannia-veranstaltet-treffen-am-08-05-2021-in-uhlstaedt/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2021c) Patrioten Ostthüringen – Zwischen AfD, Reichsbürgern und Artgemeinschaft. <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2021/05/12/patrioten-ostthuringen-zwischen-afd-reichsbuergern-und-artgemeinschaft/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2022) „Neue Stärke“ Saalfeld-Rudolstadt zeigt Gesicht. <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2022/08/15/neue-staerke-saalfeld-rudolstadt-zeigt-gesicht/> (22.08.2022).
- Reiser, M.; Küppers, A.; Hebenstreit, J.; Salheiser, A.; Vogel, L. (2020) *Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2020*. Jena: KomRex.
- Reiser, M.; Küppers, A.; Hebenstreit, J.; Salheiser, A.; Vogel, L. (2021) *Thüringen-Monitor 2021: Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2021*. Jena: KomRex.
- Rensmann, L. (1998) *Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität*. Hamburg: Argument Verl.

- Rensmann, L. (2004) *Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Richter, C.; Salheiser, A. (2021a) Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa? In: *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)* (9): 76–87.
- Richter, C.; Salheiser, A. (2021b) Erkennen, vernetzen, gemeinsam gestalten. Demokratischer Zusammenhalt im Spannungsfeld zwischen kommunaler Unterstützung und latenter Bedrohung. Situations- und Ressourcenanalyse für den Ilm-Kreis. <https://www.lap-ilm-kreis.de/situations-und-ressourcenanalyse-der-lpfd-ilm-kreis-ist-online/> (22.08.2022).
- Römmele, A. (2021) Entdemokratisierung: Corona als Gefahr für die Grundpfeiler unseres Systems? In: Florack, M.; Korte, K.-R.; Schwanholz, J. (Hg.) *Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt: Campus Verlag: 167–174.
- Röpke, A. (2015) Hammerskins – Ein militanter Geheimbund. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/213667/hammerskins-ein-militanter-geheimbund/> (22.08.2022).
- Rosa, H. (2016) *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Roßmann, R. (2016) Wenn Bilder stören. <https://www.sueddeutsche.de/politik/politiker-videos-wenn-bilder-taueschen-1.3293415> (24.08.2022).
- Sabrow, M. (2015) Der nationalsozialistische Zivilisationsbruch in der geteilten deutschen Geschichtskultur. In: *Entnazifizierte Zone? Zum Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus in Ostdeutschen Stadt- und Regionalmuseen*. Bielefeld: Transcript: 17–41.
- Salheiser, A. (2019) *Fließende Übergänge der Demokratiegefährdung. Die "Kulturrevolution von rechts und die Rolle der AfD Thüringen"*. Jena: IDZ - Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Salheiser, A. (2021) Rechtsextremismus in Eisenach. Kritische Bestandsaufnahme und Analyse. Unter Mitarbeit von Jennifer Joyce Rieck. [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/Projektberichte/Forschungsbericht\\_Rechtsextremismus\\_in\\_Eisenach\\_Institut\\_f%C3%BCr\\_Demokratie\\_und\\_Zivilgesellschaft.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/Forschungsbericht_Rechtsextremismus_in_Eisenach_Institut_f%C3%BCr_Demokratie_und_Zivilgesellschaft.pdf) (22.08.2022).
- Salzborn, S. (2018) *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden: Nomos.
- Salzborn, S. (2020) Die bundesdeutsche Erinnerungsabwehrgemeinschaft. Zur Geschichte und Relevanz des Schuldabwehr-Antisemitismus. In: *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Antisemitismus*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung: 30–41.
- Schießler, C.; Hellweg, N.; Decker, O. (2020) Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Decker, O.; Brähler, E.; Celik, K.; Dischereit, C.; Handke, B.; Heller, A.; Hellweg, N.; Höcker, C. (Hg.) *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität / Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial Verlag: 283–308.
- Schwarzer, M. (2020a) Faktencheck: Starben wirklich Kinder, weil sie eine Maske trugen? <https://www.rnd.de/panorama/faktencheck-starben-wirklich-kinder-weil-sie-eine-maske-trugen-KLDHCWRACZAF5NEILU6T6EHPAA.html> (22.08.2022).
- Schwarzer, M. (2020b) „Gestorben wegen Maske“: Wie Corona-Leugner Kinder instrumentalisieren. <https://www.rnd.de/panorama/gestorben-wegen-maske-wie-corona-leugner-kinder-instrumentalisieren-UF5F2EX3URHTPABM5QM76R2R44.html> (22.08.2022).
- Spiegel Online (2020) Gesamter Thüringer AfD-Landesverband als Verdachtsfall eingestuft. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bjoern-hoeckes-thueringer-afd-landesverband-als-verdachtsfall-eingestuft-a-d6b02007-97c1-4d17-8180-975ef67828b5> (05.09.2022).

- Spiegel Online (2021) Thüringen: Die Linke kündigt Antrag auf Auflösung des Landtags an. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-die-linke-kuendigt-antrag-auf-aufloesung-des-landtags-an-a-784cc7cb-ebdf-4ca3-b78e-a753fb6e7fed> (05.09.2022).
- Spilcker, A. (2022) Neonazis von „Knockout 51“ wollten bei Corona-Demo Polizisten „wegknüppeln“. [https://www.focus.de/politik/deutschland/neo-nazi-netzwerk\\_id\\_107949255.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/neo-nazi-netzwerk_id_107949255.html) (22.08.2022).
- Statistisches Bundesamt (2022) Pressemitteilung Nr. 336 (Inflation und Verbraucherpreisindex). [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22\\_336\\_611.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_336_611.html) (31.08.2022).
- Steinicke, H.; Witt, E. (Hg.) (2021) *Digitalisierung und Demokratie. Stellungnahme*. Halle (Saale) u.a.: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. - Nationale Akademie der Wissenschaften; acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V; Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V.
- tagesschau.de (2020) Bundestag zu Thüringen-Wahl. "Erfurt war ein Fehler". <https://www.tagesschau.de/inland/thueringen-bundestag-kemmerich-101.html> (05.09.2022).
- tagesschau.de (2021) Thüringer Heimatpartei. Bundestagswahl 2021. <https://www.tagesschau.de/inland/btw21/thueringerheimatpartei-101.html> (11.08.2022).
- taz online (2020) Nach Lindner-Besuch in Thüringen: Kemmerich tritt wieder ab. <https://taz.de/Nach-Lindner-Besuch-in-Thueringen/!5662292/> (27.07.2022).
- Thüringer Landesamt für Statistik (2021a) Bevölkerung nach Altersgruppen und Kreisen in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000103%7C%7C> (24.02.2022).
- Thüringer Landesamt für Statistik (2021b) Pendler (30. Juni) nach Kreisen in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000306&startpage=1&datcsv=&richtung=&sortiere=&vorspalte=0&SZDT=&anzahlH=2&fontgr=12&mkro=&AnzeigeAuswahl=&XLS=&auswahlNr=&felder=0&felder=1&felder=2&felder=3&felder=4&felder=5&felder=6&zeit=2021%7C%7Cs2&anzahlZellen=168>.
- Thüringer Landtag (2019) Abschlussbericht der Enquetekommission des Thüringer Landtags. Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie - Band I. In: Thüringer Landtag (Hg.) *Bericht der Enquetekommission 6/1. Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie*. Erfurt: Drucksache des Thüringer Landtags 6/7709.
- Traxler, G. (2002) Kolumne: Die Stadt der Halunken. <https://www.derstandard.at/story/920985/kolumne-die-stadt-der-halunken> (22.08.2022).
- Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt ((2021) *Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2020*. Magdeburg: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt.
- Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt ((2022) *Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2021 (Pressefassung)*. Magdeburg: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt.
- Vieregge, E. (2008) Relativierung und Leugnung des Holocaust. Eine Analyse zu Argumentationsmustern und zur Lage des rechtsextremistischen Revisionismus. In: Pfahl-Traughber, A. (Hg.) *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008*. Brühl: 303–341.
- Virchow, F. (2019) Freiheit. In: Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Suermann, L.; Virchow, F. (Hg.) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wochen-schau Verlag: 107–116.
- Vorländer, H. (2010) *Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien*. München: Beck.

- Wassermann, R. (1989) *Die Zuschauerdemokratie. Mit einem Nachwort zur Taschenbuchausgabe*. München; Zürich: Piper.
- Wesolowski, K. (2020) Es gibt keine Belege für die Gerüchte, dass Kinder gestorben sind, weil sie Masken trugen. <https://correctiv.org/faktencheck/2020/10/08/es-gibt-keine-belege-fuer-die-geruechte-dass-kinder-gestorben-sind-weil-sie-masken-trugen/> (22.08.2022).
- Wiemann, R. (2022) „Weimar hat ein Naziproblem“. <https://taz.de/Rechte-Angriffe-auf-linkes-Cafe/!5866372/> (22.08.2022).
- Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (2019) Zu den Begriffen „deutsches Volk“, „Deutsche“ und „deutsche Volkszugehörigkeit“ im Grundgesetz [Aktenzeichen WD 3-3000-026/19]. Berlin. <https://www.bundestag.de/resource/blob/643190/7855da277bbd3311dcf26fb17774d711/WD-3-026-19-pdf-data.pdf> (24.08.2022).
- ZEIT Störungsmelder (2014) Rechtsrock, Hammerskins und der NSU. [https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/07/25/rechtsrock-hammerskins-und-der-nsu\\_16799](https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/07/25/rechtsrock-hammerskins-und-der-nsu_16799) (22.08.2022).
- Zick, A.; Hövermann, A.; Krause, D. (2012) Die Abwertung von Ungleichwertigkeiten. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hg.) *Deutsche Zustände. Folge 10*. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 64–86.
- Zick, A.; Klein, A. (2014) Fragile Zustände. In: Zick, A.; Klein, A. (Hg.) *Fragile Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Bonn: Dietz: 12–23.
- Zick, A.; Küpper, B. (Hg.) (2021) *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.
- Zimmermann, F. (2022) BVerfG gibt Organstreitverfahren der AfD statt: Merkels Äußerungen zur Thüringen-Wahl 2020 verfassungswidrig. [https://www.lto.de/persistent/a\\_id/48750/](https://www.lto.de/persistent/a_id/48750/) (17.08.2022).